



Europa hat die Wahl

Populistische Einstellungen und Wahlabsichten
bei der Europawahl 2019

Cristóbal Rovira Kaltwasser, Robert Vehrkamp, Christopher Wratil

Europa hat die Wahl

Populistische Einstellungen und Wahlabsichten
bei der Europawahl 2019

Cristóbal Rovira Kaltwasser, Robert Vehrkamp, Christopher Wratil

Autoren

Prof. Dr. Cristóbal Rovira Kaltwasser

ist Professor für Vergleichende Politikwissenschaft an der Universidad Diego Portales (UDP) in Santiago de Chile und Associate Researcher am Centre for Social Conflict and Cohesion Studies (COES).

cristobal.rovira@mail.udp.cl

Dr. Robert Vehrkamp

ist Senior Advisor im Programm „Zukunft der Demokratie“ der Bertelsmann Stiftung und derzeit Gastwissenschaftler der Abteilung „Demokratie und Demokratisierung“ am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

robert.vehrkamp@bertelsmann-stiftung.de

Dr. Christopher Wratil

ist John F. Kennedy Memorial Fellow am Minda de Gunzburg Center for European Studies der Harvard University und „Associate Member“ des Cologne Center for Comparative Politics an der Universität zu Köln.

c.wratil@uni-koeln.de

Die Autoren danken **Dr. Bruno Castanho Silva** (Universität zu Köln), der den Fragebogen und das Umfrageexperiment für diese Studie mitentwickelt und bedeutende Teile der statistischen Analysen durchgeführt hat, und **Lars Bischoff, M.A.** (Bertelsmann Stiftung) für seine Unterstützung bei der Entwicklung des Fragebogens und den statistischen Analysen.

Die Autoren danken ebenfalls den Länderexperten **Paris Aslanidis, Tim Bale, Agnes Batory, Sofia Donoso Knaudt, Andreas Beyer Gregersen, José Ramón Montero, Benjamin Stanley, Steven Van Hauwaert** und **Lisa Zanotti** für ihre Unterstützung bei der Klassifizierung der Parteien und der Entwicklung des Fragebogens.

Über die Studie

Dieser Studie liegt eine multinationale Online-Umfrage zugrunde. Die nationalen Stichproben der Befragten sind jeweils repräsentativ für die bei der Europawahl 2019 wahlberechtigte Bevölkerung in jedem der zwölf untersuchten europäischen Länder. Die Umfrage wurde im Auftrag der Bertelsmann Stiftung von YouGov in einer Befragungswelle im Januar 2019 durchgeführt. Insgesamt wurden 23.725 Befragte aus zwölf Mitgliedstaaten der EU interviewt (Dänemark: 1.973; Deutschland 1.995, Frankreich: 1.949, Griechenland: 2.027, Großbritannien: 2.133; Italien: 1.952; Niederlande: 1.924; Österreich: 1.984; Polen: 1.911; Schweden: 1.976, Spanien: 1.949; Ungarn: 1.952).

Bei der Stichprobenziehung wurde eine Quotierung nach Alter, Geschlecht, Bildung und Wohnregion auf Basis von Zensus-Daten des Statistischen Amtes der Europäischen Union (Eurostat) vorgenommen. Zusätzlich wurden für die meisten Ergebnisse dieser Studie die Antworten der Befragten auf Basis der Zensus-Daten mittels Umfragegewichten so angepasst, dass Unterschiede zwischen den Stichproben und den wahlberechtigten Bevölkerungen in den zwölf EU-Ländern in Hinblick auf Alter, Geschlecht, Bildung und Wohnregion korrigiert wurden. Dabei wurden für länderübergreifende Analysen die Befragten in allen zwölf Ländern stets gleich gewichtet – unabhängig von der Bevölkerungsgröße der Länder. Die Ergebnisse können somit auf die wahlberechtigte Bevölkerung in den zwölf europäischen Ländern übertragen werden. Die statistische Unsicherheit der Ergebnisse variiert je nach Analyse und ist in Teilen der Studie in Form von Konfidenzintervallen direkt ausgewiesen. Für die deskriptiven Umfrageergebnisse liegt sie generell im Bereich typischer nationaler Bevölkerungsumfragen (ca. +/- 3 Prozentpunkte) und teilweise sind unsere Messungen aufgrund hoher Fallzahlen für länderübergreifende Aussagen sehr viel genauer.

Aufgrund der besseren Lesbarkeit wurde die weibliche Sprachform nicht immer angeführt. In diesen Fällen gilt die männliche Sprachform gleichermaßen für alle Geschlechter.

Inhalt

Vorwort	6
Executive Summary	14
1. Pro oder Contra?	29
Wahlabsichten und Parteiidentitäten bei der Europawahl 2019	
2. Warum Populismus?	47
Repräsentationslücken als Ursache für Populismus	
3. Wer mit wem?	77
Konsensschancen und Konfliktlinien bei der Europawahl 2019	
Methodischer Anhang	92
Statistischer Anhang	106
Abbildungsverzeichnis	134
Literaturverzeichnis	136
Impressum	138

Vorwort

Das Erstarren populistischer Bewegungen und Parteien prägt nicht nur die Wahlen der vergangenen Jahre in vielen europäischen Ländern, sondern auch die Europawahl 2019. Stärker als bei früheren Europawahlen zeigen sich neue Konfliktlinien und eine stärkere Polarisierung der politischen Auseinandersetzungen im Vorfeld der Wahl: „Für“ oder „gegen“ Europa? Für mehr europäische Integration oder für ein Europa der Nationalstaaten? Als Links- oder Rechtspopulist „gegen“ die Weiterentwicklung der gemeinschaftlichen demokratischen Institutionen der Europäischen Union, oder mit den etablierten Parteien „dafür“?

Diese neuen Konfliktlinien werden auch das neue Europaparlament prägen: Die demokratie- und europakritischen Parteien der links- und rechtspopulistischen Ränder gegen die EU-freundlichen demokratischen Parteien des gemäßigten Meinungsspektrums. Die Populisten von Links und Rechts einigt allerdings nur ihre Demokratiekritik und EU-Skepsis. In konkreten Sachfragen sind sie tief gespalten. Ohne die populistisch-extremen Ränder sind ein gesamteuropäischer Konsens und positive Mehrheiten im neuen Europaparlament aber nur in einer großen Koalition der etablierten Parteien möglich. Gelingt dieser Brückenschlag nicht, führen negative Mehrheiten zu Selbstblockade und Stillstand in Europa. Je stärker die populistisch-extremen Ränder werden, desto wahrscheinlicher wird ein solches Szenario.

Aber was sind die Ursachen von Populismus?

Warum wenden sich in vielen europäischen Demokratien immer mehr Menschen populistischen Bewegungen und Parteien zu?

Was sind geeignete Antworten der etablierten demokratischen Parteien, um dem grassierenden Populismus von Links und Rechts zu begegnen?

Zu diesen Fragen gibt es in der öffentlichen Diskussion zahlreiche gut begründbare Vermutungen. Empirische Studien über die Ursachen des Populismus in den Demokratien des Westens gibt es aber bislang wenig. Diese Lücke zu schließen, ist eines der wesentlichen Ziele der vorliegenden Studie.

Dazu wurden in einer multinationalen Online-Umfrage im Januar 2019 insgesamt 23.725 Befragte aus zwölf Mitgliedstaaten der EU interviewt. Durchgeführt wurde die Befragung im Auftrag der Bertelsmann Stiftung vom Meinungsforschungsinstitut YouGov. Für die Auswertung der Ergebnisse und die Erarbeitung der vorliegenden Studie danken wir den drei verantwortlichen Autoren Prof. Dr. Cristóbal Rovira Kaltwasser (Universidad Diego Portales), Dr. Robert Vehrkamp (Bertelsmann Stiftung) und Dr. Christopher Wratil (Harvard University).

Die Ergebnisse zeigen die Bedeutung guter Repräsentation für das Gelingen von Demokratie. Von den Wählerinnen und Wählern subjektiv empfundene Repräsentationsdefizite aktivieren und verstärken ihren Populismus. Menschen, die sich in ihren Einstellungen und Interessen von den etablierten Parteien nicht angemessen vertreten fühlen, werden anfällig für populistische Einstellungen und Sichtweisen. Unzureichende Repräsentation durch Parteien kann deshalb in Demokratien zu einer Zunahme populistischer Einstellungen führen.

Als erfolgversprechende Strategie gegen Populismus folgt daraus: Gute Repräsentation hilft! Das Bemühen der Politik, der Regierungen und der Parteien, die verschiedenen Positionen und Interessen in der Gesellschaft möglichst gut anzusprechen, einzubeziehen und abzubilden, ist gleichzeitig ein erfolgversprechendes Mittel gegen Populismus. Gute Repräsentation ist aber keine Einbahnstraße. Parteien wirken an der Meinungsbildung ihrer Wählerinnen und Wähler aktiv mit, prägen die Diskurse mit ihren Fragen, Problembeschreibungen und Lösungsangeboten.

Dazu sind Wahlen und Wahlkampagnen eine besondere Chance. Die Parteien können und sollten demokratische Wahlen und Wahlkampagnen nutzen, um durch das Aufgreifen und die kontroverse und konstruktive Diskussion wichtiger Themen das Repräsentationsgefühl ihrer Wählerinnen und Wähler zu verbessern. Sie leisten damit, das zeigen die Ergebnisse der vorliegenden Studie, einen Beitrag zur Eindämmung des Populismus. Eine Chance, die von den etablierten Parteien in ganz Europa genutzt werden sollte.

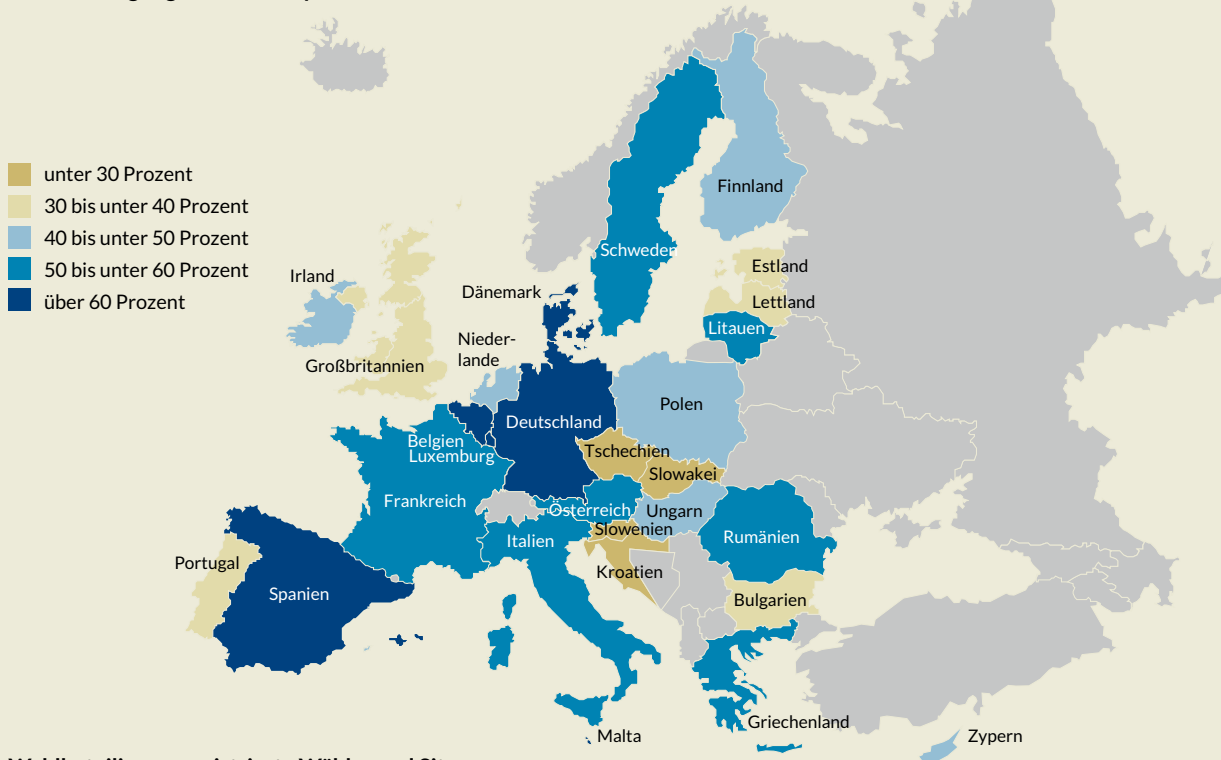


Aart De Geus

Vorsitzender des Vorstands der Bertelsmann Stiftung

Wahlbeteiligung bei der Europawahl im Überblick

Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2019



Wahlbeteiligung, registrierte Wähler und Sitze im Europäischen Parlament 2019

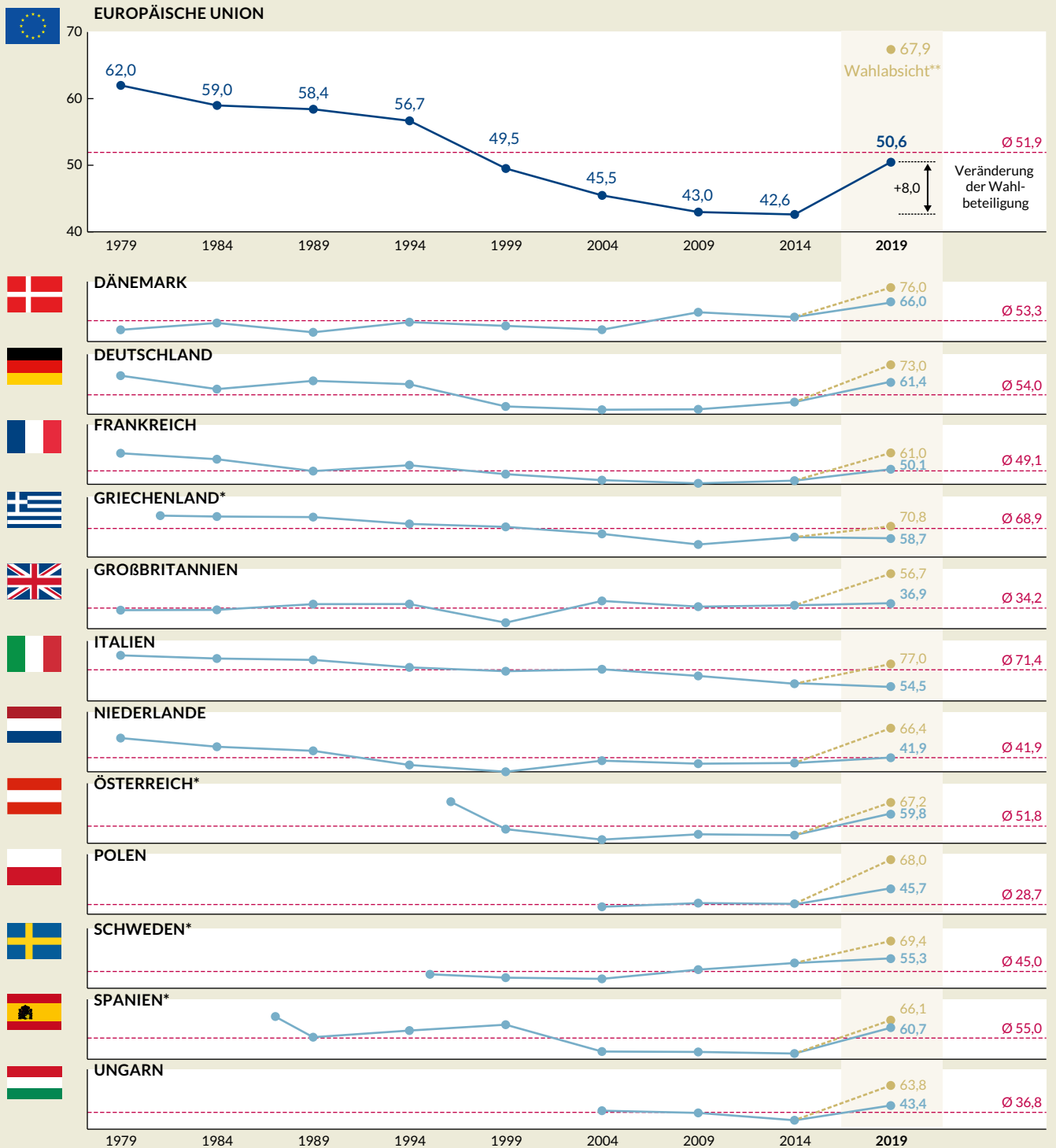
MITGLIEDSLÄNDER DER EU	WAHL-BETEILIGUNG (in Prozent)	REGISTRIERTE WÄHLER (in Mio.)	SITZE EUROPA-PARLAMENT 2019	MITGLIEDSLÄNDER DER EU	WAHL-BETEILIGUNG (in Prozent)	REGISTRIERTE WÄHLER (in Mio.)	SITZE EUROPA-PARLAMENT 2019
Belgien	88,5	8,1	21	Luxemburg	84,2	0,3	6
Bulgarien	32,6	6,3	17	Malta	72,7	0,3	6
Dänemark	66,0	4,2	13	Niederlande	41,9	13,2	26
Deutschland	61,4	61,6	96	Österreich	59,8	6,4	18
Estland	37,6	0,9	6	Polen	45,7	30,1	51
Finnland	40,7	4,5	13	Portugal	30,8	10,8	21
Frankreich	50,1	47,3	74	Rumänien	51,1	18,3	32
Griechenland	58,7	10,1	21	Schweden	55,3	7,6	20
Großbritannien	36,9	46,5*	73	Slowakei	22,7	4,4	13
Irland	49,7	3,2*	11	Slowenien	28,9	1,7	8
Italien	54,5	51,0	73	Spanien	60,7	35,6	54
Kroatien	29,9	3,7	11	Tschechien	28,7	8,3	21
Lettland	33,5	1,4	8	Ungarn	43,4	8,0	21
Litauen	53,5	2,5	11	Zypern	45,0	0,6	6
				Gesamt	50,6	397,0	751

*Für Großbritannien und Irland lagen noch keine Daten vor. Es wurden die Zahlen der registrierten Wähler aus 2014 verwendet.

Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der Daten des Europäischen Parlaments (2014 und 2019) zur konstituierenden Sitzung am 2. Juli 2019. Die Zahlen zu den registrierten Wählern stammen von den jeweiligen Statistikämtern der Mitgliedsländer.

Wahlbeteiligung bei Europawahlen 1979-2019 im Überblick

Wahlbeteiligung in Prozent



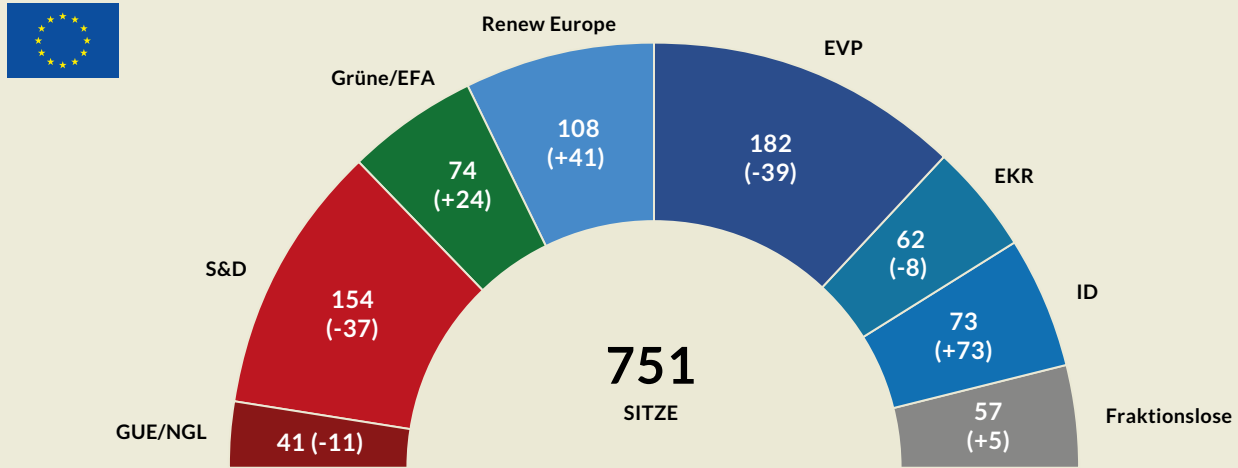
* In Griechenland wurde 1981, in Spanien 1987, in Schweden 1995 und in Österreich 1996 außerhalb des üblichen Wahlturnus gewählt.

**Die Wahlabsicht wurde für die zwölf untersuchten europäischen Länder erhoben (vgl. Frage 3 im statistischen Anhang).

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. Darstellung der Wahlbeteiligung auf Basis der Daten des Europäischen Parlaments (2014 und 2019). | BertelsmannStiftung

Ergebnisse der Europawahl 2019 im Überblick

Sitzverteilung der Fraktionen im Europäischen Parlament



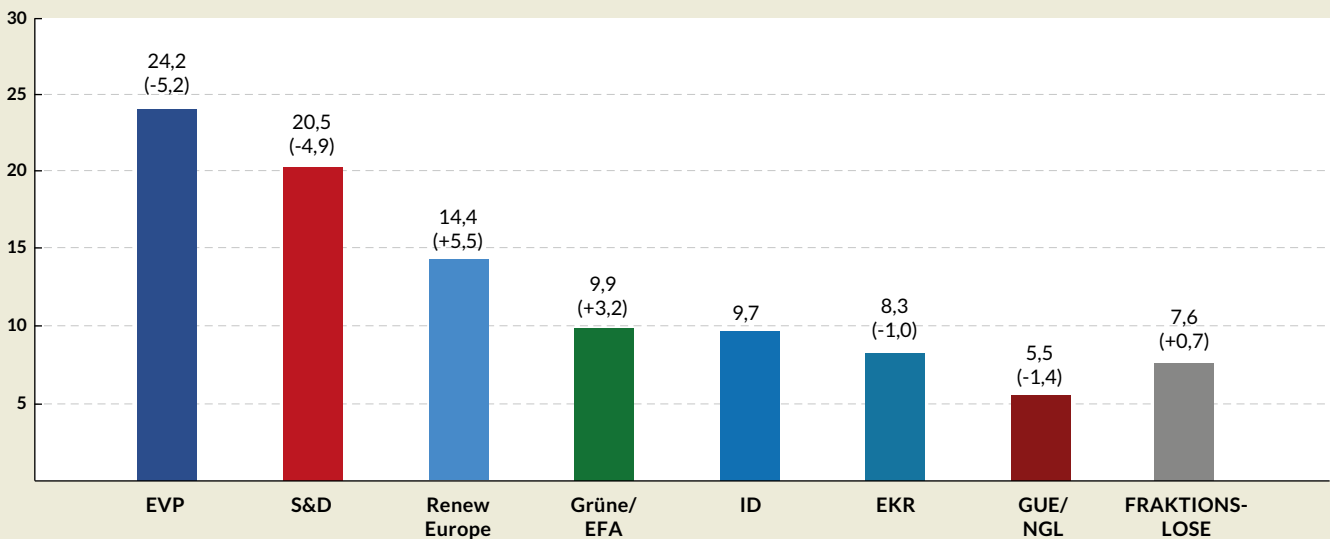
Veränderung der Sitze zur Europawahl 2014 in Klammern.

Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der Daten des Europäischen Parlaments (2014 und 2019) zur konstituierenden Sitzung am 2. Juli 2019.

EVP:	Fraktion der Europäischen Volkspartei
S&D:	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Renew Europe:	Renew Europe group (ehemals Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa + Renaissance + USR PLUS)
Grüne/EFA:	Fraktion der Grünen/ Freie Europäische Allianz
EKR:	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformier
ID:	Fraktion Identity and Democracy
GUE/NGL:	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke

Sitzanteile der Fraktionen im Europäischen Parlament

In Prozent



Veränderung der Sitzanteile zur Europawahl 2014 in Klammern.

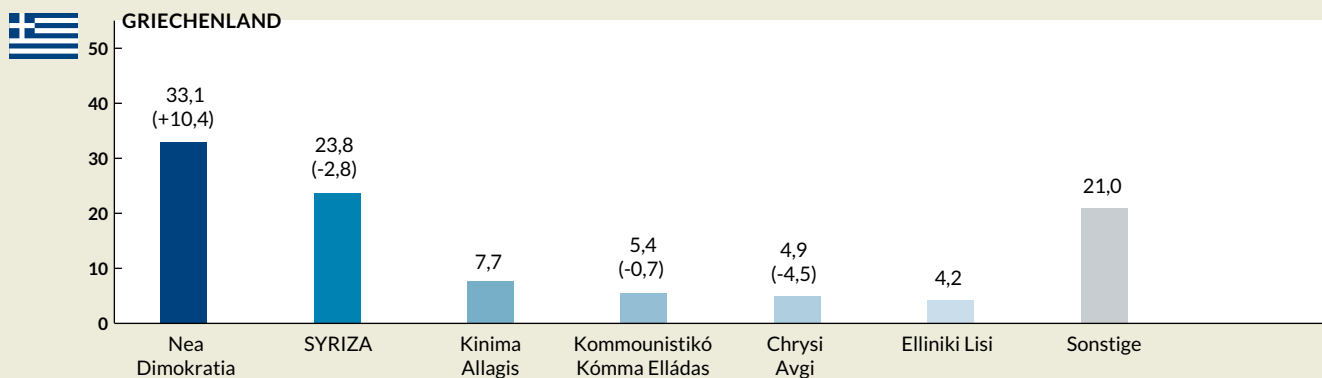
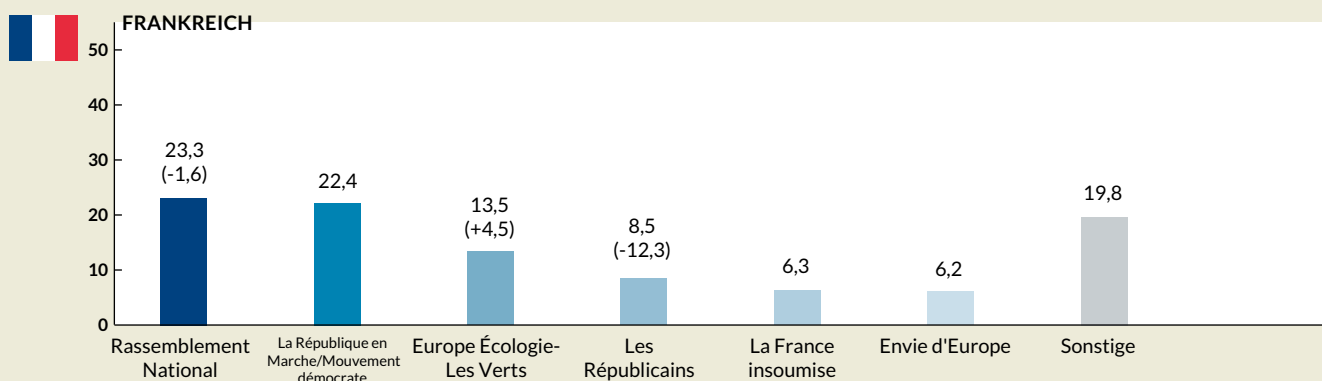
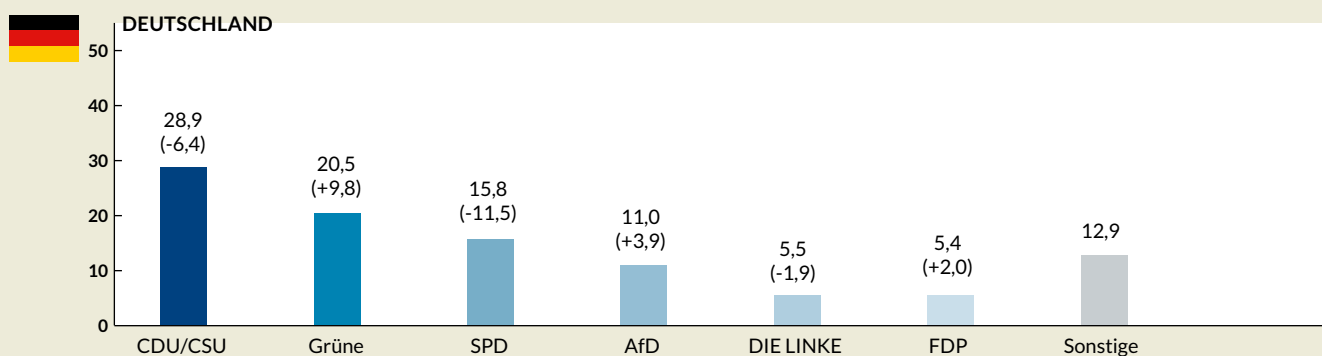
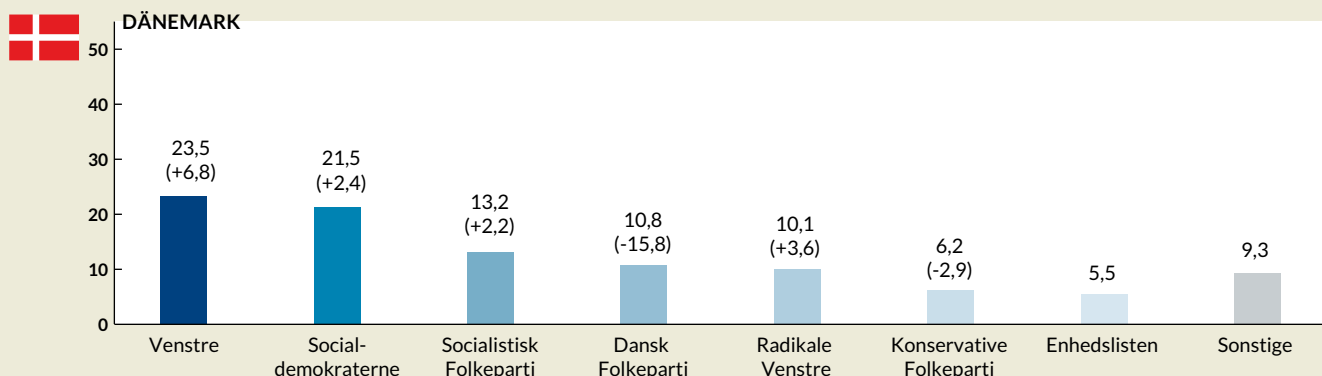
Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der Daten des Europäischen Parlaments (2014 und 2019) zur konstituierenden Sitzung am 2. Juli 2019.

| BertelsmannStiftung

Ergebnisse der Europawahl 2019 in den zwölf Ländern im Überblick

Stimmenanteile aller Wähler

In Prozent, Veränderung der Sitzanteile zur Europawahl 2014 in Klammern



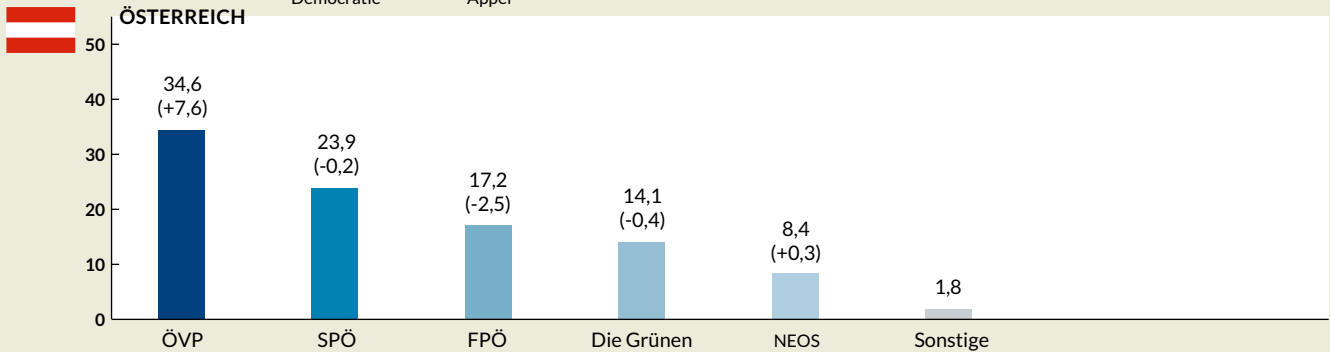
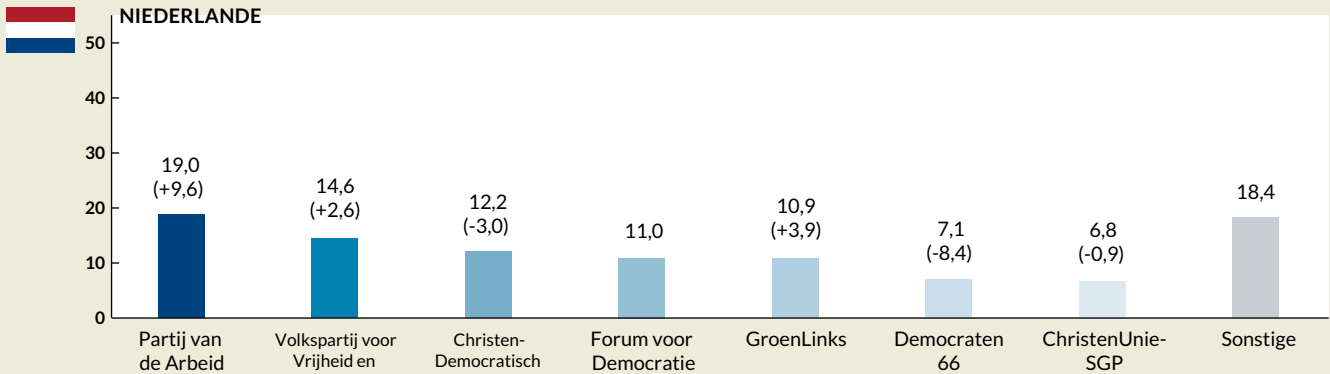
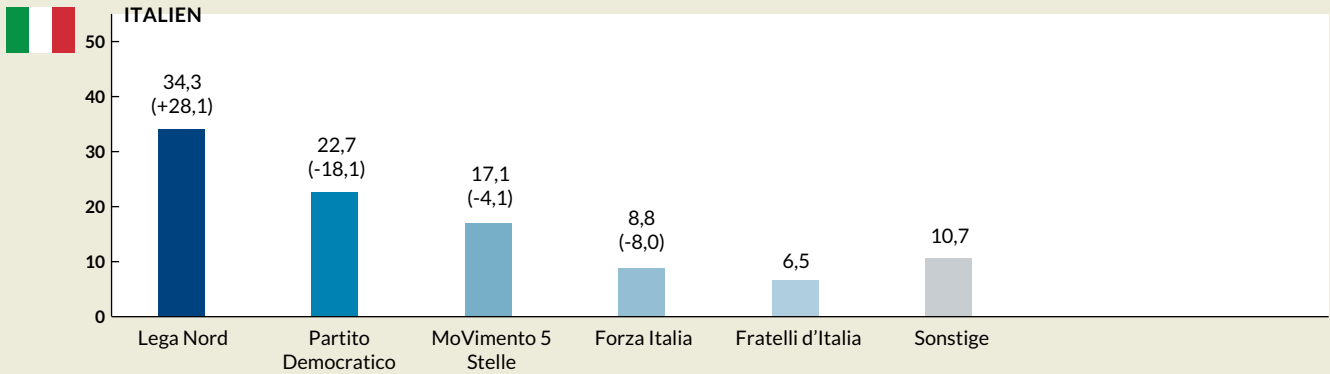
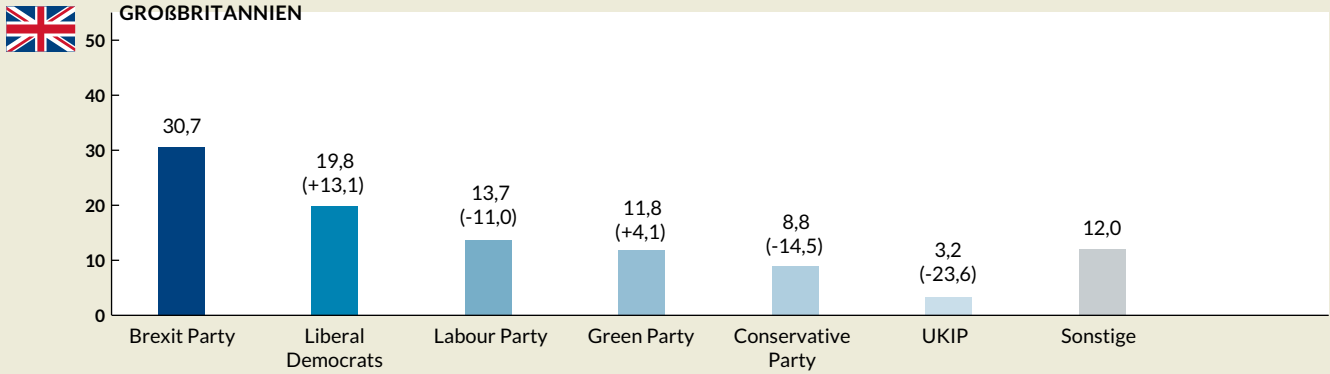
Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der Daten des Europäischen Parlaments (2014 und 2019).

| BertelsmannStiftung

Ergebnisse der Europawahl in den zwölf Ländern im Überblick

Stimmenanteile aller Wähler

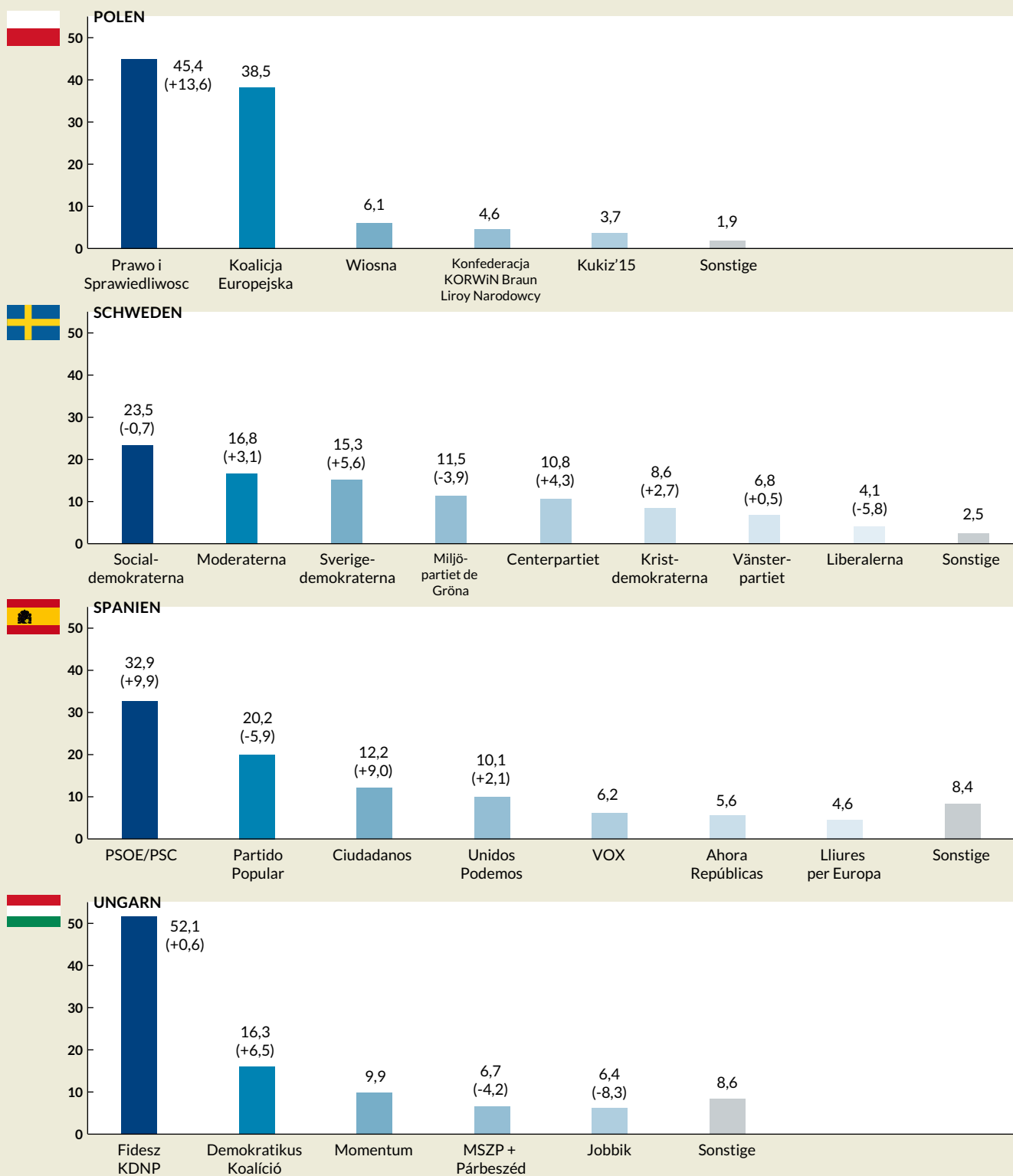
In Prozent, Veränderung der Sitzanteile zur Europawahl 2014 in Klammern



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der Daten des Europäischen Parlaments (2014 und 2019).

Stimmenanteile aller Wähler

In Prozent, Veränderung der Sitzanteile zur Europawahl 2014 in Klammern



Quelle: Eigene Darstellung auf Basis der Daten des Europäischen Parlaments (2014 und 2019).

Executive Summary

Europa hat die Wahl

Populistische Einstellungen und Wahlabsichten bei der Europawahl 2019

Repräsentationslücken verursachen Populismus: Wer sich schlecht repräsentiert fühlt, denkt und wählt populistischer. Das gilt auch für die Europawahl 2019. Einig sind sich die Populisten aber nur in ihrer EU-Skepsis und Demokratiekritik. In Sachfragen sind die Wähler der Links- und Rechtspopulisten noch stärker gespalten als die Wähler der etablierten Parteien. Das erschwert die Bildung neuer Mehrheiten im neuen Europaparlament.

„Für“ oder „gegen“ Europa? Als Links- oder Rechtspopulist demokratiekritisch „gegen“ die EU, oder mit den gemäßigt-etablierten Parteien „dafür“? Diese Konfliktlinie prägt den Europawahlkampf 2019. Aber entspricht das auch den Präferenzen der Wähler? Die Ergebnisse einer repräsentativen 12-Länder-Umfrage zur Europawahl 2019 zeigen: Nein! Ginge es im neuen Europaparlament nach ihnen, verliefen die Konfliktlinien nicht nur zwischen Populisten und Etablierten, sondern auch zwischen einem ökonomisch und kulturell jeweils linken und rechten Wählerlager.

Links- und Rechtspopulisten einigt nur ihre Demokratieunzufriedenheit und EU-Skepsis. In Sachfragen sind sie noch tiefer gespalten als die Parteien des gemäßigt-etablierten Meinungsspektrums. In ihren ökonomischen und kulturellen Präferenzen stimmen die Wähler linkspopulistischer und -extremer Parteien sehr viel stärker mit den Wählern sozialistischer, sozialdemokratischer und grüner Parteien überein. Gleichzeitig ähneln die Wählerpräferenzen rechtspopulistischer und -extremer Parteien stärker denen der Christdemokraten und Konservativen. Lediglich die Wähler liberaler Parteien sympathisieren in ökonomischen Fragen mit dem rechten und in kulturellen Fragen mit dem linken Wählerlager.

Für das neue Europaparlament bedeutet das: Ohne die populistisch-extremen Ränder sind Konsens und positive Mehrheiten nur in einer großen Koalition der meisten etablierten Parteien des gemäßigten Links-Rechts-Spektrums möglich. Gelingt dieser Brückenschlag nicht, führen negative Mehrheiten zu Selbstblockade und Stillstand in Europa. Je stärker die populistisch-extremen Ränder werden, umso wahrscheinlicher wird ein solches Szenario. Aber noch hat Europa die Wahl!

Repräsentation und Populismus

Verstärkt fehlende Repräsentation populistische Sichtweisen?

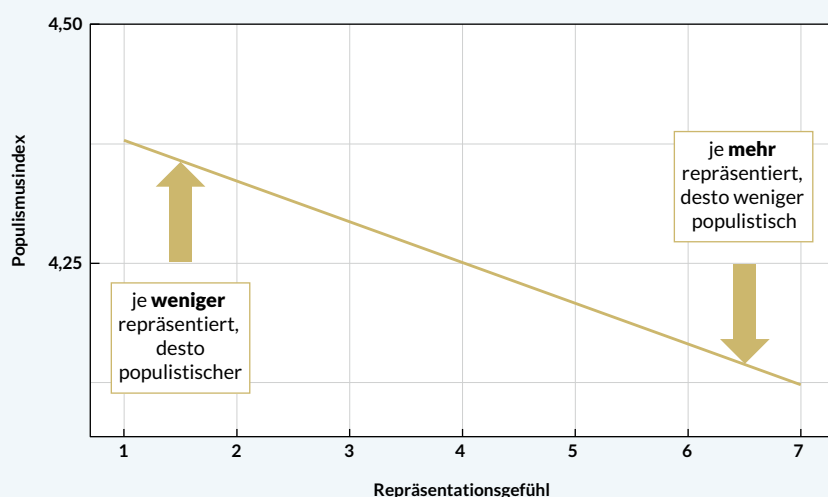
Macht die Wahrnehmung, die eigenen Positionen und Interessen würden von den Parteien nicht hinreichend vertreten, Menschen populistischer?

Zu diesen Fragen gibt es zahlreiche und theoretisch auch gut begründbare Vermutungen. Empirische Belege für einen Kausalzusammenhang zwischen Repräsentation und populistischen Einstellungen gibt es bislang kaum. Diese Lücke zu schließen, ist eines der Ziele der vorliegenden Studie.

Um den Kausalzusammenhang zwischen Repräsentation und Populismus empirisch zu untersuchen, haben wir im Rahmen dieser Studie ein innovatives Umfrageexperiment konzipiert und durchgeführt.

Primäres Ziel des Experiments war es, das Repräsentationsgefühl der Menschen zufällig zu verändern, um die Auswirkungen eines geringeren Repräsentationsgefühls auf populistische Einstellungen zu messen. Zu diesem Zweck wurden die Befragten zunächst nach ihren Positionen zu verschiedenen europäischen Politikthemen befragt, die in der öffentlichen Diskussion zur Europawahl eine Rolle spielen. Im Anschluss daran wurden ihnen zufällig ausgewählte Parteiszenarien gezeigt, die sich darin unterschieden, ob und wie sehr ihre eigene Position zu einem Thema von den Parteien ihres Landes im Europawahlkampf vertreten wird. Daraufhin konnten die Befragten dann angeben, wie sehr sie sich in diesem Szenario durch die Parteien ihres Landes repräsentiert fühlen. Abschließend wurden

Der Repräsentationseffekt – je schlechter repräsentiert, desto populistischer



Methode: Strukturgleichungsmodelle
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte EU-Bürger aus zwölf europäischen Ländern.

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

sie zu verschiedenen, typisch populistischen Einstellungen befragt, um den Grad ihres individuellen Populismus zu messen. Durch diesen Versuchsaufbau konnte dann statistisch ermittelt werden, ob die subjektiv gefühlte Repräsentation der Menschen einen Einfluss auf den Grad ihrer populistischen Einstellungen hat:

Äußern sich schlecht Repräsentierte populistischer?

Die kurz zusammengefasste Antwort auf diese Frage lautet: Ja – zumindest für solche Befragten, die eigentlich nicht populistisch eingestellt sind.

Die Ergebnisse der Analyse zeigen: Repräsentationslücken können Populismus aktivieren und verstärken. Schlechtere Repräsentation von Parteien in Demokratien kann zu einer Zunahme populistischer Einstellungen führen.

Für den Kampf gegen Populismus bedeuten diese Ergebnisse: Gute Repräsentation kann helfen, die Ausbreitung von populistischen Einstellungen zu begrenzen. Das Bemühen der Parteien, die verschiedenen Positionen und Interessen in der Gesellschaft besser abzubilden und im politischen Prozess zu vertreten, ist ein erfolversprechendes Mittel, um einer weiteren Ausbreitung von populistischen Einstellungen in repräsentativen Demokratien zu begegnen.

Aber was bedeutet das für den Umgang mit populistischen Einstellungen in Europa im Vorfeld der Europawahl 2019?

Vor allem zwei Dinge erscheinen uns vor dem Hintergrund unserer Ergebnisse über den Zusammenhang von Repräsentation und populistischen Einstellungen besonders wichtig:

- Zum einen zeigt unsere Analyse, dass sich das Bemühen der Parteien um das Repräsentationsgefühl der Wählerinnen und Wähler lohnt. Repräsentation zählt! Sie ist ein wichtiger Beitrag gegen die weitere Ausbreitung populistischer Einstellungen. Ein Ziel also, das jede Anstrengung lohnt!
- Zum anderen sind Wahlkampagnen für die Verbesserung der Repräsentation immer eine besondere Chance: Durch das Aufgreifen, Setzen und die kontroverse Diskussion von wichtigen Themen können die Parteien in Wahlkampagnen das Repräsentationsgefühl der Wählerinnen und Wähler verbessern, und der Ausbreitung populistischer Einstellungen vorbeugen.

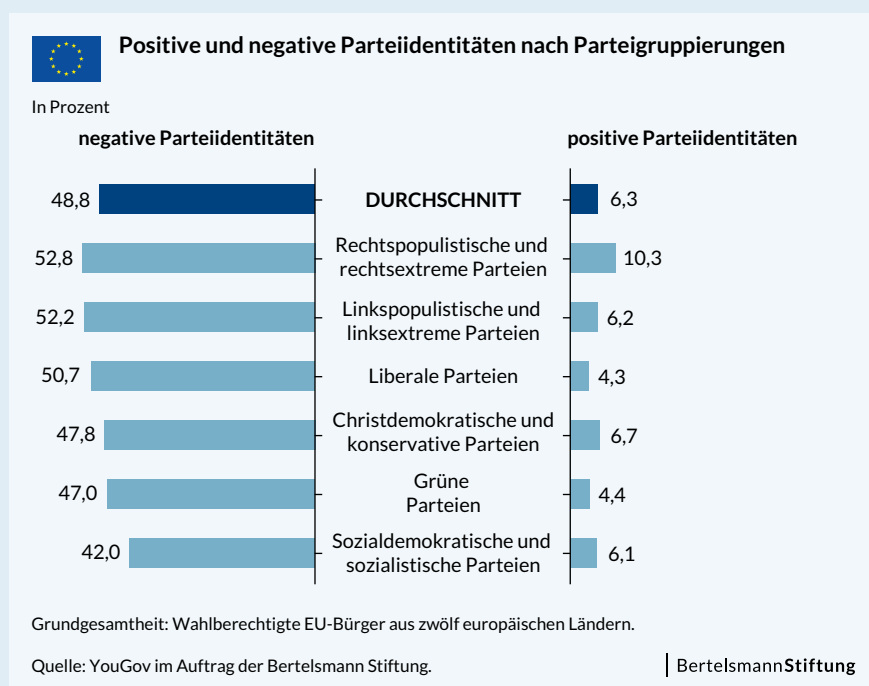
Aber treffen Wähler ihre Wahlentscheidungen eher für oder eher gegen eine Partei? Stimmen sie also für die Partei, die ihre Interessen, Einstellungen und Präferenzen am besten vertritt? Oder stimmen sie eher gegen andere Parteien, die sie auf keinen Fall unterstützen und deren Wahlerfolg sie verhindern wollen? Diese Fragen haben wir durch die empirische Messung und Interpretation positiver und negativer Parteiidentitäten untersucht.

Die (vergessene) Relevanz negativer Parteiidentitäten

Es besteht kein Zweifel daran, dass die positive Identifikation der Wählerinnen und Wähler mit den etablierten politischen Parteien in ganz Europa abnimmt. Aber welche Rolle spielen negative Parteiidentitäten, also die explizite Ablehnung von Parteien für ihr Wahlverhalten und ihre Wahlentscheidungen?

Dazu gibt es bisher nur wenig empirische Forschung in Europa. Aus diesem Grund haben wir in der vorliegenden Studie für die zwölf untersuchten Länder empirische Maße für negative und positive Parteiidentitäten zunächst theoretisch konzipiert und dann praktisch erhoben. Eine positive Parteiidentität gegenüber einer Partei wird dabei denjenigen Befragten zugeschrieben, die angegeben haben, bei Europawahlen, nationalen Wahlen und regionalen Wahlen jeweils „auf jeden Fall“ für eine bestimmte Partei stimmen zu wollen. Spiegelbildlich haben Personen eine negative Parteiidentität gegenüber einer Partei, wenn sie bei jeder der drei abgefragten Wahlen „auf keinen Fall“ für diese Partei stimmen wollen.

Die Abbildung unten zeigt jeweils den Durchschnitt der positiven und negativen Parteiidentitäten für die sechs wichtigsten europäischen Parteigruppierungen, die wir analysiert haben:



Dabei zeigt sich:

- Positive Parteiidentitäten sind deutlich weniger verbreitet als negative Parteiidentitäten. Das könnte darauf hinweisen, dass viele Bürger nicht in erster Linie für die Partei stimmen, der sie sich am stärksten verbunden fühlen, sondern auch gegen Parteien votieren, die sie am stärksten ablehnen. Sie wählen dann eine Partei, die ihnen den sichersten Schutz vor den Parteien zu versprechen scheint, die sie am stärksten ablehnen, deren Wahlerfolg sie also auf jeden Fall verhindern wollen.
- Das Niveau der positiven Parteiidentitäten ist bei den beiden traditionellen Parteigruppierungen des etablierten Spektrums (z.B. sozialdemokratische und sozialistische Parteien sowie christdemokratische und konservative Parteien) nahezu identisch, liegt aber im Vergleich zu den Rechtspopulisten und Rechtsextremen deutlich niedriger. Den höchsten Anteil an Wählern mit einer positiven Parteiidentität besitzen die rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien: 10,3 Prozent der befragten Wahlberechtigten in den zwölf untersuchten europäischen Ländern besitzen eine positive Parteiidentität mit einer rechtspopulistischen oder rechtsextremen Partei.
- Die beiden Parteigruppierungen am linken und rechten Rand haben nicht nur die stärksten positiven Parteiidentitäten, sondern haben gleichzeitig auch ein besonders hohes Niveau an negativen Parteiidentitäten (52,2 beziehungsweise 52,8 Prozent). Mit anderen Worten: Diese Parteigruppierungen haben nicht nur eine solide Basis von Stammwählern, sondern auch eine große Zahl an scharfen Kritikern. Das zeigt auch: Die Adaption der Ideen und Rhetorik dieser beiden Parteigruppierungen kann für andere Parteien eine riskante Strategie sein, da eine Mehrheit der Wähler sie dezidiert ablehnen.

Unsere Ergebnisse haben auch eine hohe Relevanz für die Europawahl und den Europawahlkampf 2019: Vor dem Hintergrund abnehmender positiver Parteiidentitäten in ganz Europa könnte die Mobilisierung negativer Identitäten eine zunehmend wichtige Rolle spielen. Gerade in der Konfrontation zwischen etablierten und populistischen Parteien scheint die Mobilisierung negativer Identitäten in Europa derzeit immer wichtiger zu werden: Populistische Parteien mobilisieren gegen die etablierten Parteien, während die etablierten Parteien zunehmend auf die (Gegen-) Mobilisierung von Wählern gegen die populistischen Parteien setzen.

Welche politischen Konfliktlinien aufseiten der Wählerinnen und Wähler ergeben sich daraus und wie prägen sie die Europawahl 2019 und voraussichtlich auch das neue Europäische Parlament?

Gespaltenes EU-Parlament: Populisten gegen Etablierte?

Ist die Europawahl vor allem ein Kampf zwischen „Etablierten“ und „Populisten“, zwischen „Europabefürwortern“ und „Europaskeptikern“, oder gar zwischen „Demokratieanhängern“ und „Demokratiegegnern“?

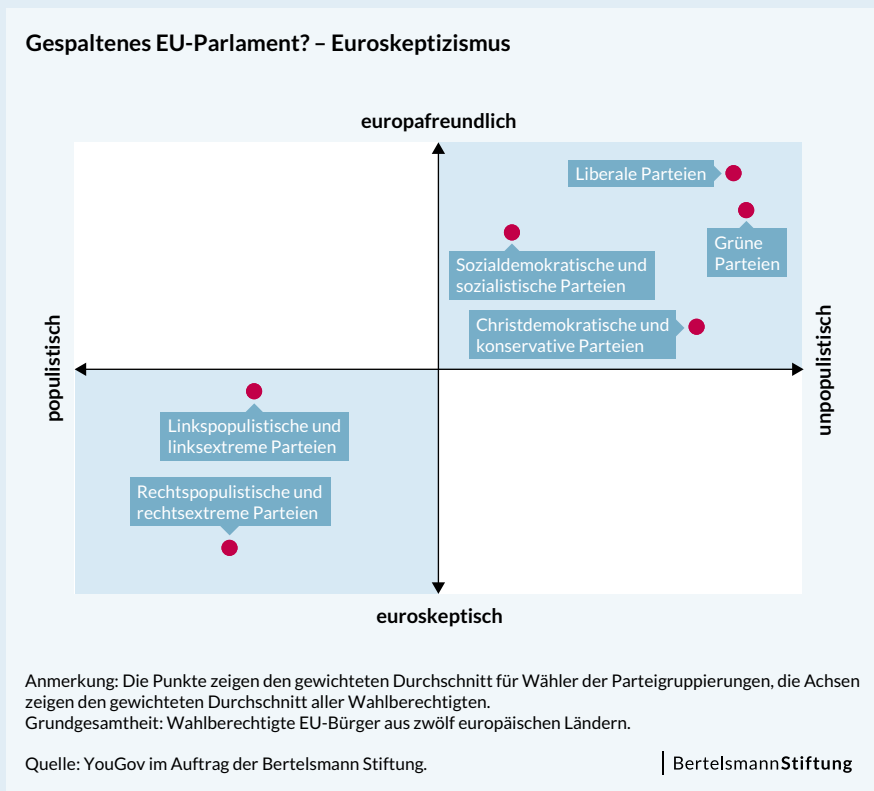
Das Gesamtbild zeigt: Wenn es um Einstellungen gegenüber dem politischen System geht, – also um populistische Einstellungen, die Zufriedenheit mit der Demokratie in der EU sowie die Zustimmung zur Mitgliedschaft in der EU –, verlaufen die Konfliktlinien zwischen den Parteianhängern ganz anders als in ökonomischen und kulturellen Fragen:

- Bei populistischen Einstellungen und den Einstellungen zum EU-System zeigt sich eine klare Polarisierung zwischen den Anhängern der etablierten Parteien (Christdemokraten, Konservativen, Sozialdemokraten, Liberalen und Grünen) auf der einen und den Anhängern von populistischen und extremistischen Parteien – links wie rechts – auf der anderen Seite. Während die Anhänger der Etablierten mit der Demokratie und der EU-Mitgliedschaft überwiegend zufrieden und wenig populistisch eingestellt sind, lehnen die Anhänger der Populisten und Extremisten die EU-Mitgliedschaft stärker ab, sind unzufriedener mit der EU-Demokratie und populistischer eingestellt.
- In ökonomischen und kulturellen Fragen zeigt sich hingegen eine eher klassische ideologische Links-Rechts-Konfliktlinie mit den Anhängern konservativer, rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien an einem und den Anhängern grüner, sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien sowie linkspopulistischer und linksextremer Parteien am anderen Ende.

Die Konfliktlinie zwischen den Anhängern der etablierten und der populistischen und extremen Parteien zeigt sich sehr deutlich bei der Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft. Parallel wurde anhand von acht typisch populistischen Aussagen gemessen, wie populistisch eingestellt jemand ist. Daraus ergibt sich eine Verortung der Anhänger der europäischen Parteigruppierungen in einem Populismus/Euroskeptizismus-Raum:

In den vier Quadranten des Populismus/Euroskeptizismus-Raums zeigt sich dann sehr deutlich: Die zwei Quadranten populistisch/europafreundlich und unpopulistisch/euroskeptisch bleiben vollkommen unbesetzt. Die Anhänger keiner Parteigruppierung sind überdurchschnittlich populistisch und zugleich überdurchschnittlich europafreundlich oder überdurchschnittlich unpopulistisch und zugleich überdurchschnittlich euroskeptisch.

Die Anhänger aller Parteigruppierungen verorten sich damit ausschließlich in den beiden verbleibenden Quadranten rechts oben (= überdurchschnittlich unpopulistisch und zugleich überdurchschnittlich europafreundlich) oder links unten (= überdurchschnittlich populistisch und zugleich überdurchschnittlich euroskeptisch).



In dem unpopulistisch-europafreundlichen Quadranten befinden sich die Wähler aller etablierten Parteigruppierungen. Am stärksten unpopulistisch und europafreundlich zeigen sich die Wähler der Grünen und der Liberalen, während sich die Anhänger der Gruppe der christdemokratischen und konservativen Parteien im Vergleich zum Durchschnitt der Wählerschaft noch etwas weniger populistisch als europafreundlich zeigen und die Wähler der Gruppe der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien etwas europafreundlicher als populistischer.

Im populistisch-euroskeptischen Quadranten finden sich dagegen die Anhänger beider links- und rechtspopulistischen beziehungsweise -extremen Parteigruppierungen. Während ihr Grad des Populismus vergleichbar stark ausgeprägt ist, unterscheiden sie sich in der Ausprägung ihres Euroskeptizismus: Die Wählerschaft der linkspopulistischen und -extremen Parteien zeigt sich deutlich weniger euroskeptisch als die Wählerschaft der rechtspopulistischen und -extremen Parteien. Dennoch zeigen sich die Anhänger beider Parteigruppierungen deutlich euroskeptischer als der Durchschnitt aller Wähler und als die Wähler aller etablierten Parteigruppierungen.

Nahezu das gleiche Bild wie bei der Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft zeigt sich bei der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in der EU.

Zusammenfassend bleibt deshalb festzuhalten: Die Konfliktlinie „Etablierte“ gegen „Populisten & Extreme“ zeigt sich bei der Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft und der allgemeinen Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in der EU sehr deutlich. Es offenbaren sich in diesen Einstellungen zum politischen System zwei klar voneinander getrennte Parteienlager: Die Anhänger der etablierten Parteien stehen gegen das euroskeptische und mit der Demokratie in der EU unzufriedene Lager der Anhänger der populistischen und extremen Parteien am linken und rechten Rand.

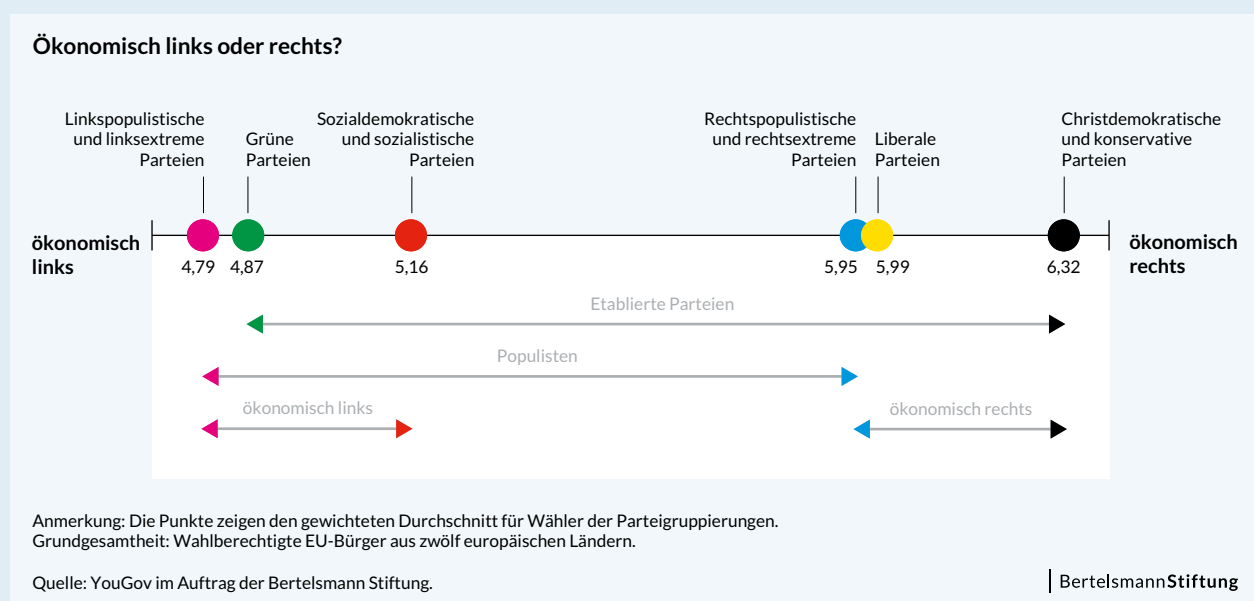
Das ist genau die im laufenden Europawahlkampf zunehmend zitierte und den Wahlkampf und seine politische Rhetorik prägende Unterscheidung zwischen den „Europabefürwortern“ und „Europaskeptikern“ sowie den „Etablierten“ und „Populisten“.

Aber wie ähnlich sind sich die Wähler der Links- und Rechtspopulisten, wenn es um ökonomische und kulturelle Fragen geht?

Mit anderen Worten: Wie einheitlich ist ihr Bild für eine zukünftige Stoßrichtung der europäischen Politik?

Links gegen Rechts I – Die ökonomische Dimension

Zur Beantwortung dieser Fragen ist es hilfreich, die Wähler der Parteigruppierungen vor der Europawahl 2019 nach ihren ökonomischen und kulturellen Links-Rechts-Orientierungen zu betrachten. Dazu wurden in dieser Studie zwei additive Indizes gebildet, die die Präferenzen und Einstellungen der befragten Parteianhänger auf einer ökonomischen und einer kulturellen Dimension verorten.



Die Abbildung auf S. 21 zeigt: Im ökonomisch linken Spektrum befinden sich ganz links die Anhänger linkspopulistischer und linksextremer Parteien mit einem durchschnittlichen Indexwert von 4,79. Direkt daneben positionieren sich die Anhänger der grünen Parteien (4,87) und kurz darauf die Anhänger der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien (5,16). Diese drei Parteigruppierungen befinden sich deutlich links vom Durchschnitt aller Wahlberechtigten (5,61). Deutlich rechts vom Durchschnitt verorten sich dagegen die Anhänger der rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien (5,95), der liberalen Parteien (5,99) und der christdemokratischen und konservativen Parteien (6,32).

In der aggregierten Darstellung der ökonomischen Links-Rechts-Orientierung zeigt sich damit eine klare Lagerbildung zwischen den Anhängern der beiden dem Namen nach „linken“ und der grünen Parteigruppierung auf der linken Seite sowie den beiden „rechten“ Parteigruppierungen und den liberalen Parteien auf der rechten Seite.

Das zeigen auch die Distanzpeile zwischen den unterschiedlichen Parteigruppierungen, deren Länge jeweils anzeigt, wie stark sich die Präferenzen der Wähler verschiedener Parteigruppierungen voneinander unterscheiden: Am weitesten auseinander liegen in der Abbildung die Präferenzen der Wähler der etablierten Parteigruppierungen, weil an ihren Rändern der Indexwert der christdemokratischen und konservativen Parteianhänger um 1,45 Punkte von dem der Grünen abweicht. Am zweitstärksten zeigt sich bei der ökonomischen Links-Rechts-Orientierung die Distanz zwischen den Anhängern der beiden populistischen und extremen Parteigruppierungen: Hier liegt der politische Positionsabstand der Anhänger linkspopulistischer und linksextremer Parteien von den Anhängern rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien bei ebenfalls noch sehr beträchtlichen 1,16 Indexpunkten. Ein anderes Bild zeigt sich dagegen auf der ökonomisch linken beziehungsweise ökonomisch rechten Seite des Spektrums. Dort liegt der politische Positionsabstand der Wähler innerhalb des ökonomisch linken und innerhalb des ökonomisch rechten Parteienlagers bei jeweils lediglich 0,37 Indexpunkten. Zusammenfassend heißt das: Die ökonomischen Präferenzen der Parteianhänger der beiden populistisch-extremen Parteigruppierungen unterscheiden sich mehr als dreimal so deutlich voneinander wie diejenigen der Anhänger innerhalb des ökonomisch linken und innerhalb des ökonomisch rechten Parteienlagers.

Europäische Sozialausgaben: Das europäische Herz schlägt links

Ein ähnliches Bild zeigt sich exemplarisch für die ökonomische Links-Rechts-Dimension bei der europäischen Sozialpolitik: Sie ist für die Wähler in Europa fast ebenso wichtig wie die Asylpolitik: In zehn der zwölf untersuchten Länder gehört sie zu den drei wichtigsten Themen. Das Meinungsbild zur Sozialpolitik bleibt aber stark ideologisch geprägt: Anhänger linker Parteien plädieren mehrheitlich für eine Erhöhung und die rechter Parteien für eine Verringerung der EU-Sozialausgaben. Am stärksten ist die Zustimmung zu mehr EU-Sozialausgaben bei

den Anhängern linkspopulistischer und linksextremer Parteien (56 Prozent), am schwächsten bei christdemokratischen und konservativen Parteianhängern (20 Prozent) sowie den Wählern rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien (24 Prozent).

Europäische Sozialausgaben: Das europäische Herz schlägt links

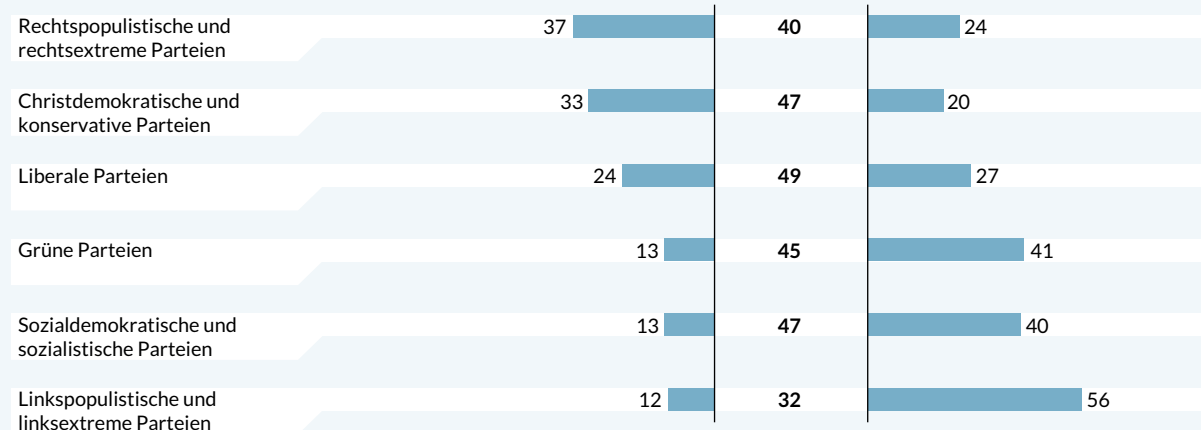
In Prozent



Einstellungen zu europäischen Sozialausgaben nach den Wählern der Parteigruppierungen

Europäische Sozialausgaben ...

senken beibehalten erhöhen



Grundgesamtheit: Wahlberechtigte EU-Bürger aus zwölf europäischen Ländern.

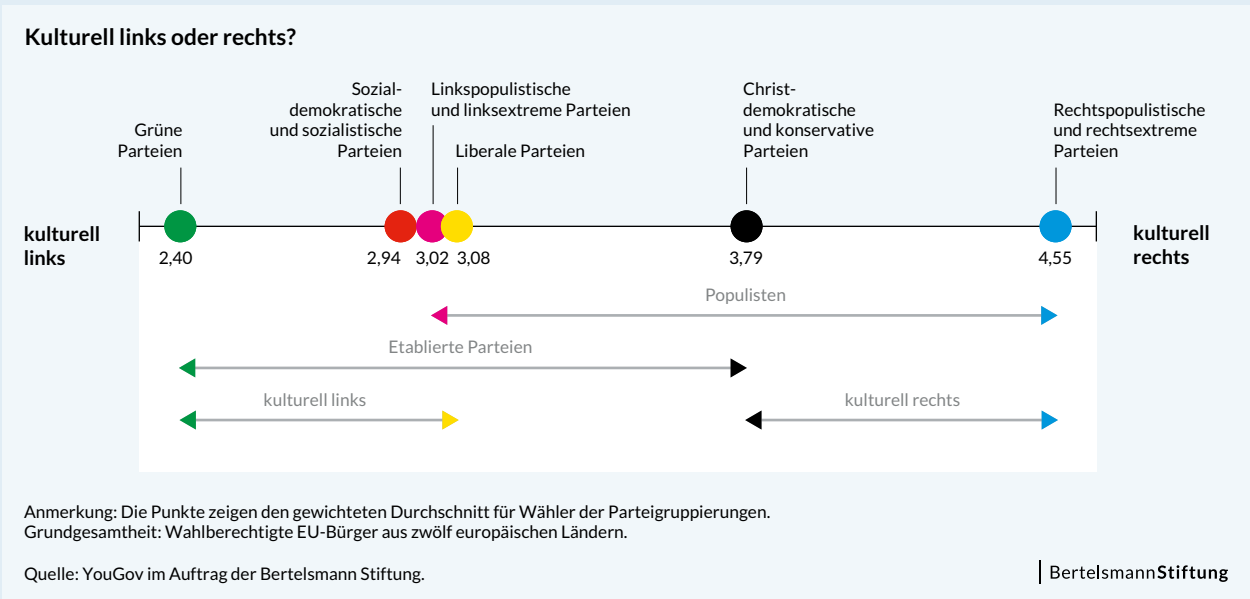
Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

In sozialpolitischen Fragen stehen damit – exemplarisch für fast alle untersuchten Politikbereiche – nicht „Etablierte“ gegen „Populisten“, sondern „Rechts“ gegen „Links“. Das zeigt sich am deutlichsten bei den Anhängern linkspopulistischer und linksextremer Parteien: Trotz ihrer generellen EU-Skepsis wünschen sie sich mehrheitlich (56 Prozent) mehr und nicht weniger EU-Ausgaben für Soziales. Den Gegenpol bilden die Wähler rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien, die mit 37 Prozent für weniger und nur 24 Prozent für mehr Sozialausgaben der EU sind. Aber selbst unter den Anhängern aller Rechtsparteien wünschen sich fast zwei Drittel der Befragten, die derzeitigen Ausgaben der EU für soziale Belange nicht zu kürzen. Von den Anhängern keiner europäischen Parteigruppierung werden die derzeitigen EU-Sozialausgaben grundsätzlich in Frage gestellt.

Links gegen Rechts II – Die kulturelle Dimension

Ein ebenfalls ähnliches, aber nicht vollständig identisches Bild zeigt sich für die kulturelle Links-Rechts-Orientierung in der Abbildung unten:



Auch hier sind zunächst die Verortungen der jeweiligen Anhänger der europäischen Parteigruppierungen auf der kulturellen Links-Rechts-Dimension abgebildet. Und auch hier zeigt sich ein klares Bild: Im kulturell linken Spektrum befinden sich ganz links die grünen Parteien mit einem durchschnittlichen Indexwert der kulturellen Orientierung ihrer Anhänger von 2,40. Nicht weit entfernt davon positionieren sich die Anhänger der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien (2,94), der linkspopulistischen und linksextremen Parteien (3,02) und der liberalen Parteien (3,08). Die Anhänger dieser vier Parteigruppierungen befinden sich damit deutlich links vom Durchschnitt aller Wahlberechtigter (3,60). Rechts davon verorten sich dagegen die Anhänger der christdemokratischen und konservativen Parteien (3,79) und ganz rechts die Wähler der rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien (4,55). Kulturell positionieren sich die Anhänger der liberalen Parteien also deutlich links vom Durchschnitt. Die Anhänger der liberalen Parteien entziehen sich damit als einzige Gruppe einer eindeutigen übergeordneten Links-Rechts-Zuordnung, weil sie sich ökonomisch rechts und kulturell links zeigen.

Auch für die kulturelle Links-Rechts-Orientierung gilt also: Es zeigt sich ein Kontrast zwischen den Anhängern der beiden linken Parteigruppierungen und der grünen Parteigruppierung sowie den liberalen Parteien auf der linken Seite der kulturellen Links-Rechts-Dimension und den beiden rechten Parteigruppierungen der Christdemokraten und Konservativen sowie der Rechtspopulisten und Rechtsextremen auf der rechten Seite.

Ein anderes Bild zeigt sich dagegen innerhalb des kulturell linken und rechten Spektrums. Dort zeigt sich der politische Positionsabstand zwischen den Wählern der kulturell linken (0,68) und den kulturell rechten Parteigruppierungen (0,76) nur etwa halb so groß.

Zusammenfassend heißt das: Die kulturellen Präferenzen der Parteianhänger der beiden populistisch-extremen Parteigruppierungen unterscheiden sich etwa doppelt so stark voneinander wie diejenigen innerhalb des kulturell linken und innerhalb des kulturell rechten Parteienlagers.

Konsequenzen für das neue EU-Parlament

Was lässt sich aus diesen Ergebnissen für das kommende Europäische Parlament ableiten?

In der Theorie und bei reiner Betrachtung der Wählerpräferenzen sind in ökonomischen und kulturellen Sachfragen neue Koalitionen im Europaparlament denkbar – zum Beispiel zwischen Christdemokraten/Konservativen und Rechtspopulisten, deren Wähler sich etwa in kulturellen Fragen teilweise näher stehen als die Wähler von manchen etablierten Parteien. Aber die Vergangenheit zeigt, dass die etablierten Parteien Koalitionen mit den Populisten und Europakritikern überwiegend scheuen. Nicht zufällig zeigen die Daten dieser Studie, dass links- und rechtspopulistische Parteien ein besonders hohes Niveau an negativen Parteiidentitäten haben. Gerade im Europaparlament hat der proeuropäische Konsensus der Etablierten starke Bindungskraft und hat immer wieder ideologische Unterschiede zwischen den etablierten Parteien zweitrangig werden lassen. Selbst während der Finanzkrise, als ökonomisch hoch umstrittene Fragen entschieden werden mussten, haben die etablierten Parteien im Europaparlament lieber untereinander Kompromisse auf der ökonomischen Dimension geschlossen, als die EU-Gegner und Populisten einzubinden. Koalitionen nach „österreichischem Vorbild“ wie zwischen ÖVP und FPÖ sind im Europaparlament deshalb auch nach 2019 eher unwahrscheinlich.

Fazit:

Konflikt oder Konsens im neuen EU-Parlament?

Schlechte Repräsentation erzeugt Populismus. Im Umkehrschluss heißt das: Gute Repräsentation ist eine exzellente Strategie gegen Populismus. Aber gute Repräsentation ist in Demokratien kein einfaches Geschäft. Sie braucht in Demokratien die Zustimmung und Legitimitätszuschreibung der Repräsentierten. Fühlen die Menschen sich in der Vielfalt ihrer Interessen und Einstellungen nicht hinreichend repräsentiert, erzeugt das Unzufriedenheit und Demokratiekritik. Repräsentationsdefizite aktivieren und verursachen Populismus.

Populisten von Links und Rechts nutzen solche Repräsentationsdefizite dann für ihre Zwecke. Das prägt auch die Europawahl 2019. Sie profitieren dabei von den

offenen Flanken der etablierten Parteien. Sie bringen die vermeintlich „wahren“ Interessen eines angeblich „homogenen“ Volkes gegen eine vermeintlich „korrupte und böse Elite“ in Stellung. Sie münzen empfundene Repräsentationsdefizite der Wähler in populistische Systemkritik gegen die EU und ihr demokratisches System um. Demokratieunzufriedenheit und EU-Skeptizismus bleiben aber ihr einziger und größter gemeinsamer Nenner. In Sachfragen bleibt das populistisch-extreme „Anti-EU-Lager“ eine Fiktion: Links- und rechtspopulistische Wähler liegen in ihren Präferenzen in Sachfragen noch weiter auseinander als die etablierten Parteien des gemäßigten Links-Rechts-Spektrums.

Für das neue EU-Parlament bedeutet das: Konsenschancen und positive Mehrheiten erfordern „größere“ Koalitionen der etablierten Parteien als bisher. Ohne die populistisch-extremen Ränder, könnten positive Mehrheiten künftig den Konsens sozialistischer, links-alternativer, grüner und sozialdemokratischer bis hin zu den christdemokratischen und konservativen Parteien benötigen. Je stärker die populistisch-extremen Ränder werden, umso stärker zwingt das die etablierten Parteien zum Konsens in großen Koalitionsmehrheiten des gemäßigten Links-Rechts-Spektrums. Gelingt den etablierten Parteien dieser Brückenschlag nicht, führen negative Mehrheiten zu Selbstblockade und Stillstand in Europa. Je stärker die populistisch-extremen Ränder werden, umso wahrscheinlicher wird ein solches Szenario. Aber noch hat Europa die Wahl!

Die acht Wahlkampfthemen im Überblick

WAHLKAMPF-THEMA	Dänemark	Deutschland	Frankreich	Griechenland	Großbritannien	Italien	Niederlande	Österreich	Polen	Schweden	Spanien	Ungarn
Europäische Asylpolitik												
Europäische Sozialausgaben												
Regulierung der Massentierhaltung												
Europäische Finanzhilfen												
Strafen für Demokratiesünder												
Europäische Agrarsubventionen												
Brexit-Verhandlungen												
Militärische Zusammenarbeit in Europa												

Anmerkung: Wahlkampfthemen sind nach Salienz sortiert. Eine Länderflagge bedeutet, dass das Thema im jeweiligen Land zu den drei wichtigsten Wahlkampfthemen zählt.

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

1. Pro oder Contra?

Wahlabsichten und Parteiidentitäten bei der Europawahl 2019

Die Wahlabsichten vieler Europäer in Hinblick auf ihre Wahlteilnahme sind vielversprechend: Im Durchschnitt der in dieser Studie untersuchten zwölf europäischen Länder wollen mehr als zwei Drittel (68 Prozent) der Wahlberechtigten „auf jeden Fall“ an der Europawahl 2019 teilnehmen. In Deutschland sagen das sogar fast drei Viertel (73 Prozent) aller Wahlberechtigten. Der Zusammenhang zwischen den geäußerten Wahlbeteiligungsabsichten und dem tatsächlichen Wahlverhalten ist aber zu unsicher, um daraus eine Prognose abzuleiten. Aussagekräftiger als die Wahlbeteiligungsabsicht ist deshalb die Analyse ihrer relativen Strukturen und der unterliegenden Gründe für die Wahlteilnahme.

Dazu zeigen unsere Ergebnisse: Ältere Menschen und Menschen mit einem höheren formalen Bildungsgrad wollen eher an der Europawahl teilnehmen als Jüngere und Menschen mit geringerem Bildungsgrad. Nicht signifikant für die Wahlabsichten sind die populistischen Einstellungen der Wahlberechtigten. Es gibt also auch keinen Hinweis auf einen kausalen Zusammenhang zwischen Populismus und der Überzeugung, sicher an der Europawahl teilzunehmen. Anders sieht der Effekt bei der Links-Rechts-Selbsteinstufung der Befragten aus: Hier zeigt sich, dass die politischen Ränder links und rechts stärker mobilisiert sind als die noch etwas „wahlmüde“ politische Mitte.

Populistisch eingestellte Menschen weisen aber tatsächlich eine deutlich höhere Wahrscheinlichkeit auf, eine der populistischen Parteien wählen zu wollen. Das zeigt sich vor allem bei „rechts“ eingestellten Individuen: Je weiter rechts von der

politischen Mitte ein Wahlberechtigter sich selbst verortet, desto wahrscheinlicher wählt er eine der populistischen Parteien.

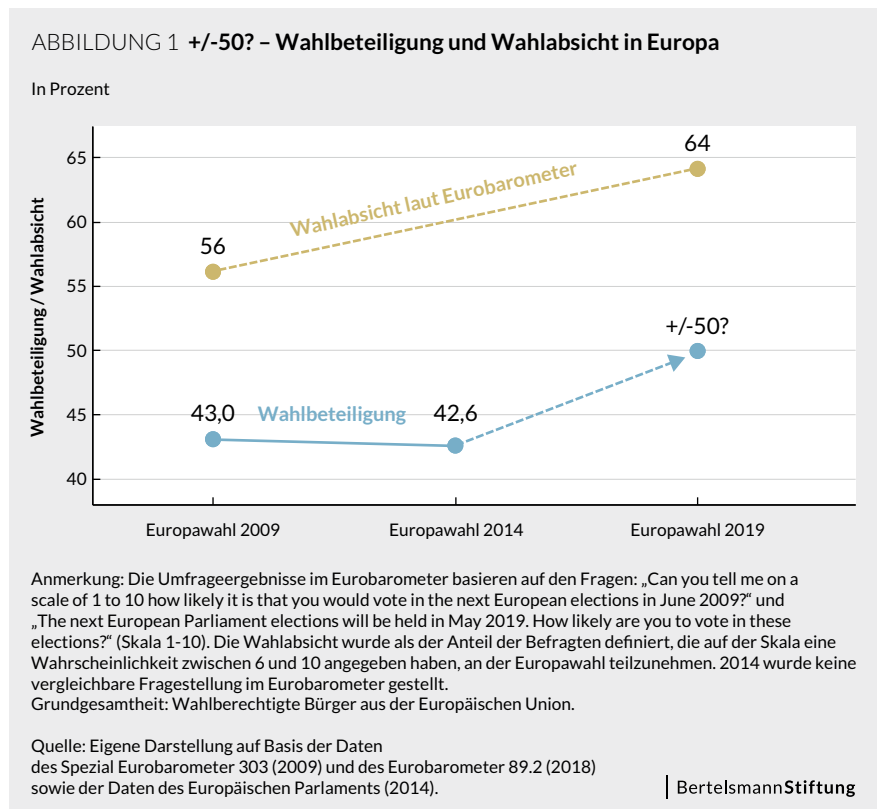
Aber treffen Wähler ihre Wahlentscheidungen eher für oder eher gegen eine Partei? Stimmen sie also für die Partei, die ihre Interessen, Einstellungen und Präferenzen am besten vertritt? Oder stimmen sie eher gegen andere Parteien, die sie auf keinen Fall unterstützen und deren Wahlerfolg sie verhindern wollen? Diese Fragen haben wir durch die empirische Messung und Interpretation positiver und negativer Parteiidentitäten untersucht und festgestellt: Positive Parteiidentitäten sind deutlich weniger verbreitet als negative Parteiidentitäten. Den höchsten Anteil an Wählern mit einer positiven Parteiidentität besitzen die rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien (10,3 Prozent). Die beiden Parteigruppierungen am linken und rechten Rand haben nicht nur die stärksten positiven Parteiidentitäten, sondern haben gleichzeitig auch ein besonders hohes Niveau an negativen Parteiidentitäten (52,8 beziehungsweise 52,2 Prozent).

Unsere Ergebnisse zeigen damit auch eine hohe Relevanz negativer Parteiidentitäten für die Europawahl und den Europawahlkampf 2019. Gerade in der Konfrontation zwischen etablierten und populistischen Parteien scheint die Mobilisierung negativer Identitäten in Europa derzeit immer wichtiger zu werden: Populistische Parteien mobilisieren gegen die etablierten Parteien, während die etablierten Parteien zunehmend auf die (Gegen-) Mobilisierung von Wählern gegen die populistischen Parteien setzen.

Pro oder Contra?

Seit der ersten Europawahl im Jahr 1979 kennt die Entwicklung der Wahlbeteiligung in der Europäischen Union als Ganzes nur eine Richtung: sie nimmt ab. Lag die Wahlbeteiligung 1979 europaweit noch bei immerhin 62 Prozent, hat sie bei jeder folgenden Europawahl in unterschiedlich ausgeprägten Sprüngen immer weiter bis auf zuletzt nur noch 42,6 Prozent abgenommen. Allerdings spiegelt sich in diesem Rückgang nicht unbedingt ein niedrigeres Interesse der Wähler an den Europawahlen wider. Seit 1979 sind viele neue Mitgliedstaaten beigetreten, bei denen teilweise auch in nationalen Wahlen die Wahlbeteiligung gering ist (z.B. wegen des Fehlens einer Wahlpflicht). Sie senken den europäischen Durchschnitt. Außerdem wurde die Wahlpflicht in einzelnen Ländern abgeschafft (Franklin 2001).

Tatsächlich klingen die Absichten vieler Europäer in Hinblick auf ihre Wahlteilnahme 2019 vielversprechend: Im Durchschnitt der in dieser Studie untersuchten zwölf europäischen Länder wollen mehr als zwei Drittel (68 Prozent) der Wahlberechtigten „auf jeden Fall“ an der Europawahl 2019 teilnehmen. In Deutschland sagen das sogar fast drei Viertel (73 Prozent) aller Wahlberechtigten. Und auch im Vergleich zu früheren Europawahlen scheint die Wahlabsicht vieler Europäer diesmal stärker zu sein: Nach den Umfragewerten des Eurobarometers beabsichtigten etwa ein halbes Jahr vor der Europawahl 2009 lediglich 56 Prozent aller wahlberechtigten EU-Bürger mit einer großen Wahrscheinlichkeit an der Wahl teilzunehmen. Bereits ein Jahr vor der 2019 anstehenden Europawahl lag dieser Wert in einer ähnlichen Frage bei immerhin 64 Prozent:



Der Vergleich mit den tatsächlichen Wahlbeteiligungen illustriert jedoch, wie unzureichend die in Umfragen geäußerten Wahlabsichten das tatsächliche Niveau der Wahlbeteiligung vorhersagen. Bei der Europawahl 2009 lag die tatsächliche Wahlbeteiligung bei lediglich 43 Prozent, obwohl immerhin 56 Prozent aller Wahlberechtigten sich ein halbes Jahr vor der Wahl noch relativ sicher waren, ihre Stimme abgeben zu wollen. Die Differenz zwischen Wahlabsicht und tatsächlicher Wahlbeteiligung lag damit 2009 bei immerhin 13 Prozentpunkten. Für die Europawahl 2014 liegen keine vergleichbaren Daten zur Wahlabsicht vor.

Ob die in dieser Studie gemessenen hohen Werte der Wahlabsichten in den zwölf untersuchten Ländern für die Europawahl 2019 auf eine auch tatsächlich steigende Wahlbeteiligung hindeuten, muss deshalb offenbleiben. Der Zusammenhang zwischen den geäußerten Wahlbeteiligungsabsichten und dem tatsächlichen Wahlverhalten ist zu unsicher, um daraus eine Prognose abzuleiten (vgl. zum Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligungsabsichten und Wahlbeteiligung allgemein: Holbrook und Krosnick 2010, sowie Karp und Brockington 2005).

Aussagekräftiger als die absoluten Zahlen zur Wahlbeteiligungsabsicht ist deshalb die Analyse ihrer relativen Strukturen und der unterliegenden Gründe für die Wahlteilnahme: Wer fühlt sich sicherer, an der Wahl teilnehmen zu wollen? Und wer fühlt sich unsicherer, ist also gemessen an seiner Wahlabsicht weniger stark mobilisiert als andere?

Zu diesem Zweck haben wir in der vorliegenden Studie mit logistischen Regressionsmodellen gearbeitet, die die Wahrscheinlichkeit vorhersagen, „auf jeden Fall“ an der Europawahl teilnehmen zu wollen. In diesen Modellen werden verschiedene erklärende Variablen genutzt, die mit der Wahlbeteiligungsabsicht verbunden sein könnten (vgl. dazu den methodischen Anhang auf S. 95).

Neben den soziodemografischen Merkmalen, wie beispielsweise Alter und Geschlecht, haben wir auch verschiedene Einstellungen als erklärende Variablen der Wahlbeteiligungsabsicht untersucht, wie Einstellungen gegenüber dem politischen System in den Ländern und in Europa sowie zur europäischen Integration, die Links-Rechts-Selbsteinstufung und populistische Einstellungen. Ähnliche Analysen wie zur Erklärung der Wahlbeteiligungsabsichten wurden schließlich auch zur Erklärung der Parteiwahl für euroskeptische und populistische Parteien durchgeführt (vgl. dazu den methodischen Anhang auf S. 95 ff.).

Die Ergebnisse dieser Analysen für unsere Stichproben aus zwölf Ländern lassen sich in Kürze wie folgt zusammenfassen:

Wahlabsichten I: Wer hat die Absicht zur Wahl zu gehen?

Unter den soziodemografischen Erklärungsfaktoren haben vor allem das Alter und der formale Bildungsgrad der Befragten einen statistisch signifikanten Effekt auf die Wahlbeteiligungsabsicht:

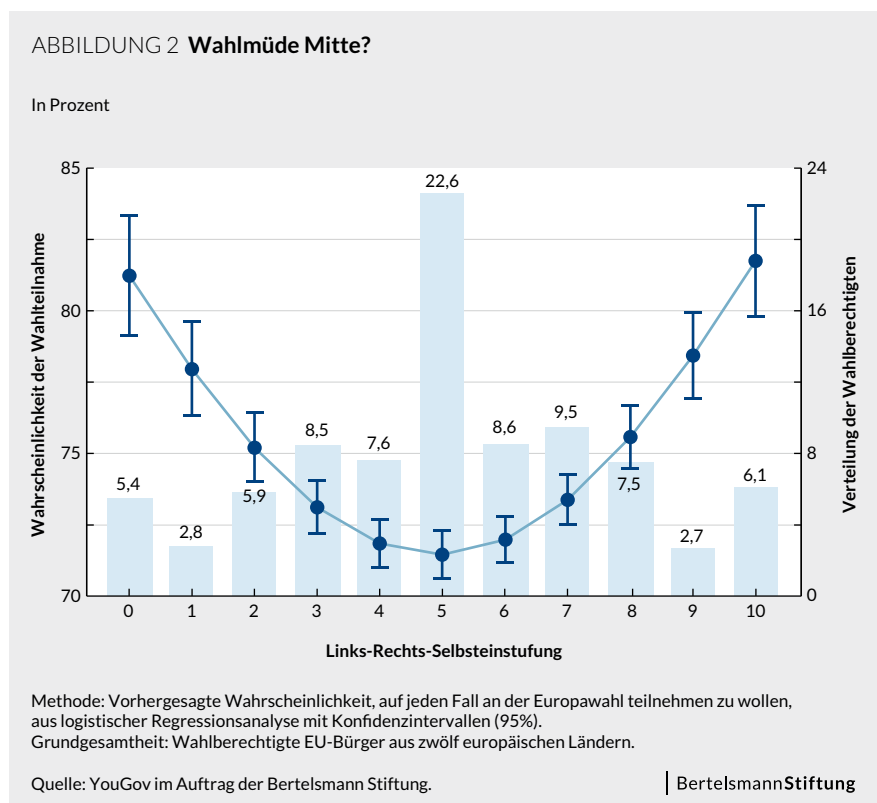
- Ältere Menschen wollen eher an der Europawahl teilnehmen als Junge. Die Wahlabsicht steigt mit dem Alter der Befragten an, flacht dann ab einem Alter von 60 Jahren wieder ab.

- Menschen mit formal höherer Bildung haben auch im Vorfeld der Europawahl 2019 eine höhere Wahrscheinlichkeit, auf jeden Fall an der Wahl teilnehmen zu wollen, als Menschen mit einem formal geringeren Bildungsgrad.

Sehr deutliche Unterschiede zeigen sich auch nach Einstellungen zur EU:

- Menschen, die die Mitgliedschaft des eigenen Landes in der EU für eine „gute Sache“ halten, haben eine höhere Wahrscheinlichkeit an der Wahl teilzunehmen, als Menschen, die die EU-Mitgliedschaft ablehnen (Mattila 2003).
- Ein ähnlicher Effekt zeigt sich bei der Zufriedenheit mit der Demokratie in der EU. Auch hier sind es eher die Zufriedenen, die sicher an der Europawahl teilnehmen wollen, als die Unzufriedenen.
- Ebenso erweisen sich die Integrationsfreundlichen – die sich wünschen, dass der europäische Integrationsprozess schneller voran schreitet als bisher – stärker mobilisiert als diejenigen Wahlberechtigten, die sich das nicht wünschen.

Nicht signifikant für die Wahlabsichten sind die populistischen Einstellungen der Wahlberechtigten: Nach der Kontrolle für andere Faktoren haben populistisch eingestellte Menschen weder eine niedrigere noch eine höhere Wahlbeteiligungsabsicht als nicht populistisch eingestellte Personen. Es gibt also auch keinen Hinweis auf einen kausalen Zusammenhang zwischen Populismus und der Überzeugung, sicher an der Europawahl teilzunehmen (Anduiza et al. 2019). Anders sieht der Effekt bei der Links-Rechts-Selbsteinstufung der Befragten aus: Hier zeigt sich, dass die politischen Ränder links und rechts stärker mobilisiert sind als die noch etwas „wahlmüde“ politische Mitte:



Die Abbildung verdeutlicht: Während für einen Wahlberechtigten aus der politischen Mitte (= Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala von 0 bis 10 beim Skalenwert 5) die Wahrscheinlichkeit, auf jeden Fall an der Europawahl teilnehmen zu wollen, bei knapp über 70 Prozent liegt, steigt sie am linken und rechten Rand bis auf über 80 Prozent an. Allerdings verorten sich an den politischen Rändern natürlich deutlich weniger Wahlberechtigte als in der politischen Mitte. Dennoch würde sich eine höhere Wahlbeteiligung der politischen Ränder in einer überproportionalen Repräsentation ihrer politischen Präferenzen im Wahlergebnis niederschlagen und die Resultate zu Lasten der Präferenzen der Mitte verzerren. Die stärkere Mobilisierung an den politischen Rändern ist durchaus konsistent mit Ergebnissen anderer Studien, die zeigen, dass kleine, oft extreme Oppositionsparteien bei Europawahlen besonders stark abschneiden (Hix und Marsh 2007).

Wahlabsichten II: Wer hat die Absicht, euroskeptische Parteien zu wählen?

Bei der Parteiwahl („Welche Partei würden Sie wählen, wenn morgen Europawahl wäre oder würden Sie nicht an der Wahl teilnehmen?“) zu Gunsten einer der euroskeptischen Parteien (vgl. dazu den methodischen Anhang auf S. 95, inklusive der Klassifikation euroskeptischer Parteien) zeigt sich mit Blick auf die soziodemografischen Merkmale folgendes Bild:

- Frauen zeigen eine geringere Wahlabsicht zugunsten einer euroskeptischen Partei als Männer, d.h. sie haben eine geringere Wahrscheinlichkeit, für eine euroskeptische Partei zu votieren als die Männer. Dieser Unterschied lässt sich auch nicht durch andere politische Einstellungen zur EU oder sonstige soziodemografische Unterschiede zwischen Frauen und Männern erklären, die wir in verschiedener Form kontrollieren.
- Auch Menschen mit einem höheren formalen Bildungsgrad äußern weniger häufig eine Wahlabsicht für eine euroskeptische Partei als Menschen mit einem geringeren formalen Bildungsgrad. Die formal am höchsten Gebildeten haben die geringste Wahrscheinlichkeit, eine euroskeptische Partei zu wählen.

Auch nach Einstellungen gegenüber der EU zeigen sich deutliche Unterschiede:

- Befragte, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU befürworten, die sich selbst als Europäer sehen und zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie in der EU sind, wählen weniger häufig euroskeptische Parteien als Menschen, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU ablehnen, sich ausschließlich als Bürger ihres Landes sehen und mit dem Funktionieren der Demokratie in der EU unzufrieden sind.

Ein weiteres interessantes Resultat betrifft die populistischen Einstellungen: Je stärker diese ausgeprägt sind, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass ein Befragter eine euroskeptische Partei wählt. Dies erklärt sich jedoch dadurch, dass in unserer Studie die meisten euroskeptischen Parteien zugleich auch populistisch sind. Betrachtet man ausschließlich die nicht-populistischen euroskeptischen Parteien zeigt sich, dass sie nicht häufiger von populistisch eingestellten Menschen gewählt werden.

IM FOKUS

Was ist Populismus?

IM FOKUS Was ist Populismus?

Nachstehend einige Aussagen zu Politik und Gesellschaft. Bitte geben Sie für jede Aussage an, inwieweit sie dieser zustimmen.

Die Politiker im deutschen Bundestag müssen sich nach dem Willen des Volkes richten.*		stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	weder noch	stimme eher nicht zu	stimme überhaupt nicht zu
Das Volk – und nicht die Politiker – sollte unsere wichtigsten politischen Entscheidungen fällen.		stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	weder noch	stimme eher nicht zu	stimme überhaupt nicht zu
Die politischen Unterschiede zwischen der Elite und dem Volk sind größer als die Unterschiede innerhalb des Volkes.		stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	weder noch	stimme eher nicht zu	stimme überhaupt nicht zu
Ich würde es vorziehen, von einem Bürger anstatt eines Berufspolitikers repräsentiert zu werden.		stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	weder noch	stimme eher nicht zu	stimme überhaupt nicht zu
Mandatsträger reden zu viel und handeln zu wenig.		stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	weder noch	stimme eher nicht zu	stimme überhaupt nicht zu
Was in der Politik als „Kompromiss“ bezeichnet wird, ist nichts anderes als ein Verrat an den eigenen Grundsätzen.		stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	weder noch	stimme eher nicht zu	stimme überhaupt nicht zu
Die spezifischen Interessen der politischen Klasse haben negative Auswirkungen auf das Wohlbefinden des Volkes.		stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	weder noch	stimme eher nicht zu	stimme überhaupt nicht zu
Politiker stimmen letztendlich immer zu, wenn es um den Schutz ihrer Privilegien geht.		stimme voll und ganz zu	stimme eher zu	weder noch	stimme eher nicht zu	stimme überhaupt nicht zu

* Diese Aussage wurde für jedes untersuchte Land individuell angepasst.

Quelle: Items aus Akkerman et al. (2014) sowie Van Hauwaert und van Kessel (2018).

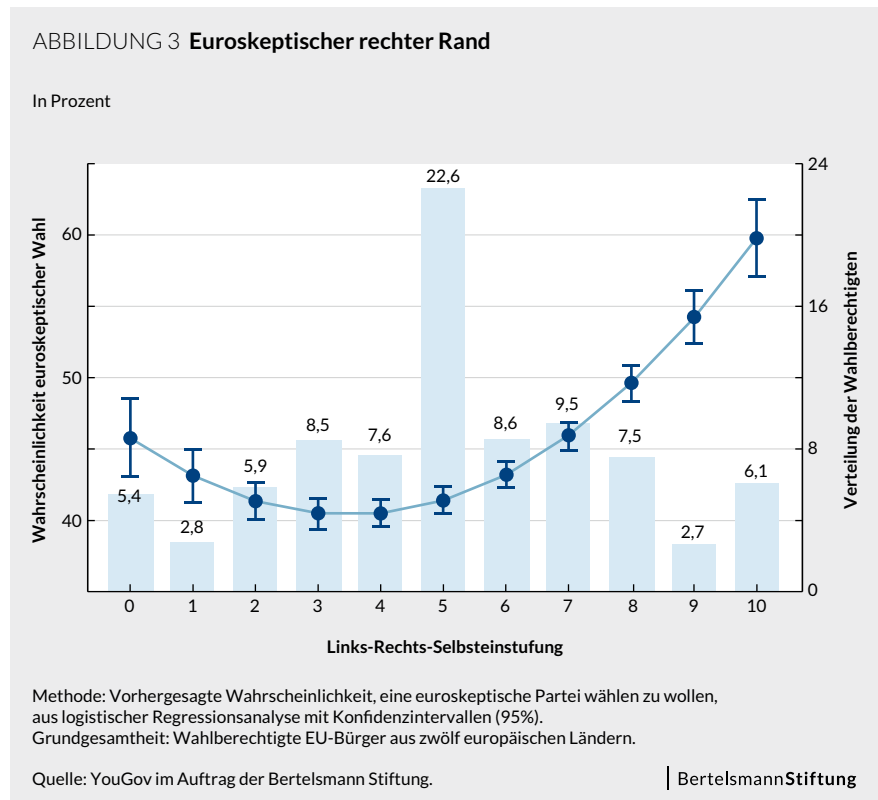
| BertelsmannStiftung

Obwohl Populismus ein durchaus umstrittener Begriff ist, gibt es mittlerweile einen wachsenden Konsens in der politikwissenschaftlichen Literatur zur Verwendung einer ideellen Populismusdefinition. Diesem ideellen Ansatz folgend ist Populismus als eine bestimmte „Weltanschauung“ definiert, die die Gesellschaft in zwei antagonistische und homogene Gruppen unterteilt: Das „wahre Volk“ versus die „korrupten Eliten“. Zudem charakterisiert sich Populismus durch die Forderung nach der sogenannten „Volkssouveränität“, die es unmittelbar und zu jedem Preis durchzusetzen gilt (Mudde 2004; Mudde und Rovira Kaltwasser 2017). Einer der wichtigen Vorteile einer solchen Populismusdefinition besteht darin, dass sie eine empirische Untersuchung und Messung der Angebots- und Nachfrageseite von Populismus ermöglicht (Hawkins et al. 2018b; Mudde und Rovira Kaltwasser 2018). Einerseits können dadurch die politischen Akteure identifiziert werden, die populistische Ideen vertreten, und es lässt sich ebenso untersuchen, ob und inwieweit populistische Ideen zur Mobilisierung von Wählern mit anderen politischen Ideologien verbunden werden (z.B. mit Autoritarismus und ethnischem Nationalismus bei den rechtspopulistischen Parteien in Europa). Andererseits ermöglicht die dieser Studie zugrundeliegende Konzeptualisierung auch die Analyse der Nachfrage der Wähler und Wählerinnen nach Populismus durch Umfragen: Wie verbreitet sind populistische Einstellungen innerhalb der einzelnen Wählersegmente und welche Bedingungen begünstigen die Aktivierung solcher Ansichten?

Die für diese Studie durchgeführte Umfrage untersucht diese Nachfrage nach Populismus durch die Wähler. Dazu haben wir eine Reihe von Items/Fragen verwendet, die messen, wie populistisch die befragten europäischen Bürger sind. Dabei stützen wir uns auf die bestehende wissenschaftliche Forschung, insbesondere auf die Arbeit von Van Hauwaert und van Kessel (2018), die populistische Einstellungen bereits in neun europäischen Ländern gemessen haben. Die dort verwendeten Items zur Populismusmessung wurden bereits in verschiedenen vergleichenden Studien verwendet (z.B. Akkerman et al. 2014; Hawkins et al. 2018a; Meléndez und Rovira Kaltwasser 2017; Rico et al. 2017) und sind die am weitesten verbreitete und akzeptierte Methode zur Messung populistischer Einstellungen von Wählern und Wählerinnen.

Die Fokusgrafik zeigt die in dieser Studie verwendeten Items zur Messung von populistischen Einstellungen. Die Items zielen darauf ab, die konstituierenden Elemente der ideellen Populismusdefinition messbar zu machen. Sie testen etwa, ob und inwieweit die Bürger der Auffassung sind, dass (a) „das Volk“ eine rechtschaffene und homogene Einheit ist, (b) die unmittelbare Volkssouveränität „des Volkes“ gegen die Eliten durchgesetzt werden sollte, und (c) „das Volk“ sich gegen das Establishment stellen sollte, das gegen die „wahren“ Volksinteressen handelt. Je stärker Wähler den Aussagen zustimmen, desto populistischer sind sie eingestellt. Um festzustellen, ob diese acht verwendeten Items auch alle ein gemeinsames empirisches Konzept messen, wurden konfirmatorische Faktoranalysen durchgeführt. Die Ergebnisse zeigen, dass die Items ein gemeinsames Populismuskonzept über unsere zwölf Länder hinweg messen. Dementsprechend wurden die acht Populismus-Items dann zur Bildung eines Populismusindex verwendet. Dieser Populismusindex ergibt sich für jeden Befragten aus dem Durchschnitt der Zustimmung zu allen acht einzelnen Items (vgl. den methodischen Anhang dieser Studie auf S. 104).

Bei der Links-Rechts-Selbsteinstufung wird erneut ein Effekt an den Rändern des politischen Meinungsspektrums sichtbar. Im Unterschied zur allgemeinen Wahlabsicht weist die Wahlabsicht zugunsten einer euroskeptischen Partei aber eine deutliche Schlagseite nach rechts auf:



Die Abbildung verdeutlicht: Während in der politischen Mitte die Wahrscheinlichkeit, für eine euroskeptische Partei zu stimmen, bei gut 40 Prozent liegt, steigt sie am linken Rand auf lediglich knapp über 45 Prozent an, am rechten Rand jedoch bis auf fast 60 Prozent. Etwa sechs von zehn Wahlberechtigten, die sich selbst ganz rechts platzieren, haben die Absicht, bei der Europawahl 2019 eine euroskeptische Partei zu wählen. Dies schließt an bekannte Befunde an, die zeigen, dass euroskeptische Einstellungen an den ideologischen Rändern größer sind und für extreme Parteien Chancen der Mobilisierung bieten (van der Eijk und Franklin 2004; van Elsas und van der Brug 2015).

Wahlabsichten III: Wer hat die Absicht, populistische Parteien zu wählen?

Ähnliche Effekte wie bei der Wahlabsicht für eine euroskeptische Partei zeigen sich auch bei der Wahlabsicht für eine populistische Partei (vgl. dazu den methodischen Anhang auf S. 98, inklusive der Klassifikation populistischer Parteien). Das ist zum einen schon dadurch erklärbar, dass alle in dieser Studie untersuchten populistischen Parteien auch gleichzeitig euroskeptisch sind. Insofern ist wenig verwunderlich, dass Männer und Menschen mit geringerer formaler Bildung auch

eine signifikant höhere Wahrscheinlichkeit haben, eine populistische Partei zu wählen. Und ebenso wenig überraschend ist auf der Einstellungsebene, dass auch Menschen, die sich selbst ausschließlich als Bürger ihres Landes und nicht als Europäer sehen, die die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU für keine gute Sache halten und mit dem Funktionieren der Demokratie in der EU unzufrieden sind, eher populistische Parteien wählen.

Zuletzt sei noch darauf hingewiesen, dass populistisch eingestellte Menschen tatsächlich eine deutlich höhere Wahrscheinlichkeit aufweisen, eine der populistischen Parteien zu wählen (Van Hauwaert und van Kessel 2018) und dass populistische Parteien, die in unserer Auswahl an Ländern mehrheitlich rechtspopulistisch sind, bei der Europawahl 2019 vor allem bei „rechts“ eingestellten Individuen besonders stark abschneiden: Je weiter rechts von der politischen Mitte ein Wahlberechtigter sich selbst verortet, desto wahrscheinlicher wählt er eine der populistischen Parteien. Fast die Hälfte aller Menschen, die sich ganz rechts verorten, haben vor, auch eine populistische Partei zu wählen, während das am ganz linken Rand des Meinungsspektrums nur etwa halb so viele beabsichtigen.

Aber treffen Wähler ihre Wahlentscheidungen eher *für* oder eher *gegen* eine Partei? Stimmen sie also *für* die Partei, die ihre Interessen, Einstellungen und Präferenzen am besten vertritt? Oder stimmen sie eher *gegen* andere Parteien, die sie auf keinen Fall unterstützen und deren Wahlerfolg sie verhindern wollen? Diese Fragen werden im Folgenden durch die empirische Messung und Interpretation positiver und negativer Parteiidentitäten untersucht.

Die (vergessene) Relevanz negativer Parteiidentitäten

Es besteht kein Zweifel daran, dass die positive Identifikation der Wählerinnen und Wähler mit den etablierten politischen Parteien in ganz Europa abnimmt. Zwei sich ergänzende Faktoren können das erklären: Zum einen sind die Wähler immer anspruchsvoller geworden, verhalten sich deshalb unabhängiger und sind eher bereit, ihre Parteipräferenzen auch kurzfristig zu verändern – je nachdem, was bei einer Wahl auf dem Spiel steht. Das geschieht häufig ganz unabhängig von ihren gewohnten Parteibindungen (Dalton 2017). Es verwundert daher nicht, dass das Wahlverhalten insgesamt immer volatiler wird und auch die Fragmentierung der politischen Landschaft in den meisten europäischen Ländern zunimmt. Zum anderen haben politische Parteien zunehmend Schwierigkeiten, ihre gesellschaftliche Verankerung (etwa in Massenorganisationen wie Gewerkschaften) aufrechtzuerhalten. Sie sind auch deshalb immer weniger in der Lage, in weiten Teilen der Bevölkerung starke Parteibindungen zu erhalten oder neu zu entwickeln (Mair 2013). Auch die Zahl der Parteimitglieder ist in vielen Ländern Europas stark zurückgegangen. Wahlkämpfe werden zunehmend von externen, professionellen Teams und nicht mehr von Aktivisten oder Mitgliedern der Parteien selbst organisiert und geprägt.

Obwohl es offensichtlich ist, dass die positive Identifikation der Wähler mit den etablierten politischen Parteien in Europa abnimmt, wird dabei häufig übersehen, dass Parteiidentitäten in ihrer positiven und negativen Ausprägung von Bedeutung sind. Während sich eine positive Identifikation auf die psychologische *Bindung* der Wähler an eine politische Partei bezieht, bezieht sich negative Identifi-

kation auf eine psychologische *Ablehnung* der Wähler gegenüber einer politischen Partei (Campbell et al. 1960). Das ist ein zentraler analytischer Unterschied, dem erst in jüngster Zeit mehr empirische Aufmerksamkeit gewidmet wurde, um die zum Teil disruptiven Veränderungen der politischen Landschaft in verschiedenen Demokratien auf der ganzen Welt besser zu verstehen (z.B. Abramowitz 2018; Caruana et al. 2014; Medeiros und Noel 2013).

Als zu testende Arbeitshypothese nehmen wir an, dass positive Parteiidentitäten deutlich weniger verbreitet sind als negative Parteiidentitäten. Wenn diese Annahme zutrifft, ist es vorstellbar, dass viele Bürger nicht in erster Linie *für* die Partei stimmen, der sie sich am stärksten verbunden fühlen, sondern auch *gegen* Parteien votieren, die sie am stärksten ablehnen. Sie wählen dann eine Partei, die ihnen den sichersten Schutz vor den Parteien zu versprechen scheint, die sie am stärksten ablehnen, deren Wahlerfolg sie also auf jeden Fall verhindern wollen.

Dies hat auch hohe Relevanz für die Europawahl und den Europawahlkampf 2019:

Vor dem Hintergrund abnehmender positiver Parteiidentitäten in ganz Europa könnte die Mobilisierung negativer Identitäten eine wichtige Rolle spielen. Gerade in der Konfrontation zwischen etablierten und populistischen Parteien scheint die Mobilisierung negativer Identitäten in Europa derzeit eine immer größere Rolle zu spielen: Populistische Parteien kämpfen meist *gegen* die etablierten Parteien, während die etablierten Parteien zunehmend auf die (Gegen-)Mobilisierung von Wählern *gegen* die populistischen Parteien setzen (Mudde und Rovira Kaltwasser 2018; Vehrkamp und Wegschaider 2017).

Es gibt jedoch bisher nur wenig empirische Forschung zu negativen Parteiidentitäten in Europa. Aus diesem Grund haben wir in der vorliegenden Studie für die zwölf untersuchten Länder zunächst empirische Maße für negative und positive Parteiidentitäten theoretisch konzipiert und praktisch erhoben. Wie im Folgenden näher erläutert wird, gibt es dabei verschiedene Möglichkeiten, positive und negative Parteiidentitäten empirisch zu messen. Basierend auf früheren Untersuchungen (Meléndez und Rovira Kaltwasser 2017) haben wir eine sehr strikte Operationalisierung gewählt. Das ermöglicht es, diejenigen Wähler zu identifizieren, die eine besonders starke Bindung beziehungsweise Ablehnung gegenüber bestimmten politischen Parteien aufweisen. Dennoch sind die von uns vorgeschlagenen Messmethoden nicht die einzigen, die für die empirische Analyse positiver und negativer Parteiidentitäten genutzt werden können. Die Ergebnisse dieser Studie bieten aber eine wichtige Perspektive auf Parteiidentitäten. Sie tragen dadurch zu einem besseren Verständnis der Beziehungen zwischen den Parteien und ihren Wählern in Demokratien mit Mehrparteiensystemen und Wahlen auf mehreren politischen Ebenen (regional/lokal, national, europäisch) bei.

IM FOKUS

Konzept und Messung der Parteiidentitäten

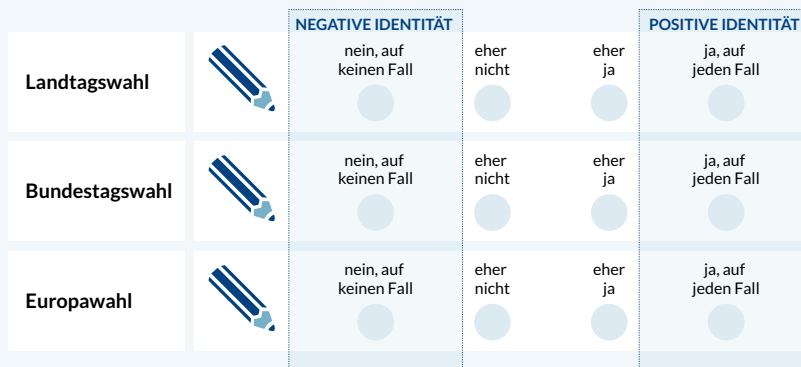
Obwohl es nicht viele empirische Studien über negative Parteiidentitäten gibt, existieren verschiedene Ansätze zu ihrer Messung in Umfragen. Zum Beispiel haben Wissenschaftler zu diesem Zweck die Fragestellung entwickelt, ob jemand negative Gedanken und Gefühle gegenüber einer Partei hat. Andere haben gefragt, ob Personen niemals für eine Partei stimmen würden und wiederum andere Studien haben sich auf das sogenannte „party feeling thermometer“ gestützt, das die Einstellungen gegenüber Parteien auf einer Skala von 0 bis 100 misst (z.B. Abramowitz 2018; Caruana et al. 2014; Medeiros und Noel 2013; Rose und Mishler 1998). Die meisten dieser Studien verwenden Fallstudien in Zweiparteiensystemen mit Wahlen auf der nationalen Ebene. Die vorliegende Studie analysiert jedoch die Einstellungen und Profile der Wähler im Zusammenhang mit den Wahlen zum Europäischen Parlament, in denen auf nationaler Ebene Parteien zur Wahl stehen, die dann auf europäischer Ebene miteinander Koalitionen und Allianzen eingehen. Daher halten wir eine Operationalisierung positiver und negativer Parteiidentitäten für zielführender, die in der Lage ist, die Wahlabsichten über mehrere Wahlebenen hinweg zu erfassen. Wir haben uns deshalb für die Verwendung der von Meléndez und Rovira Kaltwasser (2017) entwickelten und sehr restriktiven Messung der positiven und negativen Parteiidentität entschieden, die wie folgt definiert sind:

Eine positive Parteiidentität gegenüber einer Partei wird nur denjenigen Befragten zugeschrieben, die angegeben haben, bei jeder der drei abgefragten Wahlebenen „auf jeden Fall“ für eben diese Partei zu stimmen, also in Wahlen für das Europäische Parlament, für das nationale Parlament und für das regionale Parlament (in den Ländern, in denen es keine Regionalparlamente gibt, haben wir ersatzweise die Wahlabsichten für die Kommunalwahlen abgefragt). Spiegelbildlich klassifizieren wir Personen mit einer negativen Parteiidentität gegenüber einer Partei, wenn sie für jede der drei abgefragten Wahlen angeben haben, „auf keinen Fall“ für eben diese Partei zu stimmen. Um Aussagen über die Parteiidentitäten auf europäischer Ebene treffen zu können, haben wir die durchschnittliche positive beziehungsweise negative Parteiidentität für alle einer Parteigruppierung zugeordneten Parteien errechnet (dabei wurden alle Parteien gleich gewichtet).

Die folgende Abbildung veranschaulicht am Beispiel der SPD in Deutschland dieses Messkonzept der negativen beziehungsweise positiven Parteiidentität: Personen, die bei allen drei Wahlen (Europawahl, Bundestagswahl und Landtagswahl) angegeben haben, die SPD „auf jeden Fall“ wählen zu wollen, wurde eine positive Parteiidentität für die SPD zugeordnet. Hat dagegen jemand angegeben sowohl bei der Europawahl, der Bundestagswahl und auch der Landtagswahl „auf keinen Fall“ für die SPD zu stimmen, besitzt er eine negative Parteiidentität für die SPD.

IM FOKUS **Messung der positiven und negativen Parteiidentitäten am Beispiel der SPD**

Und wenn Sie jetzt einmal an die SPD denken:
Würden Sie bei einer der drei folgenden Wahlen die SPD wählen?



Quelle: Eigene Darstellung.

| BertelsmannStiftung

Auch zukünftige Forschungen zu Parteiidentitäten in Europa könnten diese Operationalisierung und Messung von positiven und negativen Parteiidentitäten verwenden. Dann ließe sich nämlich langfristig feststellen, wie stabil oder volatil solche Parteiidentitäten im Zeitverlauf sind. Theoretisch wäre dabei zu erwarten, dass die positiven Identitäten gegenüber einer Partei über die Zeit relativ stabil sind, da die Herausbildung von Parteiloyalität ein Prozess ist, der bei den meisten Wählern mit tief in der Vergangenheit liegenden Sozialisationsphasen und Wahlerfahrungen zusammenhängt. Im Gegensatz dazu ist bei negativen Parteiidentitäten davon auszugehen, dass sie gegenüber einer Partei im Laufe der Zeit volatiler sind und kurzfristig abhängiger vom konkreten Verhalten einer Partei (z.B. Führungswechsel, programmatische Anpassung) sowie von anderen spezifischen Ereignissen, die den Markenkern einer Partei beschädigen oder seinen Wert erhöhen können (z.B. Korruptionsskandale oder externe Krisen, die der Agenda der Partei mehr oder weniger Bedeutung verleihen).

Positive Parteiidentitäten: Rechtspopulisten und Rechtsextreme auf dem Vormarsch?

Im Folgenden werden die positiven und negativen Parteiidentitäten auf der Ebene der verschiedenen europäischen Parteigruppierungen analysiert, die für diese Studie gebildet wurden. Dabei wird deutlich, ob und inwieweit sich die europäischen Parteigruppierungen hinsichtlich ihrer Zustimmungswerte und Ablehnungswerte und der Anzahl ihrer treuesten Anhänger und ihrer härtesten Kritiker unterscheiden.

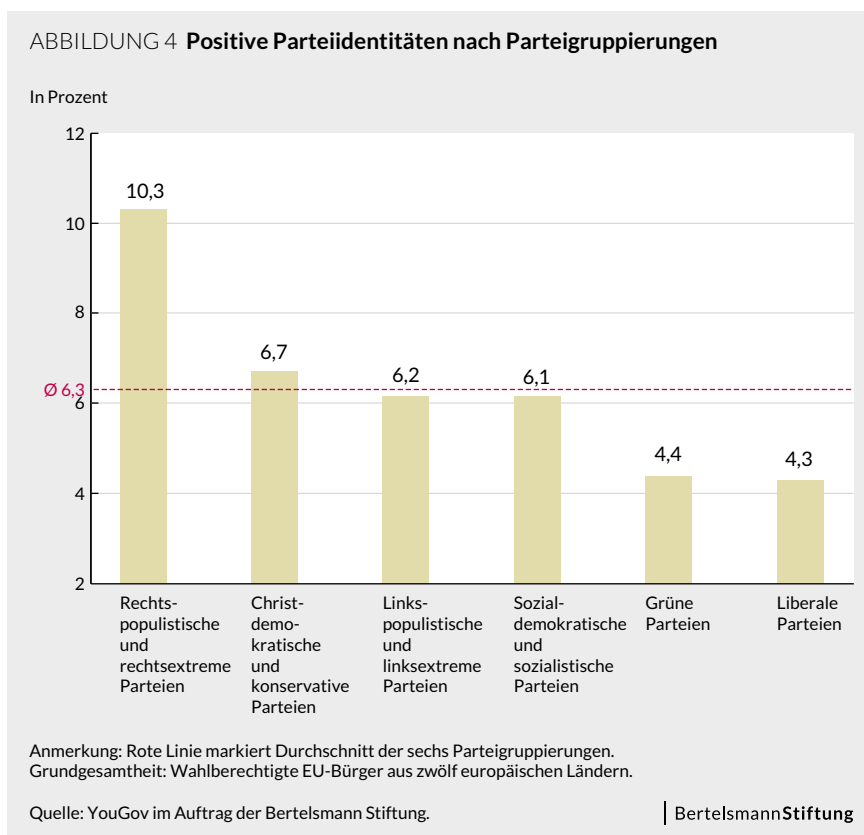


Abbildung 4 zeigt den Durchschnitt der positiven Parteiidentitäten für die sechs wichtigsten europäischen Parteigruppierungen, die in der vorliegenden Studie analysiert wurden. Dabei lassen sich vor allem die drei folgenden Aspekte erkennen:

Erstens besitzen rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien im Durchschnitt den höchsten Anteil an Wählern, die sich positiv mit einer Partei aus dieser Gruppierung identifizieren: Im Schnitt der rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien besitzen 10,3 Prozent der Wahlberechtigten im jeweiligen Land ihnen gegenüber eine positive Parteiidentität. Aber warum hat ausgerechnet diese – überwiegend junge – Parteigruppierung im Vergleich zu allen anderen in dieser Studie analysierten Parteigruppierungen besonders viele loyale Unterstützer? Ein möglicher Grund könnte darin liegen, dass rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien in ihrer politischen Arbeit in besonderer Weise auf Kontroversen und

Konflikt setzen und dadurch in der Regel auch polarisierende Debatten auslösen. Vor diesem Hintergrund erscheint es dann schon weniger verwunderlich, dass ausgerechnet diese Parteien in der Lage sind, eine besonders überzeugte Basis an Wählern zu etablieren und an sich zu binden. Bei solchen Wählern handelt es sich womöglich um Personen, die eine besonders starke emotionale Bindung an viele der besonders kontroversen programmatischen Inhalte dieser Parteien haben oder in jenen bekenntnisfordernden Debatten aufbauen. Hinzu kommt, dass rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien häufig Nischenthemen besetzen, die bisher im Lager der etablierten Parteien wenig oder keine Beachtung gefunden haben. Folglich können sich die Wähler rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien dann auch sehr sicher sein, für genau diese Partei auf jeder der drei Wahlebenen stimmen zu wollen.

Dennoch bleibt es erstaunlich, dass rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien über mehr positive Parteiidentitäten verfügen als die etablierten Parteien, die zumeist schon sehr viel länger im Kampf um die Wählerstimmen aktiv sind. Zumindest theoretisch sollten die etablierten Parteien bereits stabilere Verbindungen zu ihren jeweiligen gesellschaftlichen Kernzielgruppen besitzen und in der Lage sein, diese aufrechtzuerhalten und auszubauen. Das wäre insbesondere für ein Land wie Deutschland zu vermuten, wo der Wahlerfolg rechtspopulistischer Parteien ein noch relativ neues Phänomen ist. Aber selbst in Deutschland ist der Anteil der Wähler, die sich positiv mit der AfD identifizieren, bereits sehr viel höher als der Anteil der Wähler mit einer positiven Parteiidentität für einige der seit langem etablierten Parteien (wie etwa der SPD). Zukünftige Forschung sollte deshalb genauer untersuchen, warum rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien so schnell sehr starke positive Parteiidentitäten zuteil werden (Ähnliches gilt auch für linkspopulistische und linksextreme Parteien, siehe unten).

Zweitens: Das Niveau der positiven Parteiidentitäten bei den beiden traditionellen Parteigruppierungen des etablierten Spektrums ist nahezu identisch, liegt aber im Vergleich zu den Rechtspopulisten und Rechtsextremen deutlich niedriger: Während christdemokratische und konservative Parteien sich auf 6,7 Prozent der Wähler mit positiver Parteiidentität verlassen können, identifizieren sich durchschnittlich 6,1 Prozent der Wähler positiv mit den sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien. Da die meisten Parteien aus diesen beiden Gruppierungen seit langem in der Politik etabliert sind und über umfangreiche Regierungserfahrung verfügen, hatten sie früher auch eine sehr stabile Basis an Stammwählern. Dennoch ist deren Anzahl im Laufe der Zeit stark zurückgegangen. Ein Grund dafür sind sicherlich allgemeine gesellschaftliche Veränderungen, wie etwa ein steigendes und emanzipatorisch wirkendes Bildungsniveau der Wähler (Dalton 2017). Aber auch Entwicklungen im Parteiensystem, wie beispielsweise die zunehmende programmatische Ähnlichkeit und Auswechselbarkeit der etablierten Parteien (Mair 2013), spielen eine Rolle. Ebenfalls bemerkenswert ist, dass sich ein ähnlich hoher Anteil der Wähler (6,2 Prozent) sehr eng mit den linkspopulistischen und linksextremen Parteien verbunden fühlt. Auch viele linkspopulistisch und linksextreme Parteien sind noch relativ neue Parteien (z.B. „Podemos“ in Spanien und „La France insoumise“ in Frankreich). Dennoch scheint es ihnen – wie vielen der neuen rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien – in der Kürze der Zeit gelungen zu sein, eine vergleichsweise große und stabile Basis an Unterstützern zu gewinnen, auf die auch bei Wahlen Verlass ist.

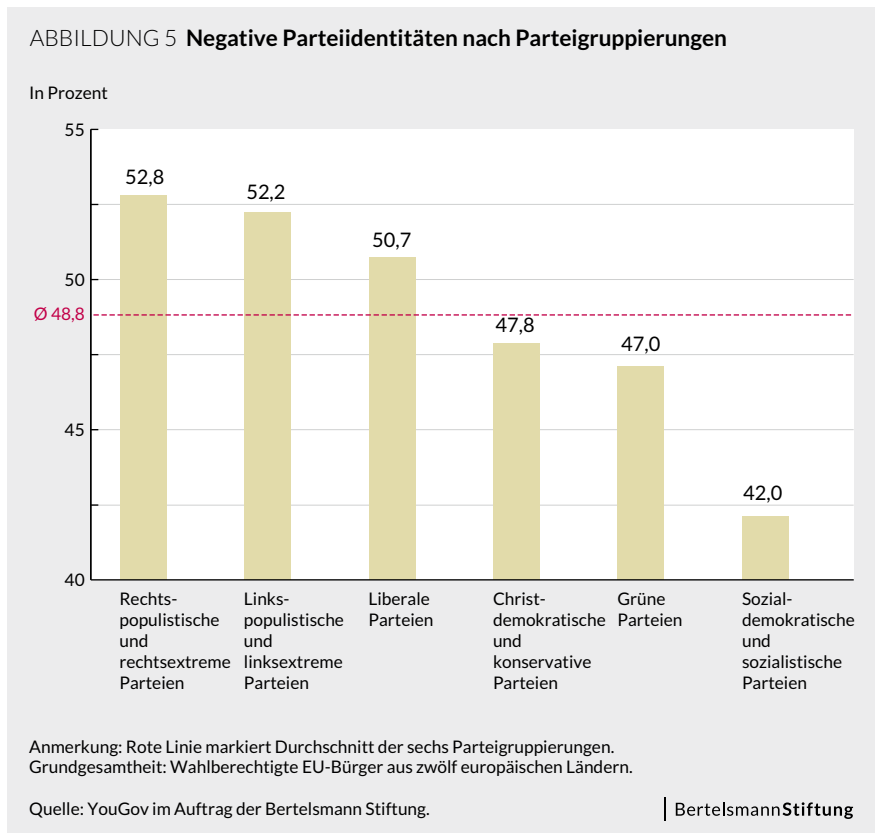
Drittens haben auch die Parteigruppierungen der Grünen und Liberalen in etwa gleich viele Anhänger mit einer positiven Parteiidentität (4,4 Prozent beziehungsweise 4,3 Prozent). Dieses eher niedrige Niveau ist ein durchaus erwartbarer Befund, weil es sich hierbei um Parteien handelt, die normalerweise einen eher kleineren Teil der Wählerschaft mobilisieren und daher auch weniger in der Lage sein dürften, eine größere und bei allen Wahlen loyale Kernbasis an Wählern herauszubilden. Obwohl in einigen europäischen Ländern bestimmte Parteien dieser beiden Gruppierungen bei den letzten Wahlen viele Stimmen gewonnen haben (z.B. die Grünen in Deutschland oder die VVD in den Niederlanden), scheint es derzeit nicht so zu sein, dass sie daraus bereits eine starke Basis sehr enger und loyaler Unterstützer gewinnen konnten.

Negative Parteiidentitäten: Polarisierung an den extremen Rändern

Um sich ein ganzheitliches Bild der Ausprägung und Wirkung von Parteiidentitäten zu verschaffen, müssen neben der positiven auch die negativen Parteiidentitäten betrachtet werden. Abbildung 5 zeigt diese andere Seite der Medaille der Parteiidentitäten, indem sie – analog zu Abbildung 4 – die durchschnittliche Ausprägung der negativen Parteiidentitäten für die sechs europäischen Parteigruppierungen unserer Studie darstellt.

Auch hier wird ein interessanter Befund erkennbar: Die beiden Parteigruppierungen am linken und rechten Rand haben nicht nur ein hohes Niveau an positiven Parteiidentitäten, sie sind gleichzeitig auch mit einem besonders hohen Niveau an negativen Parteiidentitäten konfrontiert. Mit anderen Worten: Diese Parteigruppierungen haben nicht nur eine solide Basis von Stammwählern, sondern auch eine große Zahl an scharfen Kritikern. Tatsächlich wird die rechtspopulistische und rechtsextreme Parteigruppierung mit einer durchschnittlichen negativen Parteiidentität von 52,8 Prozent der Wähler am häufigsten von allen untersuchten Parteigruppierungen abgelehnt. Aber auch die linkspopulistischen und linksextremen Parteien haben eine durchschnittliche negative Parteiidentität von 52,2 Prozent der Wähler und liegen damit in Bezug auf die gesellschaftliche Ablehnung nur knapp hinter den Rechtspopulisten und Rechtsextremen. Das zeigt auch: Die Adaption der Ideen und Rhetorik dieser beiden Parteigruppierungen kann für andere Parteien eine riskante Strategie sein, da ein großer Teil der Wähler mit diesen Parteien eine dezidierte Ablehnung verbindet (Vehrkamp 2018).

Die liberalen Parteien zeigen sich bei den negativen Parteiidentitäten als die drittnbeliebteste Parteigruppierung. Im Durchschnitt aller liberalen Parteien besitzen 50,7 Prozent aller Wähler ihnen gegenüber eine negative Parteiidentität. Allerdings muss bei der Interpretation dieses Ergebnisses beachtet werden, dass die liberale Parteigruppierung in sich sehr heterogen ist (van Haute und Close 2019). Vor dem Hintergrund, dass sich liberale Parteien häufig als Verteidiger des freien Marktes und liberaler Werte präsentieren, lässt sich dieser Befund dennoch teilweise erklären, weil das zwei Themen sind, die – wie wir in Kapitel 3 dieser Studie sehen werden – innerhalb der europäischen Wählerschaft stark umstritten sind und die Wähler polarisieren. Dies könnte das tendenziell sehr hohe Niveau an negativen Parteiidentitäten für die Liberalen zumindest teilweise erklären.



Die christdemokratisch-konservative und die grüne Parteigruppierung weisen im Durchschnitt ein ähnlich hohes Niveau an negativen Parteiidentitäten auf: Es liegt für die christdemokratischen und konservativen Parteien bei durchschnittlich 47,8 Prozent und für die grünen Parteien bei 47 Prozent. Sozialdemokratische und sozialistische Parteien haben von allen in dieser Analyse betrachteten Parteigruppierungen das im Durchschnitt geringste Niveau an negativen Parteiidentitäten: Nur 42 Prozent der Wähler im Durchschnitt der zwölf untersuchten Länder geben an, dass sie bei jeder der drei abgefragten Wahlen auf keinen Fall für eine dieser Parteien stimmen würden. Ein geringes Niveau an negativen Parteiidentitäten bedeutet, dass diese Parteien theoretisch mehr Raum als andere Parteien haben, ihr Wählerpotenzial zu vergrößern. Gleichzeitig bedeutet es aber auch, dass die von diesen Parteien vertretenen Politikideen wahrscheinlich weniger Polarisierung erzeugen und es daher für die Wähler unklarer sein kann, wofür die Parteien bei wichtigen Kernthemen eigentlich stehen.

2. Warum Populismus?

Repräsentationslücken als Ursache für Populismus

Verstärkt fehlende Repräsentation populistische Sichtweisen?

Macht die Wahrnehmung, die eigenen Positionen und Interessen würden von den Parteien nicht hinreichend vertreten, Menschen populistischer?

Zu diesen Fragen gibt es zahlreiche und theoretisch auch gut begründbare Vermutungen. Empirische Belege für einen Kausalzusammenhang zwischen Repräsentation und populistischen Einstellungen gibt es bislang kaum. Diese Lücke zu schließen, ist eines der Ziele der vorliegenden Studie.

Um den Kausalzusammenhang zwischen Repräsentation und Populismus empirisch zu untersuchen, haben wir im Rahmen dieser Studie ein innovatives Umfrageexperiment konzipiert und durchgeführt.

Primäres Ziel des Experiments war es, das Repräsentationsgefühl der Menschen zufällig zu verändern, um die Auswirkungen eines geringeren Repräsentationsgefühls auf populistische Einstellungen zu messen. Zu diesem Zweck wurden die Befragten zunächst nach ihren Positionen zu verschiedenen europäischen Politikthemen befragt, die in der öffentlichen Diskussion zur Europawahl eine Rolle spielen. Im Anschluss daran wurden ihnen zufällig ausgewählte Parteiszenarien gezeigt, die sich darin unterschieden, ob und wie sehr ihre eigene Position zu einem Thema von den Parteien ihres

Landes im Europawahlkampf vertreten wird. Daraufhin konnten die Befragten dann angeben, wie sehr sie sich in diesem Szenario durch die Parteien ihres Landes repräsentiert fühlen. Abschließend wurden sie zu verschiedenen, typisch populistischen Aussagen befragt, um den Grad ihres individuellen Populismus zu messen. Durch diesen Versuchsaufbau konnte dann statistisch ermittelt werden, ob die subjektiv gefühlte Repräsentation der Menschen einen Einfluss auf den Grad ihrer populistischen Einstellungen hat:

Äußern sich schlecht Repräsentierte populistischer?

Die kurz zusammengefasste Antwort auf diese Frage lautet: Ja – zumindest für solche Befragten, die eigentlich nicht populistisch eingestellt sind. Denn die Ergebnisse der Analyse zeigen: Repräsentationslücken können Populismus aktivieren und verstärken. Schlechtere Repräsentation von Parteien in repräsentativen Demokratien kann zu einer Zunahme populistischer Einstellungen führen.

Für den Kampf gegen Populismus bedeuten diese Ergebnisse: Gute Repräsentation kann helfen, die Ausbreitung von populistischen Einstellungen zu begrenzen. Das Bemühen der Parteien, die verschiedenen Positionen und Interessen in der Gesellschaft besser abzubilden und im politischen Prozess zu vertreten, ist ein erfolgversprechendes Mittel, um einer weiteren Ausbreitung von populistischen Einstellungen in repräsentativen Demokratien zu begegnen.

Verstärkt fehlende Repräsentation populistische Sichtweisen?

Macht die Wahrnehmung, die eigenen Positionen und Interessen würden von den Parteien nicht hinreichend vertreten, Menschen populistischer?

Zu diesen Fragen gibt es zahlreiche und theoretisch auch gut begründbare Vermutungen. Etwa, dass die etablierten Parteien sich zu ähnlich geworden sind und deshalb die wirklichen Positionen und Interessen der Menschen in ihrer Vielfalt nicht mehr angemessen abbilden und repräsentieren. Das erzeugt Unzufriedenheit mit den Parteien, Politikern und dem Funktionieren der Demokratie und mag populistische Einstellungen gegen die „korrupte Elite“ aktivieren (Hawkins et al. 2018a; Mudde und Rovira Kaltwasser 2017). So prominent diese Argumentationen in der wissenschaftlichen und öffentlichen Diskussion auch sind, empirische Belege für einen Kausalzusammenhang zwischen Repräsentation und populistischen Einstellungen gibt es bislang kaum (wie z. B. bei Oliver und Rahn 2016). Diese Lücke zu schließen, ist eines der Ziele der vorliegenden Studie.

Um den Kausalzusammenhang zwischen Repräsentation und Populismus empirisch zu untersuchen, haben wir im Rahmen dieser Studie ein innovatives Umfrageexperiment konzipiert und durchgeführt.

Primäres Ziel des Experiments war es, das Repräsentationsgefühl der Menschen zufällig zu verändern, um die Auswirkungen eines geringeren Repräsentationsgefühls auf populistische Einstellungen zu messen. Zu diesem Zweck wurden die Befragten zunächst nach ihren Positionen zu verschiedenen europäischen Politikthemen befragt, die in der öffentlichen Diskussion zur Europawahl eine Rolle spielen (vgl. Tabelle 6 auf S. 103 für die genauen Frageformulierungen und Antwortmöglichkeiten). Im Anschluss daran wurden ihnen zufällig ausgewählte Parteiszenarien gezeigt, die sich darin unterschieden, ob und wie sehr ihre eigene Position zu einem Thema von den Parteien ihres Landes im Europawahlkampf vertreten wird. Daraufhin konnten die Befragten dann angeben, wie sehr sie sich in diesem Szenario durch die Parteien ihres Landes repräsentiert fühlen. Abschließend wurden sie zu verschiedenen, typisch populistischen Aussagen befragt, um den Grad ihres individuellen Populismus zu messen (vgl. dazu „Im Fokus“ auf S. 50 und den methodischen Anhang dieser Studie auf S. 101).

Durch diesen Versuchsaufbau konnte dann statistisch ermittelt werden, ob die subjektiv gefühlte Repräsentation der Menschen einen Einfluss auf den Grad ihrer populistischen Einstellungen hat:

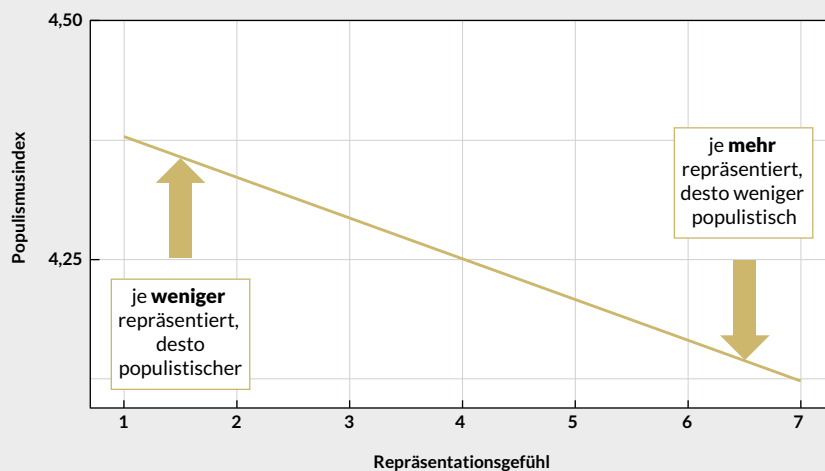
Äußern sich schlecht Repräsentierte populistischer?

Denken gut repräsentierte Menschen unpopulistischer über Politik und Demokratie als schlecht Repräsentierte? Besteht also ein Kausalzusammenhang zwischen dem Grad der gefühlten Repräsentation mit dem Grad populistischer Neigungen? Die kurz zusammengefasste Antwort auf diese Frage lautet: Ja – zumindest für solche Befragten, die eigentlich nicht populistisch eingestellt sind.

Die Ergebnisse der Analyse zeigen: Repräsentationslücken können Populismus aktivieren und verstärken.

Die statistischen Analysen der Befragungsergebnisse weisen nach, dass sich Menschen umso populistischer äußern, je schlechter sie sich repräsentiert fühlen. Dieser Zusammenhang gilt vor allem für an sich eher unpopulistisch eingestellte Menschen. Waren Befragte vor Teilnahme an dem Repräsentationsexperiment weitgehend unpopulistisch eingestellt, hat sich ihr Populismus verstärkt, wenn sie im Versuchsablauf den Eindruck gewannen, schlecht repräsentiert zu sein.

ABBILDUNG 6 **Der Repräsentationseffekt – je schlechter repräsentiert, desto populistischer**



Methode: Strukturgleichungsmodelle
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte EU-Bürger aus zwölf europäischen Ländern.

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

BertelsmannStiftung

Mit anderen Worten: Je weniger die Parteien eines Landes die jeweiligen Positionen eines Befragten abdecken, desto weniger repräsentiert fühlt er sich und desto populistischer wird er. Das Gefühl nicht angemessen repräsentiert zu werden, macht Menschen populistischer: Repräsentationslücken und Responsivitätsdefizite können populistische Einstellungen erzeugen.

Am konkreten Beispiel von zwei hypothetisch Befragten lässt sich der Zusammenhang exemplarisch wie folgt beschreiben:

Bei Beginn ihrer Teilnahme an dem Umfrageexperiment haben sich beide als weitgehend unpopulistisch gezeigt. Sie gehörten also bei der ersten Abfrage populistischer Einstellungen vor dem Experiment nicht zu den „Populisten“, das heißt dem Drittel der Befragten, das am stärksten von allen Befragten populistisch eingestellt ist, sondern zu den zwei Dritteln „Nicht-Populisten“, die entweder vollkommen unpopulistisch oder nur zum Teil populistisch eingestellt sind.

Nach der Teilnahme an der ersten Runde des Repräsentationsexperiments wurden beide erneut nach ihren populistischen Einstellungen befragt. Die eine der beiden Befragten gehörte zu denjenigen Personen, die sich im Experiment aufgrund der fehlenden Abdeckung ihrer eigenen Position in dem Politikfeld von den Parteien schlecht repräsentiert fühlten. Sie äußerte sich im Nachgang populistischer als die andere Befragte, die sich sehr gut repräsentiert fühlte.

IM FOKUS

Verstärken Repräsentationsdefizite populistische Einstellungen?

Logik und Design des Umfrageexperiments zum Zusammenhang zwischen Repräsentation und populistischen Einstellungen

Führt das Gefühl, mit seinen eigenen Präferenzen und Ansichten von den politischen Parteien nicht ausreichend vertreten zu werden, zu populistischen Ansichten? Werden Menschen, die sich von den Parteien nicht repräsentiert fühlen, in ihren Ansichten über Politik und Demokratie populistischer? Sind also Repräsentationslücken und Responsivitätsdefizite eine Ursache für Populismus?

Diese Fragen haben wir in der vorliegenden Studie mit Hilfe eines innovativen Umfrageexperimentes untersucht. Dafür wurde der folgende Versuchsaufbau gewählt:

Zuerst wurden die Befragten nach ihrer Meinung zu einem von insgesamt acht verschiedenen europäischen Politikthemen befragt, die für die Europawahlen 2019 eine Rolle spielen könnten (vgl. Tabelle 6 auf S. 103 für die genauen Frageformulierungen und Antwortmöglichkeiten). Bei allen Politikfeld-Fragen hatten die Befragten die Möglichkeit, aus drei Antwortoptionen auszuwählen. So konnten sie sich etwa bei der Frage nach den Sozialausgaben der EU zwischen den Optionen „erhöhen“, „beibehalten“ und „senken“ entscheiden (vgl. die Abbildung auf der nächsten Seite).

In einem zweiten Schritt wurde denselben Befragten ein erstes von drei Szenarien vorgestellt, wie sich die Parteien in ihrem Land zu diesem Politikfeld während des Europawahlkampfes positionieren werden, das heißt, ob und wie viele Parteien welche der drei Antwortkategorien vertreten:

Jeder Befragte wurde dabei zufällig mit einem der drei Repräsentationsszenarien konfrontiert.

Danach wurden die Versuchsteilnehmer gefragt, wie sehr sie sich in diesem Politikfeld durch die Parteien repräsentiert fühlen (von 1 = „überhaupt nicht“ bis 7 = „sehr gut“).

Abschließend wurde dann die zu erklärende Variable des Versuchs ermittelt, der Grad der populistischen Einstellungen der Befragten. Dazu wurden die neun populistischen Einstellungsfragen aus Castanho Silva et al. (2018) verwendet, jeweils drei für drei Dimensionen von Populismus: Anti-Elitismus, Zentrierung auf das „Volk“ und ein Verständnis von Politik als ein Konflikt zwischen „Gut“ und „Böse“ (vgl. für die genauen Populismus-Items den methodischen Anhang

IM FOKUS **Repräsentationsszenarien am Beispiel des Themas
„Europäische Sozialausgaben“**

	POSITION	VERTRETEN VON ...
SZENARIO 1	Sozialausgaben erhöhen	allen Parteien
	Sozialausgaben auf aktuellem Niveau belassen	keiner Partei
	Sozialausgaben senken	keiner Partei
SZENARIO 2	Sozialausgaben erhöhen	mindestens einer Partei
	Sozialausgaben auf aktuellem Niveau belassen	mindestens einer Partei
	Sozialausgaben senken	keiner Partei
SZENARIO 3	Sozialausgaben erhöhen	mindestens einer Partei
	Sozialausgaben auf aktuellem Niveau belassen	mindestens einer Partei
	Sozialausgaben senken	mindestens einer Partei

Anmerkung: Die Befragten bekamen zufällig eines der drei Szenarien gezeigt. Innerhalb jedes Szenarios war auch die Reihenfolge der Positionen („Sozialausgaben erhöhen“ etc.) randomisiert, so dass zufällig die vom Befragten bevorzugte Position entweder von den Parteien vertreten oder nicht vertreten wurde.

Quelle: Eigene Darstellung.

| BertelsmannStiftung

auf S. 101). Jeder Befragte wurde mit einer zufällig ausgewählten Frage je Dimension konfrontiert. Abweichend von unserer allgemeinen Messung populistischer Einstellungen in dieser Studie (vgl. dazu „Im Fokus“ auf S. 34) benutzen wir im Experiment diese alternative Batterie an Populismus-Items, um die Befragten nicht zwei Mal die gleichen Items beantworten zu lassen. Dies ermöglicht es uns auch, eine Messung populistischer Einstellungen vor und eine während des Experiments durchzuführen. Die Item-Batterien von Castanho Silva et al. (2018) und Van Hauwaert und van Kessel (2018) sowie Akkerman et al. (2014) gelten als die besten existierenden Populismusskalen, insbesondere für multinationale Studien wie unsere (Castanho Silva et al. 2019). Nach Abschluss der ersten Runde wurde jeder der insgesamt 22.945 Befragten im gleichen Versuchsaufbau zu einem weiteren zufällig ausgewählten Politikfeld befragt.

Mithilfe statistischer Analyseverfahren (z. B. Strukturgleichungsmodelle) ließ sich auf Grundlage dieser Befragungsergebnisse der Zusammenhang zwischen Repräsentation und populistischen Einstellungen analysieren. Genauer: Der Zusammenhang zwischen der gefühlten Repräsentation der eigenen Positionen durch die Parteien mit dem Grad der eigenen populistischen Einstellungen.

Auf dieser Grundlage können wir in der vorliegenden Studie erstmals kausale Aussagen über den Zusammenhang zwischen Repräsentation und populistischen Einstellungen treffen. Die zentralen Ergebnisse dazu sind in Kapitel 2 beschrieben. Die methodischen Details haben wir im Anhang (S. 101 ff.) erläutert (siehe auch Castanho Silva und Wratil 2019).

Das zeigt: Die Erfahrung im Experiment erzeugte bei der ersten Befragten das Gefühl einer schlechten Repräsentation ihrer Position, was sie populistischer gemacht hat als die zweite Befragte, die sich gut repräsentiert fühlte. Der ersten Befragten ist womöglich klar geworden, mit ihren politischen Positionen bei den Parteien ihres Landes nicht hinreichend vertreten zu sein. Deshalb hat sie sich danach populistischer geäußert als die zweite Befragte, die sich im Experiment von den Parteien sehr gut vertreten gefühlt hat. Das lässt den Schluss zu, dass die unterschiedlichen Repräsentationserfahrungen der beiden Befragten im Verlauf des Experiments auch die Ursache für ihren unterschiedlichen Grad an populistischen Einstellungen danach sind. Weil die erste Befragte sich schlecht repräsentiert fühlte, äußerte sie sich danach populistischer als die zweite Befragte, und weil diese sich gut repräsentiert fühlte, äußerte sie sich danach unpopulistischer.

Statistisch lässt sich dieser Zusammenhang wie folgt beschreiben:

ABBILDUNG 7 Repräsentationslücken als Ursache für Populismus

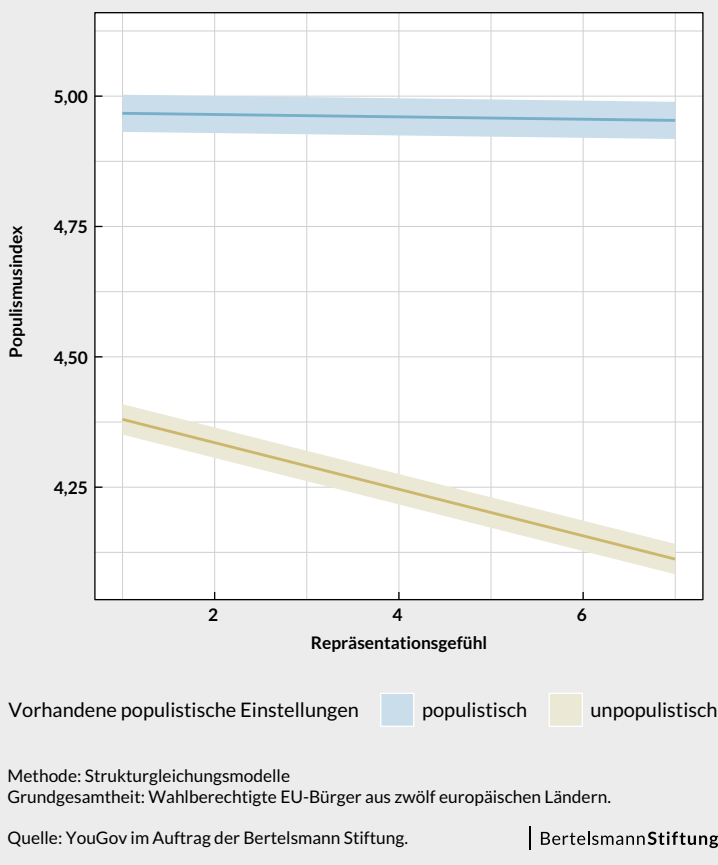


Abbildung 7 zeigt den Zusammenhang zwischen der unabhängigen Variable „Repräsentation“ und der abhängigen Variable „Populistische Einstellungen“. Der Kausalzusammenhang verläuft also von der Repräsentation zum Populismus.

Die Repräsentationsskala auf der horizontalen Achse zeigt das von den Befragten subjektiv angegebene Repräsentationsgefühl nach der Teilnahme an einer Runde des Repräsentationsexperiments. Auf einer Skala von 1 (= „fühle mich überhaupt nicht vertreten von den Parteien“) bis 7 (= „fühle mich sehr gut vertreten“) wird der gefühlte Grad der eigenen Repräsentation angegeben. Der Populismusindex auf der vertikalen Achse zeigt den Grad der populistischen Einstellungen des Befragten ebenfalls auf einer Skala von 1 (= „stimme populistischen Aussagen überhaupt nicht zu“) bis 7 (= „stimme voll und ganz zu“). Der Populismusindex repräsentiert den Durchschnittswert der Antworten zu drei populistischen Aussagen aus Castanho Silva et al. (2018).

Die beiden Repräsentations-Populismus-Linien in der Grafik zeigen den Effekt der subjektiv gefühlten Repräsentation auf den eigenen Populismus: die obere Linie für diejenigen, die bereits vor der Teilnahme an dem Experiment populistisch eingestellt waren (= blaue Schattierung) und

die untere Linie für diejenigen, die vor der Teilnahme an dem Experiment unpopulistisch eingestellt waren (= braune Schattierung).

Die obere Linie verdeutlicht: Bei Populisten führt auch das Gefühl einer verbesserten Repräsentation nicht zu weniger Populismus. Die Linie steigt zwar ganz leicht an, aber dieser Anstieg ist statistisch nicht signifikant. Wer populistisch denkt, lässt sich durch eine verbesserte Repräsentation nicht so leicht bekehren.

Die untere Linie veranschaulicht: Bei Nicht-Populisten führt das Gefühl einer guten Repräsentation zu weniger und das Gefühl einer schlechten Repräsentation zu mehr Populismus. Nicht-Populisten werden also durch Repräsentationsverbesserungen noch unpopulistischer. Gleichzeitig werden sie durch Repräsentationsverschlechterungen populistischer. Die Zusammenhänge der unteren Linie sind statistisch signifikant, das heißt so stark und empirisch gesichert, dass sie mit großer Wahrscheinlichkeit nicht zufällig entstanden sind. Sie können kausal im Sinne von Ursache und Wirkung interpretiert werden: Eine schlechte Repräsentation trägt zur Aktivierung populistischer Einstellungen bei.

Die standardisierten Koeffizienten des Strukturgleichungsmodells lauten wie folgt:

TABELLE 1 Ergebnisse des Umfrageexperiments für den Zusammenhang zwischen Repräsentation und populistischen Einstellungen

GRUPPE	UNABHÄNGIGE VARIABLE	ABHÄNGIGE VARIABLE	KOEFFIZIENT	STANDARDFEHLER
populistische Wahlberechtigte	Repräsentationsgefühl	populistische Einstellungen	-0,004	0,030
	repräsentiert von mind. einer Partei	Repräsentationsgefühl	0,177***	0,013
unpopulistische Wahlberechtigte	Repräsentationsgefühl	populistische Einstellungen	-0,071**	0,023
	repräsentiert von mind. einer Partei	Repräsentationsgefühl	0,227***	0,017

Anmerkung: Standardisierte Koeffizienten aus Strukturgleichungsmodell. Das Signifikanzniveau ist wie folgt gekennzeichnet: *** $p < 0,001$; ** $p < 0,01$; * $p < 0,05$.

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

Die Werte in Tabelle 1 zeigen: Der Effekt von Repräsentation (je Standardabweichung) ist für Nicht-Populisten negativ (-0,071 Standardabweichungen in populistischen Einstellungen) und statistisch signifikant (P-Wert von 0,002). Der Effekt für Populisten ist nicht unterscheidbar von Null (P-Wert von 0,899). Veränderte Repräsentationsbedingungen lassen die populistischen Einstellungen von Populisten unberührt, machen aber unpopulistische Menschen entweder durch Repräsentationsverschlechterungen populistischer oder durch Repräsentationsverbesserungen noch unpopulistischer. Zu beachten ist allerdings, dass die Effektgröße, die wir messen (-0,071 Standardabweichungen), vergleichsweise klein ist, auch wenn sie sich nur auf Repräsentation in einem Politikthema bezieht.

Zwischenfazit:

Die Ergebnisse unseres Umfrageexperiments zeigen: Schlechtere Repräsentation von Parteien in repräsentativen Demokratien kann zu einer Zunahme populistischer Einstellungen führen.

Für den Kampf gegen Populismus bedeuten diese Ergebnisse: Gute Repräsentation kann helfen, die Ausbreitung von populistischen Einstellungen zu begrenzen. Das Bemühen der Parteien, die verschiedenen Positionen und Interessen in der Gesellschaft besser abzubilden und im politischen Prozess zu vertreten, ist ein erfolgversprechendes Mittel, um einer weiteren Ausbreitung von populistischen Einstellungen in repräsentativen Demokratien zu begegnen.

Ein Rezept gegen überzeugte Populisten ist das nach unseren Ergebnissen allerdings nicht. Wer schon vorher deutlich populistisch über Politik und Demokratie denkt, lässt sich auch durch eine bessere Repräsentation der Parteien nicht so schnell davon abbringen. Insofern hilft Repräsentation nicht gegen Populisten, kann aber dazu beitragen, präventiv die weitere Ausbreitung populistischer Einstellungen zu begrenzen.

Aber was bedeutet das für den Umgang mit populistischen Einstellungen in Europa im Vorfeld der Europawahl 2019?

Und welche Schlussfolgerungen lassen sich daraus für die Parteien und ihre programmatischen Schwerpunkte im Endspurt des Wahlkampfes ziehen?

Vor allem zwei Dinge erscheinen uns vor dem Hintergrund der vorliegenden Ergebnisse über den Zusammenhang von Repräsentation und populistischen Einstellungen dafür wichtig:

- Zum einen zeigt unsere Analyse, dass sich das Bemühen der Parteien um das Repräsentationsgefühl der Wählerinnen und Wähler lohnt. Repräsentation zählt! Durch gute Repräsentation stärken die Parteien die Fundamente der repräsentativen Demokratie und leisten einen wichtigen Beitrag wider der weiteren Ausbreitung populistischer Einstellungen bei ihren Wählerinnen und Wählern. Ein Ziel also, das jede Anstrengung lohnt!
- Zum anderen sind Wahlkampagnen für die Verbesserung der Repräsentation immer eine besondere Chance: Durch das Aufgreifen, Setzen und die kontroverse Diskussion von wichtigen Themen können die Parteien in Wahlkampagnen das Repräsentationsgefühl der Wählerinnen und Wähler verbessern. Das gelingt, indem sie deren Themen und Positionen aufgreifen, an der Meinungsbildung dazu aktiv mitwirken und das sich dabei zeigende demokratische Meinungsspektrum möglichst gut abbilden.

Besondere Aufmerksamkeit sollten die Parteien dabei Themen schenken, die für die Wähler besonders relevant sind, gerade weil sich – wie wir in Kapitel 1 gesehen haben – die Wähler nicht unbedingt mit den existierenden Parteien identifizieren. Solche Themen wirken besonders stark auf das Repräsentationsgefühl der Menschen. Sie nehmen Repräsentationslücken und Responsivitätsdefizite bei ihren persönlich wichtigen Themen zum einen sensibler wahr. Zum anderen prägen solche Symbolthemen bei vielen Menschen überdurchschnittlich stark ihr allgemeines Gefühl, von den Parteien gehört und repräsentiert zu werden. Aus diesem Grund werden im Folgenden die insgesamt acht untersuchten Themen in der Reihenfolge ihrer Bedeutung für die Wähler sortiert und diskutiert. Zu diesem Zweck wurden die Wähler befragt, wie wichtig ihnen jedes Thema ist. Als Indikator dafür dient die Anzahl der Länder, in denen ein Thema im Durchschnitt der Wähler zu den drei wichtigsten Themen der Europawahl 2019 zählt:

- Sollte der EU-Einfluss auf Asylentscheidungen der Mitgliedsländer mit dem Zweck der Umverteilung von Geflüchteten ausgebaut, beibehalten oder verringert werden? (elf Länder)
- Sollte die EU ihre direkten Sozialausgaben erhöhen, beibehalten oder senken? (zehn Länder)

- Sollte die EU die Regulierung der Massentierhaltung zur Stärkung der Tierrechte verschärfen, beibehalten oder abschaffen? (sieben Länder)
- Sollte die EU ihre Finanzhilfen für Länder in wirtschaftlichen Schwierigkeiten erhöhen, beibehalten oder kürzen? (fünf Länder)
- Sollte die EU wegen der Verletzung demokratischer Normen durch einen Mitgliedstaat ihre Zahlungen aus dem EU-Haushalt für diesen Staat kürzen, beibehalten oder erhöhen? (ein Land)
- Sollten die Agrarsubventionen der EU erhöht, beibehalten oder gekürzt werden? (ein Land)
- Sollte die EU den Briten beim Brexit keine, einige oder jegliche Zugeständnisse machen? (ein Land)
- Sollte die militärische Zusammenarbeit in der EU verstärkt, beibehalten oder abgebaut werden? (kein Land)

Aber auch Themen, die derzeit in wenigen oder gar keinem Land zu den drei wichtigsten gehören, bieten Chancen für eine verbesserte Repräsentation. Viele Menschen sind bei solchen Themen noch nicht eindeutig positioniert, was den Gestaltungsspielraum der Parteien für eigenes Agenda-Setting und das Setzen programmatischer Schwerpunkte erhöht. Gleichzeitig bietet sich für die Parteien die Chance, durch klare, erkennbare und auch kontroverse Positionen die Aufmerksamkeit für ein Thema zu erhöhen.

Wie sehen die Meinungsbilder und Chancen der Parteien bei den acht untersuchten Politikthemen aus? Und welche Schlussfolgerungen und Empfehlungen lassen sich daraus für die Wahlkampagnen ziehen?

ABBILDUNG 8 Die acht Wahlkampfthemen im Überblick

WAHLKAMPFTHEMA	Dänemark	Deutschland	Frankreich	Griechenland	Großbritannien	Italien	Niederlande	Österreich	Polen	Schweden	Spanien	Ungarn
Europäische Asylpolitik												
Europäische Sozialausgaben												
Regulierung der Massentierhaltung												
Europäische Finanzhilfen												
Strafen für Demokratiesünder												
Europäische Agrarsubventionen												
Brexit-Verhandlungen												
Militärische Zusammenarbeit in Europa												

Anmerkung: Wahlkampfthemen sind nach Salienz sortiert. Eine Länderflagge bedeutet, dass das Thema im jeweiligen Land zu den drei wichtigsten Wahlkampfthemen zählt.

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

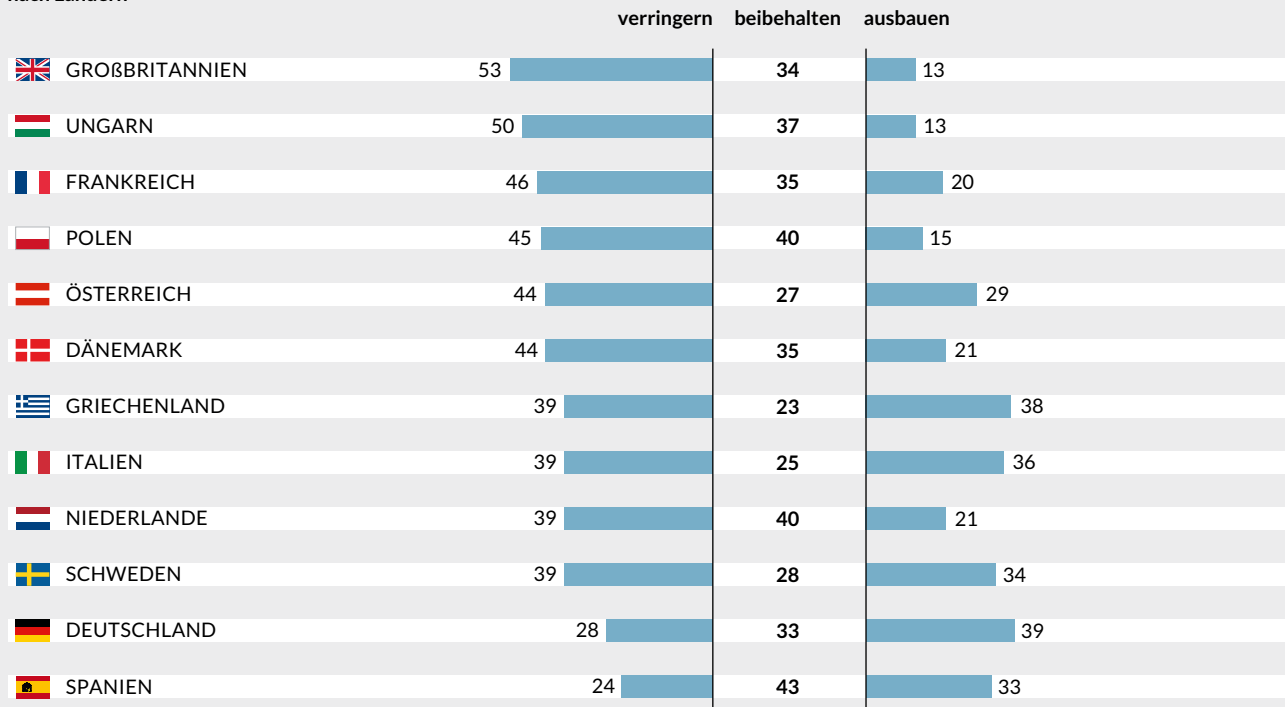
| BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 9 Europäische Asylpolitik: Europas verpasste Chance

In Prozent

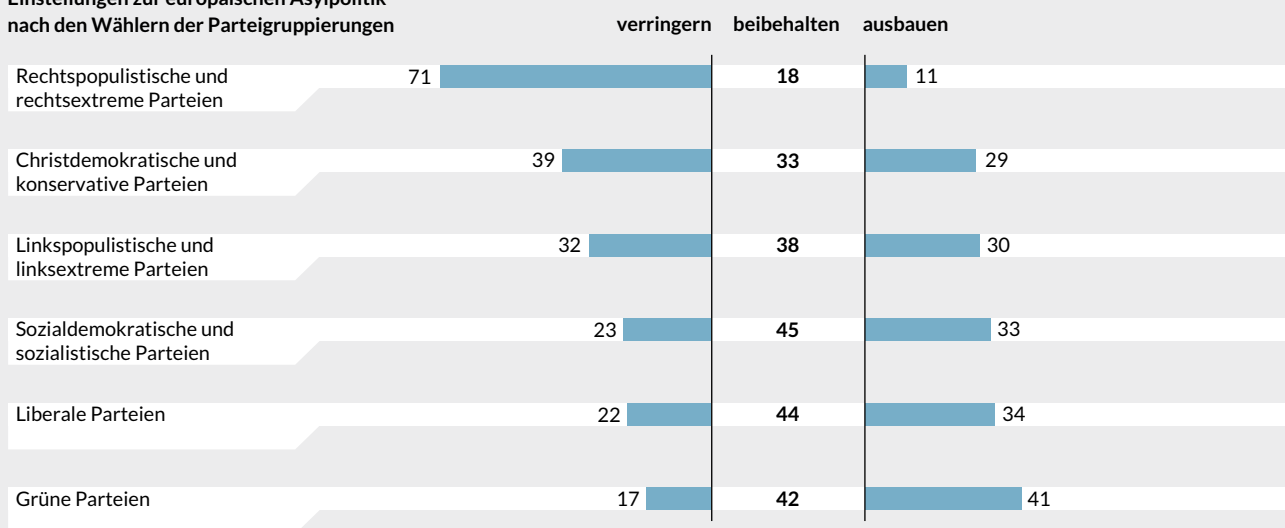
Einstellungen zur europäischen Asylpolitik nach Ländern

EU-Einfluss auf Asylantragsentscheidungen ...



Einstellungen zur europäischen Asylpolitik nach den Wählern der Parteigruppierungen

EU-Einfluss auf Asylantragsentscheidungen ...



Grundgesamtheit: Wahlberechtigte EU-Bürger aus zwölf europäischen Ländern.

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

BertelsmannStiftung

Europäische Asylpolitik: Europas verpasste Chance

Die EU-Asylpolitik bleibt ein aus Sicht der europäischen Bürgerinnen und Bürger enorm wichtiges Wahlkampfthema. In elf der zwölf untersuchten Länder gehört sie für die Wahlberechtigten zu den drei wichtigsten Themen der Europawahl 2019. In zehn Ländern wünschen sich die Menschen aber eher weniger als mehr EU-Einfluss auf die Asylpolitik (Abbildung 9, oben). Nur in Deutschland (39 Prozent) und Spanien (33 Prozent) sind mehr Menschen für einen größeren als für weniger EU-Einfluss. Alle anderen Länder wünschen sich mehrheitlich weniger EU in der Asylpolitik, am stärksten in Großbritannien (53 Prozent), Ungarn (50 Prozent), Frankreich (46 Prozent) und Polen (45 Prozent).

Bei den Anhängern der Parteien ergibt sich ein etwas anderes Bild: Die Anhänger von drei der vier etablierten Parteigruppierungen sprechen sich mehrheitlich für einen größeren EU-Einfluss in Asylfragen aus. Am stärksten zeigt sich das bei den Anhängern der grünen Parteien (41 Prozent für mehr, nur 17 Prozent für weniger EU-Einfluss, Abbildung 9, unten). Von den etablierten Parteien sind lediglich die Wähler der christdemokratischen und konservativen Parteien mit 39 Prozent mehrheitlich für weniger als für mehr EU-Einfluss in Asylfragen (29 Prozent). Am deutlichsten sprechen sich erwartungsgemäß die Anhänger rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien für weniger EU-Einfluss aus (71 Prozent), nur elf Prozent sind für mehr EU-Einfluss in der Asylpolitik. Bei den Anhängern links-populistischer und linksextremer Parteien ist das Meinungsbild hingegen ausgeglichen.

Die europäische Asylpolitik ist für Europas Wähler bislang nicht überzeugend

Insgesamt zeigt sich damit für die Asylpolitik das Bild einer verpassten Chance für Europa: Die EU hat ihre Bürger bisher nicht von der Notwendigkeit einer stärkeren Europäisierung der Asylpolitik überzeugt. Nur eine Minderheit der wahlberechtigten Europäer wünscht sich vor der Europawahl 2019 bei Asylfragen einen größeren Einfluss der EU. Der Wunsch nach weniger Einfluss der EU in der Asylpolitik ist bei allen Wahlberechtigten sogar noch einmal deutlich ausgeprägter als bei den Anhängern und Wählern der Parteien. Bei Nichtwählern ist die Abneigung gegen mehr EU-Einfluss also noch stärker als bei den Wählern. Die nationalen Parteien müssen diese verschiedenen Präferenzen der Bürger repräsentieren, wenn sie die weitere Entwicklung populistischer Einstellungen begrenzen möchten. Die EU-Institutionen stehen deshalb in der Asylpolitik vor einer großen Herausforderung: Sie müssen einerseits versuchen, überzeugende Antworten und Lösungen für eine europäische Asylpolitik zu finden. Und gleichzeitig müssen sie auch kritische Stimmen aus dem populistischen aber auch dem konservativen Parteienspektrum zulassen, damit die Ansichten der Bürger Repräsentation erfahren.

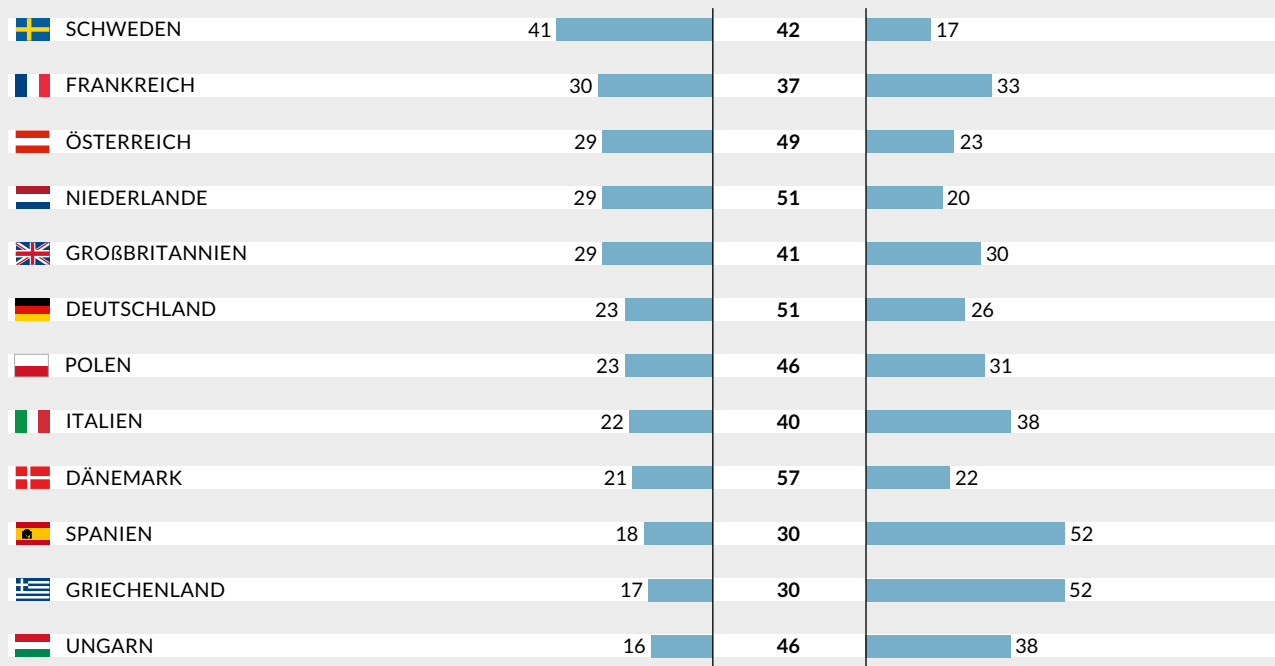
ABBILDUNG 10 Europäische Sozialausgaben: Das europäische Herz schlägt links

In Prozent

Einstellungen zu europäischen Sozialausgaben nach Ländern

Europäische Sozialausgaben ...

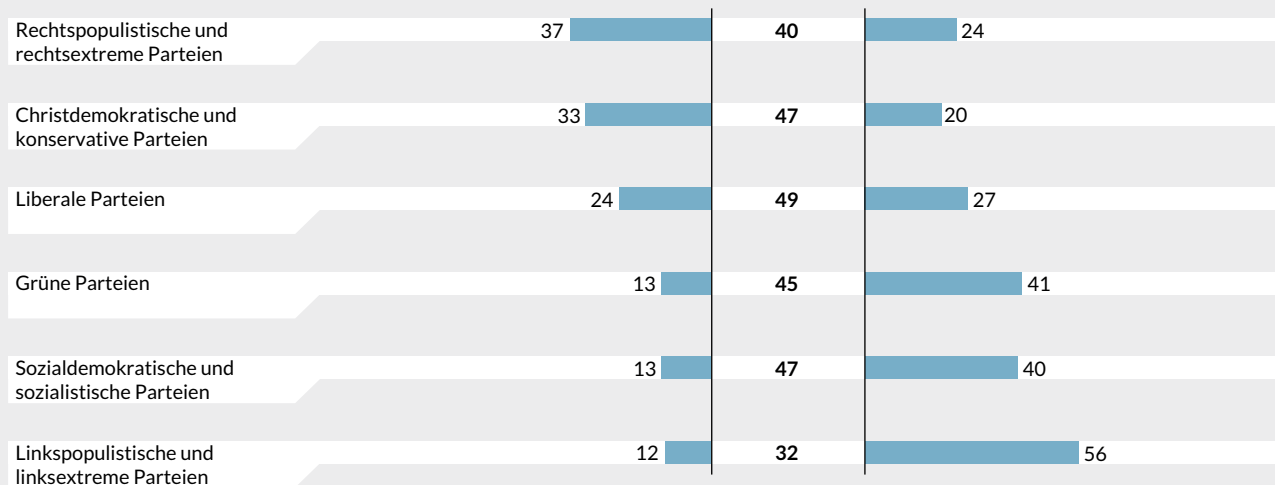
senken beibehalten erhöhen



Einstellungen zu europäischen Sozialausgaben nach den Wählern der Parteigruppierungen

Europäische Sozialausgaben ...

senken beibehalten erhöhen



Grundgesamtheit: Wahlberechtigte EU-Bürger aus zwölf europäischen Ländern.

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

BertelsmannStiftung

Europäische Sozialausgaben: Das europäische Herz schlägt links

Die europäische Sozialpolitik ist für die Wähler in Europa fast ebenso wichtig wie die Asylpolitik: In zehn der zwölf untersuchten Länder gehört sie zu den drei wichtigsten Themen. Das Meinungsbild zur Sozialpolitik bleibt stark ideologisch geprägt: Anhänger linker Parteien plädieren mehrheitlich für eine Erhöhung und die rechter Parteien für eine Verringerung der EU-Sozialausgaben. Am stärksten ist die Zustimmung zu mehr EU-Sozialausgaben bei den Anhängern linkspopulistischer und linksextremer Parteien (56 Prozent), am schwächsten bei christdemokratischen und konservativen Parteianhängern (20 Prozent) sowie den Wählern rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien (24 Prozent).

In sozialpolitischen Fragen stehen damit nicht „Etablierte“ gegen „Populisten“, sondern steht „Rechts“ gegen „Links“. Das zeigt sich am deutlichsten bei den Anhängern linkspopulistischer und linksextremer Parteien: Trotz ihrer generellen EU-Skepsis wünschen sie sich mehrheitlich (56 Prozent) mehr und nicht weniger EU-Ausgaben für Soziales. Den Gegenpol bilden die Wähler rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien, die mit 37 Prozent für weniger und nur 24 Prozent für mehr Sozialausgaben der EU sind. Aber selbst unter den Anhängern aller Rechtsparteien wünschen sich fast zwei Drittel der Befragten, die derzeitigen Ausgaben der EU für soziale Belange nicht zu kürzen. Von den Anhängern keiner europäischer Parteigruppierung werden die derzeitigen EU-Sozialausgaben grundsätzlich in Frage gestellt.

Das zeigt sich auch auf der Ebene der untersuchten Länder: Nur in Schweden, den Niederlanden und in Österreich sind mehr Menschen für eine Reduzierung als für eine Erhöhung der EU-Ausgaben für soziale Belange. Insgesamt findet sich auch auf der Länderebene ein hohes Niveau der Zustimmung für den Status quo. Die Zustimmung für mehr EU-Sozialausgaben ist mit großem Abstand in Spanien (52 Prozent) und Griechenland (52 Prozent) am höchsten, während sich die Schweden am stärksten für eine Senkung aussprechen (41 Prozent).

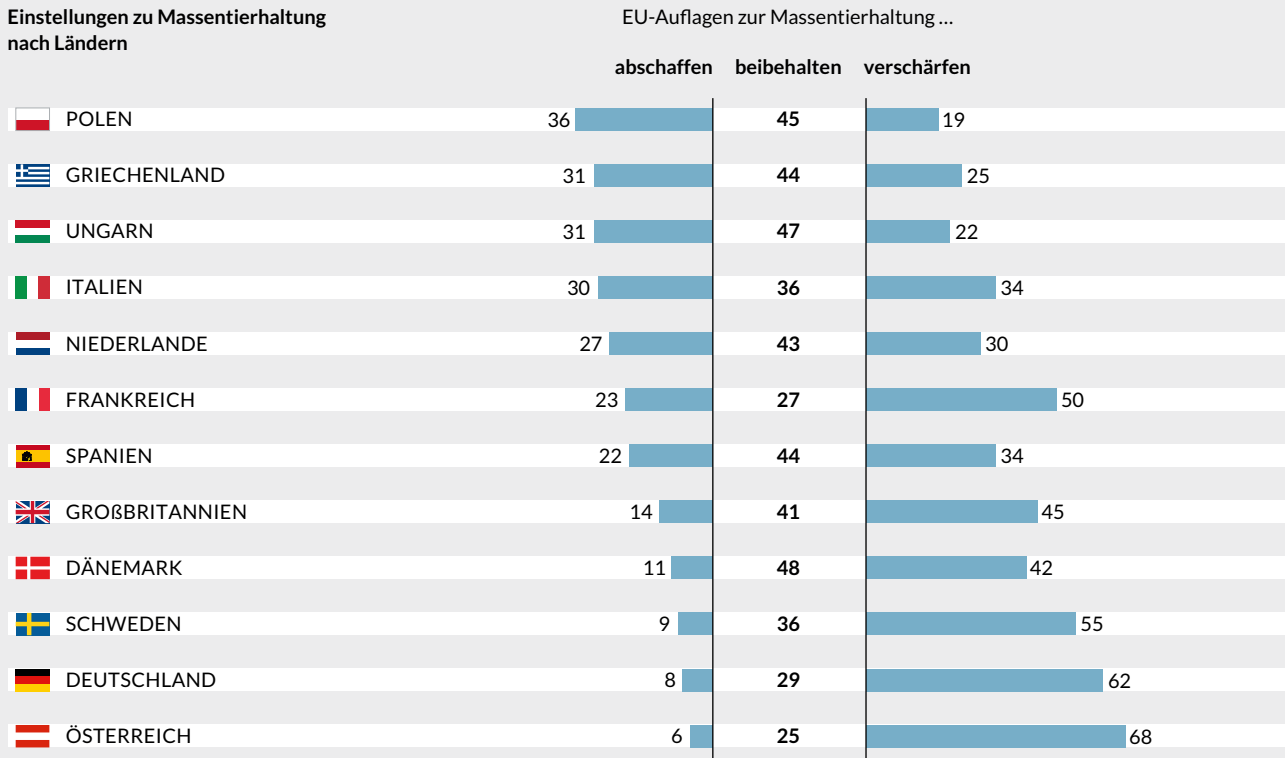
Status quo als einzig möglicher Konsens für die europäische Sozialpolitik?

Insgesamt stehen die derzeitigen EU-Sozialausgaben damit auf einem mehr als soliden Fundament der Wählerzustimmung. Ein ideologischer Grundsatzstreit über die Notwendigkeit, auf europäischer Ebene auch soziale Belange zu adressieren, gibt es im Wahlvolk nicht. Anders sieht es jedoch aus, wenn es darum geht, in welche Richtung die EU-Sozialausgaben entwickelt werden sollen. Hier zeigen sich die beschriebenen ideologischen Gräben zwischen den Anhängern verschiedener Parteien und den Wählern in verschiedenen Mitgliedstaaten. Auch die Anhänger der etablierten Parteien im Europaparlament – der Sozialdemokraten, Christdemokraten und Konservativen sowie der Grünen und Liberalen – sind uneins darüber, ob die EU künftig auf mehr oder weniger Sozialausgaben setzen sollte. Für sie wäre eine Fortsetzung des Status quo mit nur marginalen Veränderungen an den Sozialausgaben vermutlich der einzig tragfähige Konsens.

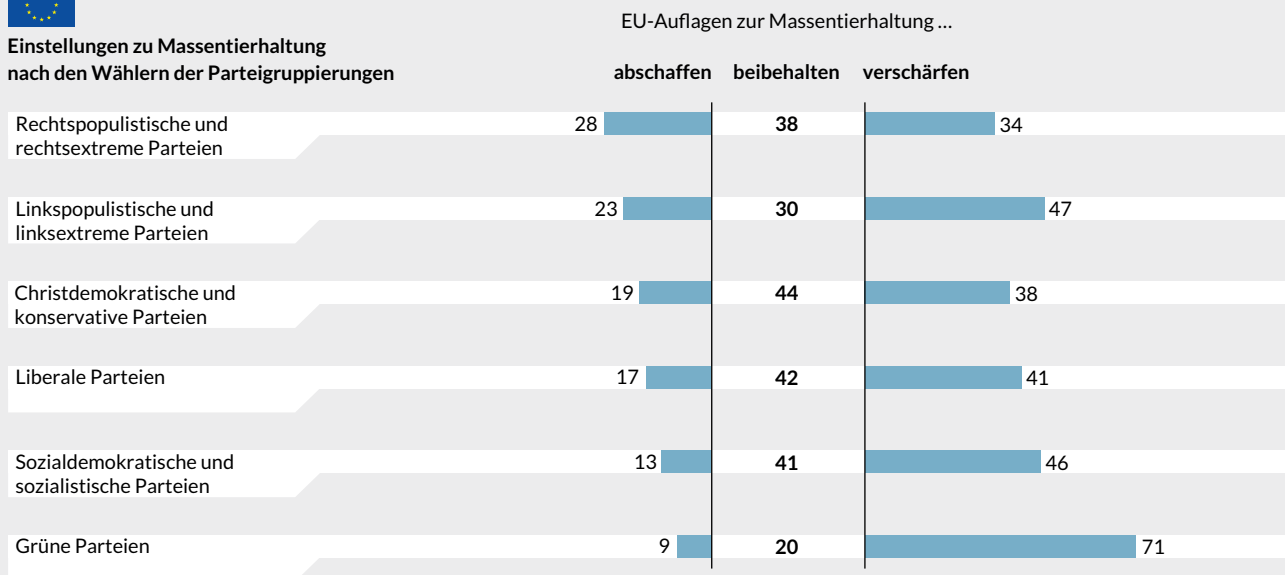
ABBILDUNG 11 Regulierung der Massentierhaltung: Wichtiges Thema mit Konsenschance

In Prozent

Einstellungen zu Massentierhaltung nach Ländern



Einstellungen zu Massentierhaltung nach den Wählern der Parteigruppierungen



Grundgesamtheit: Wahlberechtigte EU-Bürger aus zwölf europäischen Ländern.

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

Regulierung der Massentierhaltung: Wichtiges Thema mit Konsenschance

In kaum einem anderen untersuchten Politikfeld sind sich die Wähler in Europa so einig wie bei der Regulierung der Massentierhaltung. In fast allen Ländern und Parteigruppierungen wünschen sich deutlich mehr Menschen eine stärkere als eine schwächere Regulierung der industriellen Landwirtschaft und Massentierhaltung. Darüber hinaus zählt das Thema in sieben der zwölf untersuchten Länder zu den wichtigsten drei Themen des Europawahlkampfes. Das zeigt: Die Regulierung der Massentierhaltung mag den Ruf eines Nischenthemas haben. In der Bedeutung für die Wähler lässt dieses Thema bei der Europawahl 2019 vermeintlich wichtigere Themen wie Brexit oder Finanzhilfen hinter sich.

Auf der Länderebene (Abbildung 11, oben) ist nur in Griechenland (31 zu 25 Prozent), Ungarn (31 zu 22 Prozent) und Polen (36 zu 19 Prozent) der Wunsch nach weniger Regulierung der industriellen Landwirtschaft größer als der nach mehr Regulierung. In allen anderen Ländern sind die Menschen mehrheitlich für eine stärkere Regulierung. Am größten ist der Wählerwunsch nach mehr Regulierung in Österreich (68 Prozent), Deutschland (62 Prozent), Schweden (55 Prozent) und Frankreich (50 Prozent). Spiegelbildlich wünschen sich nur sechs Prozent der Wahlberechtigten in Österreich, acht Prozent in Deutschland und neun Prozent in Schweden weniger Regulierung.

Bei den Parteianhängern zeigt sich nur bei den Wählern der Rechtspopulisten ein eher ausgeglichenes Meinungsbild zwischen mehr oder weniger landwirtschaftlicher Regulierung (Abbildung 11, unten). Mit großem Abstand am stärksten ausgeprägt ist der Wunsch nach mehr Regulierung der Massentierhaltung bei den Wählern der grünen Parteien Europas (71 Prozent). Aber auch die Wähler der Linkspopulisten und Linksextremen (47 Prozent) und der Sozialdemokraten und Sozialisten (46 Prozent) sprechen sich mit deutlichen relativen Mehrheiten für mehr Regulierung aus. Selbst unter den christdemokratischen und konservativen Wählern sind fast vier von zehn (38 Prozent) für mehr Regulierung, unter den Rechtspopulisten und Rechtsextremen ist es mehr als jeder Dritte (34 Prozent). Jeweils nur eine kleine Minderheit wünscht sich einen Abbau der Regulierung der Massentierhaltung in Europa.

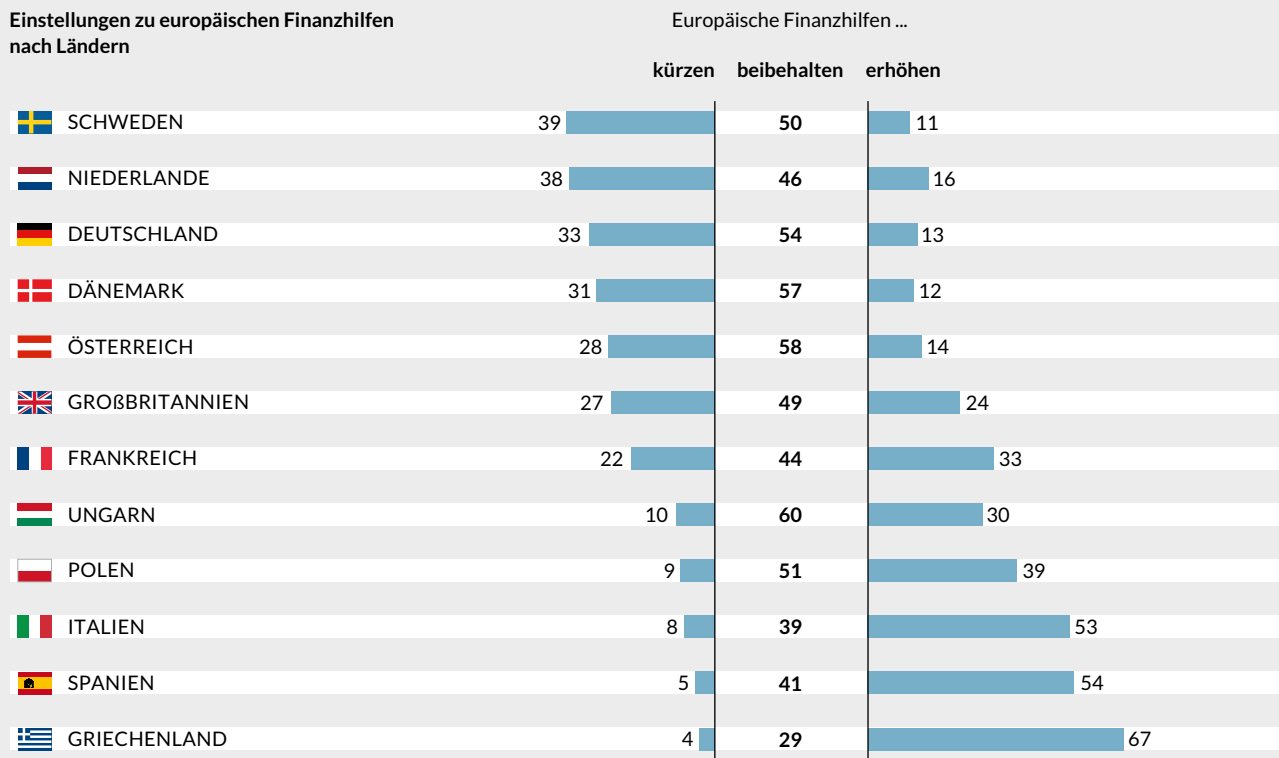
Grüner Wahlkampfschlager für breite gesellschaftliche Mehrheiten

Mit der Forderung einer stärkeren Regulierung der industriellen Landwirtschaft und Massentierhaltung haben insbesondere die grünen Parteien für ihren Europawahlkampf einen potenziellen Wahlkampfschlager. Das Thema bietet den Grünen die Chance einer breiten gesellschaftlichen Unterstützung über alle Partei- und Ländergrenzen hinweg – zumal ihnen bei diesem Thema von vielen Wählern eine originäre Kompetenz und Zuständigkeit zugeschrieben wird. Auch die Wählerschaft der christdemokratischen und konservativen Parteien Europas unterstützt mehrheitlich den Status quo der Regulierung oder möchte ihn sogar noch ausbauen. Dies wird wahrscheinlich nicht von jeder nationalen konservativen oder christdemokratischen Partei so repräsentiert. Darüber hinaus bietet das Thema allen Parteien im Wahlkampf die Möglichkeit, ein Thema positiv zu besetzen, ohne eine erfolgversprechende Negativkampagne anderer Parteien fürchten zu müssen. Eine Chance, die genutzt werden sollte!

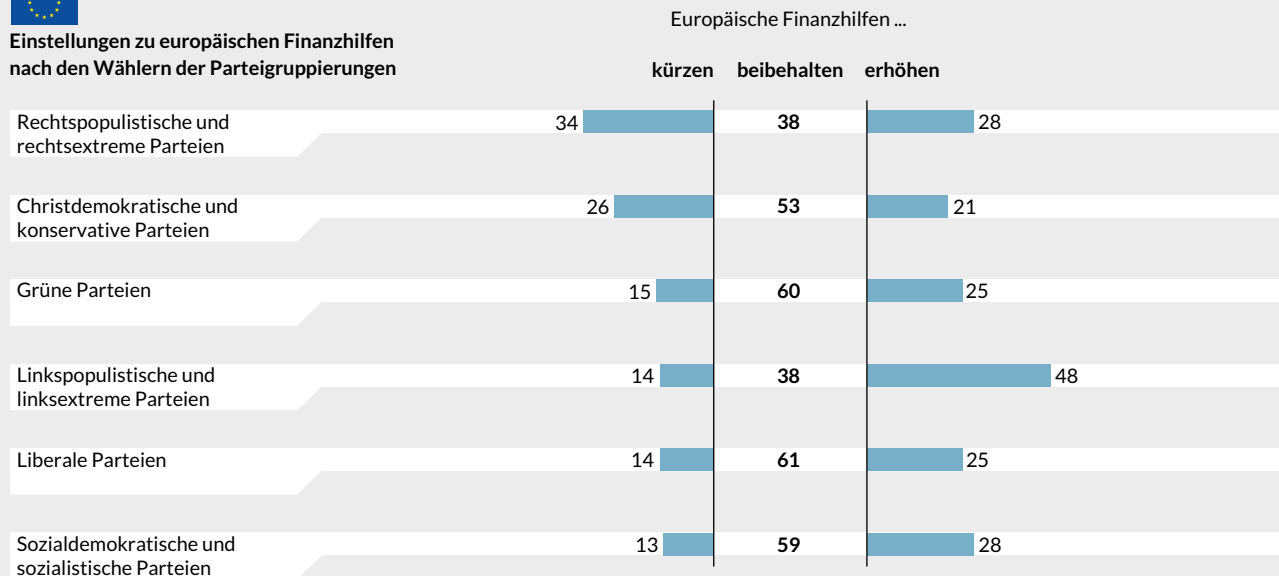
ABBILDUNG 12 Europäische Finanzhilfen: Überwiegend solidarisch!

In Prozent

Einstellungen zu europäischen Finanzhilfen nach Ländern



Einstellungen zu europäischen Finanzhilfen nach den Wählern der Parteigruppierungen



Grundgesamtheit: Wahlberechtigte EU-Bürger aus zwölf europäischen Ländern.

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

BertelsmannStiftung

Europäische Finanzhilfen: Überwiegend solidarisch!

Ein weiteres, aus Wählerperspektive wichtiges EU-Wahlkampfthema bleiben die europäischen Finanzhilfen für Länder in wirtschaftlichen Schwierigkeiten. In fünf der zwölf untersuchten Länder gehören die Finanzhilfen zu den drei Top-Themen der Europawahl. Vor dem Hintergrund der zum Teil heftigen politischen und öffentlichen Auseinandersetzungen darüber zeigt sich das Meinungsbild der Menschen in Europa erstaunlich positiv. Nur unter den Wählern der Rechtspopulisten und Rechtsextremen sowie der Christdemokraten und Konservativen wünscht sich eine knappe relative Mehrheit von 34 beziehungsweise 26 Prozent weniger anstatt mehr europäische Finanzhilfen (Abbildung 12, unten). Unter den Anhängern aller anderen europäischen Parteigruppierungen von ganz links bis rechts sind es jeweils nur sehr kleine Minderheiten, die eine Beschneidung der derzeitigen Finanzhilfen für wirtschaftlich schwache Länder in der EU fordern.

Differenzierter wird das Meinungsbild, wenn man auf die Länderebene schaut. Hier spiegeln sich deutlicher die jeweiligen potenziellen Zahler- und Empfängerperspektiven der Mitgliedstaaten. Der Wunsch nach einer Reduzierung der Finanzhilfen ist in wirtschaftlich starken Ländern jedenfalls größer als in den potenziellen Empfängerländern. Aber selbst in Deutschland wünscht sich nur ein Drittel (33 Prozent) aller Wahlberechtigten einen Abbau der Hilfen und eine spiegelbildliche Zwei-Drittel-Mehrheit entweder ihre Beibehaltung (54 Prozent) oder sogar Aufstockung (13 Prozent). Ein ähnliches Bild zeigt sich in anderen wirtschaftlich starken Euro-Ländern wie Österreich, Dänemark oder den Niederlanden.

EU-Finanzhilfen finden über alle Partei- und Ländergrenzen hinweg Unterstützung

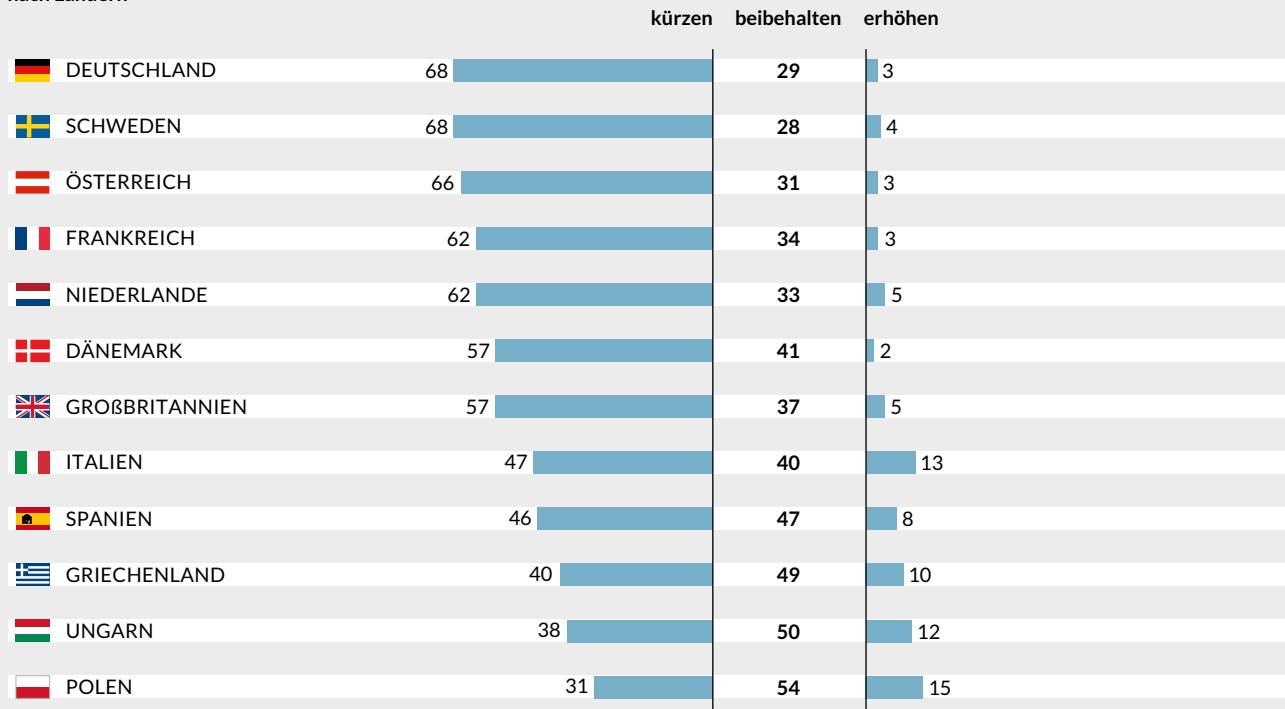
Im Gesamtbild wird deutlich, dass die Wählerpräferenzen zur Politik der finanziellen Solidarität in Europa zwar etwas stärker regional als ideologisch geprägt sind. Über die politischen Lager hinweg sind die finanziellen Eigeninteressen der Länder den Wählern bewusst und spiegeln sich in ihren Einstellungen. Dennoch kann sich die derzeit in der EU betriebene Politik einer finanziellen Solidarität mit Ländern, die sich in wirtschaftlichen Schwierigkeiten befinden, auf eine breite Wählermehrheit über die meisten Partei- und Ländergrenzen hinweg berufen. Das spricht für einen deutlich offensiveren Umgang der etablierten Parteien in der Auseinandersetzung mit der europakritischen und populistischen Kritik daran – zumal die Anhänger populistischer Parteien auch in dieser Frage tief gespalten sind. Während sich die Wähler linkspopulistischer Parteien mehr finanzielle Solidarität in der EU wünschen, zeigen sich die Rechtspopulisten deutlich kritischer. Aber noch nicht einmal bei ihnen gibt es klare Mehrheiten für einen Abbau bestehender Finanzhilfen. Grund genug also, das Thema im Europawahlkampf deutlich positiver zu besetzen und offensiver im Kampf für ein auch finanziell solidarisches Europa zu nutzen.

ABBILDUNG 13 **Strafen für Demokratiesünder: Ein europäischer Demokratiepranger?**

In Prozent

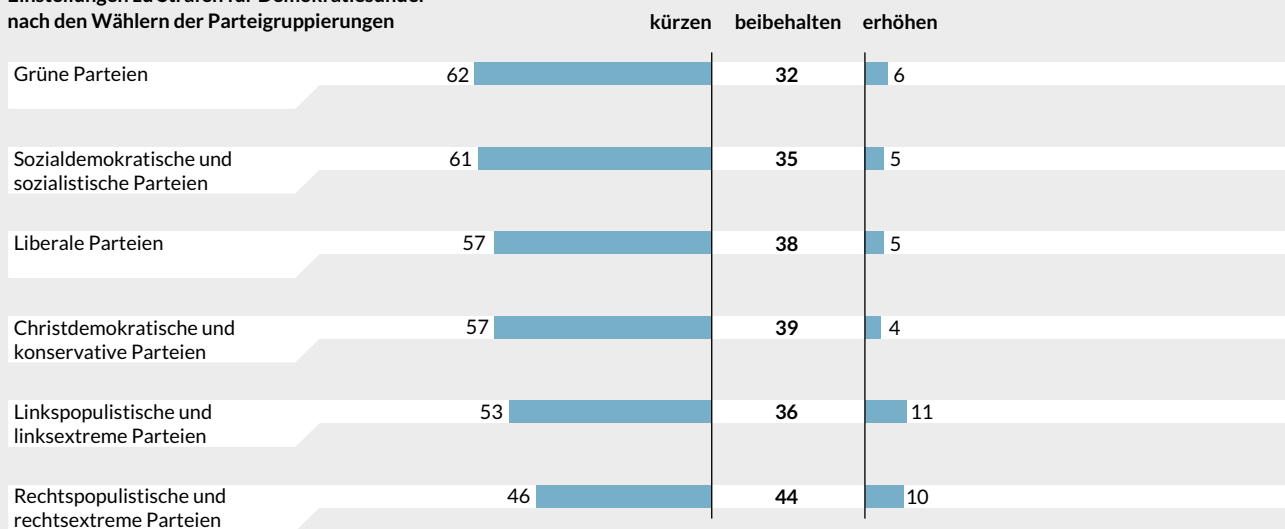
Einstellungen zu Strafen für Demokratiesünder nach Ländern

EU-Zahlungen an Demokratiesünder ...



Einstellungen zu Strafen für Demokratiesünder nach den Wählern der Parteigruppierungen

EU-Zahlungen an Demokratiesünder ...



Grundgesamtheit: Wahlberechtigte EU-Bürger aus zwölf europäischen Ländern.

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

BertelsmannStiftung

Strafen für Demokratiesünder: Ein europäischer Demokratiepranger?

Eins der drei Top-Themen ist es nur für die Wähler in Polen, dennoch findet keines der acht untersuchten Wahlkampfthemen länder- und parteiübergreifend eine derart große Zustimmung wie eine finanzielle Bestrafung der Länder, die gegen demokratische Normen verstoßen. In sieben der zwölf untersuchten Länder ist mindestens die absolute Mehrheit der Menschen dafür, Demokratiesündern Zahlungen aus dem EU-Haushalt zu kürzen (Abbildung 13, oben). Selbst in den beschuldigten Ländern Ungarn und Polen unterstützt das immerhin zumindest jeder Dritte (38 beziehungsweise 31 Prozent), während sich jeweils gut die Hälfte für eine Beibehaltung der Zahlungen ausspricht. Gleichzeitig bleiben die klaren Anti-Demokraten, die sich eine finanzielle Belohnung für Demokratiesünder wünschen, auch in Polen (15 Prozent) und Ungarn (12 Prozent) eine lediglich kleine Minderheit.

Noch deutlicher wird dieses Bild bei den Parteianhängern. Bei nahezu allen europäischen Parteigruppierungen finden sich absolute Mehrheiten für eine finanzielle Bestrafung von Demokratiesündern: Bei den Grünen (62 Prozent), den Sozialdemokraten und Sozialisten (61 Prozent), den Liberalen (57 Prozent), den Christdemokraten und Konservativen (57 Prozent) und auch bei den Linkspopulisten und Linksextremen (53 Prozent). Und selbst unter den Rechtspopulisten und Rechtsextremen wünschen sich das 46 Prozent aller Anhänger (Abbildung 13, unten). Gleichzeitig sind die Anteile der Anti-Demokraten, die sich eine finanzielle Belohnung für Demokratiesünder wünschen, unter den Wählern noch geringer als bei allen Wahlberechtigten.

Die deutlichsten Ausreißer unter den Parteien sind in Polen die regierende PiS-Partei und in Ungarn die regierende FIDESZ, bei denen sich mit acht Prozent beziehungsweise zehn Prozent nur etwa jeder zehnte Anhänger für eine finanzielle Sanktionierung von Demokratiesündern ausspricht. Nur die Anhänger der Parteien, die in ihrem Regierungshandeln unter dem Verdacht stehen, gegen grundlegende demokratische Normen zu verstoßen, wehren sich also dagegen, sanktioniert zu werden. In Polen ist das Thema vielleicht auch deshalb so wichtig, weil das Land selbst davon betroffen ist.

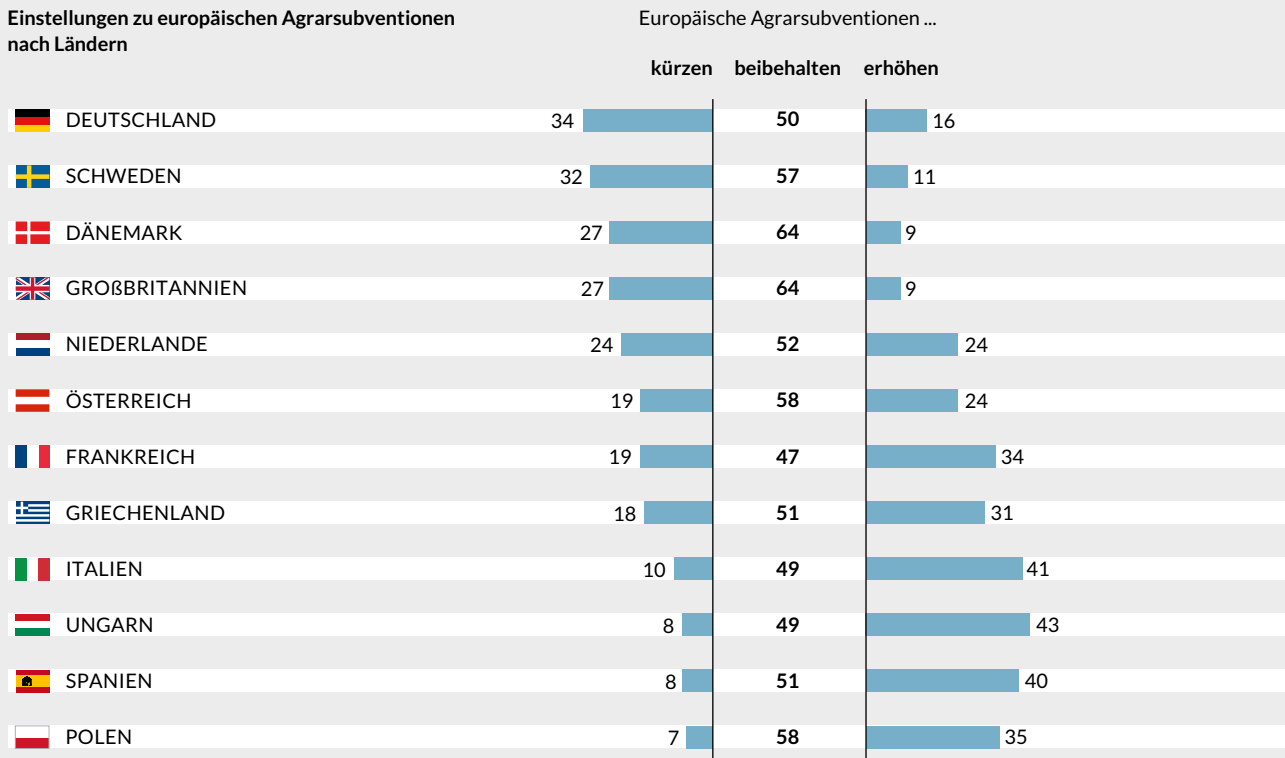
Klare Kante gegen Demokratiesünder!

Die EU kann sich also einer breiten Unterstützung der Mehrheit aller Wahlberechtigten und Wähler sicher sein, wenn sie Verstöße gegen demokratische Normen in einzelnen Mitgliedstaaten finanziell sanktioniert. Ein Demokratiepranger für die EU? Jedenfalls wünschen sich die Menschen in Europa im Vorfeld der Europawahl eine klare Kante gegen Demokratiesünder. Eine Botschaft der Menschen, die von den Entscheidungsträgern in der EU wahr- und ernstgenommen werden sollte, auch wenn die Angst vor Demokratieabbau in der EU aus Sicht der Wähler nicht zu den für sie persönlich wichtigsten Themen der Europawahl zählt.

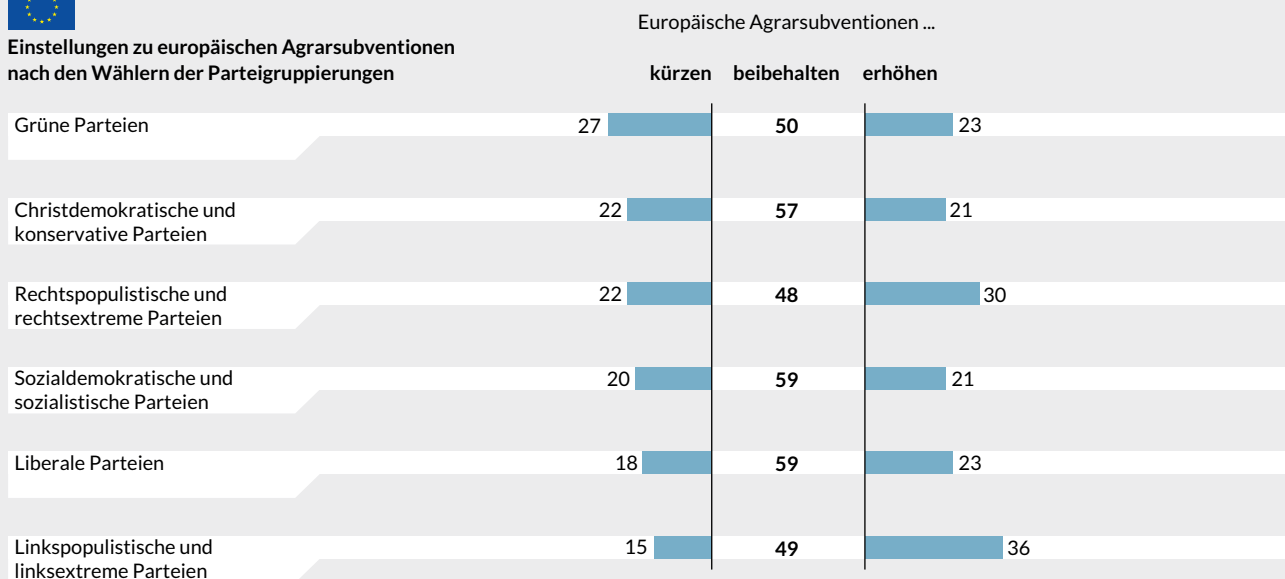
ABBILDUNG 14 Europäische Agrarsubventionen: Das Sein bestimmt das Bewusstsein

In Prozent

Einstellungen zu europäischen Agrarsubventionen nach Ländern



Einstellungen zu europäischen Agrarsubventionen nach den Wählern der Parteigruppierungen



Grundgesamtheit: Wahlberechtigte EU-Bürger aus zwölf europäischen Ländern.

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

BertelsmannStiftung

Europäische Agrarsubventionen: Das Sein bestimmt das Bewusstsein

Die europäischen Agrarsubventionen sind im EU-Wahlkampf 2019 ein Nischenthema: Nur in Spanien, einem der größten Empfängerländer der Subventionen in Europa, zählt es aus Sicht der Wähler zu den drei wichtigsten Themen der Wahl. Auch bei den Agrarsubventionen entscheiden sich vergleichsweise viele Menschen (54 Prozent) für eine Beibehaltung des Status quo. Einerseits deutet das auf eine hohe Zustimmung der Menschen zur gegenwärtigen Agrarsubventionspolitik der EU hin. Andererseits kann es aber auch ein Hinweis auf die geringe Bedeutung des Themas für viele nicht direkt davon betroffene Wähler sein. Auch das sonstige Meinungsbild zur europäischen Agrarsubventionspolitik zeigt sich eher unspektakulär und ausgeglichen. Die hohe Zustimmung zum Status quo wird auf der Parteiebene begleitet durch eine relativ ausgewogene Zustimmung sowohl für mehr als auch für weniger europäische Agrarsubventionen (Abbildung 14, unten). Lediglich die Wähler der linkspopulistischen und linksextremen Parteien (36 Prozent) zeigen sich etwas subventionsfreundlicher. In allen anderen Parteigruppierungen sprechen sich etwa vier bis fünf von zehn Anhängern jeweils für mehr oder weniger Agrarsubventionen aus.

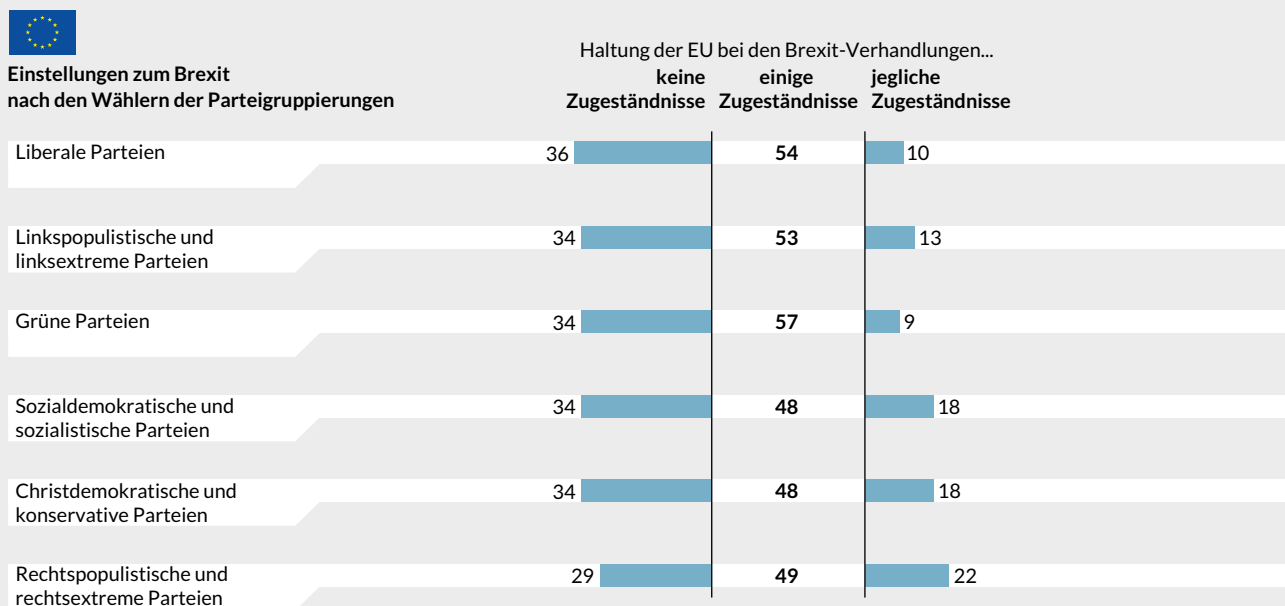
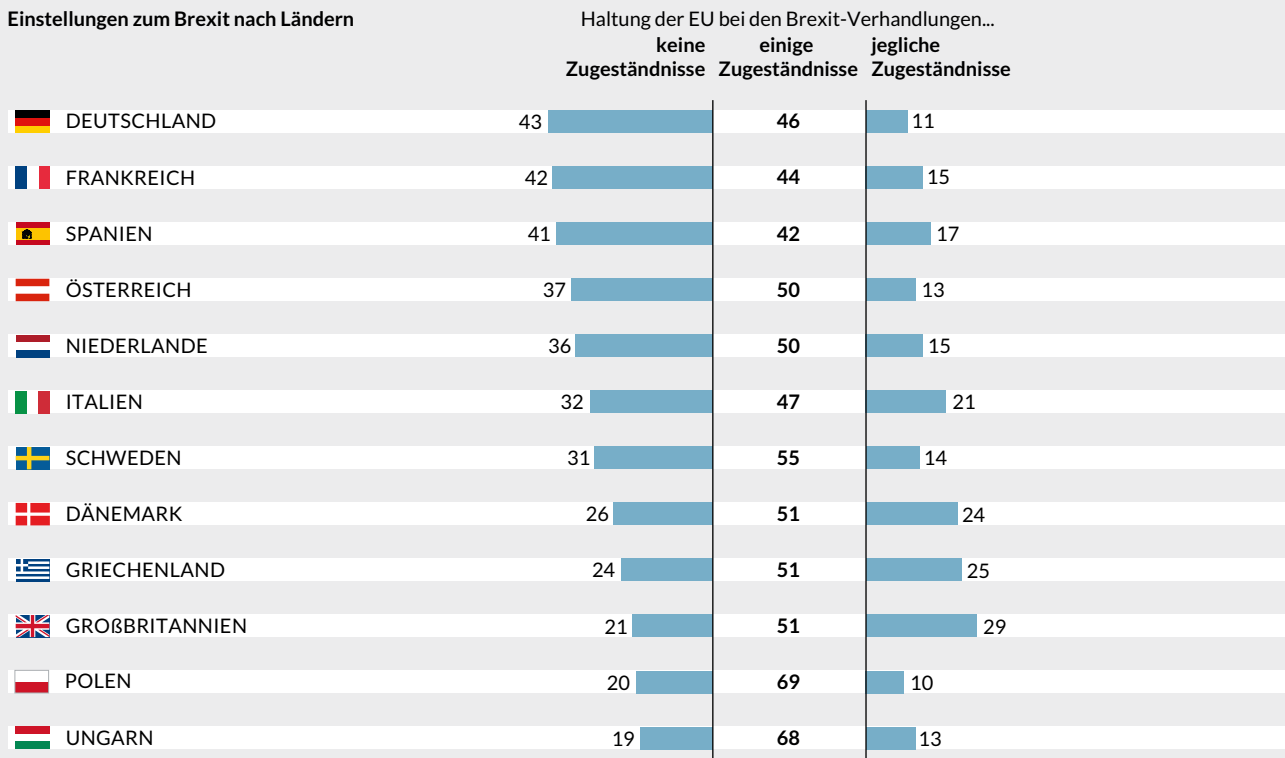
Auf der Länderebene zeigen sich dagegen größere Unterschiede, die teilweise aus der Größe des Landwirtschaftssektors und der damit verbundenen Höhe der empfangenen Agrarsubventionen erklärbar sind. Auffällig ist vor allem, dass in großen Empfängerländern die Zustimmung zu mehr Agrarsubventionen überdurchschnittlich hoch ausfällt. Dazu zählen Spanien (Zustimmung 40 Prozent), Italien (41 Prozent) und Frankreich (34 Prozent) aber auch Polen (35 Prozent). Eine Ausnahme bildet Deutschland, das zwar auch zu den großen Empfängerländern gehört, wo die Zustimmung der Wähler zu mehr Agrarsubventionen aber deutlich unterdurchschnittlich (16 Prozent) ausfällt. Im Gegenzug ist die Zustimmung zu einer Subventionskürzung mit 34 Prozent hier am höchsten unter allen untersuchten Ländern.

Agrarsubventionen als Nischenthema mit Mehrheit für den Status quo?

Im Gesamtbild erweist sich das Thema der europäischen Agrarsubventionen weder als besonders relevant für die anstehende Wahlentscheidung noch als überdurchschnittlich kontrovers. Dem Parteienstreit scheint es fast gänzlich entzogen, weil zumindest auf der Wählerebene die Positionierungen der Wähler aller Parteigruppierungen von ganz links bis nach ganz rechts relativ ähnlich ausfallen. Und im Streit der europäischen Länder bestimmt, wie bei vielen Umverteilungsthemen, auch bei den Agrarsubventionen das jeweilige Sein auf der Empfänger- oder Zahlerseite auch das Bewusstsein vieler Wähler. Aufgrund klarer Polarisierung in den Präferenzen der Wähler in verschiedenen Mitgliedstaaten sowie relativ großer Zustimmung für den Status quo ist ein Konsensus für eine deutliche Anpassung der Höhe der Agrarsubventionen unwahrscheinlich, sofern die Parteien und Regierungen ihre Wähler vertreten.

ABBILDUNG 15 **Brexit-Verhandlungen: Keine weitgehenden Zugeständnisse**

In Prozent



Grundgesamtheit: Wahlberechtigte EU-Bürger aus zwölf europäischen Ländern.

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

Brexit-Verhandlungen: Keine weitgehenden Zugeständnisse

Die Brexit-Verhandlungen und die Konzessionsbereitschaft der EU gegenüber dem Austrittskandidaten Großbritannien zählen nur noch in Großbritannien selbst zu den Top-Themen dieses Europawahlkampfes. In keinem der anderen elf untersuchten Länder ist das Thema noch unter den wichtigsten drei Themen der Europawahl zu finden. Das weist auf eine gewisse Müdigkeit und Gleichgültigkeit gegenüber den Brexit-Verhandlungen hin, eine Haltung, die sich allerdings in Abhängigkeit vom weiteren Gang der Dinge auch wieder ändern könnte, wenn durch einen ungeordneten Brexit auch andere europäische Länder in Mitleidenschaft gezogen werden.

Das Meinungsbild zu weiteren Brexit-Konzessionen durch die EU ist ebenfalls relativ eindeutig: Bis auf Großbritannien wünscht sich in allen anderen untersuchten Ländern nur eine Minderheit (zehn bis 25 Prozent) aller Wahlberechtigten weitgehende Konzessionen. Gleichzeitig sind etwa zwei bis vier von zehn der Befragten gegen Zugeständnisse der EU in den Brexit-Verhandlungen. Etwas anders sieht das im betroffenen Großbritannien aus. Aber auch dort wünscht sich noch nicht einmal jeder Dritte (29 Prozent) Zugeständnisse der EU um jeden Preis, während sich 51 Prozent der bei der Europawahl wahlberechtigten Briten zumindest für einige Konzessionen aussprechen und etwa jeder Fünfte (21 Prozent) für keinerlei Entgegenkommen der EU ist.

Insgesamt auffällig sind die wiederum sehr hohen Werte für die Mittelkategorie „einige Zugeständnisse“, die in fast allen Ländern knapp unterhalb oder sogar oberhalb der 50-Prozent-Marke liegen. Das weist auf eine insgesamt eher gemäßigte und kompromissbereite Haltung der Mehrheit der Menschen in Europa hin. Die EU soll in fairen Verhandlungen den Briten „einige Zugeständnisse“ machen, aber nicht zu viele. Die harte Position „keine Zugeständnisse“ wird in den meisten Ländern nur von etwa 20 bis 40 Prozent aller Wahlberechtigten geteilt. Allerdings zeigen sich die Wähler in den beiden großen und für die Verhandlungsführung der EU wichtigen Ländern Frankreich und Deutschland deutlich weniger kompromissbereit. In Deutschland und Frankreich wünschen sich jeweils mehr als vier von zehn aller Wahlberechtigten keine Konzessionen der EU in den Verhandlungen zum Brexit (43 beziehungsweise 42 Prozent).

Die Mehrheit der europäischen Wähler wünscht sich einen fairen Brexit

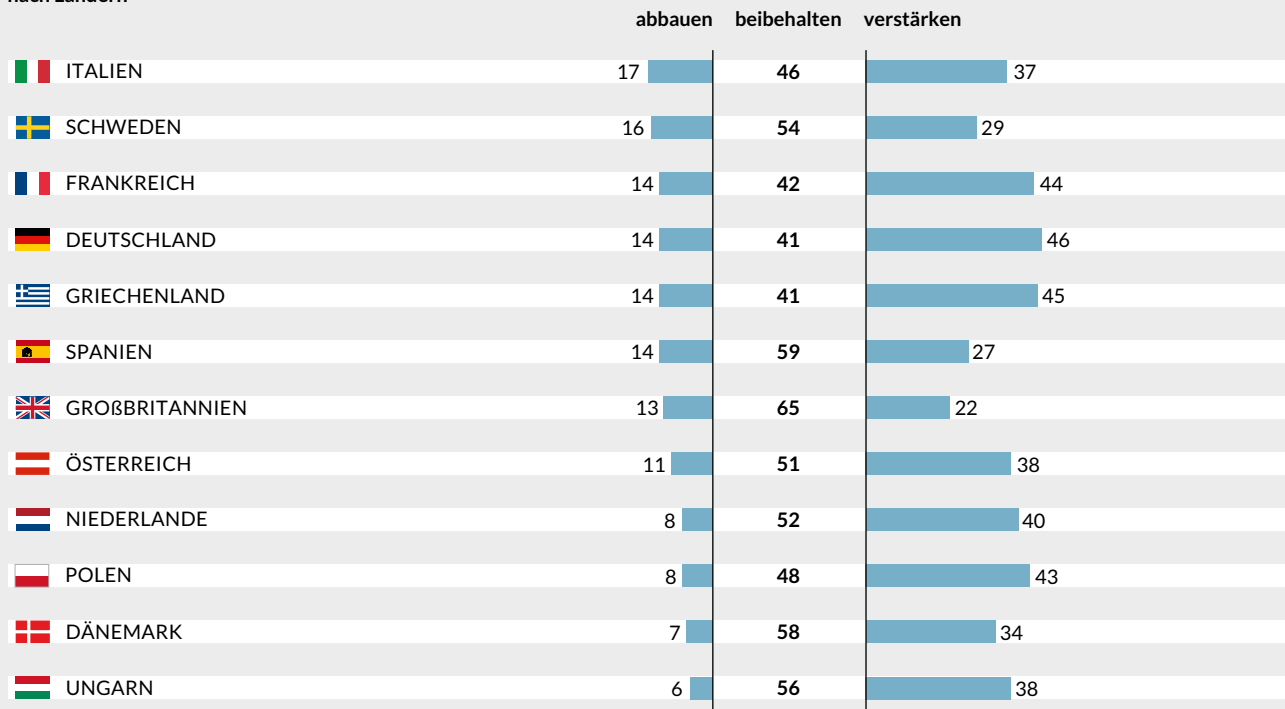
Für die weiteren Brexit-Verhandlungen wünschen sich die meisten Wähler in Europa faire Bedingungen. Dabei besteht eine große Bereitschaft, den Briten in den Verhandlungen auch Zugeständnisse zu machen, allerdings in klaren Grenzen. Einen fairen Brexit, aber nicht um jeden Preis – so könnte man das Meinungsbild vieler Europäer vor der Europawahl zusammenfassen, in deren heiße Wahlkampfphase der erste Austritt eines EU-Beitrittslandes seit Gründung der EU fallen könnte.

ABBILDUNG 16 **Militärische Zusammenarbeit in Europa: Ja bitte!**

In Prozent

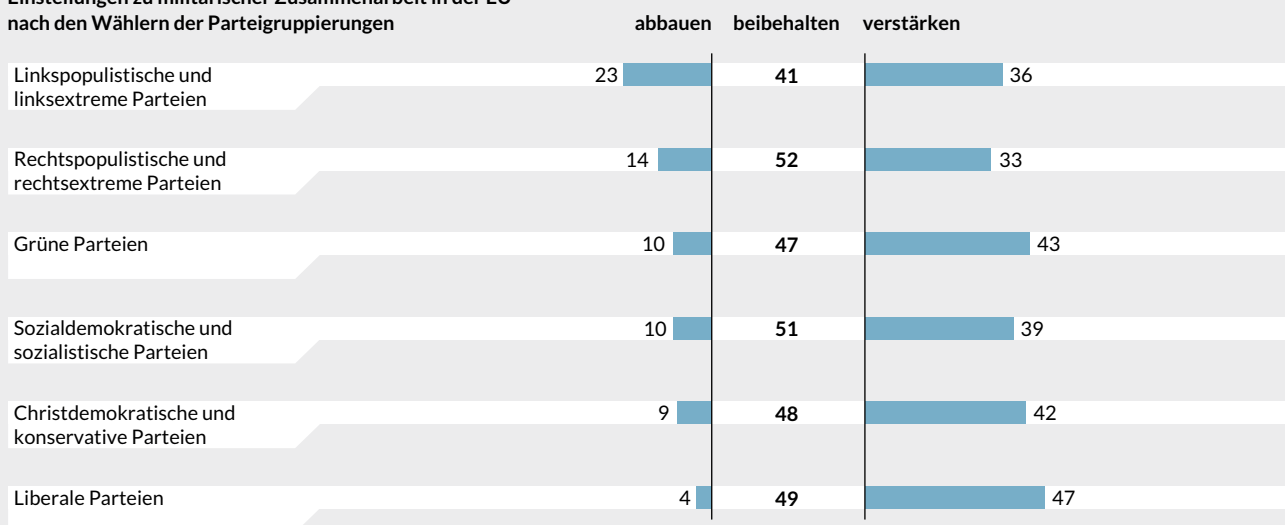
Einstellungen zu militärischer Zusammenarbeit in der EU nach Ländern

Militärische Zusammenarbeit in der EU ...



Einstellungen zu militärischer Zusammenarbeit in der EU nach den Wählern der Parteigruppierungen

Militärische Zusammenarbeit in der EU ...



Grundgesamtheit: Wahlberechtigte EU-Bürger aus zwölf europäischen Ländern.

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

BertelsmannStiftung

Militärische Zusammenarbeit in Europa: Ja bitte!

Die militärische Zusammenarbeit in Europa scheint die Wähler in Europa nicht eben brennend zu interessieren, erfreut sich dennoch größter Zustimmung. Als einziges der acht untersuchten Politikthemen zählt die militärische Kooperation in der EU in keinem einzigen Land zu den drei Top-Themen des Wahlkampfes. Dennoch ist die länder- und parteiübergreifende Zustimmung bei kaum einem anderen Politikfeld so hoch und wenig kontrovers wie hier.

Auf der Länderebene wünschen sich in allen zwölf untersuchten Ländern mehr Menschen eine Verstärkung der militärischen Zusammenarbeit als eine Reduzierung. In den meisten Ländern liegt die Zustimmung zu mehr militärischer Kooperation zwischen 35 und 45 Prozent aller Wahlberechtigten, während die Forderung nach einer Reduzierung lediglich von kleinen Minderheiten unterstützt wird. Lediglich in Spanien (27 Prozent), Schweden (29 Prozent) und Großbritannien (22 Prozent) liegt die Zustimmung zu mehr militärischer Zusammenarbeit deutlich niedriger. In diesen Ländern ist die Zustimmung zum Status quo mit mehr als 50 Prozent aber ebenfalls sehr hoch, so dass in allen europäischen Ländern eine übergroße Mehrheit der Menschen sich entweder für eine Bewahrung des jetzigen Niveaus oder mehr militärische Kooperation in der EU ausspricht.

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Anhängerschaft der europäischen Parteien. Auch hier sind bei allen Parteigruppierungen mehr Menschen für eine Intensivierung als für eine Reduzierung der militärischen Kooperation. Lediglich die Anhänger linkspopulistischer und linksextremer Parteien zeigen sich mit nur 36 Prozent Zustimmung zu mehr Kooperation und 23 Prozent Zuspruch zu einer Reduzierung der Zusammenarbeit auf militärischem Gebiet etwas weniger kooperationsfreundlich als die Anhänger anderer Parteigruppierungen.

Eine europäische Armee als unterschätzter Wahlkampfschlager der EU-Wahl 2019?

Die länder- und parteiübergreifend hohe Unterstützung für die bestehende und für mehr militärische Zusammenarbeit in der EU, bei gleichzeitig vergleichsweise geringer Aufmerksamkeit bei den Wählern, deutet auf eine Unterschätzung des Themas für den EU-Wahlkampf hin. Jedenfalls könnte, wer auf der Suche nach einem gesellschaftlich und parteipolitisch breit zustimmungsfähigen Wahlkampfthema ist, beim Ausbau der militärischen Kooperation in Europa bis hin zu einer europäischen Armee fündig werden. Versuche, das Thema positiv und offensiv zu besetzen, könnten bei einer übergroßen Mehrheit der Wähler auf Zustimmung stoßen. Allein ihr Interesse daran müsste von den Parteien noch stärker geweckt werden. Aber genau dies können die Parteien im Wahlkampf noch leisten, zumal das Risiko einer Negativkampagne dagegen sehr gering und wenig erfolgversprechend erscheint.



ABBILDUNG 17 Ländertelegramm Deutschland

In Prozent

Ranking der drei wichtigsten Wahlkampfthemen:

Einstellungen der Wahlberechtigten

	senken	beibehalten	erhöhen
TOP 1: Europäische Sozialausgaben	23	51	26
TOP 2: EU-Einfluss auf Asylpolitik	28	33	39
TOP 3: EU-Auflagen zur Massentierhaltung	8	29	62

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte EU-Bürger aus Deutschland.

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

Bei zwei der drei Top-Wahlkampfthemen weicht die Meinung der Befragten in Deutschland stark von der Durchschnittsmeinung der zwölf Untersuchungsländer ab. Zum einen setzen die Deutschen sehr viel stärker auf „mehr EU“ in der Asylpolitik als der Durchschnitt (39 versus 26 Prozent). Gleichzeitig wünschen sich nur 28 Prozent der Deutschen weniger EU-Einfluss in der Asylpolitik, gegenüber 41 Prozent im Durchschnitt der befragten Länder. Die Deutschen haben in der Asylpolitik die EU also noch nicht aufgegeben. Zum anderen sind mehr Deutsche (62 Prozent) dafür, dass die Massentierhaltung auf EU-Ebene stärker reguliert wird, als der Durchschnitt der befragten Länder (41 Prozent). Ein starkes Wahlkampfthema vor allem für die Grünen.

| BertelsmannStiftung



ABBILDUNG 18 Ländertelegramm Frankreich

In Prozent

Ranking der drei wichtigsten Wahlkampfthemen:

Einstellungen der Wahlberechtigten

	abschaffen	beibehalten	verschärfen
TOP 1: EU-Auflagen zur Massentierhaltung	23	27	50
TOP 2: EU-Einfluss auf Asylpolitik	46	35	20
TOP 3: Europäische Sozialausgaben	30	37	33

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte EU-Bürger aus Frankreich.

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

Beim Thema Asylpolitik zeigen sich die Franzosen noch skeptischer gegenüber einer stärkeren Rolle der EU als der Durchschnitt aller Befragten. Während in Frankreich fast die Hälfte aller Wahlberechtigten für weniger Einfluss der EU bei Asylentscheidungen plädiert, sind es im Durchschnitt der befragten Länder nur vier von zehn (41 Prozent). Nach Großbritannien (53 Prozent) und Ungarn (50 Prozent) erweisen sich die Franzosen damit als die kritischste Nation gegenüber der EU-Asylpolitik im Vergleich aller zwölf untersuchten Länder. Besonders groß ist der Dissens in dieser Frage zu Deutschland, wo mit einem Anteil von 39 Prozent die meisten Wahlberechtigten auf „mehr EU“ in der Asylpolitik setzen.

| BertelsmannStiftung



ABBILDUNG 19 Ländertelegramm Großbritannien

In Prozent

Ranking der drei wichtigsten Wahlkampfthemen:

Einstellungen der Wahlberechtigten

	abschaffen	beibehalten	verschärfen
TOP 1: EU-Auflagen zur Massentierhaltung	14	41	45
TOP 2: EU-Einfluss auf Asylpolitik	53	34	13
TOP 3: Brexit-Verhandlungen	21	51	29

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte EU-Bürger aus Großbritannien.

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

Bei der „Leave“-Kampagne in Großbritannien war die gemeinsame EU-Asylpolitik ein Argument für den Brexit. Damit stützte sie sich auf den mehrheitlichen Wunsch der Briten (53 Prozent) nach „weniger EU“ in der Asylpolitik. Im Durchschnitt unserer zwölf Länder sehen das nur gut vier von zehn der Wahlberechtigten so (41 Prozent). Spiegelbildlich wollen nur 13 Prozent aller Briten „mehr EU“ in der Asylpolitik, gegenüber immerhin 26 Prozent im Durchschnitt. Der EU-Dissens der Briten zeigt sich auch beim Brexit selbst. Während sich drei von zehn Briten „jegliche Zugeständnisse“ der EU bei den Brexit-Verhandlungen wünschen, sehen das nur 17 Prozent der Befragten im Durchschnitt aller Länder so.

| BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 20 Ländertelegramm Italien

In Prozent

Ranking der drei wichtigsten
Wahlkampfthemen:

Einstellungen der Wahlberechtigten

Ranking der drei wichtigsten Wahlkampfthemen:	In Prozent	Einstellungen der Wahlberechtigten		
		kürzen	beibehalten	erhöhen
TOP 1: Europäische Finanzhilfen	8	39	53	
TOP 2: EU-Auflagen zur Massentierhaltung	30	abschaffen	36	34
TOP 3: EU-Einfluss auf Asylpolitik	39	verringern	25	ausbauen

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte EU-Bürger aus Italien.

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

Auch wenn viele Italiener euroskeptische Parteien wählen – ganz überwiegend wünschen sie sich mehr finanzielle Solidarität in der EU. Mehr als die Hälfte aller Italiener (53 Prozent) wünschen sich sogar ein „mehr an Finanzhilfen“, während das lediglich drei von zehn (31 Prozent) Wahlberechtigten im Schnitt der zwölf Länder so sehen. Weitere 39 Prozent der italienischen Wähler möchten zumindest ein „weiter so“ auf dem derzeitigen Niveau. Nur acht Prozent befürworten eine Kürzung der derzeitigen Finanzhilfen für wirtschaftlich schwächere Länder. Zumindest in diesem Bereich wünscht man sich also auch in Italien „mehr“ statt „weniger“ Europa.

ABBILDUNG 21 Ländertelegramm Niederlande

In Prozent

Ranking der drei wichtigsten
Wahlkampfthemen:

Einstellungen der Wahlberechtigten

Ranking der drei wichtigsten Wahlkampfthemen:	In Prozent	Einstellungen der Wahlberechtigten		
		kürzen	beibehalten	erhöhen
TOP 1: Europäische Finanzhilfen	38	46	16	
TOP 2: Europäische Sozialausgaben	29	senken	51	20
TOP 3: EU-Einfluss auf Asylpolitik	39	verringern	40	ausbauen

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte EU-Bürger aus den Niederlanden.

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

Die Niederländer stehen in der EU für finanzielle Eigenverantwortung der Mitgliedsstaaten. Das zeigt sich auch bei ihrem wichtigsten Wahlkampfthema zur Europawahl, den Finanzhilfen der EU für Länder in wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Während fast vier von zehn Niederländer sich für weniger EU-Finanzhilfen aussprechen, sieht das im Schnitt der Länder nur jeder fünfte Wahlberechtigte so (21 Prozent). Spiegelbildlich befürwortet in den Niederlanden nur eine kleine Minderheit von 16 Prozent mehr EU-Finanzhilfen, während sich das im Schnitt der Länder fast doppelt so viele Menschen wünschen (31 Prozent). Auch im Europawahlkampf 2019 werden die Niederländer ihrem Ruf als Stabilitätswächter der EU-Finzenzen also gerecht.

ABBILDUNG 22 Ländertelegramm Dänemark

In Prozent

Ranking der drei wichtigsten
Wahlkampfthemen:

Einstellungen der Wahlberechtigten

Ranking der drei wichtigsten Wahlkampfthemen:	In Prozent	Einstellungen der Wahlberechtigten		
		senken	beibehalten	erhöhen
TOP 1: Europäische Sozialausgaben	21	57	22	
TOP 2: EU-Auflagen zur Massentierhaltung	11	abschaffen	48	42
TOP 3: EU-Einfluss auf Asylpolitik	44	verringern	35	ausbauen

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte EU-Bürger aus Dänemark.

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

Die Dänen zeigen sich bei ihren Top-3-Wahlkampfthemen als vergleichsweise typisch für den Durchschnitt der untersuchten Länder. Bei keinem der drei Themen weicht ihr nationales Meinungsbild stark vom Durchschnitt ab. Lediglich bei der Massentierhaltung und industriellen Landwirtschaft sind weniger Dänen (elf Prozent) für eine Reduzierung der EU-Regulierung als der Durchschnitt aller befragten Länder (21 Prozent). Gegenüber einer weiteren Erhöhung der EU-Sozialausgaben sind die Dänen mit nur 22 Prozent Zustimmung etwas skeptischer als der Durchschnitt mit 32 Prozent. Ansonsten ist Dänemark im EU-Wahlkampf im besten Sinne des Wortes Durchschnitt der befragten Länder.



ABBILDUNG 23 **Ländertelegramm Griechenland**

In Prozent

Ranking der drei wichtigsten Wahlkampfthemen:

Einstellungen der Wahlberechtigten

Ranking der drei wichtigsten Wahlkampfthemen:	Einstellungen der Wahlberechtigten		
	verringern	beibehalten	ausbauen
TOP 1: EU-Einfluss auf Asylpolitik	39	23	38
TOP 2: Europäische Sozialausgaben	senken 17	beibehalten 30	erhöhen 52
TOP 3: Europäische Finanzhilfen	kürzen 4	beibehalten 29	erhöhen 67

Die Griechen zeigen sich im Vorfeld der Europawahl bei allen drei Top-Wahlkampfthemen ausgesprochen europafreundlich. Bei jedem der drei Themen wünschen sich mehr Griechen „mehr“ Europa als im Durchschnitt der Länder. Das gilt für die Asylpolitik (38 gegenüber 26 Prozent im Durchschnitt), für die EU-Sozialausgaben (52 gegenüber 32 Prozent) und ebenso für die EU-Finanzhilfen für Länder in wirtschaftlichen Schwierigkeiten (67 gegenüber 31 Prozent). Auch nach mehr als zehn Jahren Krisenpolitik – oder vielleicht gerade deshalb – setzen viele Griechen bei den europapolitischen Themen, die ihnen wichtig sind, auf Solidarität in der EU.

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte EU-Bürger aus Griechenland.

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung



ABBILDUNG 24 **Ländertelegramm Spanien**

In Prozent

Ranking der drei wichtigsten Wahlkampfthemen:

Einstellungen der Wahlberechtigten

Ranking der drei wichtigsten Wahlkampfthemen:	Einstellungen der Wahlberechtigten		
	senken	beibehalten	erhöhen
TOP 1: Europäische Agrarsubventionen	8	51	40
TOP 2: Europäische Finanzhilfen	kürzen 5	beibehalten 41	erhöhen 54
TOP 3: Europäische Sozialausgaben	senken 18	beibehalten 30	erhöhen 52

Auch die Spanier setzen bei ihren Top-Themen im EU-Wahlkampf auf „mehr“ statt „weniger“ Europa. Das gilt für die Agrarsubventionen, von denen 40 Prozent aller Spanier denken, dass sie ausgebaut werden sollten, während dies im Durchschnitt der Länder nur gut jeder Vierte (26 Prozent) befürwortet. Das gilt auch für die EU-Finanzhilfen (54 Prozent gegenüber 31 Prozent) und die europäischen Sozialausgaben (52 Prozent gegenüber 32 Prozent). Alles drei ausgabewirksame Themen also, von denen Spanien in der Vergangenheit profitiert hat (etwa Agrarsubventionen und Finanzhilfen für den Bankensektor). Aber auch nach den Erfahrungen in den Jahren der Finanzkrise – oder gerade deshalb – setzen viele Spanier auf Solidarität in der EU.

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte EU-Bürger aus Spanien.

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung



ABBILDUNG 25 **Ländertelegramm Schweden**

In Prozent

Ranking der drei wichtigsten Wahlkampfthemen:

Einstellungen der Wahlberechtigten

Ranking der drei wichtigsten Wahlkampfthemen:	Einstellungen der Wahlberechtigten		
	senken	beibehalten	erhöhen
TOP 1: Europäische Sozialausgaben	41	42	17
TOP 2: EU-Auflagen zur Massentierhaltung	abschaffen 9	beibehalten 36	verschärfen 55
TOP 3: EU-Einfluss auf Asylpolitik	verringern 39	beibehalten 28	ausbauen 34

Für die Schweden sind die EU-Sozialausgaben das Top-Thema der Europawahl 2019. Sie setzen in der Sozialpolitik offensichtlich weiterhin auf ihr nationales Modell des schwedischen Wohlfahrtsstaates anstatt auf Sozialausgaben durch die EU. Nur knapp halb so viele Schweden (17 Prozent) wie der Durchschnitt aller Länder (32 Prozent) befürworten deshalb mehr EU-Sozialausgaben. Spiegelbildlich wünschen sich mehr als vier von zehn Schweden (41 Prozent) eine Reduzierung dieser Ausgaben, gegenüber nur 25 Prozent im Durchschnitt. In keinem anderen untersuchten Land ist damit die Ablehnung von mehr EU-Sozialausgaben so ausgeprägt wie im schwedischen Wohlfahrtsstaat.

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte EU-Bürger aus Schweden.

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

ABBILDUNG 26 Ländertelegramm Österreich

In Prozent

Ranking der drei wichtigsten
Wahlkampfthemen:

Einstellungen der Wahlberechtigten

Ranking der drei wichtigsten Wahlkampfthemen:	In Prozent	Einstellungen der Wahlberechtigten		
		senken	beibehalten	erhöhen
TOP 1: Europäische Sozialausgaben	29	29	49	23
TOP 2: EU-Auflagen zur Massentierhaltung	6	abschaffen	25	68
TOP 3: EU-Einfluss auf Asylpolitik	44	verringern	27	29

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte EU-Bürger aus Österreich.

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

Bei zwei der wichtigsten Themen, EU-Sozialausgaben und EU-Asylpolitik, zeigen sich die Österreicher zwar ein wenig skeptischer als der Durchschnitt der untersuchten Länder. Im Ganzen gesehen weichen sie bei diesen Themen aber nur wenig vom Durchschnitt ab. Anders bei ihrem zweitwichtigsten Wahlkampfthema, der Massentierhaltung und industriellen Landwirtschaft. Hier wünschen sich die Österreicher in sehr viel stärkerem Maße (68 Prozent) mehr Regulierung durch die EU als der Durchschnitt der untersuchten Länder (41 Prozent). Für eine Abschaffung der EU-Auflagen in diesem Bereich sind nur sechs Prozent aller Österreicher, der geringste Wert aller untersuchten Länder.

ABBILDUNG 27 Ländertelegramm Polen

In Prozent

Ranking der drei wichtigsten
Wahlkampfthemen:

Einstellungen der Wahlberechtigten

Ranking der drei wichtigsten Wahlkampfthemen:	In Prozent	Einstellungen der Wahlberechtigten		
		senken	beibehalten	erhöhen
TOP 1: Europäische Sozialausgaben	23	23	46	31
TOP 2: EU-Zahlungen an Demokratiesünder	31	kürzen	54	15
TOP 3: EU-Einfluss auf Asylpolitik	45	verringern	40	15

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte EU-Bürger aus Polen.

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

Bei ihren drei wichtigsten Wahlkampfthemen unterscheiden sich die Polen vor allem in zwei Punkten vom europäischen Meinungsdurchschnitt. In der Asylpolitik wünschen sich nur 15 Prozent aller Befragten mehr Einfluss der EU, gegenüber immerhin 26 Prozent im Durchschnitt der zwölf untersuchten Länder. Gleichzeitig sprechen sich in Polen etwas mehr Menschen (45 Prozent) gegen eine stärkere Rolle der EU in Asylfragen aus als im Durchschnitt (41 Prozent). Der zweite Unterschied besteht im Grad der Zustimmung zu Sanktionen für Demokratiesünder. Während sich im Durchschnitt der Länder mehr als die Hälfte (54 Prozent) solche Sanktionen wünschen, möchten das nur drei von zehn Polen (31 Prozent).

ABBILDUNG 28 Ländertelegramm Ungarn

In Prozent

Ranking der drei wichtigsten
Wahlkampfthemen:

Einstellungen der Wahlberechtigten

Ranking der drei wichtigsten Wahlkampfthemen:	In Prozent	Einstellungen der Wahlberechtigten		
		kürzen	beibehalten	erhöhen
TOP 1: Europäische Finanzhilfen	10	10	60	30
TOP 2: Europäische Sozialausgaben	16	senken	46	38
TOP 3: EU-Einfluss auf Asylpolitik	50	verringern	37	13

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte EU-Bürger aus Ungarn.

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

Die Ungarn zeigen sich bei ihren Top-Themen im Europawahlkampf differenziert gegenüber der EU: Während sie in der Asylpolitik mit den Franzosen und Briten am euroskeptischsten von allen untersuchten Ländern sind, stehen sie EU-Sozialausgaben und -Finanzhilfen sehr viel freundlicher gegenüber. In der Asylpolitik wünschen sich 50 Prozent aller Ungarn weniger EU-Einfluss, noch einmal klar mehr als im Durchschnitt aller Länder (41 Prozent). Bei den EU-Sozialausgaben (16 Prozent) und -Finanzhilfen (10 Prozent) ist der Anteil der euroskeptischen Ungarn dagegen deutlich geringer als im Durchschnitt der zwölf untersuchten Länder (25 beziehungsweise 21 Prozent).

3. Wer mit wem?

Konsensschancen und Konfliktlinien bei der Europawahl 2019

Ist die Europawahl vor allem ein Kampf zwischen „Etablierten“ und „Populisten“, zwischen „Europabefürwortern“ und „Europaskeptikern“, oder gar zwischen „Demokratieanhängern“ und „Demokratiegegnern“?

Das Gesamtbild zeigt: Wenn es um Einstellungen gegenüber dem politischen System geht, - also um populistische Einstellungen, die Zufriedenheit mit der Demokratie in der EU sowie die Zustimmung zur Mitgliedschaft in der EU -, verlaufen die Konfliktlinien zwischen den Parteianhängern ganz anders als in ökonomischen und kulturellen Fragen:

- Bei populistischen Einstellungen und den Einstellungen zum EU-System zeigt sich eine klare Polarisierung zwischen den Anhängern der etablierten Parteien (Christdemokraten, Konservativen, Sozialdemokraten, Liberalen und Grünen) auf der einen und den Anhängern von populistischen und extremistischen Parteien – links wie rechts – auf der anderen Seite. Während die Anhänger der Etablierten mit der Demokratie und der EU-Mitgliedschaft überwiegend zufrieden und wenig populistisch eingestellt sind, lehnen die Anhänger der Populisten und Extremisten die EU-Mitgliedschaft stärker ab, sind unzufriedener mit der EU-Demokratie und populistischer eingestellt.
- In ökonomischen und kulturellen Fragen zeigt sich hingegen eine eher klassische ideologische Links-Rechts-Konfliktlinie mit den Anhängern konservativer, rechtspopu-

listischer und rechtsextremer Parteien an einem und den Anhängern grüner, sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien sowie linkspopulistischer und links-extremer Parteien am anderen Ende.

Was lässt sich aus diesen Ergebnissen für das kommende Europäische Parlament ableiten?

In der Theorie und bei reiner Betrachtung der Wählerpräferenzen sind in ökonomischen und kulturellen Sachfragen neue Koalitionen im Europaparlament denkbar – zum Beispiel zwischen Christdemokraten/Konservativen und Rechtspopulisten, deren Wähler sich etwa in kulturellen Fragen teilweise näher stehen als die Wähler von manchen etablierten Parteien. Aber die Vergangenheit zeigt, dass die etablierten Parteien Koalitionen mit den Populisten und Europakritikern überwiegend scheuen. Gerade im Europaparlament hat der proeuropäische Konsens der Etablierten starke Bindungskraft und hat immer wieder ideologische Unterschiede zwischen den etablierten Parteien zweitrangig werden lassen. Selbst während der Finanzkrise, als ökonomisch hoch umstrittene Fragen entschieden werden mussten, haben die etablierten Parteien im Europaparlament lieber untereinander Kompromisse auf der ökonomischen Dimension geschlossen, als die EU-Gegner und Populisten einzubinden. Koalitionen nach „österreichischem Vorbild“ wie zwischen ÖVP und FPÖ sind im Europaparlament deshalb auch nach 2019 eher unwahrscheinlich.

Wer mit wem?

Welche politischen Konfliktlinien aufseiten der Wähler prägen die Europawahl 2019 und vermutlich zu einem Teil dann auch das aus ihr hervorgehende neue Europäische Parlament?

Ist die Europawahl vor allem ein Kampf zwischen „Etablierten“ und „Populisten“, zwischen „Europabefürwortern“ und „Europaskeptikern“, oder gar zwischen „Demokratieanhängern“ und „Demokratiegegnern“ oder den „Freunden“ einer offenen Gesellschaft und ihren „Feinden“?

Wie sehr hat sich der traditionelle Konflikt zwischen „Links“ und „Rechts“ in neue gesellschaftliche und politische Konfliktlinien transformiert, wie beispielsweise zwischen Globalisierungsgewinnern und Globalisierungsverlierern (Kriesi et al. 2008), Kommunitaristen und Kosmopoliten (Merkel 2017), oder zwischen einem „grün-alternativ-libertären“ Wählerlager (GAL) auf der einen und einem „traditionell-autoritär-nationalistischen“ Wählerlager (TAN) auf der anderen Seite (Hooghe et al. 2002; Marks et al. 2006)?

Die vorliegende Studie nähert sich diesen Fragen aus der Perspektive derjenigen Wahlberechtigten, die für die Europawahl 2019 eine Wahlabsicht für eine bestimmte Partei angegeben haben. Wir schauen also nicht auf Parteiprogramme und bilden auch nicht das vergangene Abstimmungs- oder Koalitionsverhalten der insgesamt 85 untersuchten Parteien aus den insgesamt zwölf untersuchten europäischen Ländern ab, sondern analysieren die Konfliktlinien vor der Europawahl 2019 auf der Ebene der Wähler.

- Wie populistisch sind die Wähler der verschiedenen Parteigruppierungen eingestellt?
- Wie euroskeptisch beziehungsweise europafreundlich sind sie?
- Wie zufrieden sind sie mit der Demokratie in Europa?
- Und welche inhaltlichen Einstellungen und Präferenzen haben sie mit Blick auf ökonomische und kulturelle Fragen?
- Wie ökonomisch oder kulturell links beziehungsweise rechts sind die Wähler der einzelnen Parteigruppierungen?

Aus diesen Analysen ergibt sich dann ein Gesamtbild der politischen Konfliktlinien im Vorfeld der Europawahl 2019 in unseren zwölf untersuchten Ländern. Diese Konfliktlinien können sich auch in der Arbeit des neuen Europaparlaments widerspiegeln – zumindest insofern die Parteien in ihrer zukünftigen Arbeit dem Mandat ihrer Wähler folgen werden.

Das Gesamtbild zeigt: Wenn es um Einstellungen gegenüber dem politischen System geht – populistischen Einstellungen, der Zufriedenheit mit der Demokratie in der EU sowie der Zustimmung zur Mitgliedschaft in der EU –, verlaufen die Konfliktlinien zwischen den Parteianhängern ganz anders als in ökonomischen und kulturellen Fragen:

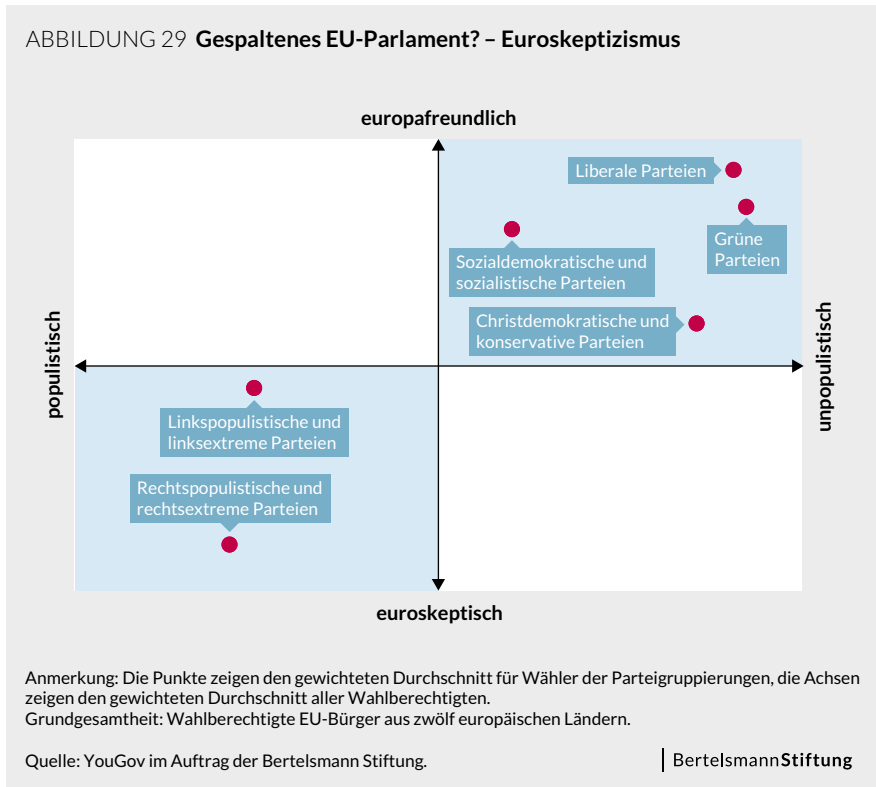
- Bei populistischen Einstellungen und den Einstellungen zum EU-System zeigt sich eine klare Polarisierung zwischen den Anhängern der etablierten Parteien (Christdemokraten, Konservativen, Sozialdemokraten, Liberalen und Grünen) auf der einen und den Anhängern von populistischen und extremistischen Parteien – links wie rechts – auf der anderen Seite. Während die Anhänger der Etablierten mit der Demokratie und der EU-Mitgliedschaft überwiegend zufrieden und wenig populistisch eingestellt sind, lehnen die Anhänger der Populisten und Extremisten die EU-Mitgliedschaft stärker ab, sind unzufriedener mit der EU-Demokratie und populistischer eingestellt.
- In ökonomischen und kulturellen Fragen zeigt sich hingegen eine klassischere ideologische Links-Rechts-Konfliktlinie mit den Anhängern konservativer, rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien an einem und den Anhängern grüner, sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien sowie links-populistischer und linksextremer Parteien am anderen Ende.

Etablierte gegen Populisten und Extreme I – Die Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft

Die Konfliktlinie zwischen den Anhängern der etablierten und der populistischen und extremen Parteien zeigt sich sehr deutlich bei der Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft, die in der akademischen Literatur oft als ein Indikator für Euroskeptizismus (oder die Unterstützung für die europäische Integration) benutzt wird (Hobolt und de Vries 2016). Gefragt danach, ob die Mitgliedschaft in der Europäischen Union für ihr Land eine „gute Sache“ sei, konnten sich die Befragten zwischen insgesamt fünf Antwortkategorien entscheiden: „stimme voll und ganz zu“, „stimme eher zu“, „weder noch“, „stimme eher nicht zu“ und „stimme überhaupt nicht zu“. Die Aggregation erfolgte dann für die Anhänger der verschiedenen Parteigruppierungen als Mittelwert ihrer Antworten von 1 (= stimme überhaupt nicht zu) bis 5 (= stimme voll und ganz zu).

Gleichzeitig wurde mittels der Zustimmung zu acht typisch populistischen Aussagen gemessen, wie populistisch eingestellt die Befragten sind (vgl. dazu „Im Fokus“ auf S. 34). Zu diesem Zweck wurde für die Anhänger jeder Parteigruppierung der Mittelwert der Antworten zu den acht Populismus-Items von 1 (= stimme populistischer Aussage voll und ganz zu) bis 5 (= stimme populistischer Aussage überhaupt nicht zu) gebildet.

Daraus ergibt sich eine Verortung der Anhänger der europäischen Parteigruppierungen im Schnitt unserer zwölf Länder in einem Populismus/Euroskeptizismus-Raum (Abbildung 29): Die horizontale Achse bildet die Populismusneigung der jeweiligen Parteianhänger ab und die vertikale Achse ihre Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft. Je weiter eine Parteigruppierung vom Schnittpunkt der schwarzen Achsenlinien abweicht, umso stärker weicht sie vom Durchschnitt aller Wahlberechtigten ab. Auf der horizontalen Achse der populistischen Einstellungen zeigen sich die Anhänger einer Parteigruppierung umso unpopulistischer, je weiter rechts sie sich befinden, und umso populistischer, je weiter links sie sich verorten. Auf der vertikalen Achse der Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft zeigen sich die Anhänger der Parteigruppierungen umso europafreundlicher, je weiter oben sie stehen, und umso euroskeptischer, je weiter unten sie stehen.



In den vier Quadranten des Populismus/Euroskeptizismus-Raums zeigt sich dann sehr deutlich: Die zwei Quadranten populistisch/europafreundlich und unpopulistisch/euroskeptisch bleiben vollkommen unbesetzt. Die Anhänger keiner Parteigruppierung sind überdurchschnittlich populistisch und zugleich überdurchschnittlich europafreundlich oder überdurchschnittlich unpopulistisch und zugleich überdurchschnittlich euroskeptisch.

Die Anhänger aller Parteigruppierungen verorten sich damit ausschließlich in den beiden verbleibenden Quadranten rechts oben (= überdurchschnittlich unpopulistisch und zugleich überdurchschnittlich europafreundlich) oder links unten (= überdurchschnittlich populistisch und zugleich überdurchschnittlich euroskeptisch).

In dem unpopulistisch-europafreundlichen Quadranten befinden sich die Wähler aller etablierten Parteigruppierungen. Am stärksten unpopulistisch und europafreundlich zeigen sich die Wähler der Grünen und der Liberalen, während sich die Anhänger der Gruppe der christdemokratischen und konservativen Parteien im Vergleich zum Durchschnitt der Wählerschaft noch etwas weniger populistisch als europafreundlich zeigen und die Wähler der Gruppe der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien etwas europafreundlicher als populistischer.

Im populistisch-euroskeptischen Quadranten finden sich dagegen die Anhänger beider links- und rechtspopulistischen beziehungsweise -extremen Parteigruppierungen. Während ihr Grad des Populismus vergleichbar stark ausgeprägt ist, unterscheiden sie sich in der Ausprägung ihres Euroskeptizismus: Die Wähler-

schaft der linkspopulistischen und -extremen Parteien zeigt sich deutlich weniger euroskeptisch als die Wählerschaft der rechtspopulistischen und -extremen Parteien. Dennoch zeigen sich die Anhänger beider Parteigruppierungen deutlich euroskeptischer als der Durchschnitt aller Wähler und als die Wähler aller etablierten Parteigruppierungen.

Die Durchschnittswerte im Einzelnen lauten für die Wähler der etablierten Parteigruppierungen: Christdemokraten & Konservative (Populismus: 3,68; Euroskeptizismus: 2,35), Sozialdemokraten & Sozialisten (Populismus: 3,83; Euroskeptizismus: 1,97), Liberale (Populismus: 3,65; Euroskeptizismus: 1,73) und Grüne (Populismus: 3,64; Euroskeptizismus: 1,88) und für die Wähler der populistisch-extremen Parteigruppierungen: Linkspopulisten & Linksextreme (Populismus: 4,04; Euroskeptizismus: 2,61) und Rechtspopulisten & Rechtsextreme (Populismus: 4,06; Euroskeptizismus: 3,24). Demgegenüber liegt der Durchschnitt aller Wähler auf dem Populismusindex bei 3,89 und bei 2,52 für die Frage zur Mitgliedschaft in der EU.

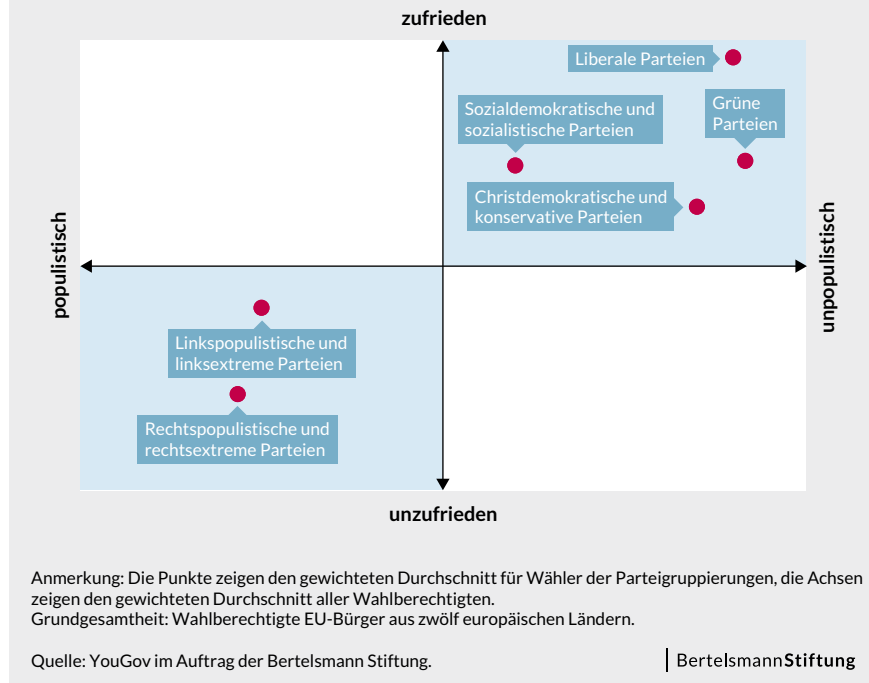
Im Gesamtbild zeigt sich, dass die Konfliktlinie zwischen Befürwortern und Gegnern der EU-Mitgliedschaft nahezu deckungsgleich zur Konfliktlinie zwischen Populisten und Nichtpopulisten verläuft: Die überdurchschnittlich unpopulistischen Anhänger der etablierten Parteien stehen gegen die Wähler der populistischen und extremen Parteien am linken und rechten Rand. Insofern zeigen die Daten dieser Studie, dass je stärker die populistischen Einstellungen der Wähler sind, desto geringer ist ihre Unterstützung für die EU-Mitgliedschaft. Dieser Befund steht in Verbindung mit der These, dass sowohl linke als auch rechte populistische Kräfte große Skepsis gegenüber supranationalen Organisationen haben, die häufig als geschlossenes Gebilde dargestellt werden und angeblich von einer undurchdringbaren Elite kontrolliert und regiert werden (Mudde und Rovira Kaltwasser 2017; Müller 2016).

Etablierte gegen Populisten und Extreme II – Die (Un-)Zufriedenheit mit der Demokratie in Europa

Nahezu das gleiche Bild wie bei der Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft zeigt sich bei der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in der EU („Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie insgesamt mit der Art und Weise, wie die Demokratie funktioniert ... in der Europäischen Union?“). Auch hier verorten sich die Anhänger der insgesamt sechs verschiedenen Parteigruppierungen in nur zwei Quadranten.

Anders als bei der Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft konnten die befragten Wähler ihre Antworten zur Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in der EU direkt auf einer Skala von 0 (= sehr unzufrieden) bis 10 (= sehr zufrieden) angeben. Aus den aggregierten Antworten der jeweiligen Anhänger der europäischen Parteigruppierungen konnten diese dann in Abbildung 30 auf der vertikalen Achse der Demokratiezufriedenheit verortet werden: Je weiter eine Parteigruppierung auf der vertikalen Achse nach oben abweicht, desto zufriedener sind ihre Anhänger mit dem Funktionieren der Demokratie in der EU, und je stärker sie nach unten abweicht, desto unzufriedener sind sie.

ABBILDUNG 30 Gespaltenes EU-Parlament? – Demokratiezufriedenheit



Kombiniert mit dem Grad ihrer populistischen Einstellungen ergibt sich erneut ein sehr deutliches Gesamtbild: Im unpopulistisch-demokratiezufriedenen Quadranten oben rechts in Abbildung 30 befinden sich wieder die Anhänger der vier etablierten Parteigruppierungen. Im populistisch-demokratieunzufriedenen Quadranten unten links in der Abbildung verorten sich erneut die Anhänger der populistischen und extremen Parteien vom linken und rechten Rand.

Für die Positionierung der Parteigruppierungen innerhalb der beiden Quadranten zeigt sich damit bei der Demokratiezufriedenheit ein sehr ähnliches Muster wie beim Euroskeptizismus. Und auch die Differenzierung innerhalb des populistisch-extremen Lagers wiederholt sich: Die Wähler der linkspopulistischen und linksextremen Parteien zeigen sich nicht nur weniger euroskeptisch, sondern auch weniger unzufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie in der EU als die Anhänger rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien. Dennoch zeigen sich die Anhänger beider populistisch-extremen Parteigruppierungen deutlich unzufriedener mit dem Funktionieren der Demokratie in der EU als die Anhänger aller etablierten Parteigruppierungen.

Die Werte im Einzelnen lauten für die Anhänger der etablierten Parteigruppierungen: Christdemokraten & Konservative (Populismus: 3,68; Demokratiezufriedenheit: 4,49), Sozialdemokraten & Sozialisten (Populismus: 3,83; Demokratiezufriedenheit: 4,82), Liberale (Populismus: 3,65; Demokratiezufriedenheit: 5,68) und Grüne (Populismus: 3,64; Demokratiezufriedenheit: 4,85) und die Werte für die Wählerschaft der populistisch-extremen Parteigruppierungen lauten: Linkspopulisten & Linksextreme (Populismus: 4,04; Demokratiezufriedenheit: 3,63) und

Rechtspopulisten & Rechtsextreme (Populismus: 4,06; Demokratiezufriedenheit: 2,99). Der Durchschnitt aller Wähler liegt auf dem Populismusindex bei 3,89 und auf der Skala der Demokratiezufriedenheit bei 4,05.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten: Die Konfliktlinie „Etablierte gegen Populisten & Extreme“ zeigt sich bei der Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft und der allgemeinen Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in der EU sehr deutlich. Es offenbaren sich in diesen Einstellungen zum politischen System zwei klar voneinander getrennte Parteienlager: Die Anhänger der etablierten Parteien stehen gegen das euroskeptische und mit der Demokratie in der EU unzufriedene Lager der Anhänger der populistischen und extremen Parteien am linken und rechten Rand.

Das ist genau die im laufenden Europawahlkampf zunehmend zitierte und den Wahlkampf und seine politische Rhetorik prägende Unterscheidung zwischen den „Europabefürwortern“ und „Europaskeptikern“ sowie den „Etablierten“ und „Populisten“.

Und die Zahlen dieser Studie zeigen: Diese politische Rhetorik vor der Europawahl 2019 spiegelt sich tatsächlich in den unterschiedlichen Präferenzen und Einstellungen der Wähler wider. Sie ist also keine rein imaginäre (Wahlkampf-)Rhetorik, sondern eine in den Einstellungen und Präferenzen der Wähler präsente Konfliktlinie zwischen Wählern populistischer und extremer Parteien am linken und rechten Rand, die die EU-Mitgliedschaft ihrer Länder eher ablehnen und das Funktionieren der Demokratie in Europa sehr kritisch sehen, und den Wählern der etablierten Parteigruppierungen, die sich deutlich europafreundlicher und auch zufriedener mit der Demokratie in der EU zeigen. Diese Spaltung kann bei der Europawahl eine wichtige Rolle spielen. Wie in Kapitel 1 dieser Studie gezeigt wurde, sind populistische und extreme Parteien sowohl vom linken als auch vom rechten Spektrum in großen Teilen der Bevölkerung sehr unbeliebt und insofern könnten die Etablierten versuchen, negative Gefühle gegenüber diesen Parteien zu mobilisieren.

Auf dieser Ebene gibt es ihn also, den viel zitierten und beschworenen Konflikt zwischen „Etablierten“ und „Populisten“. Aber wie ähnlich sind sich die Wähler der Links- und Rechtspopulisten, wenn es um ökonomische und kulturelle Fragen geht? Mit anderen Worten: Wie einheitlich ist ihr Bild für eine zukünftige Stoßrichtung der europäischen Politik?

Ökonomisch und kulturell links oder rechts?

Zur Beantwortung dieser Fragen ist es hilfreich, die Wähler der Parteigruppierungen vor der Europawahl 2019 nach ihren ökonomischen und kulturellen Links-Rechts-Orientierungen zu betrachten. Dazu wurden in dieser Studie zwei additive Indizes gebildet, die die Präferenzen und Einstellungen der befragten Parteianhänger auf einer ökonomischen und einer kulturellen Dimension verorten.

Für die Messung der ökonomischen Links-Rechts-Orientierung wurden die Einstellungen der Parteianhänger zu vier verschiedenen ökonomisch relevanten Fragen aggregiert. Jeweils auf einer Skala von 0 bis 10 konnten sich die Befragten zwischen folgenden Aussagen positionieren:

- „Jeder sollte für seinen eigenen Lebensunterhalt mehr Verantwortung übernehmen“ (= 10) oder „Die Regierung sollte für den Lebensunterhalt aller Bürger mehr Verantwortung übernehmen“ (= 0)
- „Arbeitslose sollten jede verfügbare Stelle annehmen müssen, ansonsten wird ihr Arbeitslosengeld gestrichen“ (= 10) oder „Arbeitslose sollten das Recht haben, eine Stelle abzulehnen, die sie nicht wollen“ (= 0)
- „Wettbewerb ist gut. Er regt dazu an, hart zu arbeiten und neue Ideen zu entwickeln“ (= 10) oder „Wettbewerb ist schlecht. Er führt bei den Menschen zu Eigennutz und dazu, sich gegenseitig zu schaden“ (= 0)
- „Die Regierung sollte die Steuern merklich senken und deutlich weniger Geld für Sozial- und öffentliche Dienstleistungen ausgeben“ (= 10) oder „Die Regierung sollte die Steuern merklich erhöhen und deutlich mehr Geld für Sozial- und öffentliche Dienstleistungen ausgeben“ (= 0)

Der Indexwert der ökonomischen Links-Rechts-Orientierung ergibt sich als durchschnittlicher Skalenwert der Antworten zu den vier Fragen. Im Folgenden vergleichen wir den aggregierten durchschnittlichen Indexwert der Anhänger der Parteigruppierungen in unseren zwölf Ländern (vgl. dazu Tabelle 7 im methodischen Anhang auf S. 104 dieser Studie).

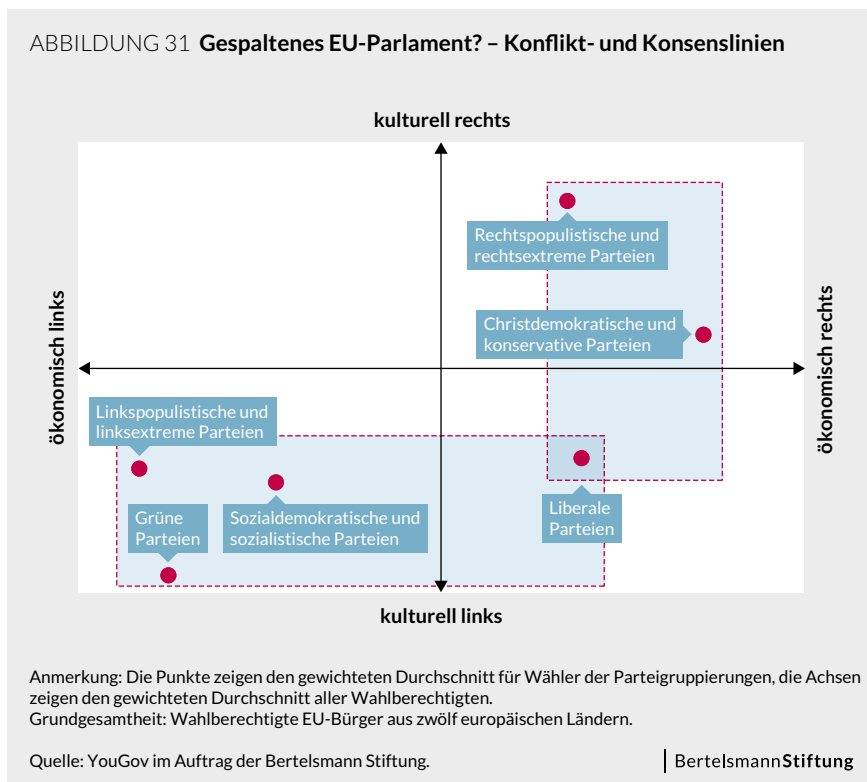
Analog wurden für die Messung der kulturellen Links-Rechts-Orientierung die Einstellungen der Parteianhänger zu drei verschiedenen kulturell relevanten Fragen aggregiert. Jeweils auf einer Skala von 0 bis 10 konnten die Befragten sich dabei zwischen den folgenden Aussagen positionieren:

- „Für ein erfülltes Leben muss eine Frau Kinder haben“ (= 10) oder „Eine Frau kann durch eine berufliche Karriere ein erfülltes Leben haben“ (= 0)
- „Eine Frau sollte selber entscheiden können, ob sie einen Schwangerschaftsabbruch vornimmt“ (= 10) oder „Schwangerschaftsabbrüche sollten keinesfalls erlaubt sein“ (= 0)
- „Homosexuelle Paare sollten Kinder adoptieren dürfen“ (= 10) oder „Homosexuelle Paare sollten auf keinen Fall Kinder adoptieren dürfen“ (= 0)

Auch für die Indexbildung der kulturellen Links-Rechts-Orientierung wurde zunächst für jeden Befragten der durchschnittliche Skalenwert seiner drei Antworten gebildet, um dann durch Aggregation der befragten Anhänger einer Parteigruppierung die durchschnittlichen Indexwerte für die Parteigruppierungen zu ermitteln (vgl. dazu ebenfalls Tabelle 8 im methodischen Anhang auf S. 105 dieser Studie).

Aus den Indexwerten der beiden Links-Rechts-Dimensionen ergibt sich dann das Vier-Quadranten-Schema der ökonomischen und kulturellen Links-Rechts-Orientierungen in Abbildung 31.

Die horizontale Achse zeigt die ökonomische Links-Rechts-Dimension: Je weiter rechts eine Parteigruppierung positioniert ist, desto stärker ökonomisch rechts

ABBILDUNG 31 **Gespaltenes EU-Parlament? – Konflikt- und Konsenslinien**

sind ihre Anhänger, und je weiter links, desto stärker ökonomisch links sind sie. Analog dazu bildet die vertikale Achse die kulturelle Links-Rechts-Dimension ab: Je weiter oben eine Parteigruppierung verortet ist, desto stärker kulturell rechts sind ihre Anhänger, und je weiter unten, desto stärker kulturell links sind sie. Die schwarzen Achsenlinien markieren die Durchschnitte für alle Wahlberechtigten. Die Parteianhänger im Quadranten oben rechts in Abbildung 31 sind somit ökonomisch und kulturell überdurchschnittlich rechts und die Parteianhänger im Quadranten unten links sind ökonomisch und kulturell überdurchschnittlich links – jeweils im Vergleich zum Durchschnitt aller Wahlberechtigten.

Interessant ist nun, dass sich bei den inhaltlichen Links-Rechts-Orientierungen andere parteipolitische Lager zeigen als bei den Einstellungen gegenüber dem politischen System. Auf der inhaltlichen Ebene der ökonomischen und kulturellen Fragen zeigen sich sehr viel traditioneller die bekannten parteipolitischen Links-Rechts-Lager: ein ökonomisch und kulturell überdurchschnittlich linkes Lager und ein Lager mit ökonomisch und kulturell überdurchschnittlich rechter Orientierung. Im ökonomisch und kulturell linken Lager verorten sich die Anhänger der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien ebenso wie die Anhänger der Grünen sowie der Linkspopulisten und Linksextremen. Im ökonomisch und kulturell rechten Lager verorten sich die Anhänger der christdemokratischen und konservativen Parteien sowie die Rechtspopulisten und Rechtsextremen.

Lediglich die Anhänger der liberalen Parteien sprengen dieses Muster und positionieren sich ökonomisch klar rechts und kulturell klar links vom Durchschnitt aller Wahlberechtigten. Insofern finden sich diese Parteien in einer eigenartigen Lage. Einerseits könnten sie mit Blick auf die Präferenzen ihrer Wähler theore-

tisch eine Allianz mit Parteien vom rechten Spektrum bilden, um ökonomische Reformen zugunsten des freien Marktes durchzusetzen. Andererseits könnten sie theoretisch eine Allianz mit Parteien vom linken Spektrum bilden, um kulturelle Reformen zugunsten liberaler Werte durchzusetzen. Zwar bietet dies den liberalen Parteien, die im Europaparlament überwiegend in der Renew-Europe-Fraktion organisiert sind, große Chancen für Koalitionen in verschiedene ideologische Richtungen. Aber es birgt auch die Gefahr, bei ökonomischen (kulturellen) „Deals“ mit rechts (links), schmerzhaft Zugeständnisse bei Themen der anderen Dimension machen zu müssen.

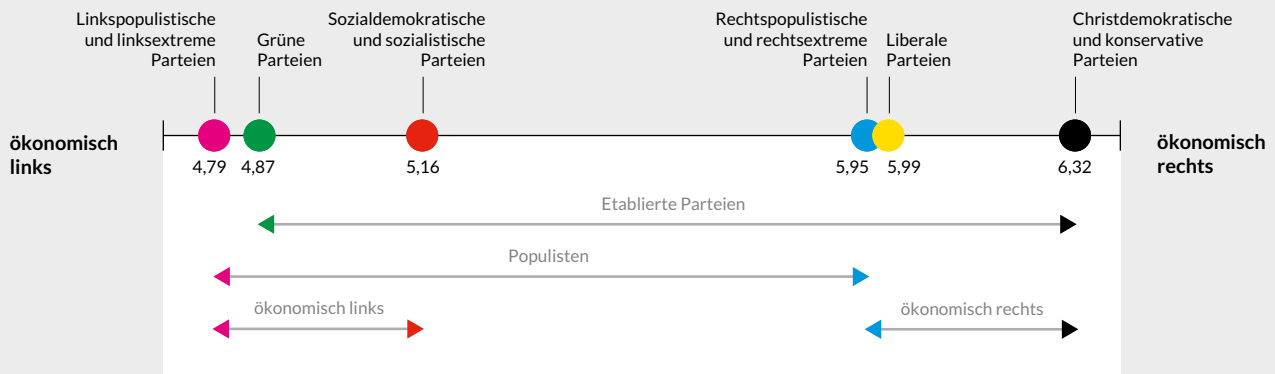
Insgesamt zeigt sich: Die Konfliktlinie zwischen den Etablierten und Populisten verliert auf der Ebene konkreter ökonomischer und kultureller Fragen nahezu vollständig ihre Relevanz. Das Lager der Anhänger populistischer und extremer Parteien spaltet sich in die ökonomisch und kulturell rechts stehenden Rechtspopulisten und Rechtsextremen und in die ökonomisch und kulturell links stehenden Linkspopulisten und Linksextremen. Gleichzeitig spaltet sich das etablierte Parteienlager in die ökonomisch und kulturell rechts stehenden christdemokratischen und konservativen Parteianhänger sowie die ökonomisch und kulturell links stehenden sozialdemokratischen, sozialistischen und grünen Parteianhänger. Lediglich die Liberalen sind gleichzeitig ökonomisch rechts und kulturell links, verorten sich also ökonomisch im rechten und kulturell im linken Lager. Die inhaltlichen Präferenzen ihrer jeweiligen Wähler zeigen also eine andere Konfliktlinie zwischen den Parteigruppierungen im neuen Europäischen Parlament, als es Systemeinstellungen wie die Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft oder die Zufriedenheit mit der Demokratie in der EU nahelegen.

Links gegen Rechts I – Die ökonomische Dimension

Etwas genauer zeigt sich die ökonomische Links-Rechts-Konfliktlinie in Abbildung 32. Hier sind zunächst die Verortungen der Parteianhänger auf der ökonomischen Links-Rechts-Dimension abgebildet. Dabei zeigt sich sehr deutlich die bereits angesprochene Lagerbildung.

Im ökonomisch linken Spektrum befinden sich ganz links die Anhänger linkspopulistischer und linksextremer Parteien mit einem durchschnittlichen Indexwert von 4,79. Direkt daneben positionieren sich die Anhänger der grünen Parteien (4,87) und kurz darauf die Anhänger der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien (5,16). Diese drei Parteigruppierungen befinden sich deutlich links vom Durchschnitt aller Wahlberechtigten (5,61). Deutlich rechts vom Durchschnitt verorten sich dagegen die Anhänger der rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien (5,95), der liberalen Parteien (5,99) und der christdemokratischen und konservativen Parteien (6,32).

In der aggregierten Darstellung der ökonomischen Links-Rechts-Orientierung zeigt sich damit eine klare Lagerbildung zwischen den Anhängern der beiden dem Namen nach „linken“ und der grünen Parteigruppierung auf der linken Seite sowie den beiden „rechten“ Parteigruppierungen und den liberalen Parteien auf der rechten Seite.

ABBILDUNG 32 **Ökonomisch links oder rechts?**

Anmerkung: Die Punkte zeigen den gewichteten Durchschnitt für Wähler der Parteigruppierungen. Grundgesamtheit: Wahlberechtigte EU-Bürger aus zwölf europäischen Ländern.

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

BertelsmannStiftung

Das zeigen auch die Distanzpfleile zwischen den unterschiedlichen Parteigruppierungen, deren Länge jeweils anzeigt, wie stark sich die Präferenzen der Wähler verschiedener Parteigruppierungen voneinander unterscheiden: Am weitesten auseinander liegen in Abbildung 32 die Präferenzen der Wähler der etablierten Parteigruppierungen, weil an ihren Rändern der Indexwert der christdemokratischen und konservativen Parteianhänger um 1,45 Punkte von dem der Grünen abweicht. Am zweitstärksten zeigt sich bei der ökonomischen Links-Rechts-Orientierung die Distanz zwischen den Anhängern der beiden populistischen und extremen Parteigruppierungen: Hier liegt der politische Positionsabstand der Anhänger linkspopulistischer und linksextremer Parteien von den Anhängern rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien bei ebenfalls noch sehr beträchtlichen 1,16 Indexpunkten.

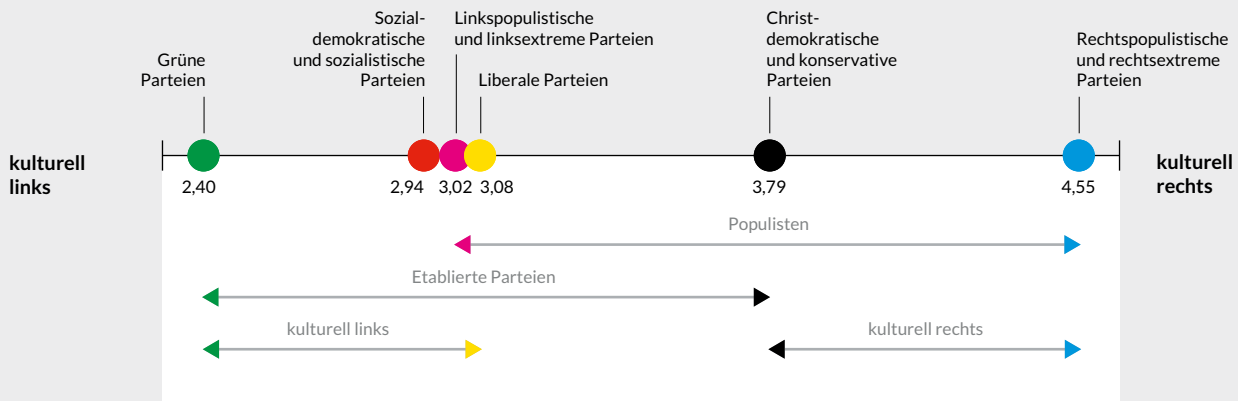
Ein anderes Bild zeigt sich dagegen auf der ökonomisch linken beziehungsweise ökonomisch rechten Seite des Spektrums. Dort liegt der politische Positionsabstand der Wähler innerhalb des ökonomisch linken und innerhalb des ökonomisch rechten Parteienlagers bei jeweils lediglich 0,37 Indexpunkten.

Zusammenfassend heißt das: Die ökonomischen Präferenzen der Parteianhänger der beiden populistisch-extremen Parteigruppierungen unterscheiden sich mehr als dreimal so deutlich voneinander wie diejenigen der Anhänger innerhalb des ökonomisch linken und innerhalb des ökonomisch rechten Parteienlagers.

Links gegen Rechts II – Die kulturelle Dimension

Ein ähnliches, aber nicht vollständig identisches Bild zeigt sich für die kulturelle Links-Rechts-Orientierung in Abbildung 33. Auch hier sind zunächst die Verortungen der jeweiligen Anhänger der europäischen Parteigruppierungen auf der kulturellen Links-Rechts-Dimension abgebildet. Und auch hier zeigt sich ein klares Bild (Abbildung XX).

ABBILDUNG 33 **Kulturell links oder rechts?**



Anmerkung: Die Punkte zeigen den gewichteten Durchschnitt für Wähler der Parteigruppierungen. Grundgesamtheit: Wahlberechtigte EU-Bürger aus zwölf europäischen Ländern.

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

Im kulturell linken Spektrum befinden sich ganz links die grünen Parteien mit einem durchschnittlichen Indexwert der kulturellen Orientierung ihrer Anhänger von 2,40. Nicht weit entfernt davon positionieren sich die Anhänger der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien (2,94), der linkspopulistischen und linksextremen Parteien (3,02) und der liberalen Parteien (3,08). Die Anhänger dieser vier Parteigruppierungen befinden sich damit deutlich links vom Durchschnitt aller Parteianhänger (3,60). Rechts davon verorten sich dagegen die Anhänger der christdemokratischen und konservativen Parteien (3,79) und ganz rechts die Wähler der rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien (4,55). Kulturell positionieren sich die Anhänger der liberalen Parteien also deutlich links vom Durchschnitt. Die Anhänger der liberalen Parteien entziehen sich damit als einzige Gruppe einer eindeutigen übergeordneten Links-Rechts-Zuordnung, weil sie sich ökonomisch rechts und kulturell links zeigen.

Auch für die kulturelle Links-Rechts-Orientierung gilt also: Es zeigt sich ein Kontrast zwischen den Anhängern der beiden linken Parteigruppierungen und der grünen Parteigruppierung sowie den liberalen Parteien auf der linken Seite der kulturellen Links-Rechts-Dimension und den beiden rechten Parteigruppierungen der Christdemokraten und Konservativen sowie der Rechtspopulisten und Rechtsextremen auf der rechten Seite.

Es ist wichtig zu betonen, dass die Parteianhänger, die auf der kulturellen Dimension die extremen Positionen vertreten, einerseits die Anhänger der Grünen und andererseits die der Rechtspopulisten und Rechtsextremen sind. Dieser Befund bestätigt die These, dass ein wichtiger Teil des politischen Konfliktes im heutigen Europa in direkter Verbindung mit der Entstehung relativ neuer politischer Gruppen steht. Zum einen vertreten grüne Parteien eine eindeutige linke Agenda in Kulturfragen, die eher von wohlhabenden Bürgern und nicht so sehr von der Arbeiterklasse unterstützt wird. Andererseits vertreten die Rechtspopulisten und Rechtsextremen eine radikale konservative Agenda in Kulturfragen, die eher von der Arbeiterklasse und nicht so sehr von wohlhabenden Wählerschichten unter-

stützt wird. Man kann also sagen, dass die Grünen und die populistische, radikale Rechte die „legitimen“ beziehungsweise „unerwünschten“ Kinder der Ausbreitung postmaterieller Werte in Europa sind: Während die Grünen aus der sogenannten „stillen Revolution“ hervorgehen, begreift sich die populistische radikale Rechte als eine Reaktion darauf – eine „stille Gegenrevolution“ (Ignazi 1992; Mudde 2007; Rydgren 2013).

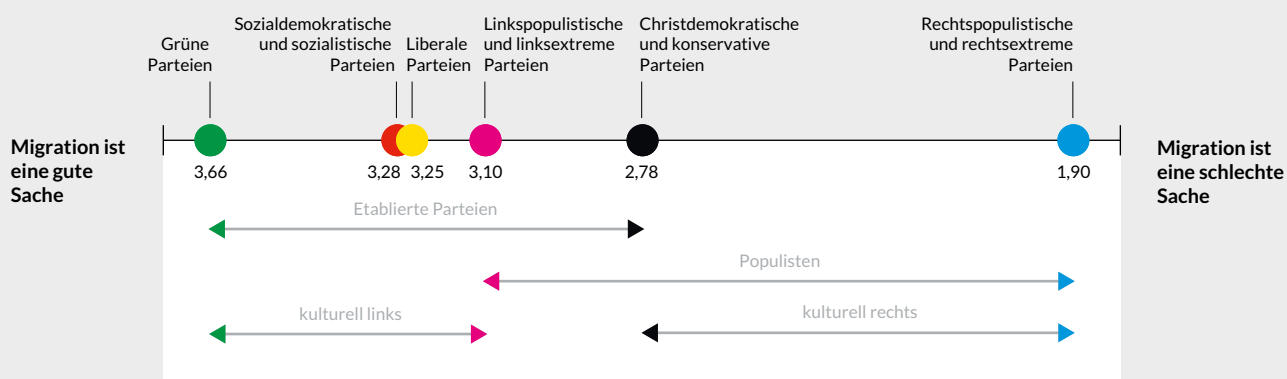
Das zeigen auch die Distanz Pfeile zwischen den unterschiedlichen Parteigruppierungen, deren Länge erneut anzeigt, wie stark sich die Wählerpräferenzen zwischen den jeweiligen Parteigruppierungen voneinander unterscheiden: Am weitesten auseinander liegen in Abbildung 33 die kulturellen Präferenzen zwischen den Wählern der beiden populistischen und extremen Parteigruppierungen: Hier liegt der politische Positionsabstand der Anhänger linkspopulistischer und links-extremer Parteien von den Anhängern rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien bei beträchtlichen 1,53 Indexpunkten. Am zweitgrößten zeigt sich bei der kulturellen Links-Rechts-Orientierung die Distanz zwischen den etablierten Parteigruppierungen. Der Indexwert der christdemokratischen und konservativen Parteigruppierung weicht um 1,39 Punkte von dem der Grünen ab.

Ein anderes Bild zeigt sich dagegen innerhalb des kulturell linken und rechten Spektrums. Dort zeigt sich der maximale politische Positionsabstand zwischen den Wählern der kulturell linken (0,68) und den kulturell rechten Parteigruppierungen (0,76) nur etwa halb so groß.

In Summe heißt das: Die kulturellen Präferenzen der Parteianhänger der beiden populistisch-extremen Parteigruppierungen unterscheiden sich etwa doppelt so stark voneinander wie diejenigen innerhalb des kulturell linken und innerhalb des kulturell rechten Parteienlagers.

Ähnlich zeigt sich das Bild auch bei Fragen der Migration (Abbildung 34). Auch hier ist der Positionsunterschied zwischen den populistisch-extremen Partei-

ABBILDUNG 34 Für oder gegen Migration?



Anmerkung: Die Punkte zeigen den gewichteten Durchschnitt für Wähler der Parteigruppierungen. Grundgesamtheit: Wahlberechtigte EU-Bürger aus zwölf europäischen Ländern.

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

gruppierungen mit 1,2 Indexpunkten am größten. Darüber hinaus verfügen die rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien in der Migrationspolitik über ein Alleinstellungsmerkmal, insofern als dass die christdemokratischen und konservativen Parteigruppierungen weiter von den Rechtspopulisten und Rechtsextremen entfernt sind als von den anderen etablierten Parteigruppierungen.

Damit stehen die christdemokratischen und konservativen Parteien in Fragen der Migration vor einem Dilemma: Schließen sie sich den anderen etablierten Parteigruppierungen an, überlassen sie das migrationskritische Segment allein den rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien. Schließen sie sich diesen an, verschieben sie in der Migrationspolitik die Agenda sehr deutlich nach rechts und erhöhen damit möglicherweise die Aufmerksamkeit und Akzeptanz für ein Kernthema der rechtspopulistischen und rechtsextremen Parteien.

Was lässt sich daraus für das kommende Europäische Parlament ableiten? In der Theorie und bei reiner Betrachtung der Wählerpräferenzen sind in ökonomischen und kulturellen Sachfragen neue Koalitionen im Europaparlament denkbar – zum Beispiel zwischen Christdemokraten/Konservativen und Rechtspopulisten, deren Wähler sich etwa in kulturellen Fragen teilweise näher stehen als die Wähler von manchen etablierten Parteien. Aber die Vergangenheit zeigt, dass die etablierten Parteien Koalitionen mit den Populisten und Europakritikern überwiegend scheuen. Gerade im Europaparlament hat der proeuropäische Konsensus der Etablierten starke Bindungskraft und hat immer wieder ideologische Unterschiede zwischen den etablierten Parteien zweitrangig werden lassen. Tatsächlich deuten einige Ergebnisse darauf hin, dass selbst während der Finanzkrise, als ökonomisch hoch umstrittene Fragen entschieden werden mussten, die etablierten Parteien im Europaparlament lieber untereinander Kompromisse auf der ökonomischen Dimension geschlossen haben, als die EU-Gegner und Populisten einzubinden (z. B. Blumenau und Lauderdale 2018). Koalitionen nach „österreichischem Vorbild“ wie zwischen ÖVP und FPÖ sind im Europaparlament deshalb auch nach 2019 eher unwahrscheinlich.







Methodischer Anhang

Allgemein

In der Studie benutzen wir für die meisten deskriptiven Statistiken und in den meisten Analysen Umfragegewichte zur Randanpassung an die Grundgesamtheit bei der Europawahl 2019 wahlberechtigter EU-Bürger in jedem der zwölf untersuchten europäischen Länder (siehe auch „Über die Studie“, S. 4). Wo immer wir Aussagen über länderübergreifende Größen tätigen, haben wir die Befragten aus verschiedenen Ländern gleich gewichtet, unabhängig von der Bevölkerungsgröße des Mitgliedstaates. Für die Analyse des Umfrageexperiments in Kapitel 2 benutzen wir keine Umfragegewichte, da der Nutzen von Gewichten gerade bei qualitativ hochwertigen Stichproben und geringem Interesse an der präzisen Identifikation des „population average treatment effects“ fraglich ist (Miratrix et al. 2018).

Die Zuordnung der Parteien zu den sechs Parteigruppierungen erfolgte auf Basis der Literatur der vergleichenden Parteienforschung. Da manche Parteien nicht einfach zu klassifizieren sind, haben wir mit Länderexperten zusammengearbeitet, die uns bei der Zuordnung der Parteien zu den Parteigruppierungen unterstützt haben. Etwa haben wir auf Grundlage von Expertenempfehlungen die italienische Fünf-Sterne-Bewegung keiner der sechs Parteigruppierungen zugeordnet. Ebenfalls wurden die polnische PSL sowie die ungarische MKKP bei der Zuordnung zu den Parteigruppierungen nicht berücksichtigt (vgl. dazu Tabelle 2).

TABELLE 2A Übersicht der Parteien nach Parteigruppierungen

PARTEIGRUPPIERUNG	PARTEI
CHRISTDEMOKRATISCHE UND KONSERVATIVE PARTEIEN	
 Dänemark	Det Konservative Folkeparti (KF)
 Dänemark	Venstre (V)
 Deutschland	CDU / CSU
 Frankreich	Les Républicains (LR)
 Griechenland	Νέα Δημοκρατία (ΝΔ)
 Großbritannien	Conservative Party
 Großbritannien	Democratic Unionist Party (DUP)
 Italien	Forza Italia
 Italien	Fratelli d'Italia
 Niederlande	Christen-Democratisch Appèl (CDA)
 Niederlande	ChristenUnie (CU)
 Österreich	Österreichische Volkspartei (ÖVP)
 Schweden	Kristdemokraterna (KD)
 Schweden	Moderaterna (M)
 Spanien	Partido Popular (PP)
 Ungarn	Kereszténydemokrata Néppárt (KDNP)
SOZIALDEMOKRATISCHE UND SOZIALISTISCHE PARTEIEN	
 Dänemark	Enhedslisten (EL)
 Dänemark	Socialdemokraterne (S)
 Deutschland	SPD
 Frankreich	Parti Socialiste (PS)
 Griechenland	Κίνημα Αλλαγής (KINAA)
 Großbritannien	Labour Party
 Großbritannien	Scottish National Party (SNP)
 Großbritannien	Plaid Cymru
 Italien	Partito Democratico
 Niederlande	Partij van de Arbeid (PvdA)
 Österreich	Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)
 Polen	Sojusz Lewicy Demokratycznej (SLD)
 Schweden	Socialdemokraterna (S)
 Spanien	Bildu
 Spanien	Esquerra Republicana de Catalunya (ERC)
 Spanien	Eusko Alderdi Jeltzalea - Partido Nacionalista Vasco (EAJ-PNV)
 Spanien	Partido Socialista Obrero Español (PSOE)
 Ungarn	Demokratikus Koalíció (DK)
 Ungarn	Magyar Szocialista Párt (MSZP)
 Ungarn	Momentum Mozgalom
GRÜNE PARTEIEN	
 Dänemark	Alternativet
 Dänemark	Socialistisk Folkeparti (SF)
 Deutschland	Die Grünen
 Frankreich	Europe Écologie Les Verts (EELV)
 Großbritannien	Green parties
 Niederlande	GroenLinks
 Österreich	Die Grünen - Die Grüne Alternative (GRÜNE)
 Österreich	JETZT - Liste Pilz
 Schweden	Miljöpartiet de Gröna (MP)
 Ungarn	Lehet Más a Politika (LMP)
 Ungarn	Párbeszéd Magyarországért (PM)

Quelle: Eigene Darstellung.

| BertelsmannStiftung

TABELLE 2B Übersicht der Parteien nach Parteigruppierungen

PARTEIGRUPPIERUNG	PARTEI
LIBERALE PARTEIEN	
 Dänemark	Liberal Alliance (LA)
 Dänemark	Radikale Venstre (RV)
 Deutschland	FDP
 Frankreich	La République En Marche!/ Mouvement démocrate/Agir (LREM/MoDem/Agir)
 Frankreich	Union des démocrates et indépendants (UDI)
 Großbritannien	Liberal Democrats
 Niederlande	Democrate 66 (D66)
 Niederlande	Volkspartij voor Vrijheid en Democratie (VVD)
 Österreich	NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum (NEOS)
 Polen	Nowoczesna (.N)
 Polen	Platforma Obywatelska (PO)
 Schweden	Centerpartiet (C)
 Schweden	Liberalerna (L)
 Spanien	Ciudadanos (C's)
 Spanien	Partit Demòcrata Europeu Català (PDeCAT)
LINKSPOPULISTISCHE UND LINKSEXTREME PARTEIEN	
 Deutschland	Die Linke
 Frankreich	La France Insoumise (FI)
 Griechenland	Κομμουνιστικό Κόμμα Ελλάδας (ΚΚΕ)
 Griechenland	Συνασπισμός Ριζοσπαστικής Αριστεράς (ΣΥΡΙΖΑ)
 Niederlande	Socialistische Partij (SP)
 Schweden	Vänsterpartiet (V)
 Spanien	Unidos Podemos
RECHTSPOPULISTISCHE UND RECHTSEXTREME PARTEIEN	
 Dänemark	Dansk Folkeparti (DF)
 Deutschland	AfD
 Frankreich	Rassemblement national (RN)
 Griechenland	Χρυσή Αυγή
 Großbritannien	United Kingdom Independence Party (UKIP)
 Italien	Lega
 Niederlande	Forum voor Democratie (FvD)
 Niederlande	Partij voor de Vrijheid (PVV)
 Österreich	Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)
 Polen	Kukiz'15
 Polen	Prawo i Sprawiedliwość (PiS)
 Polen	Wolność
 Schweden	Sverigedemokraterna (SD)
 Spanien	VOX
 Ungarn	Fidesz - Magyar Polgári Szövetség
 Ungarn	Jobbik Magyarorszáért Mozgalom (Jobbik)
ANDERE PARTEIEN	
 Italien	Movimento 5 Stelle
 Polen	Polskie Stronnictwo Ludowe (PSL)
 Ungarn	Magyar Kétfarkú Kutya Párt (MKKP)

Quelle: Eigene Darstellung.

| BertelsmannStiftung

Kapitel 1

Modell für Wahlbeteiligungsabsicht

Die Ergebnisse der Abbildung 2 basieren auf logistischen Regressionsanalysen. Die abhängige Variable wurde über die Frage nach der Teilnahmeabsicht bei der Europawahl 2019 operationalisiert:

Und wenn Sie einmal an die Europawahl in diesem Jahr denken: Welche Aussage trifft auf Sie persönlich am ehesten zu?

Ich nehme auf jeden Fall teil

Ich weiß noch nicht, ob ich teilnehme

Ich nehme auf keinen Fall teil

Befragte, die auf die Frage mit „Ich nehme auf jeden Fall teil“ geantwortet haben wurden mit „1“ kodiert. Befragte wurden mit „0“ kodiert, falls sie mit „ich weiß noch nicht, ob ich teilnehme“ oder mit „ich nehme auf keinen Fall teil“ geantwortet haben. Befragte, die keine Angabe machten, wurden aus der Analyse ausgeschlossen. Die Links-Rechts-Selbsteinstufung wurde auf einer Skala von 0 („links“) bis 10 („rechts“) gemessen. Um nicht viele Beobachtungen zu verlieren, kodierten wir Befragte, die sich nicht auf der Links-Rechts-Skala selbst einstufen konnten, in der Mittelkategorie. In Abbildung 2 ist aber die ursprüngliche Verteilung der Befragten auf der Links-Rechts-Skala abgebildet. In dem Modell kontrollieren wir zudem für Geschlecht, Alter, Bildung, Erwerbsstatus, Einkommen, Unterstützung der EU-Mitgliedschaft, nationale versus europäische Identität, Zufriedenheit mit der Demokratie in der EU und im jeweiligen Land, politisches Interesse, EU-Integrationspräferenz, ökonomische sowie kulturelle Links-Rechts-Orientierungen und populistische Einstellungen. Zusätzlich korrigieren wir für Ländereffekte mit „fixed effects“. Wo die akademische Literatur kurvenförmige Effekte von Variablen annimmt, wurden quadratische Terme der Variablen getestet und im endgültigen Modell beibehalten, sofern die Koeffizienten auf dem quadratischen Term die statistische Signifikanz auf dem 5 Prozent-Niveau erreichten.

Für die Berechnung der vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten wurden die Kovariate auf ihren beobachteten Werten fixiert („observed-value approach“). Dies ermöglicht die Interpretation dieser Wahrscheinlichkeiten als eine Schätzung der Anteile in der Grundgesamtheit (Hanmer und Ozan Kalkan 2013).

Modell für Wahl euroskeptischer Partei

Die Ergebnisse der Abbildung 3 basieren auf logistischen Regressionsanalysen. Die abhängige Variable wurde über die „Sonntagsfrage“ zur Europawahl operationalisiert:

















Bei den Europawahlen schaffen es manche Leute nicht, ihre Stimme abzugeben oder nehmen aus anderen Gründen nicht teil. Wie sieht es bei Ihnen aus? Welche Partei würden Sie wählen, wenn morgen Europawahl wäre oder würden Sie nicht an der Wahl teilnehmen?

Befragte, die auf diese Frage angegeben haben, ungültig zu wählen, nicht an der Wahl teilnehmen zu wollen oder keine Angabe machten, wurden aus der Analyse

ausgeschlossen. Zudem wurden nur die Wähler bedeutender Parteien betrachtet. Wähler von Kleinstparteien wurden ebenfalls aus der Analyse ausgeschlossen. Die Klassifizierung der Parteien als „euroskeptisch“ und „nicht-euroskeptisch“ erfolgte auf Basis der Mitgliedschaft in den Fraktionen des Europäischen Parlaments. Parteien, die derzeit Renew Europe, EFA/Greens, EVP oder S&D angehören, wurden als nicht-euroskeptisch klassifiziert. Parteien der Fraktionen EKR, der ehemaligen EFDD, ID und GUE/NGL wurden als euroskeptisch eingeordnet. Falls Parteien keiner der Fraktionen im Europäischen Parlament angehörten wurde die Zuordnung auf Basis des Chapel Hill Expert Survey (Polk et al. 2017) getroffen. Die Parteien wurden als euroskeptisch eingestuft, wenn die Gesamtorientierung der Parteiführung von den Experten mit ≤ 4 bewertet wurde (d.h. neutral oder ablehnend gegenüber der europäischen Integration). Insgesamt gab es fünf Parteien, die nicht auf Basis dieses Vorgehens eingeordnet werden konnten (JETZT – Liste Pilz aus Österreich, Alternativet aus Dänemark, MKKP aus Ungarn, Liberal Alliance aus Dänemark und VOX aus Spanien). Die ersten drei wurden als nicht-euroskeptisch, die letzten beiden als euroskeptisch klassifiziert. Zudem wurden FIDESZ und KDNP aus Ungarn abweichend als euroskeptisch kodiert, was der Suspendierung der Mitgliedschaft FIDESZ in der EPP Rechnung trägt. Es ist zu bedenken, dass unsere Definition von Euroskeptizismus damit relativ „weich“ ist, das heißt, auch Parteien, die die EU nicht grundsätzlich ablehnen aber in ihrer heutigen Form kritisieren, gelten als „euroskeptisch“ (Taggart and Szczerbiak 2004).

Als unabhängige Variablen wurden in diesem Modell die gleichen Kovariate mit den gleichen Operationalisierungen wie in den Wahlabsichtsmodellen genutzt. Abbildung 3 zeigt ebenfalls die ursprüngliche Verteilung der Befragten auf der Links-Rechts-Skala. Auch in diesem Modell wurde für Ländereffekte durch „fixed effects“ kontrolliert, quadratische Effekte getestet und der „observed-value approach“ für die Berechnung der vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten verwendet.



















































TABELLE 3A Klassifizierung der Parteien als euroskeptisch/nicht-euroskeptisch

LAND	PARTEI
EUROSKEPTISCH	
 Dänemark	Dansk Folkeparti (DF)
 Dänemark	Enhedslisten (EL)
 Dänemark	Liberal Alliance (LA)
 Deutschland	AfD
 Deutschland	Die Linke
 Frankreich	La France Insoumise (FI)
 Frankreich	Rassemblement national (RN)
 Griechenland	Κομμουνιστικό Κόμμα Ελλάδας (ΚΚΕ)
 Griechenland	Συνασπισμός Ριζοσπαστικής Αριστεράς (ΣΥΡΙΖΑ)
 Griechenland	Χρυσή Αυγή
 Großbritannien	Conservative Party
 Großbritannien	Democratic Unionist Party (DUP)
 Großbritannien	United Kingdom Independence Party (UKIP)
 Italien	Fratelli d'Italia
 Italien	Lega
 Italien	Movimento 5 Stelle

Quelle: Eigene Darstellung.

| BertelsmannStiftung









TABELLE 3B Klassifizierung der Parteien als euroskeptisch/nicht-euroskeptisch

LAND	PARTEI
EUROSKEPTISCH	
 Niederlande	ChristenUnie (CU)
 Niederlande	Forum voor Democratie (FvD)
 Niederlande	Partij voor de Vrijheid (PVV)
 Niederlande	Socialistische Partij (SP)
 Österreich	Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)
 Polen	Kukiz'15
 Polen	Prawo i Sprawiedliwość (PiS)
 Polen	Wolność
 Schweden	Sverigedemokraterna (SD)
 Schweden	Vänsterpartiet (V)
 Spanien	Bildu
 Spanien	Unidos Podemos
 Spanien	VOX
 Ungarn	Fidesz - Magyar Polgári Szövetség
 Ungarn	Jobbik Magyarországért Mozgalom (Jobbik)
 Ungarn	Kereszténydemokrata Néppárt (KDNP)
NICHT-EUROSKEPTISCH	
 Dänemark	Alternativet
 Dänemark	Det Konservative Folkeparti (KF)
 Dänemark	Radikale Venstre (RV)
 Dänemark	Socialdemokraterne (S)
 Dänemark	Socialistisk Folkeparti (SF)
 Dänemark	Venstre (V)
 Deutschland	CDU/CSU
 Deutschland	FDP
 Deutschland	Grüne
 Deutschland	SPD
 Frankreich	Europe Écologie Les Verts (EELV)
 Frankreich	La République En Marche!/ Mouvement démocrate/Agir (LREM/MoDem/Agir)
 Frankreich	Les Républicains (LR)
 Frankreich	Parti Socialiste (PS)
 Frankreich	Union des démocrates et indépendants (UDI)
 Griechenland	Κίνημα Αλλαγής (KINAA)
 Griechenland	Νέα Δημοκρατία (ΝΔ)
 Großbritannien	Green Party
 Großbritannien	Labour Party
 Großbritannien	Liberal Democrats
 Großbritannien	Plaid Cymru
 Großbritannien	Scottish National Party (SNP)
 Italien	Forza Italia
 Italien	Partito Democratico
 Niederlande	Christen-Democratisch Appèl (CDA)
 Niederlande	Democrate 66 (D66)
 Niederlande	GroenLinks
 Niederlande	Partij van de Arbeid (PvdA)
 Niederlande	Volkspartij voor Vrijheid en Democratie (VVD)
 Österreich	Die Grünen - Die Grüne Alternative (GRÜNE)
 Österreich	JETZT - Liste Pilz
 Österreich	NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum (NEOS)
 Österreich	Österreichische Volkspartei (ÖVP)
 Österreich	Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)

Quelle: Eigene Darstellung.

| BertelsmannStiftung

TABELLE 3C Klassifizierung der Parteien als euroskeptisch/nicht-euroskeptisch

LAND	PARTEI
NICHT-EUROSKEPTISCH	
 Polen	Nowoczesna (.N)
 Polen	Platforma Obywatelska (PO)
 Polen	Polskie Stronnictwo Ludowe (PSL)
 Polen	Sojusz Lewicy Demokratycznej (SLD)
 Schweden	Centerpartiet (C)
 Schweden	Kristdemokraterna (KD)
 Schweden	Liberalerna (L)
 Schweden	Miljöpartiet de Gröna (MP)
 Schweden	Moderaterna (M)
 Schweden	Socialdemokraterna (S)
 Spanien	Ciudadanos (C's)
 Spanien	Esquerra Republicana de Catalunya (ERC)
 Spanien	Eusko Alderdi Jeltzalea - Partido Nacionalista Vasco (EAJ-PNV)
 Spanien	Partido Popular (PP)
 Spanien	Partido Socialista Obrero Español (PSOE)
 Spanien	Partit Demòcrata Europeu Català (PDeCAT)
 Ungarn	Demokratikus Koalíció (DK)
 Ungarn	Lehet Más a Politika (LMP)
 Ungarn	Magyar Kétfarkú Kutya Párt (MKKP)
 Ungarn	Magyar Szocialista Párt (MSZP)
 Ungarn	Momentum Mozgalom
 Ungarn	Párbeszéd Magyarországért (PM)

Quelle: Eigene Darstellung.

| BertelsmannStiftung

Modell für Wahl populistischer Partei

Ein Teil der Ergebnisse in Kapitel 1 bezieht sich auf die Wahl einer populistischen versus nicht-populistischen Partei. Diese Ergebnisse basieren auf logistischen Regressionsanalysen. Die abhängige Variable wurde ebenfalls über die „Sonntagsfrage“ zur Europawahl operationalisiert (siehe Fragetext auf S. 95).

Befragte, die auf diese Frage angegeben haben, ungültig zu wählen, nicht an der Wahl teilnehmen zu wollen oder keine Angabe machten, wurden aus der Analyse ausgeschlossen. Zudem wurden nur die Wähler großer Parteien betrachtet. Wähler von Kleinstparteien wurden ebenfalls aus der Analyse ausgeschlossen. Die Klassifizierung der Parteien als „populistisch“ und „unpopulistisch“ wurde auf Basis der Literatur der vergleichenden Populismusforschung getroffen (z.B. Van Hauwaert und van Kessel 2018; van Kessel 2015). Bei manchen Fällen, wo es in der Literatur keinen Konsens bei der Klassifizierung der Parteien als „populistisch“ beziehungsweise „unpopulistisch“ gibt, haben wir mit Länderexperten zusammengearbeitet.

Als unabhängige Variablen wurden in diesem Modell die gleichen Kovariate wie in den Wahlabsichtsmodellen genutzt. Auch in diesem Modell wurde für Ländereffekte durch „fixed effects“ kontrolliert, quadratische Effekte getestet und der „observed-value approach“ für die Berechnung der vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten verwendet.

TABELLE 4A Klassifizierung der Parteien als populistisch/unpopulistisch

LAND	PARTEI
POPULISTISCH	
 Dänemark	Dansk Folkeparti (DF)
 Deutschland	AfD
 Deutschland	Die Linke
 Frankreich	La France Insoumise (FI)
 Frankreich	Rassemblement national (RN)
 Griechenland	Συνασπισμός Ριζοσπαστικής Αριστεράς (ΣΥΡΙΖΑ)
 Großbritannien	United Kingdom Independence Party (UKIP)
 Italien	Lega
 Italien	Movimento 5 Stelle
 Niederlande	Forum voor Democratie (FvD)
 Niederlande	Partij voor de Vrijheid (PVV)
 Niederlande	Socialistische Partij (SP)
 Österreich	Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)
 Polen	Kukiz'15
 Polen	Prawo i Sprawiedliwość (PiS)
 Schweden	Sverigedemokraterna (SD)
 Spanien	Unidos Podemos
 Spanien	VOX
 Ungarn	Fidesz - Magyar Polgári Szövetség
 Ungarn	Jobbik Magyarországért Mozgalom (Jobbik)
UNPOPULISTISCH	
 Dänemark	Alternativet
 Dänemark	Det Konservative Folkeparti (KF)
 Dänemark	Enhedslisten (EL)
 Dänemark	Liberal Alliance (LA)
 Dänemark	Radikale Venstre (RV)
 Dänemark	Socialdemokraterne (S)
 Dänemark	Socialistisk Folkeparti (SF)
 Dänemark	Venstre (V)
 Deutschland	CDU/CSU
 Deutschland	FDP
 Deutschland	Grüne
 Deutschland	SPD
 Frankreich	Europe Écologie Les Verts (EELV)
 Frankreich	La République En Marche! / Mouvement démocrate/Agir (LREM/MoDem/Agir)
 Frankreich	Les Républicains (LR)
 Frankreich	Parti Socialiste (PS)
 Frankreich	Union des démocrates et indépendants (UDI)
 Griechenland	Κίνημα Αλλαγής (KINAA)
 Griechenland	Κομμουνιστικό Κόμμα Ελλάδας (ΚΚΕ)
 Griechenland	Νέα Δημοκρατία (ΝΔ)
 Griechenland	Χρυσή Αυγή
 Großbritannien	Conservative Party
 Großbritannien	Democratic Unionist Party (DUP)
 Großbritannien	Green parties
 Großbritannien	Labour Party
 Großbritannien	Liberal Democrats
 Großbritannien	Plaid Cymru
 Großbritannien	Scottish National Party (SNP)

Quelle: Eigene Darstellung.

| BertelsmannStiftung

TABELLE 4B **Klassifizierung der Parteien als populistisch/unpopulistisch**

LAND	PARTEI
UNPOPULISTISCH	
 Italien	Forza Italia
 Italien	Fratelli d'Italia
 Italien	Partito Democratico
 Niederlande	Christen-Democratisch Appèl (CDA)
 Niederlande	ChristenUnie (CU)
 Niederlande	Democrate 66 (D66)
 Niederlande	GroenLinks
 Niederlande	Partij van de Arbeid (PvdA)
 Niederlande	Volkspartij voor Vrijheid en Democratie (VVD)
 Österreich	Die Grünen - Die Grüne Alternative (GRÜNE)
 Österreich	JETZT - Liste Pilz
 Österreich	NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum (NEOS)
 Österreich	Österreichische Volkspartei (ÖVP)
 Österreich	Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)
 Polen	Nowoczesna (.N)
 Polen	Platforma Obywatelska (PO)
 Polen	Polskie Stronnictwo Ludowe (PSL)
 Polen	Sojusz Lewicy Demokratycznej (SLD)
 Polen	Wolność
 Schweden	Centerpartiet (C)
 Schweden	Kristdemokraterna (KD)
 Schweden	Liberalerna (L)
 Schweden	Miljöpartiet de Gröna (MP)
 Schweden	Moderaterna (M)
 Schweden	Socialdemokraterna (S)
 Schweden	Vänsterpartiet (V)
 Spanien	Bildu
 Spanien	Ciudadanos (C's)
 Spanien	Esquerra Republicana de Catalunya (ERC)
 Spanien	Eusko Alderdi Jeltzalea - Partido Nacionalista Vasco (EAJ-PNV)
 Spanien	Partido Popular (PP)
 Spanien	Partido Socialista Obrero Español (PSOE)
 Spanien	Partit Demòcrata Europeu Català (PDeCAT)
 Ungarn	Demokratikus Koalíció (DK)
 Ungarn	Kereszténydemokrata Néppárt (KDNP)
 Ungarn	Lehet Más a Politika (LMP)
 Ungarn	Magyar Kétfarkú Kutya Párt (MKKP)
 Ungarn	Magyar Szocialista Párt (MSZP)
 Ungarn	Momentum Mozgalom
 Ungarn	Párbeszéd Magyarorszáért (PM)

Quelle: Eigene Darstellung.

| BertelsmannStiftung

Kapitel 2

In diesem Kapitel verwenden wir eine Instrumentalvariablenschätzung, um den Effekt von Repräsentationsgefühlen auf populistische Einstellungen zu messen. Unser binäres Instrument ergibt sich aus den randomisierten Parteiszenarien und den Präferenzen der Befragten: Wenn nach dem Parteiszenario zumindest eine Partei die Präferenz des Befragten in dem Thema vertritt, nimmt die Instrumentalvariable den Wert „1“ an. In allen anderen Fällen den Wert „0“. Im ersten Schritt sagt das Instrument vorher, ob sich die Befragten von den Parteien gut vertreten fühlen. Dies messen wir mit folgendem Item:

Repräsentationsgefühl

Wie gut fühlen Sie sich auf Grundlage dieser Informationen auf einer Skala von 1 bis 7 persönlich von den Parteien in dieser Frage vertreten?

überhaupt nicht vertreten sehr gut vertreten
 1 2 3 4 5 6 7

Im zweiten Schritt beeinflusst das Repräsentationsgefühl populistische Einstellungen. Die Messung des Populismus im Experiment erfolgt mittels der Item-Batterie von Castanho Silva et al. (2018):

TABELLE 5 Populismus-Items nach Castanho Silva et al. (2018)

ZENTRIERUNG AUF DAS „VOLK“	ZUSTIMMUNG
1. Politiker sollten immer genau zuhören, wenn es um die Probleme der Menschen geht.	1 2 3 4 5 6 7
2. Politiker müssen keine Zeit mit den ganz normalen Bürgern verbringen, um gute Arbeit zu leisten.	1 2 3 4 5 6 7
3. Der Wille des Volkes sollte der wichtigste Grundsatz in der Politik dieses Landes sein.	1 2 3 4 5 6 7
ANTI-ELITISMUS	ZUSTIMMUNG
1. Das Land wird von einigen wenigen großen Interessengruppen regiert, die sich nur um sich selbst kümmern.	1 2 3 4 5 6 7
2. Regierungsbeamte nutzen ihre Macht, um das Leben der Menschen zu verbessern.	1 2 3 4 5 6 7
3. Etliche Mitglieder der Regierung sind betrügerisch.	1 2 3 4 5 6 7
POLITIK ALS KONFLIKT ZWISCHEN „GUT“ UND „BÖSE“	ZUSTIMMUNG
1. Ob eine Person gut oder schlecht ist, kann man beurteilen, wenn man ihre Politik kennt.	1 2 3 4 5 6 7
2. Die Menschen, mit denen ich politisch nicht einer Meinung bin, sind nicht böse.	1 2 3 4 5 6 7
3. Die Menschen, mit denen ich politisch nicht einer Meinung bin, sind bloß falsch informiert.	1 2 3 4 5 6 7

Quelle: Items aus Castanho Silva et al. (2018).

| BertelsmannStiftung

Populismus-Items für das Experiment

Jedem Befragten wurde aus jeder der drei Populismus-Dimensionen der Batterie ein zufällig ausgewähltes Item vorgelegt (beim zweiten Durchgang drei weitere zufällige Items der noch nicht gezeigten Items). Anschließend wurde aus den drei Items für jeden Befragten der Durchschnitt gebildet. Dieser Durchschnitt wird von uns als abhängige Variable modelliert.

Wir schätzen die Effekte des ersten und zweiten Schritts mittels Strukturgleichungsmodellen (SEM = Structural Equation Models). Die Effekte für den zweiten Schritt sind in Kapitel 2 (vgl. Tabelle 1) ausgewiesen. Im ersten Schritt erhöht das Instrument das Repräsentationsgefühl um 0,177 Standardabweichungen für populistisch eingestellte Befragte und um 0,277 Standardabweichungen für unpopulistisch eingestellte Befragte (P-Wert von 0,000 in beiden Fällen). Das Instrument hat somit hohe Relevanz. Weitere Details zum Umfrageexperiment können dem begleitenden wissenschaftlichen Diskussionspapier von Castanho Silva und Wratil (2019) entnommen werden.

Es ist zu beachten, dass die Ergebnisse für die Präferenzen zu den acht Wahlkampfthemen auf kleineren Stichproben beruhen, da jeder Befragte nur die Fragen zu zwei der acht Themen beantwortet hat. Das heißt, unsere nationalen Stichproben umfassen ca. 500 Befragte und unsere länderübergreifende Gesamtstichprobe ca. 6.000 Befragte je Frage.

Für diese aktualisierte Version der Studie wurde das Repräsentationsexperiment in Italien wiederholt. Dadurch haben sich die Koeffizienten des Strukturgleichungsmodells in Tabelle 1 minimal verändert. Die substantiellen Resultate sind aber identisch.

TABELLE 6 Präferenzen zu den Wahlkampfthemen

WAHLKAMPFTHEMA	FRAGEN	ANTWORTMÖGLICHKEITEN
Europäische Asypolitik	Einige Leute sind der Meinung, dass die EU kein Mitspracherecht dabei haben sollte, wie jeder Mitgliedsstaat mit Asylanträgen umgeht. Andere meinen, dass die EU einen Einfluss auf die Asypolitik in den Mitgliedsstaaten haben sollte, um Flüchtlinge innerhalb Europas umzuverteilen. Was bevorzugen Sie?	<input type="checkbox"/> EU-Einfluss verringern <input type="checkbox"/> Gegenwärtigen EU-Einfluss beibehalten <input type="checkbox"/> EU-Einfluss ausbauen
Europäische Sozialausgaben	Einige Leute sagen, dass die EU mehr Geld für soziale Belange wie Arbeitslosigkeit ausgeben sollte, selbst wenn Steuerzahler dafür mehr in den EU-Haushalt einzahlen müssen. Andere meinen, dass die EU die Ausgaben für soziale Belange kürzen sollte, um die Steuerzahler in der EU zu entlasten. Was bevorzugen Sie?	<input type="checkbox"/> Sozialausgaben erhöhen <input type="checkbox"/> Sozialausgaben auf aktuellem Niveau belassen <input type="checkbox"/> Sozialausgaben senken
Regulierung der Massentierhaltung	Manche Leute sind der Auffassung, dass die EU Massentierhaltung stärker beschränken und mit mehr Auflagen versehen sollte, um Tierrechte zu schützen, selbst wenn dadurch Fleischprodukte teurer werden. Andere sagen, dass die heutigen Auflagen in der Massentierhaltung bereits viel zu streng sind und aufgehoben werden sollten, um die Preise für Fleischprodukte zu senken. Was bevorzugen Sie?	<input type="checkbox"/> Auflagen verschärfen <input type="checkbox"/> Bestehende Auflagen beibehalten <input type="checkbox"/> Einige Auflagen abschaffen
Europäische Finanzhilfen	Einige Leute sind der Meinung, dass die EU mehr Maßnahmen ergreifen sollte, um Mitgliedstaaten in wirtschaftlichen Schwierigkeiten finanziell zu unterstützen. Andere denken, dass die heutige Unterstützung, die die EU im Falle von Wirtschaftskrisen zahlt, mehr als ausreichend ist und gekürzt werden sollte. Was bevorzugen Sie?	<input type="checkbox"/> Finanzielle Unterstützung erhöhen <input type="checkbox"/> Finanzielle Unterstützung auf aktuellem Niveau aufrechterhalten <input type="checkbox"/> Finanzielle Unterstützung kürzen
Strafen für Demokratiesünder	Einige Leute sagen, dass die EU Zahlungen an Mitgliedsstaaten kürzen sollte, die beschuldigt werden gegen demokratische Normen zu verstoßen. Dadurch können europäische Werte geschützt werden. Andere meinen, dass die Kürzung von Zahlungen an diese Länder ein unrechtmäßiger Eingriff in ihre inneren Angelegenheiten wäre. Was bevorzugen Sie?	<input type="checkbox"/> Zahlungen kürzen <input type="checkbox"/> Zahlungen aufrechterhalten <input type="checkbox"/> Zahlungen erhöhen
Europäische Agrarsubventionen	Einige Leute sind der Meinung, dass die EU die bestehende finanzielle Unterstützung (z.B. Subventionen) für Landwirte beibehalten sollte. Dadurch wird die Existenz und Qualität der europäischen Landwirtschaft geschützt. Dagegen sagen andere, dass die finanzielle Unterstützung zu höheren Preisen von Landwirtschaftsprodukten führt. Daher sollten solche Subventionen gekürzt werden. Was bevorzugen Sie?	<input type="checkbox"/> Subventionen erhöhen <input type="checkbox"/> An den gegenwärtigen Subventionen festhalten <input type="checkbox"/> Subventionen kürzen
Brexit-Verhandlungen	Einige Leute sagen, dass die EU in den Brexit-Verhandlungen eine sehr unnachgiebige Haltung einnehmen sollte, auch wenn dadurch Großbritannien ohne Abkommen die EU verlassen könnte. Andere sind der Meinung, dass die EU und Großbritannien unter allen Umständen ein Abkommen vereinbaren sollten, selbst wenn die EU dafür große Zugeständnisse machen muss. Was bevorzugen Sie?	<input type="checkbox"/> Keine Zugeständnisse machen <input type="checkbox"/> Einige Zugeständnisse machen <input type="checkbox"/> Jede notwendige Zugeständnisse machen
Militärische Zusammenarbeit in Europa	Einige Leute sagen, dass die EU ihre militärische Zusammenarbeit verstärken und eine gemeinsame europäische Armee aufbauen sollte. Diese wäre stärker und billiger als die jeweiligen nationalen Armeen. Andere sind der Meinung, dass nur die Existenz nationaler Armeen, die unabhängig voneinander sind, die Eigenständigkeit der Länder garantieren kann. Was bevorzugen Sie?	<input type="checkbox"/> Militärische Zusammenarbeit verstärken <input type="checkbox"/> Gegenwärtige militärische Zusammenarbeit beibehalten <input type="checkbox"/> Militärische Zusammenarbeit abbauen

Quelle: Eigene Darstellung.

| BertelsmannStiftung

Kapitel 3

In Kapitel 3 werden verschiedene Indizes genutzt, um populistische Einstellungen sowie die ökonomischen und kulturellen Links-Rechts-Orientierungen der Befragten zu messen. Hierzu wurden zunächst konfirmatorische Faktoranalysen (CFA = Confirmatory Factor Analysis) durchgeführt, um zu testen, ob die entsprechenden Items auf einem gemeinsamen Faktor laden, so wie es theoretisch zu erwarten ist. Zudem wurde getestet, ob die entsprechenden Items in den zwölf Ländern in ähnlicher Weise verstanden werden („measurement invariance“). Diese Bedingungen sind für alle benutzten Indizes erfüllt.

Populismusindex

Die acht Items zur Messung von populistische Einstellungen stammen aus Akkerman et al. (2014) sowie aus Van Hauwaert und van Kessel (2018). Zur Indexbildung wurde für jeden Befragten der Durchschnitt aus allen acht Items berechnet. Höhere Werte bedeuten populistischere Einstellungen und niedrigere Werte weniger populistische Einstellungen. Eine CFA bestätigt, dass die Items alle auf einem gemeinsamen Faktor laden (CFI: 0,957; TLI: 0,937; RMSEA: 0,076; SRMR: 0,03).

Ökonomische und kulturelle Links-Rechts-Orientierungen

Zur Messung der ökonomischen als auch der kulturellen Links-Rechts-Orientierungen wurden jeweils fünf Items aus Van Hauwaert und van Kessel (2018) verwendet (vgl. Tabelle 7 und 8). Die CFA ergaben, dass Item 1 bei der ökonomischen Links-Rechts-Messung sowie die Items 3 und 4 bei der kulturellen Links-Rechts-Messung sehr niedrige Faktorladungen aufwiesen. Daher wurden diese Items aus den Index-Berechnungen ausgeschlossen. Nach Ausschluss der Items luden die verbliebenen Items in einer CFA jeweils auf einem gemeinsamen Fak-

TABELLE 7 Items zur Messung der ökonomischen Links-Rechts-Orientierung

Nachstehend einige Aussagen zu Politik und Gesellschaft. Bitte geben Sie jeweils an, zu welcher Aussage Sie eher tendieren. Mit den Zahlen dazwischen können Sie ihre Meinung abstimmen.

ITEM	ZUSTIMMUNG	ITEM
1. Einkommen sollten gleicher verteilt werden.	0 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10	1. Wir brauchen größere Einkommensunterschiede als Anreize.
2. Jeder sollte für seinen eigenen Lebensunterhalt mehr Verantwortung übernehmen.	0 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10	2. Die Regierung sollte für den Lebensunterhalt aller Bürger mehr Verantwortung übernehmen.
3. Arbeitslose sollten jede verfügbare Stelle annehmen müssen, ansonsten wird ihr Arbeitslosengeld gestrichen.	0 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10	3. Arbeitslose sollten das Recht haben, eine Stelle abzulehnen, die sie nicht wollen.
4. Wettbewerb ist gut. Er regt dazu an, hart zu arbeiten und neue Ideen zu entwickeln.	0 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10	4. Wettbewerb ist schlecht. Er führt bei den Menschen zu Eigennutz und dazu, sich gegenseitig zu schaden.
5. Die Regierung sollte die Steuern merklich senken und deutlich weniger Geld für Sozial- und öffentliche Dienstleistungen ausgeben.	0 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10	5. Die Regierung sollte die Steuern merklich erhöhen und deutlich mehr Geld für Sozial- und öffentliche Dienstleistungen ausgeben.

Quelle: Items aus Van Hauwaert und van Kessel (2018).

TABELLE 8 Items zur Messung der kulturellen Links-Rechts-Orientierung

Nachstehend einige Aussagen zu Politik und Gesellschaft. Bitte geben Sie jeweils an, zu welcher Aussage Sie eher tendieren. Mit den Zahlen dazwischen können Sie ihre Meinung abstufen.

ITEM	ZUSTIMMUNG	ITEM
1. Für ein erfülltes Leben muss eine Frau Kinder haben.	0 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10	1. Eine Frau kann durch eine berufliche Karriere ein erfülltes Leben haben.
2. Eine Frau sollte selber entscheiden können, ob sie einen Schwangerschaftsabbruch vornimmt.	0 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10	2. Schwangerschaftsabbrüche sollten keinesfalls erlaubt sein.
3. Kinder sollten zu Gehorsam erzogen werden.	0 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10	3. Kinder sollten ermutigt werden, eine eigene Meinung zu haben.
4. Menschen, die gegen Gesetze verstoßen, sollten härter bestraft werden.	0 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10	4. Härtere Strafen tragen nicht dazu bei, die Kriminalität zu verringern.
5. Homosexuelle Paare sollten Kinder adoptieren dürfen.	0 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10	5. Homosexuelle Paare sollten auf keinen Fall Kinder adoptieren dürfen.

Quelle: Items aus Van Hauwaert und van Kessel (2018).

| BertelsmannStiftung

tor (Ökonomisch Links-Rechts: CFI: 0,994; TLI: 0,82; RMSE: 0,043; SRMR: 0,011; Kulturell Links-Rechts: CFI: 0,992; TLI: 0,972; RMSEA: 0,050; SRMR: 0,011). Zur Index-Bildung wurde der Durchschnitt aus den vier beziehungsweise drei Items gebildet.

Euroskeptizismus

Zur Messung von europafreundlichen beziehungsweise euroskeptischen Einstellungen wurde folgende Aussage zur Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft des eigenen Landes benutzt:

Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union ist eine gute Sache für [LAND].

- Stimme voll und ganz zu (1)*
- stimme eher zu (2)*
- weder noch (3)*
- stimme eher nicht zu (4)*
- stimme überhaupt nicht zu (5)*

Zufriedenheit mit Funktionieren der Demokratie in der EU

Zur Messung der EU-Demokratiezufriedenheit wurde folgender Aussage verwendet:

Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie insgesamt mit der Art und Weise, wie die Demokratie funktioniert... in der Europäischen Union

- Sehr unzufrieden*
- sehr zufrieden*
- 0 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10

Statistischer Anhang

FRAGE 1 Wahlteilnahme – Welche Aussage trifft auf Sie persönlich am ehesten zu?

In Prozent aller Wahlberechtigten, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen

A	GESAMT (EU-12 LÄNDER)*	GESCHLECHT		ALTER			BILDUNG		
		männlich	weiblich	15 bis unter 35 Jahre	35 bis unter 55 Jahre	55 Jahre und älter	gering	mittel	hoch
Ich nehme an (fast) allen Wahlen teil	78,5	80,4	76,8	66,5	77,9	87,3	72,2	78,8	86,0
Ich nehme an Wahlen manchmal teil und manchmal nicht teil	12,6	11,8	13,4	17,8	13,6	8,2	14,5	13,0	9,7
Eigentlich wähle ich nur selten oder nie	7,1	6,5	7,8	12,4	7,0	3,8	10,4	6,9	3,5
Weiß nicht / keine Angabe	1,7	1,3	2,1	3,4	1,6	0,7	2,9	1,4	0,8
Gewichtete Basis	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Anzahl der Befragten	23.725	11.145	12.580	6.223	9.253	8.239	5.978	10.214	7.533

B	MONATL. HAUSHALTS-NETTOEINKOMMEN			BERUFSSITUATION			
	gering (bis unter 1.500 Euro)	mittel (1.500 bis unter 3.000 Euro)	hoch (über 3.000 Euro)	berufstätig	in Ausbildung	Rentner/in	nicht berufstätig
Ich nehme an (fast) allen Wahlen teil	72,4	81,2	86,8	79,1	70,5	88,1	69,4
Ich nehme an Wahlen manchmal teil und manchmal nicht teil	15,7	12,2	9,1	13,4	13,1	7,8	16,6
Eigentlich wähle ich nur selten oder nie	10,2	5,7	3,5	6,4	10,8	3,5	11,9
Weiß nicht / keine Angabe	1,7	1,0	0,7	1,1	5,6	0,7	2,2
Gewichtete Basis	100	100	100	100	100	100	100
Anzahl der Befragten	7.805	6.975	5.386	12.050	1.703	5.011	4.612

C	PARTEIGRUPPIERUNGEN					
	Christ- demokratische und konservative Parteien	Sozial- demokratische und sozialistische Parteien	Grüne Parteien	Liberale Parteien	Rechts- populistische und rechtsextreme Parteien	Links- populistische und linksextreme Parteien
Ich nehme an (fast) allen Wahlen teil	90,0	88,2	84,6	86,0	83,4	87,7
Ich nehme an Wahlen manchmal teil und manchmal nicht teil	7,8	9,6	11,5	11,2	12,8	8,4
Eigentlich wähle ich nur selten oder nie	1,8	1,9	3,1	2,4	3,5	2,6
Weiß nicht / keine Angabe	0,5	0,4	0,8	0,4	0,3	1,2
Gewichtete Basis	100	100	100	100	100	100
Anzahl der Befragten	2.865	3.575	1.314	2.044	4.728	1.322

D	UNTERSUCHTE LÄNDER					
	Dänemark	Deutschland	Frankreich	Griechenland	Großbritannien	Italien
Ich nehme an (fast) allen Wahlen teil	88,9	81,0	66,3	82,7	79,0	80,0
Ich nehme an Wahlen manchmal teil und manchmal nicht teil	6,6	10,7	16,0	9,0	10,8	12,1
Eigentlich wähle ich nur selten oder nie	3,3	6,7	13,1	7,3	8,3	5,7
Weiß nicht / keine Angabe	1,2	1,6	4,7	1,0	1,9	2,2
Gewichtete Basis	100	100	100	100	100	100
Anzahl der Befragten	1.973	1.995	1.949	2.027	2.133	1.952

E	UNTERSUCHTE LÄNDER					
	Niederlande	Österreich	Polen	Spanien	Schweden	Ungarn
Ich nehme an (fast) allen Wahlen teil	73,2	80,7	69,8	75,2	92,4	72,3
Ich nehme an Wahlen manchmal teil und manchmal nicht teil	18,2	12,8	19,1	13,9	4,4	18,6
Eigentlich wähle ich nur selten oder nie	7,6	5,7	9,5	8,0	2,5	8,2
Weiß nicht / keine Angabe	1,1	0,8	1,6	2,9	0,8	0,9
Gewichtete Basis	100	100	100	100	100	100
Anzahl der Befragten	1.924	1.984	1.911	1.949	1.976	1.952

Anmerkung: *Untersuchte Länder: Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Niederlande, Österreich, Polen, Spanien, Schweden, Ungarn.

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

FRAGE 2 Politisches Interesse – Ganz allgemein: Wie stark interessieren Sie sich für Politik?

In Prozent aller Wahlberechtigten, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen

A	GESAMT (EU-12 LÄNDER)*	GESCHLECHT		ALTER			BILDUNG		
		männlich	weiblich	15 bis unter 35 Jahre	35 bis unter 55 Jahre	55 Jahre und älter	gering	mittel	hoch
0 (überhaupt nicht interessiert)	6,8	5,1	8,5	10,0	7,3	4,3	10,9	6,2	3,0
1	2,3	1,7	2,8	2,7	2,6	1,6	2,7	2,4	1,4
2	3,4	2,5	4,3	4,2	3,7	2,6	4,0	3,6	2,4
3	5,5	4,2	6,8	7,1	5,9	4,0	5,9	6,1	4,1
4	5,6	4,5	6,5	7,3	5,7	4,3	5,8	6,1	4,3
5	13,5	11,6	15,2	14,1	12,5	14,0	15,3	14,2	9,9
6	10,9	9,6	12,1	12,0	11,1	10,0	11,3	10,6	10,9
7	16,2	17,3	15,2	16,1	16,3	16,1	14,3	16,5	18,2
8	14,7	17,2	12,3	11,6	14,8	16,6	11,9	14,3	18,8
9	6,8	8,3	5,4	4,2	6,7	8,7	4,9	6,9	9,0
10 (sehr interessiert)	13,7	17,4	10,2	9,9	12,6	17,3	11,7	12,7	17,7
Weiß nicht / keine Angabe	0,7	0,6	0,8	0,8	0,8	0,5	1,4	0,4	0,3
Gewichtete Basis	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Anzahl der Befragten	23.725	11.145	12.580	6.223	9.253	8.239	5.978	10.214	7.533

B	MONATL. HAUSHALTS-NETTOEINKOMMEN			BERUFSITUATION			
	gering (bis unter 1.500 Euro)	mittel (1.500 bis unter 3.000 Euro)	hoch (über 3.000 Euro)	berufstätig	in Ausbildung	Rentner/in	nicht berufstätig
0 (überhaupt nicht interessiert)	9,1	5,3	3,4	6,4	6,3	4,0	11,0
1	3,1	2,0	1,1	2,2	2,4	1,8	3,0
2	4,2	3,0	2,3	3,5	4,5	2,5	4,0
3	6,3	5,1	4,4	5,6	7,4	3,9	6,7
4	6,3	5,1	4,3	5,4	8,7	4,4	6,1
5	15,2	12,5	10,7	12,6	12,5	14,4	14,5
6	10,8	11,0	11,0	11,5	12,2	9,2	11,6
7	13,7	18,1	18,8	17,3	17,3	15,7	14,4
8	12,4	16,1	18,3	15,6	12,5	16,3	11,7
9	6,0	7,4	8,3	6,8	4,6	8,9	5,2
10 (sehr interessiert)	12,3	14,1	17,3	12,9	11,1	18,3	10,8
Weiß nicht / keine Angabe	0,6	0,3	0,2	0,4	0,5	0,5	1,0
Gewichtete Basis	100	100	100	100	100	100	100
Anzahl der Befragten	7.805	6.975	5.386	12.050	1.703	5.011	4.612

C	PARTEIGRUPPIERUNGEN					
	Christ-demokratische und konservative Parteien	Sozial-demokratische und sozialistische Parteien	Grüne Parteien	Liberalen Parteien	Rechts-populistische und rechtsextreme Parteien	Links-populistische und linksextreme Parteien
0 (überhaupt nicht interessiert)	2,9	2,9	2,3	2,1	4,5	3,1
1	0,9	1,8	1,2	0,8	1,7	1,6
2	2,4	2,7	2,1	2,7	3,1	2,0
3	4,6	4,2	4,8	4,6	4,9	3,0
4	4,6	5,2	6,6	6,0	4,9	3,3
5	12,2	12,9	11,2	10,7	13,4	11,3
6	11,7	9,5	11,3	12,8	10,7	11,4
7	19,9	17,6	17,6	19,2	15,8	19,7
8	16,6	17,2	19,4	19,3	15,5	17,2
9	8,2	9,9	8,6	7,8	7,7	7,6
10 (sehr interessiert)	15,9	16,1	14,5	13,5	17,6	19,6
Weiß nicht / keine Angabe	0,1	0,1	0,5	0,4	0,2	0,2
Gewichtete Basis	100	100	100	100	100	100
Anzahl der Befragten	2.865	3.575	1.314	2.044	4.728	1.322

D	UNTERSUCHTE LÄNDER					
	Dänemark	Deutschland	Frankreich	Griechenland	Großbritannien	Italien
0 (überhaupt nicht interessiert)	4,2	4,7	14,8	5,9	8,8	7,6
1	1,9	1,7	3,3	1,7	1,9	3,0
2	3,7	3,0	4,3	2,8	2,8	2,6
3	7,0	4,5	6,1	3,5	5,0	4,3
4	6,7	4,3	5,4	4,9	4,4	5,2
5	14,0	12,1	14,9	13,2	10,4	10,7
6	11,0	8,1	9,5	9,3	9,9	13,4
7	17,9	13,1	12,3	18,6	16,0	16,9
8	16,5	18,0	10,1	14,4	15,0	15,5
9	6,4	8,1	4,7	8,1	7,4	6,0
10 (sehr interessiert)	10,2	22,0	12,4	17,7	17,7	14,5
Weiß nicht / keine Angabe	0,7	0,3	2,3	0,1	0,7	0,4
Gewichtete Basis	100	100	100	100	100	100
Anzahl der Befragten	1.973	1.995	1.949	2.027	2.133	1.952

E	UNTERSUCHTE LÄNDER					
	Niederlande	Österreich	Polen	Spanien	Schweden	Ungarn
0 (überhaupt nicht interessiert)	6,2	4,1	5,8	10,2	3,1	6,5
1	1,9	2,3	2,9	2,5	1,7	2,7
2	3,4	3,8	3,8	3,4	2,7	5,0
3	4,8	6,6	6,7	6,6	4,5	6,7
4	5,1	5,6	7,5	5,5	5,0	7,1
5	11,4	13,9	15,8	15,0	10,4	19,9
6	15,1	10,9	10,9	11,3	10,0	11,7
7	25,0	15,2	12,8	15,2	18,9	12,8
8	18,2	14,8	12,8	13,0	16,0	12,1
9	4,4	10,1	7,3	6,3	7,4	5,4
10 (sehr interessiert)	3,7	12,7	13,1	9,7	19,7	10,0
Weiß nicht / keine Angabe	0,8	0,1	0,7	1,5	0,7	0,2
Gewichtete Basis	100	100	100	100	100	100
Anzahl der Befragten	1.924	1.984	1.911	1.949	1.976	1.952

Anmerkung: *Untersuchte Länder: Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Niederlande, Österreich, Polen, Spanien, Schweden, Ungarn.

FRAGE 3 Europawahl – Und wenn Sie einmal an die Europawahl in diesem Jahr denken: Welche Aussage trifft auf Sie persönlich am ehesten zu?

In Prozent aller Wahlberechtigten, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen

A	GESAMT (EU-12 LÄNDER)*	GESCHLECHT		ALTER			BILDUNG		
		männlich	weiblich	15 bis unter 35 Jahre	35 bis unter 55 Jahre	55 Jahre und älter	gering	mittel	hoch
Ich nehme auf jeden Fall teil	67,9	71,1	64,9	58,9	66,4	75,4	61,1	67,5	76,9
Ich weiß noch nicht, ob ich teilnehme	23,0	21,0	24,9	28,8	23,6	18,4	26,0	24,0	17,6
Ich nehme auf keinen Fall teil	5,1	5,2	5,0	6,9	5,5	3,4	7,3	4,8	2,8
Weiß nicht / keine Angabe	4,1	2,8	5,2	5,4	4,5	2,8	5,6	3,8	2,7
Gewichtete Basis	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Anzahl der Befragten	23.725	11.145	12.580	6.223	9.253	8.239	5.978	10.214	7.533

B	MONATL. HAUSHALTS-NETTOEINKOMMEN			BERUFSITUATION			
	gering (bis unter 1.500 Euro)	mittel (1.500 bis unter 3.000 Euro)	hoch (über 3.000 Euro)	berufstätig	in Ausbildung	Rentner/in	nicht berufstätig
Ich nehme auf jeden Fall teil	64,2	70,6	75,6	68,6	64,0	75,9	59,1
Ich weiß noch nicht, ob ich teilnehme	26,0	22,2	18,1	23,4	25,5	18,0	27,5
Ich nehme auf keinen Fall teil	6,4	4,1	3,8	4,7	5,1	3,3	8,1
Weiß nicht / keine Angabe	3,5	3,1	2,6	3,4	5,4	2,8	5,4
Gewichtete Basis	100	100	100	100	100	100	100
Anzahl der Befragten	7.805	6.975	5.386	12.050	1.703	5.011	4.612

C	PARTEIGRUPPIERUNGEN					
	Christ- demokratische und konservative Parteien	Sozial- demokratische und sozialistische Parteien	Grüne Parteien	Liberale Parteien	Rechts- populistische und rechtsextreme Parteien	Links- populistische und linksextreme Parteien
Ich nehme auf jeden Fall teil	79,2	80,1	78,6	80,2	76,2	80,9
Ich weiß noch nicht, ob ich teilnehme	18,5	17,0	18,9	17,2	20,7	16,6
Ich nehme auf keinen Fall teil	0,7	1,0	0,5	1,2	1,5	1,1
Weiß nicht / keine Angabe	1,6	1,9	2,1	1,5	1,6	1,5
Gewichtete Basis	100	100	100	100	100	100
Anzahl der Befragten	2.865	3.575	1.314	2.044	4.729	1.322

D	UNTERSUCHTE LÄNDER					
	Dänemark	Deutschland	Frankreich	Griechenland	Großbritannien	Italien
Ich nehme auf jeden Fall teil	76,0	73,0	61,0	70,8	56,7	77,0
Ich weiß noch nicht, ob ich teilnehme	15,6	19,1	23,1	23,2	24,1	16,0
Ich nehme auf keinen Fall teil	3,2	5,4	9,5	4,6	8,7	3,6
Weiß nicht / keine Angabe	5,1	2,5	6,5	1,4	10,5	3,4
Gewichtete Basis	100	100	100	100	100	100
Anzahl der Befragten	1.973	1.995	1.949	2.027	2.133	1.952

E	UNTERSUCHTE LÄNDER					
	Niederlande	Österreich	Polen	Spanien	Schweden	Ungarn
Ich nehme auf jeden Fall teil	66,4	67,2	68,0	66,1	69,4	63,8
Ich weiß noch nicht, ob ich teilnehme	25,1	27,2	25,5	25,2	21,7	30,3
Ich nehme auf keinen Fall teil	5,9	3,5	4,1	4,7	3,1	4,1
Weiß nicht / keine Angabe	2,7	2,0	2,4	4,0	5,8	1,8
Gewichtete Basis	100	100	100	100	100	100
Anzahl der Befragten	1.924	1.984	1.911	1.949	1.976	1.952

Anmerkung: *Untersuchte Länder: Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Niederlande, Österreich, Polen, Spanien, Schweden, Ungarn.

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

FRAGE 4 Links-Rechts-Selbsteinstufung – In der Politik spricht man von links und rechts. Welche Position haben Sie?

Bitte geben Sie Ihren persönlichen Standpunkt auf einer Skala von ,0' bis ,10' an. ,0' bedeutet „links“ und ,10' bedeutet „rechts“. Welche Zahl gibt am besten Ihren Standpunkt wieder?

In Prozent aller Wahlberechtigten, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen

A	GESAMT (EU-12 LÄNDER)*	GESCHLECHT		ALTER			BILDUNG		
		männlich	weiblich	15 bis unter 35 Jahre	35 bis unter 55 Jahre	55 Jahre und älter	gering	mittel	hoch
0 (links)	5,4	5,1	5,7	5,9	4,7	5,9	5,9	5,4	5,1
1	2,8	2,5	3,0	2,9	2,6	2,9	2,2	2,6	3,7
2	5,9	5,9	5,9	6,3	5,5	5,9	4,4	5,5	8,3
3	8,5	8,3	8,6	9,5	8,0	8,3	6,5	8,2	11,5
4	7,6	7,7	7,6	7,7	7,7	7,5	5,9	7,3	10,3
5	22,6	21,7	23,5	21,1	22,6	23,6	24,0	23,3	19,7
6	8,6	9,7	7,5	8,5	8,4	8,7	8,0	8,5	9,5
7	9,5	11,7	7,3	9,7	9,9	8,9	8,4	9,5	10,8
8	7,5	9,1	6,0	6,3	7,4	8,4	6,9	7,9	7,6
9	2,7	2,9	2,5	1,8	2,6	3,4	2,6	2,9	2,5
10 (rechts)	6,1	7,0	5,2	4,8	6,5	6,5	7,2	6,3	4,3
Weiß nicht / keine Angabe	12,9	8,4	17,2	15,6	14,0	10,1	18,1	12,8	6,8
Gewichtete Basis	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Anzahl der Befragten	23.725	11.145	12.580	6.223	9.253	8.239	5.978	10.214	7.533

B	MONATL. HAUSHALTS-NETTOEINKOMMEN			BERUFSSITUATION			
	gering (bis unter 1.500 Euro)	mittel (1.500 bis unter 3.000 Euro)	hoch (über 3.000 Euro)	berufstätig	in Ausbildung	Rentner/in	nicht berufstätig
0 (links)	7,1	5,2	3,4	4,6	7,3	6,0	6,2
1	2,9	3,1	2,7	2,7	3,4	2,9	2,6
2	5,1	6,3	6,6	6,0	8,1	5,6	5,1
3	7,5	9,8	9,1	8,4	11,8	8,6	7,6
4	7,2	8,1	8,6	8,0	9,8	7,5	6,3
5	25,2	23,1	19,5	22,7	18,0	24,2	22,6
6	7,0	9,6	10,8	9,1	8,5	8,6	7,2
7	7,5	9,7	13,4	10,4	11,7	8,8	7,5
8	6,0	7,9	10,1	8,0	5,3	8,3	6,3
9	2,2	2,9	3,6	2,6	1,5	3,3	2,6
10 (rechts)	7,6	4,9	6,0	6,1	2,4	6,8	6,6
Weiß nicht / keine Angabe	14,8	9,5	6,2	11,5	12,2	9,6	19,5
Gewichtete Basis	100	100	100	100	100	100	100
Anzahl der Befragten	7.805	6.975	5.386	12.050	1.703	5.011	4.612

C	PARTEIGRUPPIERUNGEN					
	Christ-demokratische und konservative Parteien	Sozial-demokratische und sozialistische Parteien	Grüne Parteien	Liberalen Parteien	Rechts-populistische und rechtsextreme Parteien	Links-populistische und linksextreme Parteien
0 (links)	0,6	12,9	7,0	1,9	1,5	21,2
1	0,5	6,4	5,8	1,4	0,8	10,1
2	1,2	13,3	16,6	4,5	1,1	17,2
3	2,4	17,4	19,3	9,9	1,9	16,6
4	3,8	12,5	15,8	12,0	2,7	10,9
5	22,2	20,1	19,7	27,0	20,2	14,5
6	16,1	3,9	4,3	14,3	9,4	2,8
7	19,1	3,4	3,3	13,1	14,5	1,9
8	14,0	1,9	2,1	7,1	15,2	1,3
9	5,5	0,8	0,6	2,1	6,1	0,2
10 (rechts)	8,7	1,4	0,8	2,8	17,9	0,4
Weiß nicht / keine Angabe	6,0	6,2	4,6	3,8	8,7	2,8
Gewichtete Basis	100	100	100	100	100	100
Anzahl der Befragten	2.865	3.575	1.314	2.044	4.728	1.322

D	UNTERSUCHTE LÄNDER					
	Dänemark	Deutschland	Frankreich	Griechenland	Großbritannien	Italien
0 (links)	4,2	3,0	6,4	6,2	4,4	7,9
1	3,0	2,0	2,9	2,0	2,7	2,6
2	8,9	6,5	4,6	4,1	6,3	4,4
3	9,9	11,2	6,9	6,8	9,3	7,3
4	7,9	11,5	5,8	10,3	8,4	5,3
5	15,5	29,7	18,8	30,1	18,9	15,0
6	8,5	12,6	5,7	9,0	9,2	7,3
7	12,2	8,3	6,6	8,6	9,1	9,8
8	10,9	3,8	7,1	5,3	5,8	8,9
9	4,6	0,9	3,2	2,0	1,6	3,1
10 (rechts)	4,1	1,8	8,3	5,8	3,4	11,4
Weiß nicht / keine Angabe	10,5	8,9	23,8	9,8	21,0	17,1
Gewichtete Basis	100	100	100	100	100	100
Anzahl der Befragten	1.973	1.995	1.949	2.027	2.133	1.952

E	UNTERSUCHTE LÄNDER					
	Niederlande	Österreich	Polen	Spanien	Schweden	Ungarn
0 (links)	2,5	2,7	5,0	10,4	5,0	7,6
1	2,7	2,7	2,6	4,1	4,1	2,0
2	6,4	6,4	5,3	7,5	6,1	3,8
3	8,1	9,3	7,3	12,0	7,6	5,8
4	7,5	8,2	6,9	8,6	5,9	5,1
5	18,9	32,0	25,7	21,6	14,8	30,7
6	11,0	10,7	7,7	6,1	9,1	5,4
7	13,5	9,5	8,5	7,8	13,6	6,3
8	11,6	5,6	6,1	5,3	12,5	7,3
9	3,1	1,1	4,3	2,2	4,4	2,1
10 (rechts)	3,4	3,3	8,0	5,5	8,4	10,0
Weiß nicht / keine Angabe	11,4	8,4	12,6	9,0	8,5	13,8
Gewichtete Basis	100	100	100	100	100	100
Anzahl der Befragten	1.924	1.984	1.911	1.949	1.976	1.952

Anmerkung: *Untersuchte Länder: Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Niederlande, Österreich, Polen, Spanien, Schweden, Ungarn.

INDEX 1 Populismusindex

Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen

A	GESAMT (EU-12 LÄNDER)*	GESCHLECHT		ALTER			BILDUNG		
		männlich	weiblich	15 bis unter 35 Jahre	35 bis unter 55 Jahre	55 Jahre und älter	gering	mittel	hoch
Durchschnittlicher Populismusindex	3,89	3,89	3,90	3,73	3,90	4,00	4,00	3,90	3,75
Anzahl der Befragten	23.725	11.145	12.580	6.223	9.253	8.239	5.978	10.214	7.533

B	MONATL. HAUSHALTS-NETTOEINKOMMEN			BERUFSSITUATION			
	gering (bis unter 1.500 Euro)	mittel (1.500 bis unter 3.000 Euro)	hoch (über 3.000 Euro)	berufstätig	in Ausbildung	Rentner/in	nicht berufstätig
Durchschnittlicher Populismusindex	4,00	3,91	3,73	3,87	3,59	3,97	3,98
Anzahl der Befragten	7.805	6.975	5.386	12.050	1.703	5.011	4.612

C	PARTEIGRUPPIERUNGEN					
	Christ- demokratische und konservative Parteien	Sozial- demokratische und sozialistische Parteien	Grüne Parteien	Liberale Parteien	Rechts- populistische und rechtsextreme Parteien	Links- populistische und linksextreme Parteien
Durchschnittlicher Populismusindex	3,68	3,83	3,64	3,65	4,06	4,04
Anzahl der Befragten	2.865	3.575	1.314	2.044	4.728	1.322

D	UNTERSUCHTE LÄNDER					
	Dänemark	Deutschland	Frankreich	Griechenland	Großbritannien	Italien
Durchschnittlicher Populismusindex	3,62	3,87	4,04	4,23	3,83	3,92
Anzahl der Befragten	1.973	1.995	1.949	2.027	2.133	1.952

E	UNTERSUCHTE LÄNDER					
	Niederlande	Österreich	Polen	Spanien	Schweden	Ungarn
Durchschnittlicher Populismusindex	3,56	3,84	3,99	4,13	3,80	3,89
Anzahl der Befragten	1.924	1.984	1.911	1.949	1.976	1.952

Anmerkung: Für die genaue Indexbildung vgl. den methodischen Anhang auf S. 104.

*Untersuchte Länder: Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Niederlande, Österreich, Polen, Spanien, Schweden, Ungarn.

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

INDEX 2 **Ökonomische Links-Rechts-Orientierung**

Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen

A	GESAMT (EU-12 LÄNDER)*	GESCHLECHT		ALTER			BILDUNG		
		männlich	weiblich	15 bis unter 35 Jahre	35 bis unter 55 Jahre	55 Jahre und älter	gering	mittel	hoch
Durchschnittliche ökonomische Links-Rechts-Orientierung	5,61	5,70	5,53	5,35	5,57	5,83	5,55	5,65	5,62
Anzahl der Befragten	23.725	11.145	12.580	6.223	9.253	8.239	5.978	10.214	7.533

B	MONATL. HAUSHALTS-NETTOEINKOMMEN			BERUFSITUATION			
	gering (bis unter 1.500 Euro)	mittel (1.500 bis unter 3.000 Euro)	hoch (über 3.000 Euro)	berufstätig	in Ausbildung	Rentner/in	nicht berufstätig
Durchschnittliche ökonomische Links-Rechts-Orientierung	5,37	5,68	5,93	5,73	5,39	5,86	5,09
Anzahl der Befragten	7.805	6.975	5.386	12.050	1.703	5.011	4.612

C	PARTEIGRUPPIERUNGEN					
	Christ- demokratische und konservative Parteien	Sozial- demokratische und sozialistische Parteien	Grüne Parteien	Liberale Parteien	Rechts- populistische und rechtsextreme Parteien	Links- populistische und linksextreme Parteien
Durchschnittliche ökonomische Links-Rechts-Orientierung	6,32	5,16	4,87	5,99	5,95	4,79
Anzahl der Befragten	2.865	3.575	1.314	2.044	4.728	1.322

D	UNTERSUCHTE LÄNDER					
	Dänemark	Deutschland	Frankreich	Griechenland	Großbritannien	Italien
Durchschnittliche ökonomische Links-Rechts-Orientierung	5,58	5,63	5,32	5,68	5,43	5,76
Anzahl der Befragten	1.973	1.995	1.949	2.027	2.133	1.952

E	UNTERSUCHTE LÄNDER					
	Niederlande	Österreich	Polen	Spanien	Schweden	Ungarn
Durchschnittliche ökonomische Links-Rechts-Orientierung	5,46	6,04	5,83	5,09	6,11	5,41
Anzahl der Befragten	1.924	1.984	1.911	1.949	1.976	1.952

Anmerkung: Für die genaue Indexbildung vgl. den methodischen Anhang auf S. 104.

*Untersuchte Länder: Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Niederlande, Österreich, Polen, Spanien, Schweden, Ungarn.

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

INDEX 3 **Kulturelle Links-Rechts-Orientierung**

Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen

A	GESAMT (EU-12 LÄNDER)*	GESCHLECHT		ALTER			BILDUNG		
		männlich	weiblich	15 bis unter 35 Jahre	35 bis unter 55 Jahre	55 Jahre und älter	gering	mittel	hoch
Durchschnittliche kulturelle Links-Rechts-Orientierung	3,60	3,94	3,29	3,38	3,56	3,80	3,89	3,64	3,19
<i>Anzahl der Befragten</i>	23.725	11.145	12.580	6.223	9.253	8.239	5.978	10.214	7.533

B	MONATL. HAUSHALTS-NETTOEINKOMMEN			BERUFSSITUATION			
	gering (bis unter 1.500 Euro)	mittel (1.500 bis unter 3.000 Euro)	hoch (über 3.000 Euro)	berufstätig	in Ausbildung	Rentner/in	nicht berufstätig
Durchschnittliche kulturelle Links-Rechts-Orientierung	4,10	3,51	3,09	3,52	2,85	3,87	3,74
<i>Anzahl der Befragten</i>	7.805	6.975	5.386	12.050	1.703	5.011	4.612

C	PARTEIGRUPPIERUNGEN					
	Christ- demokratische und konservative Parteien	Sozial- demokratische und sozialistische Parteien	Grüne Parteien	Liberale Parteien	Rechts- populistische und rechtsextreme Parteien	Links- populistische und linksextreme Parteien
Durchschnittliche kulturelle Links-Rechts-Orientierung	3,79	2,94	2,40	3,08	4,55	3,02
<i>Anzahl der Befragten</i>	2.865	3.575	1.314	2.044	4.728	1.322

D	UNTERSUCHTE LÄNDER					
	Dänemark	Deutschland	Frankreich	Griechenland	Großbritannien	Italien
Durchschnittliche kulturelle Links-Rechts-Orientierung	2,73	3,34	3,63	4,85	2,80	4,10
<i>Anzahl der Befragten</i>	1.973	1.995	1.949	2.027	2.133	1.952

E	UNTERSUCHTE LÄNDER					
	Niederlande	Österreich	Polen	Spanien	Schweden	Ungarn
Durchschnittliche kulturelle Links-Rechts-Orientierung	3,36	3,25	4,88	3,09	2,60	4,72
<i>Anzahl der Befragten</i>	1.924	1.984	1.911	1.949	1.976	1.952

Anmerkung: Für die genaue Indexbildung vgl. den methodischen Anhang auf S. 104.

*Untersuchte Länder: Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Niederlande, Österreich, Polen, Spanien, Schweden, Ungarn.

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

**FRAGE 5 Leistung der Regierung – Wenn Sie nun einmal an die Leistungen der Regierung in [HAUPTSTADT] denken.
Wie zufrieden sind Sie mit der Art und Weise, wie sie ihre Arbeit erledigt?***

In Prozent aller Wahlberechtigten, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen

A	GESAMT (EU-12 LÄNDER)*	GESCHLECHT		ALTER			BILDUNG		
		männlich	weiblich	15 bis unter 35 Jahre	35 bis unter 55 Jahre	55 Jahre und älter	gering	mittel	hoch
0 (äußerst unzufrieden)	23,6	24,8	22,5	20,2	24,8	24,8	24,8	23,1	23,1
1	6,6	6,6	6,6	5,7	7,1	6,6	6,4	6,2	7,4
2	9,2	9,5	9,0	9,6	8,8	9,5	8,2	9,4	10,3
3	10,9	10,9	10,9	12,3	10,7	10,0	10,4	10,9	11,3
4	7,8	7,0	8,6	9,5	7,2	7,3	7,0	8,4	7,8
5	12,2	10,9	13,5	13,1	11,6	12,2	12,8	12,4	11,2
6	8,8	9,0	8,6	9,6	9,2	8,0	9,0	8,3	9,6
7	8,4	9,2	7,7	8,0	8,8	8,4	7,7	8,5	9,2
8	4,8	5,7	3,9	3,6	4,8	5,5	4,6	4,9	4,7
9	1,7	1,8	1,5	1,2	1,3	2,3	1,5	1,9	1,3
10 (äußerst zufrieden)	2,2	2,4	2,0	1,4	2,1	2,7	2,8	2,1	1,4
Weiß nicht / keine Angabe	3,9	2,4	5,3	5,8	3,6	2,8	4,9	3,9	2,6
Gewichtete Basis	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Anzahl der Befragten	23.725	11.145	12.580	6.223	9.253	8.239	5.978	10.214	7.533

B	MONATL. HAUSHALTS-NETTOEINKOMMEN			BERUFSITUATION			
	gering (bis unter 1.500 Euro)	mittel (1.500 bis unter 3.000 Euro)	hoch (über 3.000 Euro)	berufstätig	in Ausbildung	Rentner/in	nicht berufstätig
0 (äußerst unzufrieden)	28,2	21,4	20,5	22,8	15,2	24,3	28,1
1	7,5	5,8	5,8	6,6	5,2	6,3	7,4
2	8,8	9,3	10,2	9,3	11,7	9,6	7,9
3	9,9	11,6	10,9	11,1	14,6	10,3	9,9
4	6,8	8,4	8,5	7,6	11,3	7,1	8,2
5	11,7	12,9	12,0	12,0	13,6	12,6	11,6
6	7,6	9,6	10,1	9,6	10,4	7,6	8,3
7	7,2	8,7	11,1	9,1	7,7	8,6	6,8
8	4,2	5,8	5,2	5,0	3,2	5,6	3,8
9	1,9	1,6	1,8	1,5	1,0	2,3	1,5
10 (äußerst zufrieden)	3,0	2,2	1,5	1,9	1,2	2,8	2,1
Weiß nicht / keine Angabe	3,2	2,8	2,6	3,4	4,9	2,9	4,5
Gewichtete Basis	100	100	100	100	100	100	100
Anzahl der Befragten	7.805	6.975	5.386	12.050	1.703	5.011	4.612

C	PARTEIGRUPPIERUNGEN					
	Christ-demokratische und konservative Parteien	Sozial-demokratische und sozialistische Parteien	Grüne Parteien	Liberalen Parteien	Rechts-populistische und rechtsextreme Parteien	Links-populistische und linksextreme Parteien
0 (äußerst unzufrieden)	16,8	28,0	20,0	21,8	27,8	18,4
1	5,2	6,7	6,0	6,1	6,6	6,6
2	6,9	9,5	12,3	10,6	7,7	10,8
3	9,4	11,4	13,6	12,5	8,2	10,6
4	8,5	8,2	10,2	7,8	5,9	7,3
5	13,9	12,2	11,9	11,0	10,1	11,3
6	12,3	7,7	9,7	11,7	8,4	12,1
7	13,2	7,7	8,2	9,8	10,0	11,8
8	7,5	3,8	3,5	5,1	7,1	6,1
9	2,2	1,6	1,4	0,8	3,2	1,4
10 (äußerst zufrieden)	2,2	1,6	1,2	1,3	4,4	2,3
Weiß nicht / keine Angabe	2,0	1,7	2,2	1,4	0,8	1,5
Gewichtete Basis	100	100	100	100	100	100
Anzahl der Befragten	2.865	3.575	1.314	2.044	4.728	1.322

D	UNTERSUCHTE LÄNDER					
	Dänemark	Deutschland	Frankreich	Griechenland	Großbritannien	Italien
0 (äußerst unzufrieden)	8,3	18,4	32,1	36,7	32,1	15,4
1	3,2	5,8	9,8	8,7	7,2	4,5
2	8,2	11,5	12,1	9,1	10,8	5,6
3	14,2	14,0	9,7	10,5	12,1	7,0
4	11,5	10,8	6,2	6,3	7,8	7,3
5	17,5	14,5	9,8	8,5	10,2	13,3
6	12,6	7,4	5,8	6,5	6,6	13,4
7	13,4	6,4	3,6	6,2	5,0	13,3
8	5,1	4,3	3,1	3,4	2,6	8,4
9	0,8	0,8	1,0	1,0	0,9	3,1
10 (äußerst zufrieden)	0,6	1,0	1,9	1,4	1,5	5,1
Weiß nicht / keine Angabe	4,6	5,2	4,9	1,9	3,3	3,8
Gewichtete Basis	100	100	100	100	100	100
Anzahl der Befragten	1.973	1.995	1.949	2.027	2.133	1.952

D	UNTERSUCHTE LÄNDER					
	Niederlande	Österreich	Polen	Spanien	Schweden	Ungarn
0 (äußerst unzufrieden)	9,9	11,1	26,2	23,2	35,1	34,3
1	4,6	4,8	8,1	7,5	8,2	6,5
2	7,3	8,7	8,9	10,2	9,8	8,6
3	9,6	11,4	9,7	11,9	10,2	9,9
4	10,3	7,4	7,6	9,0	5,4	4,4
5	13,7	16,2	10,3	12,7	9,5	10,6
6	18,0	7,6	7,0	9,6	6,1	5,5
7	16,6	11,2	7,1	6,8	4,5	7,3
8	5,6	8,2	5,7	3,3	2,6	5,2
9	0,8	3,8	3,6	1,1	0,9	2,3
10 (äußerst zufrieden)	0,9	3,6	3,5	1,7	1,0	3,7
Weiß nicht / keine Angabe	2,8	6,0	2,3	3,0	6,7	1,7
Gewichtete Basis	100	100	100	100	100	100
Anzahl der Befragten	1.924	1.984	1.911	1.949	1.976	1.952

Anmerkung: *Untersuchte Länder: Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Niederlande, Österreich, Polen, Spanien, Schweden, Ungarn. **Diese Frage wurde für jedes Land individuell angepasst.

FRAGE 6 Demokratie A – Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie insgesamt mit der Art und Weise, wie die Demokratie funktioniert ... in [LAND]?**

In Prozent aller Wahlberechtigten, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen

A	GESAMT (EU-12 LÄNDER)*	GESCHLECHT		ALTER			BILDUNG		
		männlich	weiblich	15 bis unter 35 Jahre	35 bis unter 55 Jahre	55 Jahre und älter	gering	mittel	hoch
0 (sehr unzufrieden)	16,1	16,5	15,7	14,3	16,9	16,4	17,7	16,1	14,0
1	5,1	5,3	4,9	4,0	5,3	5,6	5,0	5,2	5,1
2	7,1	7,4	6,9	7,3	7,0	7,1	6,4	7,2	7,9
3	9,9	10,3	9,6	10,9	9,5	9,7	10,0	9,8	10,1
4	8,4	7,9	8,8	9,6	8,2	7,8	8,1	8,8	8,0
5	13,6	12,4	14,7	13,7	13,1	14,1	15,2	13,4	11,9
6	10,1	10,3	9,9	10,6	10,8	9,0	9,2	9,7	11,8
7	11,9	12,1	11,7	11,3	12,0	12,1	9,9	12,2	13,8
8	7,9	9,1	6,8	7,4	7,8	8,5	6,6	8,0	9,4
9	3,0	3,6	2,4	2,4	2,7	3,7	2,9	3,0	3,1
10 (sehr zufrieden)	2,9	3,1	2,7	2,3	2,8	3,4	3,2	2,8	2,6
Weiß nicht / keine Angabe	4,1	2,2	6,0	6,4	4,0	2,7	5,9	4,0	2,2
Gewichtete Basis	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Anzahl der Befragten	23.725	11.145	12.580	6.223	9.253	8.239	5.978	10.214	7.533

B	MONATL. HAUSHALTS-NETTOEINKOMMEN			BERUFSITUATION			
	gering (bis unter 1.500 Euro)	mittel (1.500 bis unter 3.000 Euro)	hoch (über 3.000 Euro)	berufstätig	in Ausbildung	Rentner/in	nicht berufstätig
0 (sehr unzufrieden)	21,7	13,9	11,6	15,1	11,1	15,5	20,9
1	6,4	4,7	4,0	4,7	3,8	5,6	5,9
2	8,0	7,5	6,4	7,3	7,3	6,5	7,4
3	10,4	10,4	9,2	9,9	12,1	9,8	9,6
4	8,2	8,8	7,9	8,5	9,0	7,8	8,7
5	13,5	14,0	11,9	13,1	13,3	14,4	14,1
6	8,3	11,1	12,0	11,3	10,7	8,4	9,1
7	8,4	13,3	15,5	12,7	14,6	11,8	9,0
8	5,5	8,2	11,9	8,4	7,9	9,4	5,2
9	2,3	3,2	4,4	2,9	3,1	4,0	1,8
10 (sehr zufrieden)	3,1	2,5	3,5	2,7	2,0	3,8	2,5
Weiß nicht / keine Angabe	4,3	2,5	1,8	3,4	5,1	3,0	5,8
Gewichtete Basis	100	100	100	100	100	100	100
Anzahl der Befragten	7.805	6.975	5.386	12.050	1.703	5.011	4.612

C	PARTEIGRUPPIERUNGEN					
	Christ-demokratische und konservative Parteien	Sozial-demokratische und sozialistische Parteien	Grüne Parteien	Liberalen Parteien	Rechts-populistische und rechtsextreme Parteien	Links-populistische und linksextreme Parteien
0 (sehr unzufrieden)	8,2	16,9	10,0	12,4	20,8	15,5
1	3,0	4,8	4,9	5,2	6,1	4,7
2	5,7	6,9	6,8	6,0	7,5	8,9
3	8,8	9,3	11,0	9,5	8,8	12,8
4	7,2	8,4	8,2	8,1	7,2	8,8
5	12,6	13,5	12,6	12,3	12,6	13,9
6	11,5	10,0	13,3	12,1	9,9	10,0
7	18,2	12,7	14,9	15,9	10,3	12,9
8	13,5	9,4	10,7	10,4	7,3	6,9
9	5,3	3,2	4,2	4,1	3,5	2,8
10 (sehr zufrieden)	4,4	3,2	2,5	3,3	4,6	1,9
Weiß nicht / keine Angabe	1,7	1,8	0,9	1,0	1,5	0,9
Gewichtete Basis	100	100	100	100	100	100
Anzahl der Befragten	2.865	3.575	1.314	2.044	4.728	1.322

D	UNTERSUCHTE LÄNDER					
	Dänemark	Deutschland	Frankreich	Griechenland	Großbritannien	Italien
0 (sehr unzufrieden)	3,9	11,8	24,7	28,6	15,1	11,0
1	1,7	4,0	7,6	8,7	4,2	4,7
2	3,0	7,2	7,9	10,2	6,7	6,7
3	6,0	9,3	11,1	12,8	12,0	10,1
4	6,3	7,6	8,1	8,7	9,1	10,8
5	12,5	12,3	13,0	11,7	15,3	17,6
6	10,8	10,0	7,3	6,8	10,4	14,7
7	20,4	15,5	6,9	6,5	10,9	10,4
8	17,8	11,0	4,9	2,4	5,4	5,9
9	7,6	4,6	1,6	1,1	1,5	2,1
10 (sehr zufrieden)	4,5	2,7	1,5	0,9	1,6	2,4
Weiß nicht / keine Angabe	5,5	4,1	5,6	1,7	7,8	3,7
Gewichtete Basis	100	100	100	100	100	100
Anzahl der Befragten	1.973	1.995	1.949	2.027	2.133	1.952

E	UNTERSUCHTE LÄNDER					
	Niederlande	Österreich	Polen	Spanien	Schweden	Ungarn
0 (sehr unzufrieden)	7,6	4,9	17,6	15,9	22,1	29,7
1	2,5	2,7	7,2	5,0	5,2	8,1
2	4,6	4,8	8,0	8,9	7,9	9,4
3	7,3	10,3	10,2	11,7	9,2	9,0
4	8,0	10,5	9,0	8,8	6,7	7,0
5	12,6	16,5	13,6	17,6	9,5	10,9
6	16,0	13,4	7,9	10,8	7,7	5,0
7	22,5	15,7	8,1	8,8	10,5	6,1
8	11,5	10,2	5,9	5,2	10,2	5,1
9	1,9	5,0	3,2	1,6	3,1	2,6
10 (sehr zufrieden)	1,4	4,1	5,3	2,6	3,9	3,8
Weiß nicht / keine Angabe	4,2	2,0	4,0	3,2	4,1	3,3
Gewichtete Basis	100	100	100	100	100	100
Anzahl der Befragten	1.924	1.984	1.911	1.949	1.976	1.952

Anmerkung: *Untersuchte Länder: Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Niederlande, Österreich, Polen, Spanien, Schweden, Ungarn. **Diese Frage wurde für jedes Land individuell angepasst.

FRAGE 7 Demokratie B – Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie insgesamt mit der Art und Weise, wie die Demokratie funktioniert ... in der Europäischen Union?

In Prozent aller Wahlberechtigten, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen

A	GESAMT (EU-12 LÄNDER)*	GESCHLECHT		ALTER			BILDUNG		
		männlich	weiblich	15 bis unter 35 Jahre	35 bis unter 55 Jahre	55 Jahre und älter	gering	mittel	hoch
0 (sehr unzufrieden)	15,7	18,6	12,9	11,8	16,0	17,9	18,8	15,0	12,8
1	4,6	5,3	4,0	2,9	5,1	5,3	4,7	4,7	4,4
2	7,4	8,1	6,7	5,9	7,4	8,4	6,3	7,8	8,0
3	10,0	10,4	9,7	9,5	9,9	10,6	10,1	9,8	10,3
4	9,4	9,0	9,8	9,1	9,3	9,6	9,0	9,5	9,7
5	15,6	14,1	17,0	15,9	15,3	15,7	16,2	16,0	14,2
6	10,6	10,5	10,7	12,4	10,2	9,7	9,5	10,4	12,2
7	9,2	9,8	8,6	11,0	8,9	8,2	7,2	9,4	11,2
8	5,1	5,6	4,6	5,8	5,5	4,2	4,1	4,7	6,9
9	1,8	2,0	1,7	1,6	1,7	2,2	1,6	1,9	1,9
10 (sehr zufrieden)	2,0	2,1	2,0	2,0	2,1	2,1	2,0	2,0	2,1
Weiß nicht / keine Angabe	8,7	4,7	12,4	12,3	8,6	6,2	10,6	8,7	6,1
Gewichtete Basis	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Anzahl der Befragten	23.725	11.145	12.580	6.223	9.253	8.239	5.978	10.214	7.533

B	MONATL. HAUSHALTS-NETTOEINKOMMEN			BERUFSITUATION			
	gering (bis unter 1.500 Euro)	mittel (1.500 bis unter 3.000 Euro)	hoch (über 3.000 Euro)	berufstätig	in Ausbildung	Rentner/in	nicht berufstätig
0 (sehr unzufrieden)	16,3	15,6	15,3	14,8	7,6	17,0	19,0
1	4,7	5,1	4,3	4,7	2,3	5,4	4,1
2	7,5	7,7	7,6	7,4	5,0	8,0	7,6
3	9,7	10,6	10,1	10,1	9,4	10,7	9,4
4	9,1	9,5	10,3	9,6	9,3	9,8	8,5
5	15,8	15,6	14,5	15,4	15,9	16,3	15,5
6	9,8	11,6	11,9	11,1	14,4	9,6	9,5
7	8,7	9,4	10,5	9,7	13,6	7,9	7,8
8	5,3	4,8	5,7	5,6	6,4	4,3	4,5
9	2,2	1,9	1,8	1,8	1,8	2,3	1,3
10 (sehr zufrieden)	2,7	1,7	1,8	2,1	2,1	2,1	1,8
Weiß nicht / keine Angabe	8,1	6,6	6,2	7,6	12,3	6,6	11,0
Gewichtete Basis	100	100	100	100	100	100	100
Anzahl der Befragten	7.805	6.975	5.386	12.050	1.703	5.011	4.612

C	PARTEIGRUPPIERUNGEN					
	Christ-demokratische und konservative Parteien	Sozial-demokratische und sozialistische Parteien	Grüne Parteien	Liberalen Parteien	Rechts-populistische und rechtsextreme Parteien	Links-populistische und linksextreme Parteien
0 (sehr unzufrieden)	10,5	9,0	6,6	2,7	30,0	16,8
1	3,9	2,8	2,9	2,5	7,6	5,7
2	6,7	6,4	7,6	4,0	8,9	9,5
3	11,8	9,6	8,7	8,2	9,9	13,0
4	10,7	9,9	12,3	8,5	8,2	11,4
5	16,5	16,8	16,2	16,3	13,2	15,4
6	13,1	12,6	15,3	17,0	6,9	10,0
7	11,3	12,2	15,1	18,2	5,3	7,5
8	6,4	8,1	6,9	9,6	3,5	3,7
9	2,0	3,0	1,7	4,0	1,4	0,7
10 (sehr zufrieden)	2,2	2,8	2,0	5,6	1,6	0,9
Weiß nicht / keine Angabe	4,9	6,9	5,0	3,5	3,8	5,5
Gewichtete Basis	100	100	100	100	100	100
Anzahl der Befragten	2.865	3.575	1.314	2.044	4.728	1.322

D	UNTERSUCHTE LÄNDER					
	Dänemark	Deutschland	Frankreich	Griechenland	Großbritannien	Italien
0 (sehr unzufrieden)	11,8	13,6	23,2	21,3	24,2	16,3
1	3,8	4,5	7,0	6,2	4,2	5,2
2	5,9	8,6	7,4	10,6	6,6	6,0
3	7,8	11,0	9,4	12,6	8,8	9,5
4	9,0	10,2	8,8	10,4	7,7	10,2
5	16,8	15,2	13,5	14,7	10,8	16,3
6	11,0	11,3	8,2	8,0	7,2	14,4
7	10,7	9,7	5,4	6,9	7,9	8,3
8	5,3	5,5	3,4	3,0	4,0	4,3
9	1,9	2,6	0,8	1,0	1,2	1,9
10 (sehr zufrieden)	1,2	1,2	1,0	1,2	2,2	1,5
Weiß nicht / keine Angabe	15,0	6,7	12,0	4,3	15,1	6,0
Gewichtete Basis	100	100	100	100	100	100
Anzahl der Befragten	1.973	1.995	1.949	2.027	2.133	1.952

E	UNTERSUCHTE LÄNDER					
	Niederlande	Österreich	Polen	Spanien	Schweden	Ungarn
0 (sehr unzufrieden)	9,9	14,2	8,1	8,8	22,2	13,1
1	3,6	5,1	4,1	3,1	4,3	4,3
2	6,6	7,7	6,5	6,1	8,0	8,5
3	9,3	14,2	6,9	10,3	9,9	10,7
4	9,9	10,9	8,5	10,3	8,5	8,3
5	15,9	17,9	15,9	22,0	11,8	17,0
6	17,7	10,2	13,3	10,8	6,8	8,7
7	12,5	8,7	11,5	11,5	7,7	9,5
8	4,6	4,2	9,0	5,9	4,5	7,5
9	1,4	1,0	4,9	1,7	0,7	2,9
10 (sehr zufrieden)	1,1	1,7	5,9	2,8	0,7	4,2
Weiß nicht / keine Angabe	7,5	4,2	5,5	6,8	14,9	5,4
Gewichtete Basis	100	100	100	100	100	100
Anzahl der Befragten	1.924	1.984	1.911	1.949	1.976	1.952

Anmerkung: *Untersuchte Länder: Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Niederlande, Österreich, Polen, Spanien, Schweden, Ungarn.

FRAGE 8 Demokratie C – Bitte geben Sie für jede Aussage an, inwieweit Sie dieser zustimmen: Eine Demokratie kann zwar Probleme haben, ist aber besser als jede andere Regierungsform.

In Prozent aller Wahlberechtigten, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen

A	GESAMT (EU-12 LÄNDER)*	GESCHLECHT		ALTER			BILDUNG		
		männlich	weiblich	15 bis unter 35 Jahre	35 bis unter 55 Jahre	55 Jahre und älter	gering	mittel	hoch
Stimme voll und ganz zu	37,4	39,0	35,9	30,4	35,4	44,1	32,7	35,7	46,2
Stimme eher zu	32,3	32,8	31,8	30,5	32,6	33,2	29,6	33,3	33,8
Weder noch	17,7	17,0	18,3	21,0	18,8	14,3	21,2	18,7	11,5
Stimme eher nicht zu	4,3	4,9	3,8	6,0	4,5	3,1	4,7	4,3	4,0
Stimme überhaupt nicht zu	2,4	3,0	1,9	3,1	2,6	1,8	2,9	2,5	1,7
Weiß nicht / keine Angabe	5,9	3,4	8,4	9,1	6,1	3,6	9,0	5,6	2,8
Gewichtete Basis	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Anzahl der Befragten	23.725	11.145	12.580	6.223	9.253	8.239	5.978	10.214	7.533

B	MONATL. HAUSHALTS-NETTOEINKOMMEN			BERUFSITUATION			
	gering (bis unter 1.500 Euro)	mittel (1.500 bis unter 3.000 Euro)	hoch (über 3.000 Euro)	berufstätig	in Ausbildung	Rentner/in	nicht berufstätig
Stimme voll und ganz zu	31,7	38,7	47,1	36,5	39,5	45,8	28,9
Stimme eher zu	31,8	34,3	31,7	33,2	29,4	34,0	29,7
Weder noch	21,8	16,5	12,8	18,2	16,7	12,9	22,7
Stimme eher nicht zu	5,3	4,3	3,6	4,6	5,5	2,3	5,9
Stimme überhaupt nicht zu	3,2	2,4	1,7	2,4	3,1	1,4	3,4
Weiß nicht / keine Angabe	6,2	3,8	3,0	5,1	5,7	3,6	9,4
Gewichtete Basis	100	100	100	100	100	100	100
Anzahl der Befragten	7.805	6.975	5.386	12.050	1.703	5.011	4.612

C	PARTEIGRUPPIERUNGEN					
	Christ- demokratische und konservative Parteien	Sozial- demokratische und sozialistische Parteien	Grüne Parteien	Liberale Parteien	Rechts- populistische und rechtsextreme Parteien	Links- populistische und linksextreme Parteien
Stimme voll und ganz zu	48,8	50,6	48,6	50,7	26,1	45,8
Stimme eher zu	31,8	29,0	33,4	31,6	35,5	29,6
Weder noch	12,9	13,2	10,9	12,6	24,1	15,5
Stimme eher nicht zu	2,7	2,8	3,4	2,9	7,0	4,8
Stimme überhaupt nicht zu	1,4	1,7	1,5	0,9	3,7	2,0
Weiß nicht / keine Angabe	2,4	2,8	2,3	1,3	3,6	2,3
Gewichtete Basis	100	100	100	100	100	100
Anzahl der Befragten	2.865	3.575	1.314	2.044	4.728	1.322

D	UNTERSUCHTE LÄNDER					
	Dänemark	Deutschland	Frankreich	Griechenland	Großbritannien	Italien
Stimme voll und ganz zu	50,3	44,1	24,5	49,1	35,4	26,2
Stimme eher zu	26,8	29,1	30,9	28,4	36,1	37,2
Weder noch	11,8	14,9	20,7	14,7	16,2	22,7
Stimme eher nicht zu	2,2	4,3	5,8	3,7	2,8	5,2
Stimme überhaupt nicht zu	1,7	1,8	6,1	2,1	1,2	3,0
Weiß nicht / keine Angabe	7,2	5,8	12,0	2,0	8,3	5,9
Gewichtete Basis	100	100	100	100	100	100
Anzahl der Befragten	1.973	1.995	1.949	2.027	2.133	1.952

E	UNTERSUCHTE LÄNDER					
	Niederlande	Österreich	Polen	Spanien	Schweden	Ungarn
Stimme voll und ganz zu	19,4	49,5	30,4	38,1	50,8	29,7
Stimme eher zu	41,0	31,8	37,2	31,8	25,5	31,5
Weder noch	26,0	12,3	21,2	16,0	11,6	24,5
Stimme eher nicht zu	5,6	2,7	4,9	5,1	4,6	5,5
Stimme überhaupt nicht zu	2,4	1,0	2,3	3,2	2,5	2,1
Weiß nicht / keine Angabe	5,5	2,8	4,1	5,8	5,0	6,7
Gewichtete Basis	100	100	100	100	100	100
Anzahl der Befragten	1.924	1.984	1.911	1.949	1.976	1.952

Anmerkung: *Untersuchte Länder: Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Niederlande, Österreich, Polen, Spanien, Schweden, Ungarn.

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

FRAGE 9 Demokratie D – Bitte geben Sie für jede Aussage an, inwieweit Sie dieser zustimmen: Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union ist eine gute Sache für [LAND]**

In Prozent aller Wahlberechtigten, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen

A	GESAMT (EU-12 LÄNDER)*	GESCHLECHT		ALTER			BILDUNG		
		männlich	weiblich	15 bis unter 35 Jahre	35 bis unter 55 Jahre	55 Jahre und älter	gering	mittel	hoch
Stimme voll und ganz zu	25,9	28,9	23,0	27,5	23,3	27,3	20,1	25,0	34,5
Stimme eher zu	26,6	25,4	27,8	27,4	25,8	26,9	23,7	26,6	30,4
Weder noch	19,7	17,8	21,5	20,2	20,6	18,5	22,3	20,7	14,8
Stimme eher nicht zu	11,7	12,2	11,2	9,6	12,8	12,0	12,8	12,3	9,3
Stimme überhaupt nicht zu	10,8	12,7	8,9	7,3	11,9	12,0	13,5	10,4	8,1
Weiß nicht / keine Angabe	5,4	2,9	7,6	8,1	5,6	3,2	7,6	5,1	2,9
Gewichtete Basis	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Anzahl der Befragten	23.725	11.145	12.580	6.223	9.253	8.239	5.978	10.214	7.533

B	MONATL. HAUSHALTS-NETTOEINKOMMEN			BERUFSITUATION			
	gering (bis unter 1.500 Euro)	mittel (1.500 bis unter 3.000 Euro)	hoch (über 3.000 Euro)	berufstätig	in Ausbildung	Rentner/in	nicht berufstätig
Stimme voll und ganz zu	26,6	24,6	28,3	25,0	38,1	29,3	19,5
Stimme eher zu	24,3	28,3	29,2	27,5	28,8	26,8	23,8
Weder noch	22,7	19,4	16,0	19,9	16,6	17,7	23,5
Stimme eher nicht zu	10,7	12,9	12,6	12,4	7,0	11,4	12,3
Stimme überhaupt nicht zu	10,3	11,3	11,0	10,4	3,7	11,5	13,3
Weiß nicht / keine Angabe	5,5	3,5	3,0	4,8	5,8	3,3	7,7
Gewichtete Basis	100	100	100	100	100	100	100
Anzahl der Befragten	7.805	6.975	5.386	12.050	1.703	5.011	4.612

C	PARTEIGRUPPIERUNGEN					
	Christ- demokratische und konservative Parteien	Sozial- demokratische und sozialistische Parteien	Grüne Parteien	Liberale Parteien	Rechts- populistische und rechtsextreme Parteien	Links- populistische und linksextreme Parteien
Stimme voll und ganz zu	29,8	42,8	45,4	52,0	11,0	20,2
Stimme eher zu	32,5	29,8	31,1	29,3	19,5	31,2
Weder noch	16,7	13,2	11,6	11,4	24,7	22,3
Stimme eher nicht zu	10,4	7,1	5,5	4,0	19,0	14,3
Stimme überhaupt nicht zu	8,8	4,3	3,7	2,0	23,0	9,6
Weiß nicht / keine Angabe	1,7	2,8	2,6	1,2	2,8	2,5
Gewichtete Basis	100	100	100	100	100	100
Anzahl der Befragten	2.865	3.575	1.314	2.044	4.728	1.322

D	UNTERSUCHTE LÄNDER					
	Dänemark	Deutschland	Frankreich	Griechenland	Großbritannien	Italien
Stimme voll und ganz zu	20,7	31,6	17,0	19,8	30,9	16,7
Stimme eher zu	31,9	28,9	25,0	30,5	14,5	23,3
Weder noch	17,0	15,9	20,0	23,2	11,0	28,4
Stimme eher nicht zu	11,5	9,4	13,2	15,0	12,9	14,5
Stimme überhaupt nicht zu	10,8	8,3	15,4	9,8	24,1	11,3
Weiß nicht / keine Angabe	8,2	6,0	9,5	1,7	6,6	5,8
Gewichtete Basis	100	100	100	100	100	100
Anzahl der Befragten	1.973	1.995	1.949	2.027	2.133	1.952

E	UNTERSUCHTE LÄNDER					
	Niederlande	Österreich	Polen	Spanien	Schweden	Ungarn
Stimme voll und ganz zu	13,1	29,6	39,9	32,8	21,7	36,1
Stimme eher zu	33,0	27,2	28,0	33,5	22,4	22,3
Weder noch	25,7	18,1	18,5	18,5	14,8	26,6
Stimme eher nicht zu	14,2	13,1	6,2	7,1	16,5	6,5
Stimme überhaupt nicht zu	9,1	9,7	4,4	2,8	18,6	3,7
Weiß nicht / keine Angabe	4,9	2,3	3,1	5,2	6,0	4,8
Gewichtete Basis	100	100	100	100	100	100
Anzahl der Befragten	1.924	1.984	1.911	1.949	1.976	1.952

Anmerkung: *Untersuchte Länder: Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Niederlande, Österreich, Polen, Spanien, Schweden, Ungarn. **Diese Frage wurde für jedes Land individuell angepasst.

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

FRAGE 10 Identität – Sehen Sie sich selbst vor allem...?*

In Prozent aller Wahlberechtigten, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen

A	GESAMT (EU-12 LÄNDER)*	GESCHLECHT		ALTER			BILDUNG		
		männlich	weiblich	15 bis unter 35 Jahre	35 bis unter 55 Jahre	55 Jahre und älter	gering	mittel	hoch
Nur als [NATIONALITÄT]	37,1	34,7	39,4	33,9	40,9	35,6	46,1	38,0	24,4
Als [NATIONALITÄT] und Europäer/in	48,5	50,0	47,1	46,5	44,2	54,1	42,6	48,1	56,5
Als Europäer/in und [NATIONALITÄT]	6,6	7,4	5,9	8,3	6,7	5,5	3,8	6,8	9,8
Nur als Europäer/in	1,7	1,8	1,6	2,7	1,8	0,9	1,2	1,6	2,5
Keine dieser Antworten	4,3	4,7	4,0	6,1	4,6	2,9	4,1	3,9	5,3
Weiß nicht / keine Angabe	1,7	1,3	2,1	2,7	1,8	1,0	2,2	1,5	1,4
Gewichtete Basis	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Anzahl der Befragten	23.725	11.145	12.580	6.223	9.253	8.239	5.978	10.214	7.533

B	MONATL. HAUSHALTS-NETTOEINKOMMEN			BERUFSITUATION			
	gering (bis unter 1.500 Euro)	mittel (1.500 bis unter 3.000 Euro)	hoch (über 3.000 Euro)	berufstätig	in Ausbildung	Rentner/in	nicht berufstätig
Nur als [NATIONALITÄT]	38,5	35,7	35,9	37,5	24,0	35,8	42,9
Als [NATIONALITÄT] und Europäer/in	47,9	50,4	49,9	47,8	53,4	54,8	41,4
Als Europäer/in und [NATIONALITÄT]	6,1	6,8	7,9	7,0	10,5	5,2	6,2
Nur als Europäer/in	1,5	1,8	2,0	1,7	3,5	0,9	1,9
Keine dieser Antworten	4,4	4,1	3,5	4,4	6,4	2,5	5,2
Weiß nicht / keine Angabe	1,6	1,3	0,9	1,5	2,1	0,7	2,5
Gewichtete Basis	100	100	100	100	100	100	100
Anzahl der Befragten	7.805	6.975	5.386	12.050	1.703	5.011	4.612

C	PARTEIGRUPPIERUNGEN					
	Christ- demokratische und konservative Parteien	Sozial- demokratische und sozialistische Parteien	Grüne Parteien	Liberale Parteien	Rechts- populistische und rechtsextreme Parteien	Links- populistische und linksextreme Parteien
Nur als [NATIONALITÄT]	37,8	26,2	17,8	17,5	56,3	29,1
Als [NATIONALITÄT] und Europäer/in	53,1	56,5	57,2	65,1	37,5	50,6
Als Europäer/in und [NATIONALITÄT]	5,7	9,3	14,3	11,8	2,8	7,8
Nur als Europäer/in	0,9	2,4	4,3	2,1	0,6	2,2
Keine dieser Antworten	1,9	4,6	5,8	2,7	2,3	8,6
Weiß nicht / keine Angabe	0,6	1,0	0,7	0,8	0,6	1,8
Gewichtete Basis	100	100	100	100	100	100
Anzahl der Befragten	2.865	3.575	1.314	2.044	4.728	1.322

D	UNTERSUCHTE LÄNDER					
	Dänemark	Deutschland	Frankreich	Griechenland	Großbritannien	Italien
Nur als [NATIONALITÄT]	49,5	26,2	38,7	36,2	53,7	45,9
Als [NATIONALITÄT] und Europäer/in	43,3	51,3	44,0	52,2	27,7	43,0
Als Europäer/in und [NATIONALITÄT]	3,3	11,7	6,3	6,4	7,1	6,0
Nur als Europäer/in	0,7	3,1	1,8	1,0	2,8	1,0
Keine dieser Antworten	1,8	5,8	5,8	3,5	7,4	2,9
Weiß nicht / keine Angabe	1,4	2,0	3,3	0,8	1,4	1,3
Gewichtete Basis	100	100	100	100	100	100
Anzahl der Befragten	1.973	1.995	1.949	2.027	2.133	1.952

E	UNTERSUCHTE LÄNDER					
	Niederlande	Österreich	Polen	Spanien	Schweden	Ungarn
Nur als [NATIONALITÄT]	42,6	31,0	26,5	14,0	46,1	33,5
Als [NATIONALITÄT] und Europäer/in	43,2	51,6	60,0	67,5	43,4	56,9
Als Europäer/in und [NATIONALITÄT]	5,9	8,9	8,5	4,7	4,3	6,6
Nur als Europäer/in	1,6	2,6	1,2	2,4	1,2	1,1
Keine dieser Antworten	4,6	4,7	2,0	8,7	3,7	0,9
Weiß nicht / keine Angabe	2,2	1,2	1,8	2,7	1,4	1,0
Gewichtete Basis	100	100	100	100	100	100
Anzahl der Befragten	1.924	1.984	1.911	1.949	1.976	1.952

Anmerkung: *Untersuchte Länder: Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Niederlande, Österreich, Polen, Spanien, Schweden, Ungarn. **Diese Frage wurde für jedes Land individuell angepasst.

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

FRAGE 11A Europäische Integration – Was ist Ihrer Meinung nach die derzeitige Geschwindigkeit beim Aufbau Europas?

Bitte verorten Sie sich auf einer Skala, wo ‚1‘ für Stillstand, und ‚7‘ für Höchstgeschwindigkeit steht. Wählen Sie die Option, die Ihrer persönlichen Wahrnehmung der derzeitigen Geschwindigkeit der Europäischen Integration am ehesten entspricht.

In Prozent aller Wahlberechtigten, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen

A	GESAMT (EU-12 LÄNDER)*	GESCHLECHT		ALTER			BILDUNG		
		männlich	weiblich	15 bis unter 35 Jahre	35 bis unter 55 Jahre	55 Jahre und älter	gering	mittel	hoch
1 (Stillstand)	9,6	11,6	7,7	7,7	10,1	10,5	10,5	9,4	8,8
2	11,3	13,7	9,1	8,6	11,4	13,1	10,0	11,4	12,8
3	16,8	18,5	15,3	15,9	16,2	18,1	16,0	16,7	18,2
4	22,8	22,0	23,5	24,8	22,1	22,1	21,3	23,6	23,1
5	15,9	15,9	15,8	18,5	15,1	14,9	15,4	15,8	16,7
6	4,1	4,2	4,0	4,2	4,1	3,9	4,1	4,0	4,2
7 (Höchstgeschwindigkeit)	2,8	2,9	2,7	2,8	3,2	2,4	3,0	2,9	2,4
Weiß nicht / keine Angabe	16,8	11,3	21,9	17,4	17,9	15,2	19,9	16,2	13,9
Gewichtete Basis	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Anzahl der Befragten	23.725	11.145	12.580	6.223	9.253	8.239	5.978	10.214	7.533

B	MONATL. HAUSHALTS-NETTOEINKOMMEN			BERUFSSITUATION			
	gering (bis unter 1.500 Euro)	mittel (1.500 bis unter 3.000 Euro)	hoch (über 3.000 Euro)	berufstätig	in Ausbildung	Rentner/in	nicht berufstätig
1 (Stillstand)	11,2	9,1	8,9	9,3	6,8	9,4	11,6
2	11,2	11,9	12,4	11,5	9,4	13,1	9,5
3	16,5	18,6	17,3	16,6	18,6	18,2	15,3
4	22,6	23,5	24,4	23,3	25,8	22,5	21,0
5	16,7	16,8	14,8	16,6	18,5	14,3	15,5
6	4,1	4,1	4,5	4,5	3,1	4,1	3,4
7 (Höchstgeschwindigkeit)	3,4	2,3	3,0	2,9	1,6	2,5	3,5
Weiß nicht / keine Angabe	14,2	13,8	14,7	15,4	16,4	16,0	20,2
Gewichtete Basis	100	100	100	100	100	100	100
Anzahl der Befragten	7.805	6.975	5.386	12.050	1.703	5.011	4.612

C	PARTEIGRUPPIERUNGEN					
	Christ- demokratische und konservative Parteien	Sozial- demokratische und sozialistische Parteien	Grüne Parteien	Liberale Parteien	Rechts- populistische und rechtsextreme Parteien	Links- populistische und linksextreme Parteien
1 (Stillstand)	7,5	5,2	5,3	4,8	16,3	10,5
2	12,1	10,0	12,6	9,6	12,2	14,2
3	17,7	17,4	20,5	18,4	15,5	19,9
4	25,8	25,1	25,1	27,8	21,0	23,4
5	18,1	17,9	15,4	23,4	14,5	16,1
6	4,5	4,8	3,7	5,8	4,5	3,3
7 (Höchstgeschwindigkeit)	2,1	3,4	2,8	2,1	4,5	1,7
Weiß nicht / keine Angabe	12,2	16,2	14,6	8,3	11,5	10,9
Gewichtete Basis	100	100	100	100	100	100
Anzahl der Befragten	2.865	3.575	1.314	2.044	4.728	1.322

D	UNTERSUCHTE LÄNDER					
	Dänemark	Deutschland	Frankreich	Griechenland	Großbritannien	Italien
1 (Stillstand)	4,2	10,9	13,5	12,1	8,2	17,7
2	5,8	18,9	13,5	17,8	7,6	14,7
3	11,6	23,9	17,0	22,9	9,3	16,4
4	25,0	22,0	15,7	24,5	16,5	20,3
5	17,4	9,8	11,2	12,3	9,2	13,9
6	5,1	1,7	3,5	1,7	2,1	3,0
7 (Höchstgeschwindigkeit)	4,1	1,5	3,6	0,9	2,9	2,2
Weiß nicht / keine Angabe	27,0	11,4	22,1	7,9	44,3	11,9
Gewichtete Basis	100	100	100	100	100	100
Anzahl der Befragten	1.973	1.995	1.949	2.027	2.133	1.952

E	UNTERSUCHTE LÄNDER					
	Niederlande	Österreich	Polen	Spanien	Schweden	Ungarn
1 (Stillstand)	3,6	10,9	9,8	7,5	10,1	6,9
2	6,6	16,0	8,0	9,5	9,1	8,5
3	13,6	25,6	16,3	18,2	13,7	14,2
4	26,6	26,8	26,3	27,5	18,3	24,5
5	26,4	10,0	22,9	23,2	12,1	23,1
6	8,7	1,7	6,8	4,3	3,5	7,1
7 (Höchstgeschwindigkeit)	3,9	1,2	2,3	1,2	2,2	7,6
Weiß nicht / keine Angabe	10,7	7,9	7,6	8,7	31,0	8,2
Gewichtete Basis	100	100	100	100	100	100
Anzahl der Befragten	1.924	1.984	1.911	1.949	1.976	1.952

Anmerkung: *Untersuchte Länder: Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Niederlande, Österreich, Polen, Spanien, Schweden, Ungarn.

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

FRAGE 11B Europäische Integration – Und was entspricht am besten der Geschwindigkeit, die Sie sich wünschen?

Bitte verorten Sie sich auf einer Skala, wo ,1' für Stillstand, und ,7' für Höchstgeschwindigkeit steht. Wählen Sie die Option, die Ihrer persönlichen Wahrnehmung der derzeitigen Geschwindigkeit der Europäischen Integration am ehesten entspricht.

In Prozent aller Wahlberechtigten, Anzahl der Befragten in absoluten Zahlen

A	GESAMT (EU-12 LÄNDER)*	GESCHLECHT		ALTER			BILDUNG		
		männlich	weiblich	15 bis unter 35 Jahre	35 bis unter 55 Jahre	55 Jahre und älter	gering	mittel	hoch
1 (Stillstand)	3,8	5,3	2,5	2,4	4,5	4,1	4,0	3,4	4,4
2	2,8	3,5	2,1	1,7	2,9	3,4	3,0	2,8	2,5
3	5,5	6,4	4,7	5,4	5,7	5,4	4,8	6,2	5,1
4	17,5	17,2	17,7	17,5	19,0	15,9	14,9	18,6	18,6
5	24,1	24,8	23,6	24,9	24,4	23,4	20,7	25,5	26,1
6	14,5	15,6	13,5	14,2	12,5	16,7	15,0	13,7	15,3
7 (Höchstgeschwindigkeit)	12,8	14,1	11,6	14,3	10,9	13,7	16,2	11,0	11,6
Weiß nicht / keine Angabe	19,0	13,3	24,4	19,5	20,2	17,5	21,4	18,8	16,4
Gewichtete Basis	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Anzahl der Befragten	23.725	11.145	12.580	6.223	9.253	8.239	5.978	10.214	7.533

B	MONATL. HAUSHALTS-NETTOEINKOMMEN			BERUFSSITUATION			
	gering (bis unter 1.500 Euro)	mittel (1.500 bis unter 3.000 Euro)	hoch (über 3.000 Euro)	berufstätig	in Ausbildung	Rentner/in	nicht berufstätig
1 (Stillstand)	3,9	3,6	4,7	3,9	1,8	3,4	5,1
2	2,7	3,1	3,0	2,6	1,8	3,3	3,0
3	5,2	5,7	6,3	5,9	4,1	5,3	5,6
4	15,9	18,1	20,9	18,9	16,5	15,7	16,6
5	23,4	25,2	27,1	25,7	26,3	23,8	20,1
6	15,9	16,2	12,3	13,8	17,1	17,0	12,5
7 (Höchstgeschwindigkeit)	16,9	12,0	9,2	11,3	15,4	13,6	14,6
Weiß nicht / keine Angabe	16,2	16,3	16,6	17,8	17,1	18,1	22,5
Gewichtete Basis	100	100	100	100	100	100	100
Anzahl der Befragten	7.805	6.975	5.386	12.050	1.703	5.011	4.612

C	PARTEIGRUPPIERUNGEN					
	Christ- demokratische und konservative Parteien	Sozial- demokratische und sozialistische Parteien	Grüne Parteien	Liberale Parteien	Rechts- populistische und rechtsextreme Parteien	Links- populistische und linksextreme Parteien
1 (Stillstand)	3,0	1,7	0,7	1,0	8,2	3,4
2	2,1	1,7	1,2	2,7	5,0	1,7
3	5,6	5,5	5,1	5,5	7,3	4,2
4	20,5	17,4	20,9	17,0	17,4	16,6
5	27,0	25,4	30,6	30,9	22,1	24,7
6	17,4	16,7	14,8	18,3	12,9	19,2
7 (Höchstgeschwindigkeit)	11,1	14,9	11,8	15,3	13,1	16,1
Weiß nicht / keine Angabe	13,3	16,8	15,0	9,3	14,0	14,2
Gewichtete Basis	100	100	100	100	100	100
Anzahl der Befragten	2.865	3.575	1.314	2.044	4.728	1.322

D	UNTERSUCHTE LÄNDER					
	Dänemark	Deutschland	Frankreich	Griechenland	Großbritannien	Italien
1 (Stillstand)	5,1	3,7	5,3	3,3	6,5	4,6
2	3,3	2,4	3,2	2,6	2,6	3,0
3	6,7	5,8	3,4	5,5	4,1	4,8
4	22,7	22,3	14,1	15,5	14,3	15,0
5	22,0	29,5	21,8	23,0	15,8	21,5
6	7,5	14,9	10,3	22,5	5,8	15,9
7 (Höchstgeschwindigkeit)	4,0	6,8	14,4	17,7	5,6	21,6
Weiß nicht / keine Angabe	28,7	14,7	27,5	10,0	45,3	13,6
Gewichtete Basis	100	100	100	100	100	100
Anzahl der Befragten	1.973	1.995	1.949	2.027	2.133	1.952

E	UNTERSUCHTE LÄNDER					
	Niederlande	Österreich	Polen	Spanien	Schweden	Ungarn
1 (Stillstand)	3,6	2,6	2,5	1,0	4,9	2,8
2	3,7	3,1	3,1	0,7	3,5	2,4
3	6,7	6,5	7,9	2,0	7,2	5,6
4	21,9	22,6	18,2	8,1	21,6	13,3
5	30,8	33,5	28,8	20,9	18,8	23,8
6	14,2	14,6	17,7	25,9	7,0	18,8
7 (Höchstgeschwindigkeit)	5,8	7,9	11,7	32,4	4,7	21,7
Weiß nicht / keine Angabe	13,3	9,3	10,2	9,1	32,3	11,6
Gewichtete Basis	100	100	100	100	100	100
Anzahl der Befragten	1.924	1.984	1.911	1.949	1.976	1.952

Anmerkung: *Untersuchte Länder: Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Niederlande, Österreich, Polen, Spanien, Schweden, Ungarn.

Quelle: YouGov im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

| BertelsmannStiftung

Abbildungsverzeichnis

<i>Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2019</i>	8
<i>Wahlbeteiligung, registrierte Wähler und Sitze im Europäischen Parlament 2019</i>	8
<i>Wahlbeteiligung bei Europawahlen 1979-2019 im Überblick</i>	9
<i>Ergebnisse der Europawahl 2019 im Überblick</i>	10
<i>Ergebnisse der Europawahl 2019 in den zwölf Ländern im Überblick</i>	11
Executive Summary	
<i>Der Repräsentationseffekt – je schlechter repräsentiert, desto populistischer</i>	15
<i>Positive und negative Parteiidentitäten nach Parteigruppierungen</i>	17
<i>Gespaltenes EU-Parlament? – Euroskeptizismus</i>	20
<i>Ökonomisch links oder rechts?</i>	21
<i>Europäische Sozialausgaben: Das europäische Herz schlägt links</i>	23
<i>Kulturell links oder rechts?</i>	24
<i>Die acht Wahlkampfthemen im Überblick</i>	26
Kapitel 1	
Abbildung 1 +/-50? – Wahlbeteiligung und Wahlabsicht in Europa	30
Abbildung 2 Wahlmüde Mitte?	32
IM FOKUS Was ist Populismus?	34
Abbildung 3 Euroskeptischer rechter Rand	36
IM FOKUS Messung der positiven und negativen Parteiidentitäten am Beispiel der SPD	40
Abbildung 4 Positive Parteiidentitäten nach Parteigruppierungen	41
Abbildung 5 Negative Parteiidentitäten nach Parteigruppierungen	44
Kapitel 2	
Abbildung 6 Der Repräsentationseffekt – je schlechter repräsentiert, desto populistischer	49
IM FOKUS Repräsentationsszenarien am Beispiel des Themas „Europäische Sozialausgaben“	51
Abbildung 7 Repräsentationslücken als Ursache für Populismus	52
Tabelle 1 Ergebnisse des Umfrageexperiments für den Zusammenhang zwischen Repräsentation und populistischen Einstellungen	53
Abbildung 8 Die acht Wahlkampfthemen im Überblick	55
Abbildung 9 Europäische Asylpolitik: Europas verpasste Chance	56
Abbildung 10 Europäische Sozialausgaben: Das europäische Herz schlägt links	58
Abbildung 11 Regulierung der Massentierhaltung: Wichtiges Thema mit Konsenschance	60
Abbildung 12 Europäische Finanzhilfen: Überwiegend solidarisch!	62
Abbildung 13 Strafen für Demokratiesünder: Ein europäischer Demokratiepranger?	64
Abbildung 14 Europäische Agrarsubventionen: Das Sein bestimmt das Bewusstsein	66
Abbildung 15 Brexit-Verhandlungen: Keine weitgehenden Zugeständnisse	68
Abbildung 16 Militärische Zusammenarbeit in Europa: Ja bitte!	70

Abbildung 17	Ländertelegramm Deutschland	72
Abbildung 18	Ländertelegramm Frankreich	72
Abbildung 19	Ländertelegramm Großbritannien	72
Abbildung 20	Ländertelegramm Italien	73
Abbildung 21	Ländertelegramm Niederlande	73
Abbildung 22	Ländertelegramm Dänemark	73
Abbildung 23	Ländertelegramm Griechenland	74
Abbildung 24	Ländertelegramm Spanien	74
Abbildung 25	Ländertelegramm Schweden	74
Abbildung 26	Ländertelegramm Österreich	75
Abbildung 27	Ländertelegramm Polen	75
Abbildung 28	Ländertelegramm Ungarn	75

Kapitel 3

Abbildung 29	Gespaltenes EU-Parlament? – Euroskeptizismus	80
Abbildung 30	Gespaltenes EU-Parlament? – Demokratiezufriedenheit	82
Abbildung 31	Gespaltenes EU-Parlament? – Konflikt- und Konsenslinien	85
Abbildung 32	Ökonomisch links oder rechts?	87
Abbildung 33	Kulturell links oder rechts?	88
Abbildung 34	Für oder gegen Migration?	89

Methodischer Anhang

Tabelle 2A	Übersicht der Parteien nach Parteigruppierungen	93
Tabelle 2B	Übersicht der Parteien nach Parteigruppierungen	94
Tabelle 3A	Klassifizierung der Parteien als euroskeptisch/nicht-euroskeptisch	96
Tabelle 3B	Klassifizierung der Parteien als euroskeptisch/nicht-euroskeptisch	97
Tabelle 3C	Klassifizierung der Parteien als euroskeptisch/nicht-euroskeptisch	98
Tabelle 4A	Klassifizierung der Parteien als populistisch/unpopulistisch	99
Tabelle 4B	Klassifizierung der Parteien als populistisch/unpopulistisch	100
Tabelle 5	Populismus-Items nach Castanho Silva et al. (2018)	101
Tabelle 6	Präferenzen zu den Wahlkampfthemen	103
Tabelle 7	Items zur Messung der ökonomischen Links-Rechts-Orientierung	104
Tabelle 8	Items zur Messung der kulturellen Links-Rechts-Orientierung	105

Statistischer Anhang

Frage 1	Wahlteilnahme	106
Frage 2	Politisches Interesse	108
Frage 3	Europawahl	110
Frage 4	Links-Rechts-Selbsteinstufung	112
Index 1	Populismusindex	114
Index 2	Ökonomische Links-Rechts-Orientierung	115
Index 3	Kulturelle Links-Rechts-Orientierung	116
Frage 5	Leistung der Regierung	118
Frage 6	Demokratie A	120
Frage 7	Demokratie B	122
Frage 8	Demokratie C	124
Frage 9	Demokratie D	126
Frage 10	Identität	128
Frage 11A	Europäische Integration	130
Frage 11B	Europäische Integration	132

Literaturverzeichnis

- Abramowitz, Alan (2018). *The Great Alignment: Race, Party Transformation, and the Rise of Donald Trump*. Yale University Press.
- Akkerman, Agnes, Cas Mudde, und Andrej Zaslove, (2014). "How Populist are the People? Measuring Populist Attitudes in Voters". *Comparative Political Studies* 47(9). 1324-1353.
- Anduiza, Eva, Marc Guinjoan und Guillem Rico (2019). "Populism, Participation and Political Equality" *European Political Science Review*. 1-16.
- Blumenau, Jack, und Benjamin E. Lauderdale (2018). "Never Let a Good Crisis Go to Waste: Agenda Setting and Legislative Voting in Response to the EU Crisis." *The Journal of Politics* 80(2). 462-78.
- Campbell, Angus, Philip Converse, Warren Miller, und Donald Stokes (1960). *The American Voter*. John Willey.
- Caruana, N. J., R. M. McGregor, und L.B. Stephenson (2014). "The Power of the Dark Side: Negative Partisanship and Political Behaviour in Canada". *Canadian Journal of Political Science* 48(4). 771-789.
- Castanho Silva, Bruno, und Christopher Wratil (2019). "Never Mind, I'll Find Someone Like Me: The Relationship between Perceived Representation and Populist Attitudes." Working Paper.
- Castanho Silva, Bruno, Sebastian Jungkunz, Marc Helbling, und Levente Littvay (2019). "An Empirical Comparison of Seven Populist Attitudes Scales." *Political Research Quarterly*. 1-16.
- Castanho Silva, Bruno, Ioannis Andreadis, Eva Anduiza, Nebojsa Blanus, Yazmin Morlet Corti, Gisela Delno, Guillem Rico, Saskia Ruth, Bram Spruyt, Marco Steenbergen und Levente Littvay (2018). *Public Opinion Surveys: a New Scale. The Ideational Approach to Populism: Concept, Theory, and Analysis*. Hrsg. Kirk A. Hawkins, Ryan Carlin, Levente Littvay und Cristobal Rovira Kaltwasser. Routledge. 150-177.
- Dalton, Russell (2017). *Citizen Politics: Public Opinion and Political Parties in Advanced Industrial Democracies*. CQ Press.
- Der Bundeswahlleiter (2019). „Europawahl 2019: 64,8 Millionen Wahlberechtigte in Deutschland“. Pressemitteilung 03/19. 25.02.19. https://www.bundeswahlleiter.de/info/presse/mitteilungen/europawahl-2019/03_19_wahlberechtigte-deutschland.html
- Europäisches Parlament (2009). Die Europawahlen 2009. *Spezial Eurobarometer* 303. <http://europa.eu/at-your-service/files/be-heard/eurobarometer/2008/european-elections-2009/report/de-report-european-elections-2009.pdf>
- Europäisches Parlament (2014). Review. European and national elections figured out. *Public Opinion Monitoring Unit*. http://www.europa.eu/pdf/elections_results/review.pdf
- Europäisches Parlament (2018). Demokratie in Bewegung. Ein Jahr vor der Europawahl 2019. *Eurobarometer* 89.2. <http://www.europa.eu/at-your-service/files/be-heard/eurobarometer/2018/eurobarometer-2018-democracy-on-the-move/report/de-one-year-before-2019-eurobarometer-report.pdf>
- Europäisches Parlament (2019). Ergebnisse der Europawahl 2019. <https://europawahlergebnis.eu/wahlergebnisse/2019-2024/>
- Franklin, Mark N. (2001). "How Structural Factors Cause Turnout Variations at European Parliament Elections." *European Union Politics* 2(3). 309-28.
- Hanmer, Michael J., und Kerem Ozan Kalkan (2013). "Behind the curve: Clarifying the best approach to calculating predicted probabilities and marginal effects from limited dependent variable model". *American Journal of Political Science* 57(1). 263-277.
- Hawkins, Kirk A., Cristóbal Rovira Kaltwasser und Ioannis Andreadis (2018a). "The Activation of Populist Attitudes". *Government and Opposition*. 1-25. <https://doi.org/10.1017/gov.2018.23>
- Hawkins, Kirk A., Ryan E. Carlin, Levente Littvay, und Cristóbal Rovira Kaltwasser (2018b). *The Ideational Approach to Populism: Concept, Theory, and Analysis*. London: Routledge.
- Hix, Simon, und Michael Marsh (2007). "Punishment or Protest? Understanding European Parliament Elections." *The Journal of Politics* 69(2). 495-510.
- Hobolt, Sara B., und Catherine E. de Vries (2016). "Public Support for European Integration." *Annual Review of Political Science* 19(1). 413-32.
- Holbrook, Allyson L., und Jon A. Krosnick (2010). "Social Desirability Bias in Voter Turnout Reports: Tests Using the Item Count Technique." *Public Opinion Quarterly* 74(1). 37-67.
- Hooghe, Liesbet, Gary Marks, und Carole J. Wilson (2002). "Does Left/Right Structure Party Positions on European Integration?" *Comparative Political Studies* 35(8). 965-89.
- Ignazi, P. (1992). "The Silent Counter-Revolution. Hypotheses on the Emergence of Extreme Right-Wing Parties in Europe". *European Journal of Political Research* 22(1). 33-4.
- Karp, Jeffrey A., und David Brockington (2005). "Social Desirability and Response Validity: A Comparative Analysis of Overreporting Voter Turnout in Five Countries." *The Journal of Politics* 67(3): 825-40.
- Kriesi, Hanspeter, Edgar Grande, Romain Lachat, Martin Dolezal, Simon Bornschier und Timotheos Frey (2008). *West European Politics in the Age of Globalization*. Cambridge University Press.

- Mair, Peter (2013). *Ruling the Void: The Hollowing-Out of Western Democracy*. Verso Books.
- Marks, Gary, Moira Nelson, und Erica Edwards (2006). "Party Competition and European Integration in the East and West: Different Structure, Same Causality." *Comparative Political Studies* 39(2): 155–75.
- Mattila, Mikko (2003). "Why Bother? Determinants of Turnout in the European Elections." *Electoral Studies* 22(3). 449–68.
- Medeiros, Mike, und Alain Noel (2013). "The Forgotten Side of Partisanship: Negative Party Identification in Four Anglo-American Democracies." *Comparative Political Studies* 47(7). 1022-1046.
- Meléndez, Carlos, und Cristóbal Rovira Kaltwasser (2017). "Political Identities: The Missing Link in the Study of Populism". *Party Politics*. <https://doi.org/10.1177/1354068817741287>.
- Merkel, Wolfgang (2017). „Kosmopolitismus versus Kommunitarismus: Ein neuer Konflikt in der Demokratie“. *Parties, Governments and Elites. The Comparative Study of Democracy*. Hrsg. Philipp Harst, Ina Kubbe und Thomas Poguntke. Springer VS. 9-23.
- Miratrix, Luke W., Jasjeet S. Sekhon, Alexander G. Theodoridis, und Luis F. Campos (2018). "Worth Weighting? How to Think About and Use Weights in Survey Experiments." *Political Analysis* 26. 275–291.
- Mudde, Cas (2004). The Populist Zeitgeist. *Government and Opposition* 39(4). 542–563.
- Mudde, Cas (2007). *Populist Radical Right Parties in Europe*. Cambridge University Press.
- Mudde, Cas, und Cristóbal Rovira Kaltwasser (2017). *Populism: A Very Short Introduction*. Oxford University Press.
- Mudde, Cas, und Cristóbal Rovira Kaltwasser (2018). "Studying Populism in Comparative Perspective: Reflections on the Contemporary and Future Research Agenda". *Comparative Political Studies* 51(13). 1667-1693.
- Müller, Jan-Werner (2016). *Was ist Populismus? – Ein Essay*. edition Suhrkamp.
- Oliver, J. Eric, und Wendy M. Rahn (2016). "Rise of the Trumpenvolk: Populism in the 2016 Election". *The ANNALS of the American Academy of Political and Social Science* 667(1). 189-206.
- Polk, Jonathan, Jan Rovny, Ryan Bakker, Erica Edwards, Liesbet Hooghe, Seth Jolly, Jelle Koedam, Filip Kostelka, Gary Marks, Gijs Schumacher, Marco Steenbergen, Milada Vachudova und Marko Zilovic (2017). "Explaining the salience of anti-elitism and reducing political corruption for political parties in Europe with the 2014 Chapel Hill Expert Suvery Data". *Research & Politics* 4(1). 1-9.
- Rico, Guillem, Marc Guinjoan, und Eva Anduiza (2017): The Emotional Underpinnings of Populism: How Anger and Fear Affect Populist Attitudes. *Swiss Political Science Review* 23(4). 444-461.
- Rose, Richard, und William Mishler (1998). "Negative and Positive Party Identification in Post-Communist Countries". *Electoral Studies* 17(2). 217-234.
- Rydgren, J. (ed.) (2013). *Class Politics and the Radical Right*. London: Routledge.
- Taggart, Paul, und Aleks Szczerbiak (2004). "Contemporary Euroscepticism in the Party Systems of the European Union Candidate States of Central and Eastern Europe." *European Journal of Political Research* 43(1). 1–27.
- van der Eijk, Cees, und Mark N. Franklin (2004). "Potential for Contestation on European Matters at National Elections in Europe." *European Integration and Political Conflict*. Hrsg. Gary Marks and Marco R. Steenbergen. Cambridge University Press. 32–50.
- van Elsas, E., und Wouter van der Brug (2015). "The Changing Relationship between Left-Right Ideology and Euroscepticism, 1973-2010." *European Union Politics* 16(2). 194–215.
- van Haute, Emilie, und Caroline Close (2019). *Liberal Parties in Europe*. Routledge.
- Van Hauwaert, Steven M., und Stijn van Kessel (2018). "Beyond protest and discontent: A cross-national analysis of the effect of populist attitudes and issue positions on populist party support". *European Journal of Political Research* 57. 68-92.
- van Kessel, Stijn (2015). *Populist Parties in Europe: Agents of Discontent?* Palgrave Macmillan.
- Vehrkamp, Robert (2018): *Preisgabe der Mitte? Zum Umgang mit Rechtspopulismus am Beispiel der CSU*. EINWURF – Policy Brief der Bertelsmann Stiftung (3). 1-8. DOI 10.11586/2018040.
- Vehrkamp, Robert, und Klaudia Wegschaidter (2017). *Populäre Wahlen – Mobilisierung und Gegenmobilisierung der sozialen Milieus bei der Bundestagswahl 2017*. Studie der Bertelsmann Stiftung.

Impressum

© Juli 2019

Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Autoren

Prof. Dr. Cristóbal Rovira Kaltwasser

Dr. Robert Vehrkamp

Dr. Christopher Wratil

Verantwortlich

Dr. Robert Vehrkamp

Christina Tillmann

Inhaltliche Unterstützung

Lars Bischoff

Nico Eschkötter

Carlo Greß

Redaktionelle Unterstützung

Gaëlle Beckmann

Sandra Stratos

Lektorat

Gesine Bonnet

Christina de Temple

Titelfoto

you_littlewine Moritz D. / Pixabay

Pixabay License, <https://pixabay.com/de/service/license/>

Gestaltung

Markus Diekmann, Bielefeld

Druck

Matthiesen Druck, Bielefeld

DOI 10.11586/2019020

Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0

Dr. Robert Vehrkamp
Programm Zukunft der Demokratie
Telefon +49 5241 81-81526
Fax +49 5241 81-681526
robert.vehrkamp@bertelsmann-stiftung.de

Christina Tillmann
Programm Zukunft der Demokratie
Telefon +49 5241 81-81335
Fax +49 5241 81-681335
christina.tillmann@bertelsmann-stiftung.de

www.bertelsmann-stiftung.de